

# Arbeitsmärkte im Wandel



**Herausgeber:** Statistische Ämter des Bundes und der Länder

**Herstellung und Redaktion:**

Statistisches Bundesamt

65180 Wiesbaden

Tel.: +49 (0) 611 75-2405

Fax: +49 (0) 611 75-3330

[www.destatis.de/kontakt](http://www.destatis.de/kontakt)

**Fachliche Informationen zu dieser Veröffentlichung:**

Bereich „Nationaleinkommen, Sektorkonten, Arbeitsmarkt“

Tel.: +49 (0) 611 75-3485

Fax: +49 (0) 611 75-4000

[arbeitsmarkt@destatis.de](mailto:arbeitsmarkt@destatis.de)

Erscheinungsfolge: einmalig

Erschienen im Januar 2012

**Weiterführende Informationen**

[www.statistikportal.de](http://www.statistikportal.de)

Fotorechte: © Fancy by Veer/Workplace Play

© Statistisches Bundesamt, Wiesbaden, 2012  
(im Auftrag der Herausbergemeinschaft)

Auszugsweise Vervielfältigung und Verbreitung mit Quellenangabe gestattet.

# Inhalt

<b>Einleitung</b>	<b>5</b>
<b>1 Langfristige Entwicklung der Erwerbstätigkeit</b>	<b>7</b>
1.1 Entwicklung der Erwerbstätigkeit 1991 bis 2009	7
1.2 Entwicklung der Erwerbstätigkeit nach Stellung im Beruf 1991 bis 2009	10
1.2.1 Selbstständige und mithelfende Familienangehörige	10
1.2.2 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	18
1.2.3 Marginale Beschäftigung	22
1.3 Entwicklung der Erwerbstätigkeit nach Wirtschaftsbereichen 1991 bis 2009	24
<b>2 Erwerbslosigkeit in Bund und Ländern</b>	<b>30</b>
2.1 Einführung	30
2.2 Entwicklung der Erwerbslosigkeit	32
2.3 Exkurs: Kurzer Blick auf die Arbeitslosenzahlen	36
2.4 Erwerbslosigkeit im Jahr 2009	37
2.5 Unterbeschäftigung	38
2.6 Zwischenfazit: Wie viele Arbeitsmärkte gibt es in Deutschland?	39
<b>3 Mehr Arbeit für Frauen, für Ältere, für alle – die Lissabonziele der Europäischen Union</b>	<b>40</b>
3.1 Einführung	40
3.2 Die Strategie von Lissabon – die Agenda Europa 2020	40
3.3 Die Entwicklung der Erwerbsbeteiligung	42
3.4 Bildung und Weiterbildung als Voraussetzung für Arbeitsmarktbeteiligung	49
3.5 Fazit	54
<b>4 Atypische Beschäftigung - Wandel der Erwerbsformen und Einkommenssituation</b>	<b>56</b>
4.1 Einführung	56
4.2 Atypische Beschäftigung	57
4.2.1 Das Konzept	57
4.2.2 Verwendete Datenquellen	58
4.2.3 Erwerbsformen	59
4.3 Niedriglöhne und Beschäftigung	65
4.3.1 Durchschnittsverdienste	66
4.3.2 Niedriglöhne	67
4.4 Fazit	69
<b>5 Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung – Altersdifferenzen, Qualifikationsunterschiede und Wandel in der Mobilität</b>	<b>71</b>
5.1 Einführung	71
5.2 Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nach Geschlecht	73
5.3 Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nach Alter	75
5.4 Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nach Qualifikation	77
5.5 Arbeitsplatzdichte	80
5.6 Beschäftigung und Mobilität – Pendlerbetrachtungen	82
5.7 Beschäftigung und Zeitarbeit	86
5.8 Fazit	90

<b>6 Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung – Beteiligung von Frauen, Ausländerinnen und Ausländern sowie Auszubildenden .....</b>	<b>91</b>
6.1 Einführung .....	91
6.2 Trendwende zur dominierenden Frauenbeschäftigung .....	92
6.3 Immer mehr Vollzeit- in Teilzeitarbeitsplätze gewandelt .....	93
6.4 Sinkender Ausländeranteil bei sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung .....	97
6.5 Deutsche und ausländische Beschäftigte am häufigsten als Bürofachkraft tätig .....	100
6.6 Beruf als Bürofachkraft bei Frauen wie Männern am beliebtesten .....	103
6.7 Nachwuchs an ausgebildeten Berufsanfängern gesichert? .....	106
6.8 Fazit .....	109
<b>7 Arbeitsvolumen und Kurzarbeit .....</b>	<b>110</b>
7.1 Einführung .....	110
7.2 Arbeitsumfang in Deutschland: Viel hat sich in den letzten zehn Jahren verändert .....	110
7.3 Kurzarbeit .....	116
7.4 Fazit .....	123
<b>8 Schlussbemerkungen .....</b>	<b>124</b>
<b>Anhang .....</b>	<b>125</b>
<b>Verzeichnis der Autorinnen und Autoren .....</b>	<b>129</b>
<b>Adressen der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder .....</b>	<b>130</b>

#### Abkürzungsverzeichnis

BB	Brandenburg
BE	Berlin
BW	Baden-Württemberg
BY	Bayern
HB	Bremen
HE	Hessen
HH	Hamburg
MV	Mecklenburg-Vorpommern
NI	Niedersachsen
NW	Nordrhein-Westfalen
RP	Rheinland-Pfalz
SH	Schleswig-Holstein
SL	Saarland
SN	Sachsen
ST	Sachsen-Anhalt
TH	Thüringen
EU	Europäische Union

## Einleitung

„Was machst du? Was bist du?“ Die meisten Menschen, die eine solche Frage gestellt bekommen, antworten darauf ohne zu zögern, indem sie ihren Beruf nennen. Arbeit zu haben oder – wenn man keine hat – nach einer solchen zu suchen, ist der gesellschaftliche Normalfall für einen Großteil des Lebens, genauer gesagt für den langen Abschnitt vom Bildungs- oder Ausbildungsabschluss bis zum Rentenalter. Für Männer gilt dies seit Jahrzehnten nahezu ohne Kompromisse, für Frauen inzwischen und in immer noch zunehmendem Maße auch. Wer sich im arbeitsfähigen Alter und bei bester Gesundheit nicht dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stellt, gilt in unserer Gesellschaft rasch als Sonderling. Wer seine Arbeitskraft vergeblich zu Markte trägt, leidet darunter nicht nur finanziell, sondern häufig auch in seinem Selbstwertgefühl. Der Arbeitsmarkt ist also ein extrem wichtiger Teil der modernen Gesellschaft und die Tatsache, dass er sich im ständigen Wandel befindet, macht die Beschäftigung mit ihm besonders interessant. Ständig generiert er neue Probleme, über die sich Politiker, Wissenschaftler und Journalisten den Kopf zerbrechen – sei es über eine als zu hoch empfundene Erwerbslosigkeit, über den Fachkräftemangel in einem bestimmten Wirtschaftszweig, über neue Beschäftigungsformen, über die Erosion des Normalarbeitsverhältnisses usw. All diese Phänomene und noch viele mehr sind auch Themen für die amtliche Statistik. Nur auf Basis von aktuellen und verlässlichen Daten können sich Entscheidungsträger und Kommentatoren überhaupt die Hoffnung machen, die passenden Antworten auf die großen und kleinen Herausforderungen des Arbeitsmarktes zu finden.

Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder haben sich mit dieser gemeinsamen Veröffentlichung zum Ziel gesetzt, die aktuelle Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt sowie die zentralen Entwicklungen des letzten Jahrzehnts zu beleuchten. Sie soll einen Überblick über den Facettenreichtum der amtlichen Arbeitsmarktstatistik leisten, Antworten auf häufige Fragen geben und das Interesse für eine tiefer gehende Beschäftigung mit den hier aufgeworfenen Themen wecken.

Es geht um *den* Arbeitsmarkt, doch enthält der Titel dieses Heftes „Arbeitsmärkte im Wandel“ einen ungewöhnlichen Mehrzahlbegriff. Die Mehrzahl steht dafür, dass nicht nur die Situation in Deutschland insgesamt betrachtet werden soll, sondern auch ein Schwerpunkt darauf liegen soll, die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen verschiedenen Landesteilen und Bundesländern herauszuarbeiten. Angesichts der jüngeren deutschen Geschichte mit Trennung und Wiedervereinigung sowie angesichts des föderalistischen Staatsaufbaus kann man sich fragen, ob die Ungleichheiten zwischen den diversen Gebietseinheiten so groß sind, dass man es in Deutschland möglicherweise nicht mit einem einzigen, sondern mit mehreren verschiedenen Arbeitsmärkten zu tun hat.

Der grundlegendste aller Arbeitsmarktindikatoren, die Zahl der Erwerbstätigen, wird in Kapitel 1 dieses Heftes behandelt. Es wird darin dargestellt, wie viele Personen in Deutschland und in den einzelnen Bundesländern erwerbstätig sind, wie sie sich auf die verschiedenen Stellungen im Beruf – Selbstständige, Arbeitnehmer, marginal Beschäftigte – und auf die drei Wirtschaftssektoren verteilen und welche Entwicklungen sich in diesen Bereichen seit der deutschen Vereinigung vollzogen haben.

Im folgenden Kapitel wird das logische Pendant zur Erwerbstätigkeit behandelt, die Erwerbslosigkeit. Auch hier lassen sich interessante Unterschiede zwischen verschiedenen Landesteilen ausmachen, sowohl was das Niveau der Erwerbslosenzahlen angeht, als auch was die Entwicklung im Laufe der letzten zehn Jahre betrifft. Am Ende des Kapitels versuchen wir ein erstes Zwischenfazit im Hinblick auf die Frage zu ziehen, ob man in Deutschland tatsächlich von mehreren Arbeitsmärkten reden kann und sollte.

Mit politischen Zielsetzungen und der Frage, ob und inwiefern diese bislang umgesetzt werden konnten, beschäftigt sich das nächste Kapitel. Hierzu werden die auf europäischer Ebene beschlossenen Beschäftigungsziele in Erinnerung gerufen und der aktuelle Stand der im Fokus stehenden Indikatoren wie z. B. Frauen- oder Seniorenerwerbstätigkeit für den Bund und die Länder dargestellt.

Es folgt das Thema „atypische Beschäftigung“. Es handelt sich dabei um einen Sammelbegriff für Formen des Arbeitsverhältnisses, die nicht der klassischen Norm von einer vom Arbeitgeber regulär entlohten Vollzeitstelle mit unbefristetem Vertrag und damit dem sozialpolitisch erwünschten Normalfall entsprechen. Der Beitrag zeigt auf, wie atypische Beschäftigung im Zeitverlauf größere Relevanz erlangt hat, und stellt sich auch der Frage, ob und inwiefern damit zum Beispiel handfeste Nachteile für die Betroffenen in Form von niedrigeren Einkommen einhergehen.

Der umfassenden und als Registerauswertung geführten Beschäftigungsstatistik, welche direkt aus dem sozialrechtlichen Meldeverfahren gewonnen wird, sind zwei Beiträge in diesem Heft gewidmet. Gemeinsam erzeugen sie ein umfassendes Bild von Größe, Zusammensetzung und Entwicklung der Gruppe sozialversicherungspflichtiger Personen in Deutschland und den Bundesländern.

Zum Abschluss folgt noch ein Beitrag, der eine Ergänzung darstellt zu dem in den meisten Arbeitsmarktstatistiken üblichen „Köpfzählen“. Er stellt die Frage – und beantwortet sie –, ob die Zunahme der Zahl der Erwerbstätigen mit einer Steigerung des in der deutschen Volkswirtschaft geleisteten Arbeitsumfangs einhergegangen ist oder ob die vorhandene Arbeit heute möglicherweise nur anders – auf mehr Köpfe – verteilt ist als früher.

# 1 Langfristige Entwicklung der Erwerbstätigkeit

## 1.1 Entwicklung der Erwerbstätigkeit 1991 bis 2009

Die Zahl der Erwerbstätigen ist für viele wirtschafts- und sozialpolitische Zwecke eine wichtige Größe. Die hier erläuterten Erwerbstätigenzahlen sind durchweg Ergebnisse am Arbeitsort (siehe Kasten). Aufgrund der ehemaligen Teilung des Stadtstaates Berlin werden im Folgenden West- und Ostdeutschland jeweils ohne Berlin dargestellt. Auf die Entwicklungen Berlins wird gegebenenfalls gesondert eingegangen. Abweichungen von dieser Abgrenzung sind gekennzeichnet.

Die Darstellung der Erwerbstätigkeit erfolgt als durchschnittliche Größe aller Erwerbstätigen nach dem Inlandskonzept (Arbeitsortkonzept). Erfasst werden demnach alle Personen, die im jeweiligen Gebiet ihren Arbeitsort haben, einschließlich der außerhalb dieses Gebietes wohnenden Personen, die als Einpendler in diese Region ihren Arbeitsplatz erreichen. Die Alternative zu dieser Darstellung besteht im sogenannten Inländerkonzept (Wohnortkonzept). Bei Abgrenzung nach diesem Konzept werden alle Personen erfasst, die im jeweiligen Gebiet ihren Wohnort haben, unabhängig davon, wo sie ihren Arbeitsplatz haben.

Zu den Erwerbstätigen rechnen alle Personen, die als Arbeitnehmerin oder Arbeitnehmer (Arbeiterin, Arbeiter, Angestellte, Beamtin, Beamter sowie Heimarbeiterin, Heimarbeiter und marginal Beschäftigte) oder als Selbstständige einschließlich deren mithelfenden Familienangehörigen eine auf Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben, unabhängig von der Dauer der tatsächlich geleisteten oder vertragsmäßig zu leistenden Arbeitszeit. Grundlage für diese Definition bilden die von der International Labour Organization (ILO) aufgestellten Normen, die im Einklang mit den entsprechenden Definitionen im Europäischen System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG) 1995 stehen. Die hier vorgestellten Ergebnisse entstammen der Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder.

### Über 40 Millionen Erwerbstätige – 1,6 Millionen mehr als 1991

In Deutschland insgesamt gab es im Jahr 2009 knapp 40,3 Millionen Erwerbstätige, das waren 1,6 Millionen bzw. 4,3 % mehr als 1991. Die Entwicklung in diesem Zeitraum war von mehreren Richtungswechseln geprägt: Von 1991 bis 1997 hatte Deutschland zunächst einen Arbeitsplatzabbau um ca. 1,2 Millionen oder 3 % zu verkraften. Danach setzte, insbesondere induziert durch die Entwicklung der „New Economy“, ein deutlicher Aufschwung ein, der bis zum Anfang des neuen Jahrtausends – das geprägt war vom Platzen der sogenannten „dot-com-Blase“ und den Terroranschlägen vom 11. September 2001 – seinen vorläufigen Höhepunkt im Jahr 2001 erreichte. Insgesamt stieg in Deutschland in diesen fünf Jahren die Zahl der Erwerbstätigen um rund 1,8 Millionen auf einen bis dahin nie erreichten Stand von 39,3 Millionen. Die ab dem Jahr 2001 einsetzende schwächere gesamtwirtschaftliche Entwicklung wirkte sich auch auf die Erwerbstätigenzahl aus. Nach dem Platzen der Internetblase gingen zwischen 2001 und 2003 rund 600 000 Arbeitsplätze verloren.

Ab dem Jahr 2004 stieg die Zahl der Erwerbstätigen wieder. Durch die Reformen am Arbeitsmarkt (Hartz-Gesetze) und durch die allmähliche wirtschaftliche Erholung entwickelte sich der Arbeitsmarkt wieder positiv. Die Zahl der Erwerbstätigen nahm von 2003 bis 2008 um 4 % oder 1,5 Millionen Erwerbstätige auf nunmehr 40,3 Millionen zu. Damit wurde zum ersten Mal überhaupt die 40-Millionen-Grenze überschritten.

Aufgrund der 2008 einsetzenden Wirtschaftskrise und speziell wegen der sich seit dem Herbst 2008 verschärfenden Finanzmarktkrise, kam der Zuwachs an Arbeitsplätzen zum Stillstand und es wurde im Jahr 2009 erstmals seit 2003 wieder ein leichtes Minus im Vorjahresvergleich registriert. In der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise waren die Folgen für den Arbeitsmarkt – gemessen am Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen – weniger gravierend als in anderen Rezessionen. Die Erwerbstätigkeit reagierte verhältnismäßig gemäßigt; andere Komponenten wie Kurzarbeit und die Reduzierung der geleisteten Arbeitsstunden haben die Auswirkungen der Krise abgefedert.

### Unterschiedliche Entwicklung in den alten und neuen Ländern

Die Entwicklung der Erwerbstätigen verlief seit der Wiedervereinigung in West- und Ostdeutschland (jeweils ohne Berlin) äußerst unterschiedlich. Der Rückgang der Erwerbstätigenzahl von 1991 bis 1996 verlief in Westdeutschland recht gemäßigt um 0,9 % oder rund 260 000 Personen. Hingegen war der darauf folgende Aufschwung bis 2001 ein rein westdeutsches Phänomen. Die Erwerbstätigenzahl in den westdeutschen Bundesländern stieg in diesen fünf Jahren um über zwei Millionen, was einem Zuwachs von 6,8 % entspricht. Es folgte ein ähnlicher Zyklus, in dem bis 2003 ein leichter Rückgang um 380 000 Personen (– 1,2 %), dann jedoch bis 2008 ein starker Anstieg um 1,3 Millionen (4,1 %) auf den historischen Höchststand von 32,9 Millionen zu verzeichnen war.

Über den gesamten Betrachtungszeitraum 1991 bis 2009 erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen in Westdeutschland um knapp 2,7 Millionen oder 8,9 %. Innerhalb der westdeutschen Bundesländer hatte Niedersachsen mit 11,4 % den höchsten Zuwachs an Arbeitsplätzen zu verzeichnen. Auf den weiteren Plätzen folgten Rheinland-Pfalz, Bayern, Hamburg, Baden-Württemberg. Sie lagen somit klar über dem Durchschnitt der westdeutschen Länder. Unterdurchschnittliche Entwicklungen hatten Hessen, Schleswig-Holstein und das Saarland zu verzeichnen. Die Hansestadt Bremen musste als einziges westdeutsches Bundesland gegenüber 1991 einen Rückgang an Erwerbstätigen von 2,4 % oder rund 10 000 Personen verkraften.

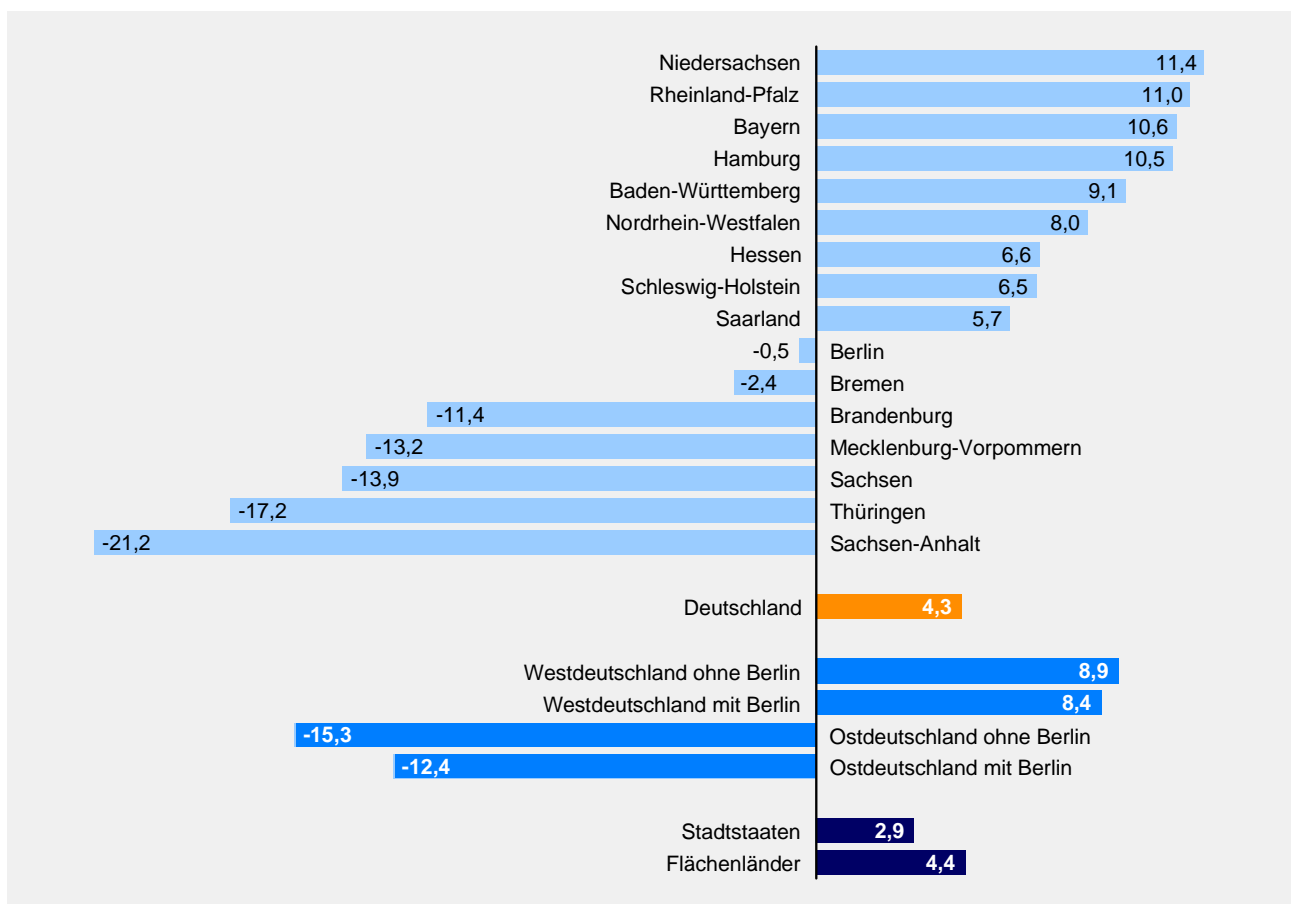
In Ostdeutschland (ohne Berlin) verlief die Entwicklung im Betrachtungszeitraum überwiegend entgegengesetzt. Im Zeitraum zwischen 1991 und 1996 gingen hier 11,6 % oder rund 790 000 Stellen verloren. Das war fast jede neunte Stelle. Im Jahr 1996 hatten noch gut sechs Millionen Erwerbstätige ihren Arbeitsplatz in den ostdeutschen Ländern. Von dem Aufschwung der Wirtschaft durch die New Economy am Ende des abgelaufenen Jahrzehnts konnten die ostdeutschen Länder nicht partizipieren. Während die westdeutschen Länder – wie oben beschrieben – ein Beschäftigungsplus von knapp sieben Prozent aufwiesen, verringerte sich die Zahl der Erwerbstätigen im Osten weiterhin um 198 000 auf nunmehr 5,8 Millionen Personen. In der darauf folgenden Wirtschaftskrise, bedingt durch den Zusammenbruch der New Economy, verloren die ostdeutschen Länder zusätzlich knapp 160 000 Arbeitsplätze. Der relative Rückgang um 2,8 % fiel deutlich stärker als in den Westländern aus (– 1,2 %). In der Zeit von 2004 bis 2009 konnten die ostdeutschen Länder einen Zuwachs von 1,7 % oder fast 100 000 neuen Stellen vermelden. Der Arbeitsplatzzuwachs war deutlich schwächer als in Westdeutschland (3,6 %). Insgesamt gingen zwischen 1991 und 2009 in Ostdeutschland gut eine Million oder 15,3 % der Arbeitsplätze verloren. Die gegenläufige Entwicklung in den beiden Regionen Deutschlands verringerte auch den Anteil der Erwerbstätigen in Ostdeutschland an den Erwerbstätigen in Deutschland insgesamt von 17,6 % im Jahr 1991 über 15,1 % (2000) auf nunmehr 14,3 % im Jahr 2009.



## Beschäftigungsgewinne in den westdeutschen Flächenländern – Arbeitsplatzabbau in ostdeutschen Ländern

Bremen und Berlin verzeichneten 2009 im Vergleich zu 1991 einen Abbau der Erwerbstätigkeit von 0,5 % bzw. 2,4 %, dagegen meldete Hamburg einen Zuwachs von 10,5 %. Insgesamt arbeiteten im Jahr 2009 rund 3,18 Millionen Erwerbstätige in den Stadtstaaten, was einem Anteil an den Erwerbstätigen insgesamt von 7,9 % entspricht. Gegenüber dem Ausgangsjahr blieb der Anteil nahezu unverändert (1991: 8 %). Innerhalb des Betrachtungszeitraumes schwankte er zwischen 8,2 % (1993) und 7,6 % (2003). Die Entwicklung in den Flächenländern war zweigeteilt und spiegelt die Entwicklungen in Ost- und Westdeutschland wider: Die neun westdeutschen Flächenländer erzielten in den vergangenen zwei Dekaden Stellenzuwächse, während die fünf ostdeutschen Flächenländer Beschäftigungsverluste hinnehmen mussten.

**Schaubild 1.1: Entwicklung der Erwerbstätigkeit am Arbeitsort 1991 bis 2009**  
in %



Quelle: Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

### 1.2 Entwicklung der Erwerbstätigkeit nach Stellung im Beruf 1991 bis 2009

#### 1.2.1 Selbstständige und mithelfende Familienangehörige

##### Begriff der Selbstständigkeit und Förderprogramme

In der Bundesrepublik Deutschland sind, wie in vielen anderen Ländern, spezielle Förderprogramme zur Aufnahme einer selbstständigen Tätigkeit seit langem anerkannter Bestandteil der Arbeitsmarktpolitik. Der Staat fördert z. B. seit August 2006 mit dem Instrument „Gründungszuschuss“ Unternehmensgründungen aus der Arbeitslosigkeit. Dies ist keineswegs neu. Das Instrument des Gründungszuschusses löst lediglich die beiden schon zuvor existierenden Instrumente „Überbrückungsgeld“ und „Existenzgründungszuschuss“ (besser bekannt als „Ich-AG“) ab. Tabelle 1.1 stellt die wichtigsten Förderprogramme in Deutschland dar.

Als Selbstständige oder Selbstständiger zählt, wer zeitlich überwiegend unternehmerisch oder freiberuflich selbstständig tätig ist. Hierzu gehören tätige Eigentümerinnen und Eigentümer in Einzelunternehmen und Personengesellschaften, Freiberufler wie Ärztinnen, Ärzte, Anwältinnen, Anwälte, Steuerberaterinnen, Steuerberater, Architektinnen, Architekten, aber auch alle selbstständigen Handwerkerinnen, Handwerker, Handels- bzw. Versicherungsvertreterinnen, Handels- bzw. Versicherungsvertreter, Lehrerinnen, Lehrer, Musikerinnen, Musiker, Artistinnen, Artisten, Hebammen, Kranken- sowie Altenpflegerinnen, Kranken- sowie Altenpfleger. Zu den mithelfenden Familienangehörigen werden alle Personen gerechnet, die regelmäßig und zeitlich überwiegend unentgeltlich in einem Betrieb mitarbeiten, der von einem Familienmitglied als Selbstständige oder Selbstständiger geleitet wird.

Die Datenlage zu den Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen ist insgesamt unbefriedigend. Der Mikrozensus ist für diese Erwerbstätigengruppe die zentrale primärstatistische Datenquelle. Die Daten des Mikrozensus weisen bisher jedoch wegen der geringen Fallzahl in der Stichprobe nicht die erwartete Stabilität auf.

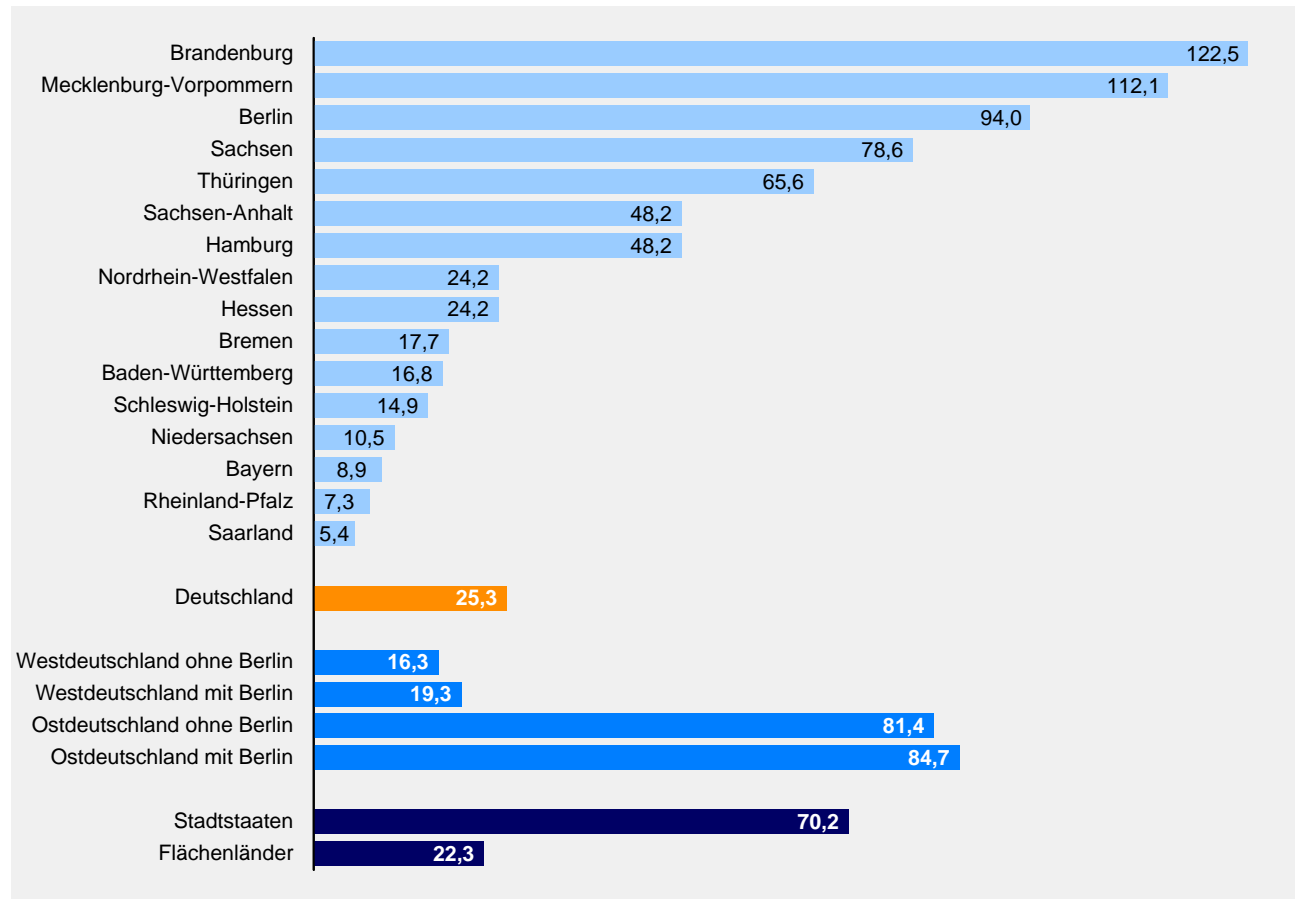
Tabelle 1.1: Programme zur Förderung der Selbstständigkeit

	Überbrückungsgeld	Existenzgründungs- zuschuss („Ich-AG“)	Einstiegsgeld	Gründungszuschuss
Rechtsgrundlage	§ 57 SGB III in Fassung bis 31.7.2006	§ 421 I SGB III	§ 29 SGB II § 57 SGB III	§ 57 SGB III in Fassung ab 1.8.2006
Anspruchsgrund- lage	ALG 1-Anspruch, bis 31.12.2004 auch Arbeitslosenhilfe	ALG 1-Anspruch, bis 31.12.2004 auch Arbeitslosenhilfe	ALG 2-Anspruch	Mindestens 90 Tage ALG 1-Restanspruch
Notwendigkeit von Businessplan und fachkundige Stellung- nahme	Ja	Ja, seit Herbst 2004, zuvor nicht	In der Regel ja, aber Ermessens- entscheidung	Ja, zusätzlich "Darlegung der persönlichen Eignung"
Gültig seit/bis	1.1.1986 bis 1.11.2006	1.1.2003 bis 1.10.2006	Seit 1.1.2005	Seit 1.8.2006
Rechtsanspruch	Ja, seit 1.1.2004	Ja	Nein, Kannleistung	Ja, für erste 9 Monate und vom 10. bis 15. Monat Kann-Leistung
Höhe der Förderung pro Monat/Dauer	In Höhe des ALG 1- Anspruchs plus ca. 70 % Zuschlag für 6 Monate	Gestaffelt: 600 Euro (1. Jahr), 360 Euro (2. Jahr), 240 Euro (3. Jahr), insgesamt maximal 14 400 Euro	Zusätzlich zum ALG 2: 50 % der Regelleistung (345 Euro) zzgl. 10 % pro weiteres Mitglied der Bedarfsgemein- schaft für in der Regel 6 bis 12 Monate	In Höhe des ALG 1- Anspruchs plus 300 Euro (erste 9 Monate), anschließend nur 300 Euro (6 Monate)
Verrechnung mit ALG 1-Restanspruch	Nein	Nein	Entfällt, da auf Grundlage ALG 2	Ja
Obergrenze für selbstständiges Einkommen	Ex post nein, ex ante (Businessplan) muss Förderbedarf erkennbar sein	Bei > 25 000 Euro Gewinn p. a. entfällt Förderung in Folge- jahren	Weitgehende Verrechnung des Gewinns mit ALG 2- Anspruch	Ex post nein, ex ante (Businessplan) muss Förderbedarf erkennbar sein
Gesetzliche Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung	Freiwillig möglich	Pflichtversichert in gesetzlicher Renten- versicherung, ermäßigter Mindest- beitrag in der gesetz- lichen Kranken- und Pflegeversicherung	Im Rahmen des ALG 2- Bezugs sozialversichert	Freiwillig möglich, ermäßigter Mindest- beitrag in der gesetz- lichen Kranken- und Pflegeversicherung

### Überproportionale Zunahme der Selbstständigen

Ein Element des Strukturwandels und damit eine Wegmarke der Arbeitsmärkte im Wandel ist die zu beobachtende Zunahme von Selbstständigen seit den 1990er-Jahren, nachdem diese bis zu diesem Zeitpunkt rückläufig war. Die Zahl der Selbstständigen einschließlich der mithelfenden Familienangehörigen nahm insgesamt überproportional im Vergleich zu den restlichen Erwerbstätigen zu: Die Zahl selbstständig Erwerbstätiger in Deutschland stieg von 1991 bis 2009 um 25,3 % an, das sind rund 890 000 Personen.

**Schaubild 1.2: Selbstständige/Mithelfende Familienangehörige, Zuwachsraten 1991 bis 2009**  
in %



Quelle: Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

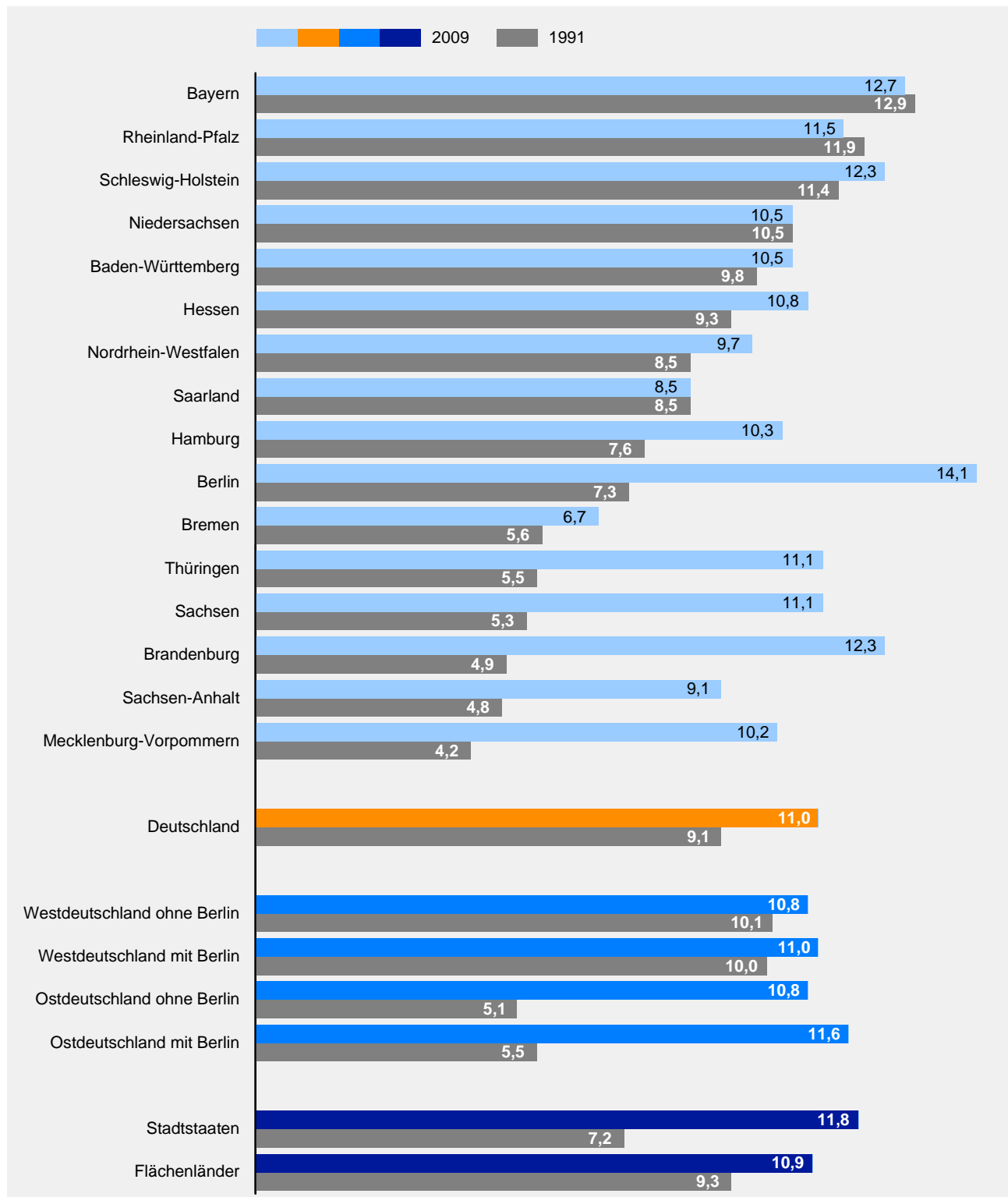
Die Gründe für diesen Zuwachs Selbstständiger sind vielfältig und reichen von veränderten Produktionsprozessen, flexibilisierender Personalpolitik (Outsourcing) bis hin zu pluralisierten Lebensformen und dem gesteigerten individuellen Bedürfnis nach stärker selbstbestimmten Arbeitsformen. Der Anstieg an Selbstständigen geht in erster Linie auf die sogenannten Ein-Personen-, Allein- oder Solo-Selbstständigen zurück, das heißt solche ohne bezahlte Beschäftigte. Die erwerbsstatistische Gruppe der Selbstständigen setzt sich danach überwiegend aus Inhaberinnen und Inhabern kleiner und kleinster Unternehmen zusammen. Im Unterschied zu den „alten“ Selbstständigen – darunter werden im Allgemeinen die traditionellen Gruppen der Handwerker, Landwirte, Unternehmer und der klassischen, verkammerten Freiberufler verstanden – verfügen die „neuen“ Selbstständigen kaum über Betriebskapital. Ihren Erwerb erzielen sie grundsätzlich wie abhängig Beschäftigte aus dem Verkauf ihrer Arbeitskraft.

Die Zahl und der Anteil von Selbstständigen stiegen überall in Deutschland, wenngleich in sehr unterschiedlichem Maße. In Westdeutschland nahmen die Selbstständigen 1991 bis 2009 um 16,3 % zu, in absoluten Werten um 498 000 Personen. Dagegen nahm die Zahl der abhängig beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im gleichen Zeitraum nur um 8,1 % zu. In Ostdeutschland war dieser Trend aufgrund des Transformationsprozesses noch erheblich deutlicher: Die Zahl Selbstständiger und mithelfender Familienangehöriger stieg zwischen 1991 und 2009 um 81,4 % oder absolut um 280 000 Personen, während die Anzahl abhängig Beschäftigter um 1,3 Millionen abnahm (– 20,5 %). Die Gesamtzahl aller Selbstständigen lag im Jahr 2009 bei 4,4 Millionen, davon 3,6 Millionen in den westdeutschen und 620 000 in den ostdeutschen Ländern. In Berlin gab es 2009 rund 240 000 selbstständige Personen. Innerhalb der Bundesländer konnten Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern die Zahl der Selbstständigen im Betrachtungszeitraum von 1991 bis 2009 mehr als verdoppeln, während das Saarland, Rheinland-Pfalz und Bayern nur Zuwachsraten unterhalb von 10 % aufwiesen. Deutliche Ungleichheiten gab es auch zwischen den Flächenländern und den Stadtstaaten: In den Stadtstaaten wuchs die Zahl der Selbstständigen um 70,2 % und war damit mehr als dreimal so hoch wie in den Flächenländern, die nur einen Anstieg von 22,3 % meldeten.

### Anteil der Selbstständigen stieg fast in allen Ländern

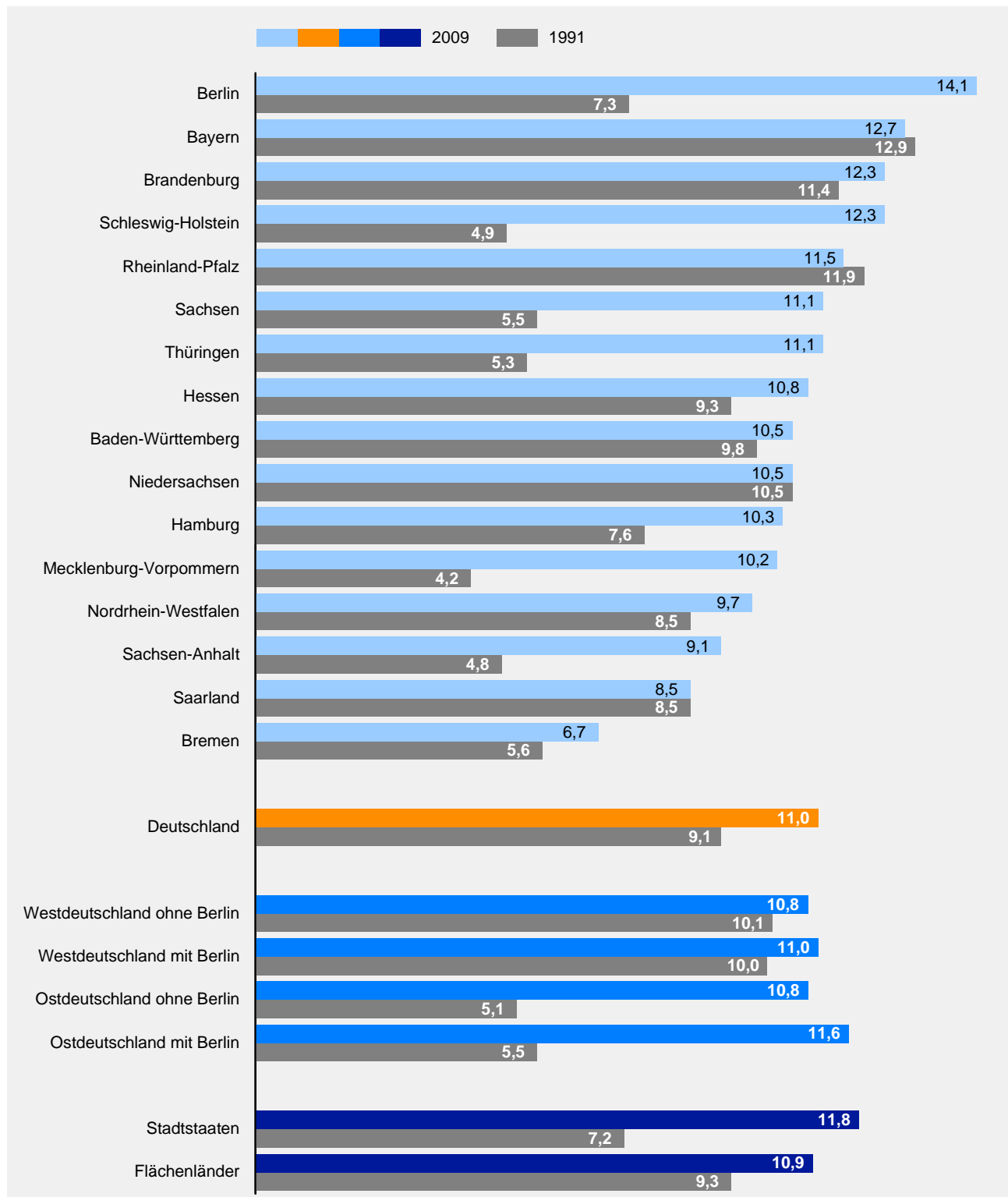
Aufgrund des Aufwärtstrends der Selbstständigkeit stieg auch die Selbstständigenquote, also der Anteil Selbstständiger an allen Erwerbstätigen, in den meisten Ländern der Bundesrepublik. Mit Ausnahme der Bundesländer Rheinland-Pfalz, Bayern und Niedersachsen konnten fast alle Länder ihre Selbstständigenanteile an der Gesamtbeschäftigung im Vergleich zu 1991 steigern. Im Saarland blieb die Quote gleich hoch. Am stärksten stiegen die Anteile 2009 im Vergleich zu 1991 in Brandenburg und Berlin um sieben Prozentpunkte sowie in Mecklenburg-Vorpommern, wo eine Zunahme um sechs Prozentpunkte zu verzeichnen war. Die höchste Selbstständigenquote hatte 2009 Berlin mit 14,1 % zu vermelden; mit deutlichem Abstand folgten Bayern (12,7 %) und Schleswig-Holstein (12,2 %). Die niedrigsten Quoten verzeichneten die Hansestadt Bremen und das Saarland. Deutschlandweit lag die Quote bei 10,9 %, dies ist ein Anstieg um 1,8 Prozentpunkte gegenüber dem Jahr 1991. In den west- und ostdeutschen Ländern war die Quote 2009 mit jeweils 10,8 % gleich hoch, wobei die ostdeutschen Länder gegenüber 1991 ihre Quote von damals 5,1 % mehr als verdoppelten; dagegen stieg die Quote in den westdeutschen Ländern nur um 0,7 Prozentpunkte.

**Schaubild 1.3: Selbstständigenquote 2009 und 1991 – sortiert nach 1991 –**  
in %



Quelle: Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

**Schaubild 1.4: Selbstständigenquote 2009 und 1991 – sortiert nach 2009 –**  
in %



Quelle: Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

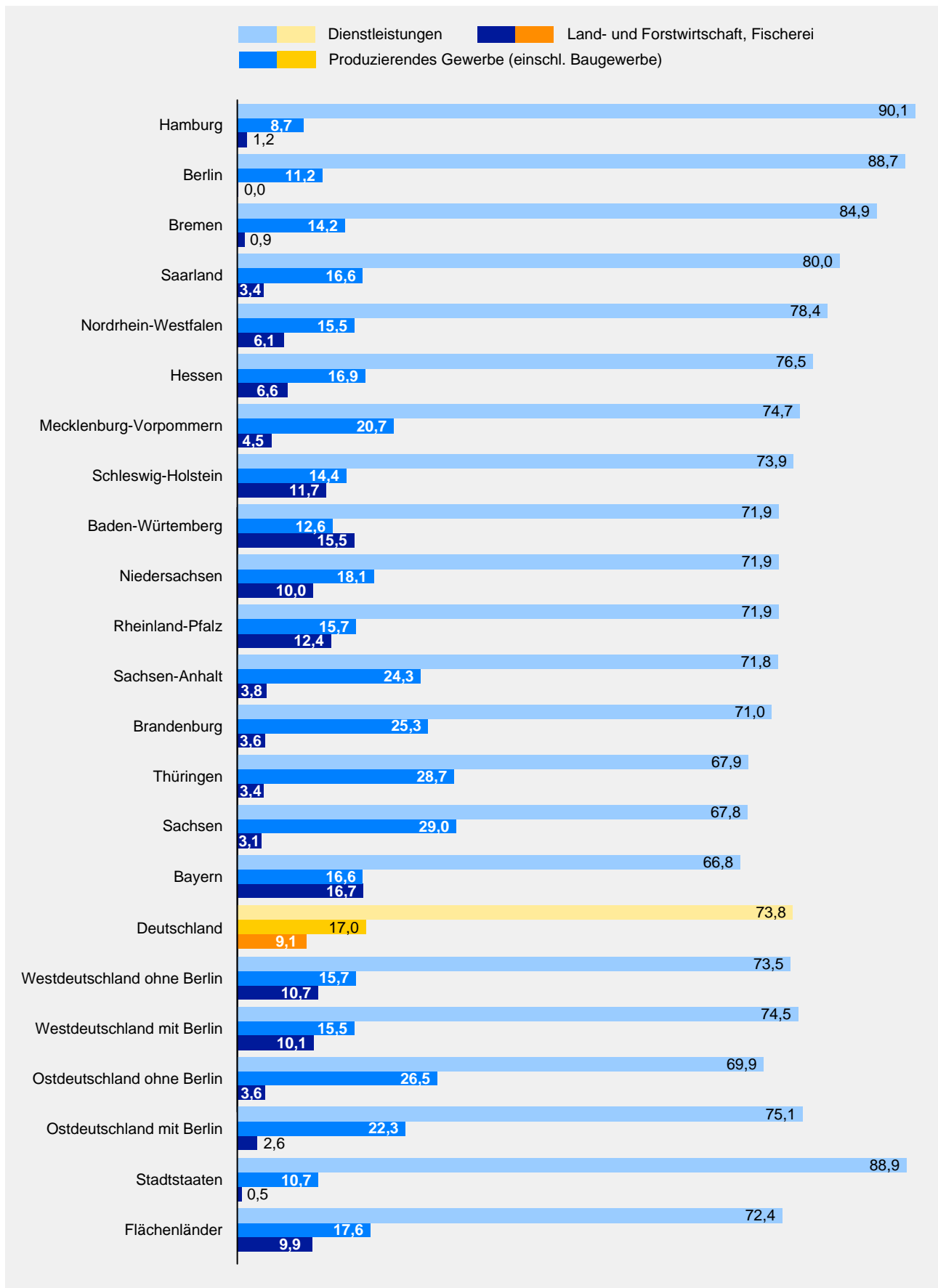
### Hoher Selbstständigenanteil im Handel sowie unter privaten und unternehmensnahen Dienstleistern

In der sektoralen Struktur selbstständiger Erwerbstätigkeit spiegelt sich der sogenannte Tertiarisierungsprozess, ein langfristiger Bedeutungszuwachs des Dienstleistungssektors, wider. Er konzentriert sich vor allem auf den Wirtschaftsbereich „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ (im Länderdurchschnitt 27,4 % aller Selbstständigen) sowie die Bereiche „Öffentliche und private Dienstleister“ (Länderdurchschnitt 24,2 %) und „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ (Länderdurchschnitt 22,3 %). Innerhalb der Länder waren die Anteile des Dienstleistungssektors insgesamt (jeweilige Summe der vorgenannten drei Wirtschaftsbereiche) an allen Selbstständigen sehr unterschiedlich: Die höchsten Dienstleistungsanteile hatten mit rund 90 % die Stadtstaaten Hamburg, Berlin und Bremen, wobei Hamburg knapp die 90-Prozent-Marke übertraf. In Thüringen, Sachsen und Bayern lagen dagegen die jeweiligen Quoten deutlich unter 70 %.

Betrachtet man die beiden anderen Sektoren, so waren 9,1 % der Selbstständigen in Deutschland 2009 im primären („Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“) und 17 % im sekundären („Produzierendes Gewerbe einschließlich Baugewerbe“) Sektor tätig. Den höchsten Selbstständigenanteil im Bereich „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“ gab es in Bayern mit fast 17 % und in Niedersachsen (15,5 %), während der Anteil in Berlin mit gerade 0,04 % oder 86 Personen und in Bremen und Hamburg mit jeweils etwa 1 % nahezu bedeutungslos war. Im Produzierenden Gewerbe einschließlich Baugewerbe lagen die fünf ostdeutschen Länder mit Anteilen von 20,7 % (Mecklenburg-Vorpommern) bis 29 % (Sachsen) klar im Länderranking vorne. Baden-Württemberg folgte als erstes westdeutsches Flächenland mit 18,1 %. Insgesamt war in Westdeutschland nur noch jede oder jeder sechste Selbstständige im sekundären Sektor beschäftigt, während in den ostdeutschen Ländern fast jede oder jeder vierte Selbstständige dort seinen Arbeitsplatz hatte.



**Schaubild 1.5: Selbstständige/Mithelfende Familienangehörige nach Sektoren 2009**  
in %



Quelle: Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

### 1.2.2 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

Als Arbeitnehmerin oder Arbeitnehmer zählt, wer zeitlich überwiegend als Arbeiterin, Arbeiter, Angestellte, Angestellter, Beamtin, Beamter, Richterin, Richter, Berufssoldatin, Berufssoldat, Soldatin oder Soldat auf Zeit, Wehr- oder Zivildienstleistende, Wehr- oder Zivildienstleistender, Auszubildende, Auszubildender, Praktikantin, Praktikant, Volontärin oder Volontär in einem Arbeits- bzw. Dienstverhältnis steht. Eingeschlossen sind auch Heimarbeiterinnen und Heimarbeiter sowie ausschließlich marginal Beschäftigte, welche sich aus den geringfügig Beschäftigten – also den geringfügig entlohnnten Beschäftigten und kurzfristig Beschäftigten – und den Beschäftigten in „Ein-Euro-Jobs“ zusammensetzen.

#### Arbeiterinnen, Arbeiter/Angestellte trotz Verlusten immer noch die stärkste Teilgruppe bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern

In der Erwerbstätigenrechnung, die im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen durchgeführt wird, setzen sich die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aus den Arbeiterinnen und Arbeitern, den Angestellten, den Beamtinnen und Beamten und den marginal Beschäftigten zusammen. Mit Abstand bildete im Jahr 2009 die Gruppe der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie der Angestellten mit einem Anteil an den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern von 77,5 % – und hier besonders die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten – die größte Teilgruppe. Ihr Einfluss wird aber geringer. Die Gruppe der marginal Beschäftigten mit einem bundesweiten Anteil an den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern insgesamt von 16,6 % im Jahr 2009 gewann insbesondere durch die Reformen am Arbeitsmarkt (Hartz-Gesetze) immer mehr an Bedeutung. Die Beamtinnen und Beamten mit einem Anteil von 6 % spielen hier eine untergeordnete Rolle.

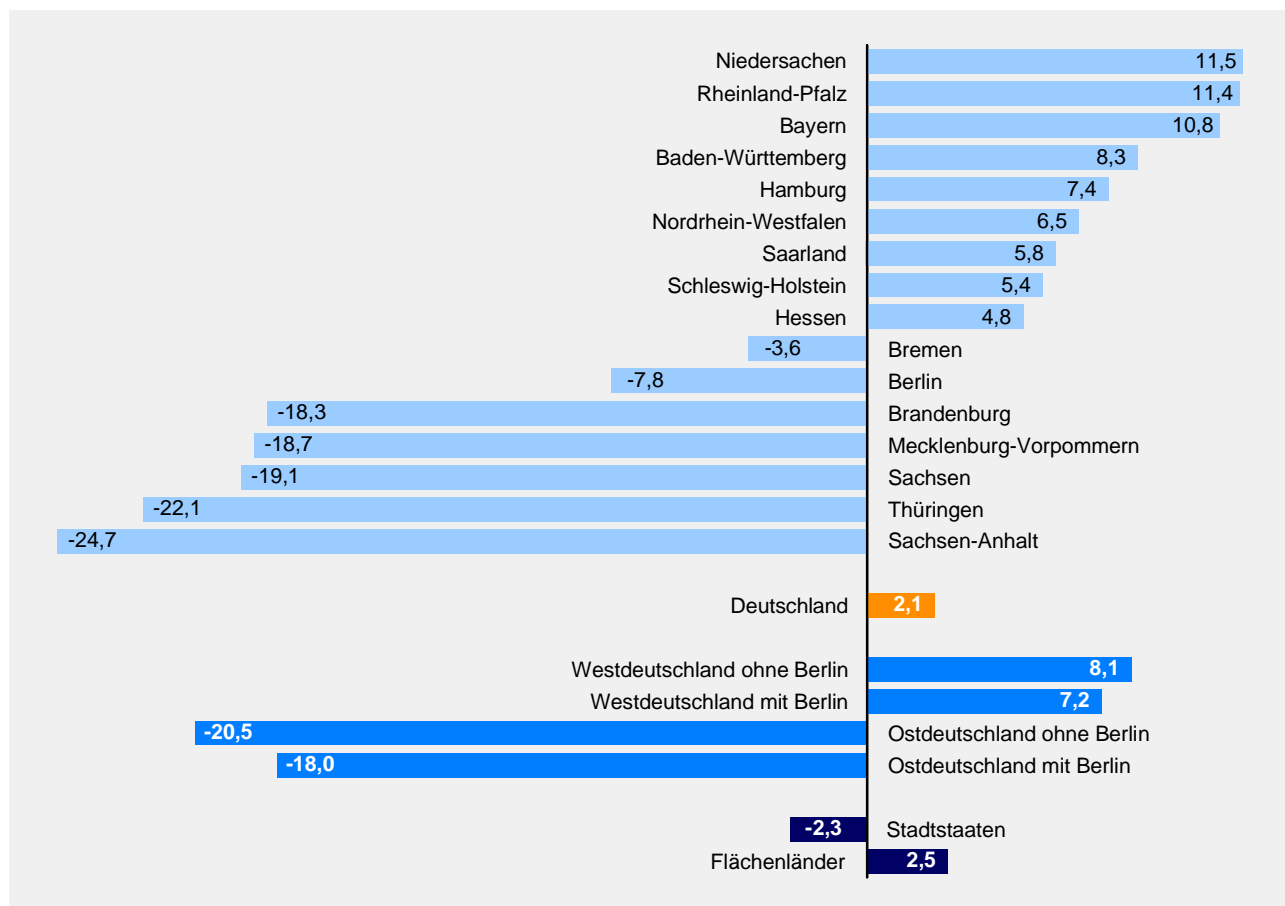
Im Laufe des Betrachtungszeitraumes haben sich aufgrund des Strukturwandels hin zur Dienstleistungsgesellschaft auch die Erwerbsformen stark gewandelt. So ist z. B. die Zahl der Vollzeitbeschäftigten gesunken bei gleichzeitigem Anstieg der Beschäftigten in Teilzeit. Der klassische dauerhafte, vollzeitige und vollumfänglich sozialversicherte Erwerbsarbeitsplatz mit einem nahezu erwerbslebenslang gleichen Arbeits- und Wohnort wird immer mehr zum Relikt des Industriezeitalters. Teilzeitarbeit, Leiharbeit, Mini-Job, Zusatzjob (sogenannter Ein-Euro-Job) und Zeitarbeitsverträge sind die Begriffe der modernen Arbeitswelt. Der Bedeutungsverlust des traditionellen Normalarbeitsverhältnisses in Form einer abhängigen sozialversicherungspflichtigen Vollzeitbeschäftigung wird zusätzlich durch soziokulturelle Veränderungen begünstigt, insbesondere durch das spezifische Erwerbsverhalten von Frauen. Die seit den 1970er-Jahren zu beobachtende Tertiarisierung, also das stetige Anwachsen des Dienstleistungssektors, hat den Arbeitsmarkt und auch die Erwerbsformen ebenfalls stark beeinflusst. Dessen höchst flexible Organisations- und Zeitstrukturen haben immer weniger mit den von der Industriearbeit gewohnten standardisierten Arbeitszeitregelungen gemein. Auf diese Entwicklungen wird in dieser Auswertung nicht näher eingegangen, da für die Betrachtung der Entwicklung der Arbeitnehmerzahlen ausschließlich die „Kopfzahlen“ berücksichtigt werden. Ebenso werden die Personen, die zusätzlich zu ihrer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit noch einen geringfügigen Nebenjob ausüben, nicht hier erfasst. Sie werden nur mit ihrer Haupttätigkeit in der Erwerbstätigenrechnung nachgewiesen. Diese insbesondere seit 2004 stark ansteigende Beschäftigungsform findet vor allem in der Arbeitszeitrechnung, das heißt in der Erfassung der geleisteten Arbeitsstunden, Berücksichtigung.

### Schwächere Entwicklung bei den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern im Vergleich zu den Selbstständigen – unterschiedliche Entwicklung in den Regionen

Die Zahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist in Deutschland von 1991 bis 2009 um 2,1 % oder rund 750 000 Personen auf 35,9 Millionen Beschäftigte gestiegen und damit deutlich schwächer angewachsen als die Zahl der Selbstständigen. Während bei den Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen alle Bundesländer im Betrachtungszeitraum Zuwächse verzeichneten, war die Entwicklung der Zahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer innerhalb der Regionen Deutschlands sehr unterschiedlich. Im Westen wuchs deren Zahl von 27,1 Millionen im Jahr 1991 um 2,2 Millionen oder 8,1 % auf nunmehr 29,3 Millionen abhängig Beschäftigte im Jahr 2009. In Ostdeutschland kam es zu massiven Beschäftigungsverlusten. Die Arbeitnehmerzahl sank um 1,3 Millionen oder 20,5 % auf nunmehr 5,1 Millionen Personen. Der ostdeutsche Anteil an den in Deutschland insgesamt beschäftigten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern verringerte sich dadurch seit 1991 merklich. Insgesamt lag er im Jahr 2009 vier Prozentpunkte unter dem Wert von 1991. 2009 hatten 14,3 % aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihren Arbeitsplatz in Ostdeutschland.

Unterschiedliche Entwicklungen bei den Beschäftigten gab es auch zwischen den Stadtstaaten und den Flächenländern. Während die Stadtstaaten Beschäftigungsverluste von 2,3 % hinnehmen mussten, konnten die Flächenländer Beschäftigungsgewinne von 2,5 % vermelden. Die Spannweite bei der Beschäftigungsentwicklung lag auf Länderebene bei 36,1 Prozentpunkten und reichte von – 24,7 % in Sachsen-Anhalt bis + 11,5 % in Niedersachsen. Innerhalb Westdeutschlands lag die Spannweite bei 15 Prozentpunkten von – 3,6 % in Bremen bis 11,5 % in Niedersachsen. In Ostdeutschland, wo alle Länder im betrachteten Zeitraum durch sehr hohe Beschäftigungsverluste gekennzeichnet waren, lag die Spannweite bei 6,4 Prozentpunkten von – 18,3 % (Brandenburg) bis – 24,7 % (Sachsen-Anhalt).

**Schaubild 1.6: Beschäftigungsentwicklung 2009 zu 1991**  
in %

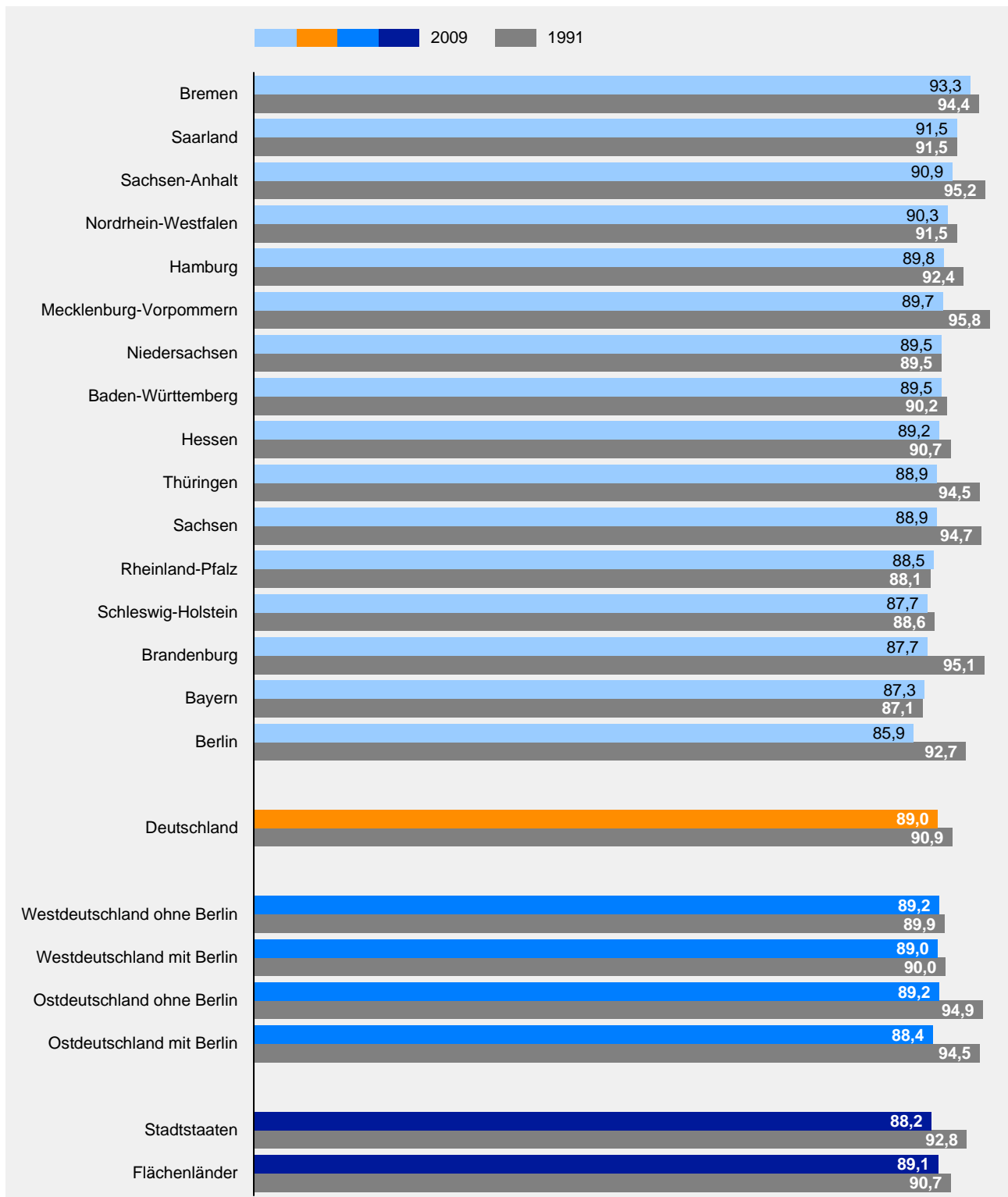


Quelle: Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

## Arbeitnehmeranteil sank in den meisten Ländern

Die schwächere Entwicklung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer insgesamt im Vergleich zu den Selbstständigen bewirkte, dass auch deren Anteil an allen Erwerbstätigen in den meisten Ländern sank. In zwölf Bundesländern verringerte sich im Beobachtungszeitraum die jeweilige Anteilsquote, am stärksten in Brandenburg und Berlin (ca. – 7 Prozentpunkte) und in Mecklenburg-Vorpommern (– 6,1 Prozentpunkte). Dagegen stieg der Anteil in Rheinland-Pfalz und in Bayern marginal um 0,4 bzw. 0,2 Prozentpunkte, im Saarland und in Niedersachsen blieb die Quote nahezu unverändert. In den ostdeutschen Ländern ohne Berlin ging der Anteil um fast sechs Prozentpunkte auf nunmehr 89 % zurück. Damit lag die Arbeitnehmerquote genauso hoch wie in den westdeutschen Bundesländern und wie in Deutschland insgesamt. Deutschlandweit sank der Anteil um zwei Prozentpunkte.

**Schaubild 1.7: Anteile der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen insgesamt 2009 und 1991**  
in %



Quelle: Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

### Starke Arbeitsplatzgewinne bei unternehmensnahen und privaten Dienstleistern, dagegen Verluste im Produzierenden Gewerbe

Die Entwicklung der Zahl der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer war in den einzelnen Wirtschaftsbranchen sehr unterschiedlich. Besonders starke Verluste mussten alle Länder im Produzierenden Gewerbe und im Baugewerbe hinnehmen. Ebenfalls starke Arbeitsplatzverluste hatten die ostdeutschen Länder in der Land- und Forstwirtschaft und Fischerei zu verkraften. Dagegen kam es im Wirtschaftsbereich „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ in allen Ländern zu merklichen Arbeitsplatzgewinnen, in den ostdeutschen Ländern gar zu einer Verdoppelung gegenüber dem Ausgangsjahr 1991. Zu berücksichtigen ist dabei, dass diese Bereiche kurz nach der Wende noch eine unterentwickelte Stellung inne hatten und erst im Laufe des wirtschaftlichen Anpassungsprozesses an Bedeutung gewannen. Arbeitsplatzgewinne gab es auch in den meisten Ländern im Bereich „Öffentliche und private Dienstleister“, während im Wirtschaftsbereich „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ die Entwicklung wieder zweigeteilt war.

#### 1.2.3 Marginale Beschäftigung

##### Marginale Beschäftigung gewinnt an Bedeutung

Die Entwicklung der Erwerbstätigkeit nach Berufsgruppen verlief von 1991 bis 2009 – wie zuvor beschrieben – sehr heterogen. Neben dem Wandel der Wirtschaftsstruktur veränderte sich auch die Zusammensetzung der Erwerbstätigen nach Beschäftigtengruppen und -formen. Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass die geringfügige Beschäftigung enorm zunahm, die Zahl der Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen beträchtlich stieg und gleichzeitig sich die Zahl der Arbeiterinnen und Arbeiter sowie der Angestellten in den meisten Ländern verringerte. Diese für die oder den Nutzer von Statistiken essentiellen Struktureffekte erfordern eine differenziertere Betrachtung und Darstellung der Erwerbstätigkeit im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR).

In der Abgrenzung der amtlichen Statistik werden die ausschließlich geringfügig Beschäftigten, die kurzfristig Beschäftigten (400-Euro-Jobber oder kurzfristig Beschäftigte), Inhaberinnen und Inhaber von Minijobs in Privathaushalten und Beschäftigte in Arbeitsgelegenheiten der Mehraufwandsvariante (Ein-Euro-Jobber) zusammengefasst als marginal beschäftigte Personen veröffentlicht. Vor 2005 wurden überwiegend Maßnahmen nach § 19 Bundessozialhilfegesetz – BSHG – (Schaffung von Arbeitsgelegenheiten) anstelle der Ein-Euro-Jobber erfasst.

Im Zeitraum von 2003 bis 2009<sup>1</sup> wies die Gruppe der marginal Beschäftigten den stärksten Anstieg auf. Während die Gesamtzahl der Erwerbstätigen in Deutschland jahresdurchschnittlich um 0,7 % zunahm, stieg die marginale Beschäftigung jahresdurchschnittlich um 2,4 %. In Westdeutschland stieg sie im Durchschnitt der Jahre sogar um 2,5 %. Innerhalb der Länder war der jahresdurchschnittliche Anstieg in Berlin mit 5,8 % am höchsten.

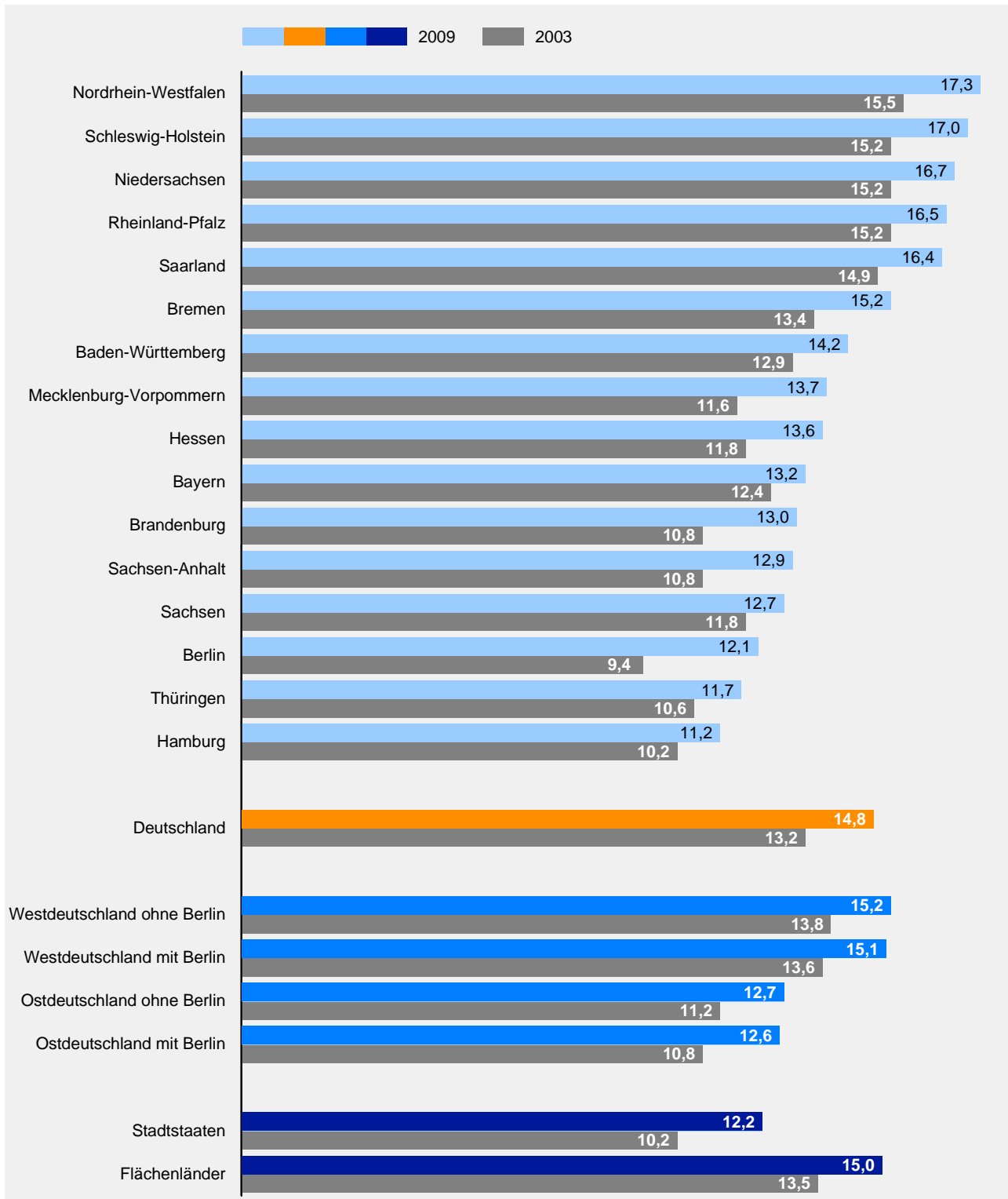
Da sich die Zahl der marginal beschäftigten Personen stark ausgeweitet hat, haben diese ein höheres Gewicht in der Erwerbstätigenrechnung erlangt. Im Jahr 2009 gingen von 100 Erwerbstätigen in Westdeutschland 15 Personen einer marginalen Beschäftigung nach, in den ostdeutschen Ländern waren es 13 Personen. Die marginale Beschäftigung bildet innerhalb der Erwerbstätigenrechnung in den Ländern hinter den Arbeiterinnen

---

<sup>1</sup> Angaben liegen hierzu erst ab 2003 vor.

und Arbeitern sowie den Angestellten die zweitstärkste Gruppe nach Stellung im Beruf und verdrängte die Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen auf den dritten Platz. Eine Ausnahme bildet Berlin, das mit 14,1 % im Jahr 2009 die mit Abstand höchste Selbstständigquote unter den Ländern aufwies.

**Schaubild 1.8: Marginale Beschäftigung als Anteil an den Erwerbstätigen insgesamt 2009 und 2003**  
in %



Quelle: Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

### 1.3 Entwicklung der Erwerbstätigkeit nach Wirtschaftsbereichen 1991 bis 2009

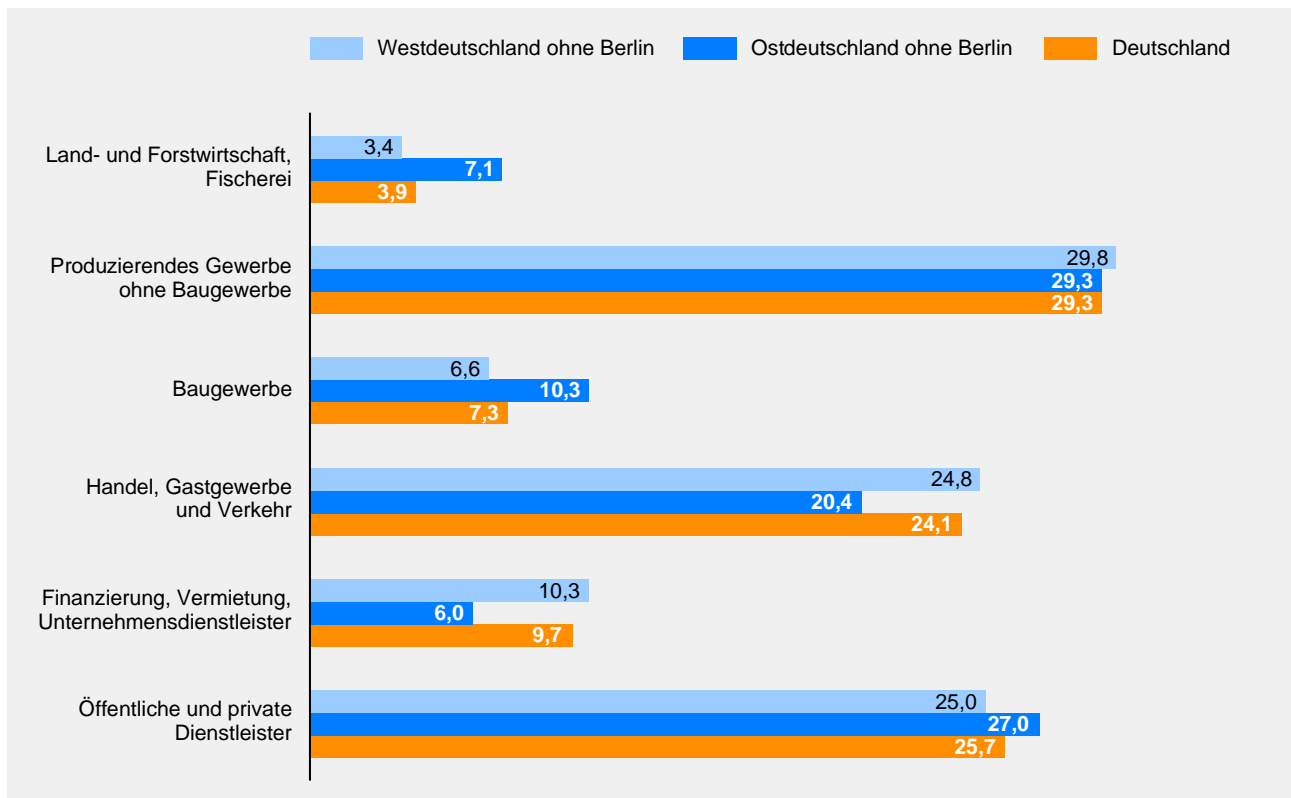
#### Arbeitsplatzgewinne in den Dienstleistungen, Verluste im primären und sekundären Sektor

Im Vergleich der drei traditionellen Wirtschaftssektoren Land- und Forstwirtschaft und Fischerei (primärer Sektor), Produzierendes Gewerbe (sekundärer Sektor) und Dienstleistungen (tertiärer Sektor) büßte im Betrachtungszeitraum 1991 bis 2009 der erste Sektor mit – 42,8 % am stärksten an Erwerbstätigen ein. Das Produzierende Gewerbe einschließlich Baugewerbe verlor rund 29,2 %, während die Dienstleistungsbereiche um 27,9 % zulegten. Der Strukturwandel zum Dienstleistungssektor fand sowohl in westdeutschen als auch in den ostdeutschen Ländern statt, allerdings war die Dynamik in den westdeutschen Ländern deutlich stärker. Im Jahr 2009 arbeiteten in Westdeutschland 72,4 % und in Ostdeutschland 72,3 % aller Erwerbstätigen in einer Dienstleistungsbranche, also relativ gleich viele in beiden Landesteilen. 1991 arbeiteten in den westdeutschen Ländern sechs von zehn Erwerbstätigen und in den ostdeutschen Ländern nur jede oder jeder Zweite im Dienstleistungsbereich. Umgekehrt war die Ausgangslage im Produzierenden Gewerbe einschließlich Baugewerbe. Hier waren in Ostdeutschland 1991 noch knapp 40 % aller Erwerbstätigen tätig, in Westdeutschland dagegen nur 36 %. 2009 lag der Anteil mit 25,5 % in den westdeutschen Ländern über dem der ostdeutschen Länder (24,8 %). Der trendmäßige Rückgang des jeweiligen Anteils an der Gesamtbeschäftigung wurde auch dadurch beeinflusst, dass Arbeitsplätze aus der Industrie in rechtlich selbstständige Dienstleistungsunternehmen ausgelagert wurden. In den letzten Jahren hatte auch die im Trend zugenommene Inanspruchnahme von Arbeitnehmerüberlassung (Leiharbeit) hier eine Rolle gespielt. Diese Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer werden im Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen statistisch nachgewiesen, werden aber zum großen Teil wieder im produzierenden Bereich als Leiharbeitskräfte eingesetzt. Im Sektor Land- und Forstwirtschaft und Fischerei verringerten sich die Anteile an der Gesamtbeschäftigung in Ostdeutschland von 7,1 % im Jahr 1991 um 4,2 Prozentpunkte auf nunmehr 2,9 %; in Westdeutschland waren 1991 noch 3,4 % der Erwerbstätigen beschäftigt, 2009 arbeiteten nur noch 2,1 % in diesem Sektor.

Der Abbau von Beschäftigungsverhältnissen besonders im primären und sekundären Sektor zeigte sich nicht nur in einem entsprechenden Anstieg der registrierten Arbeitslosigkeit, sondern er wurde zum Ende der letzten Dekade durch die verstärkte Bewilligung von Arbeitsbeschaffungs- und Strukturanpassungsmaßnahmen aufgefangen. Dies war insbesondere in den ostdeutschen Ländern der Fall. Ebenfalls positiv auf die Entwicklung der Erwerbstätigkeit wirkten die Arbeitsmarktreformen, wie die deutliche Verbesserung der Arbeitsmarktsituation zwischen 2006 und 2009 gezeigt hat. Sie haben den letzten Aufschwung am Arbeitsmarkt mitgetragen.

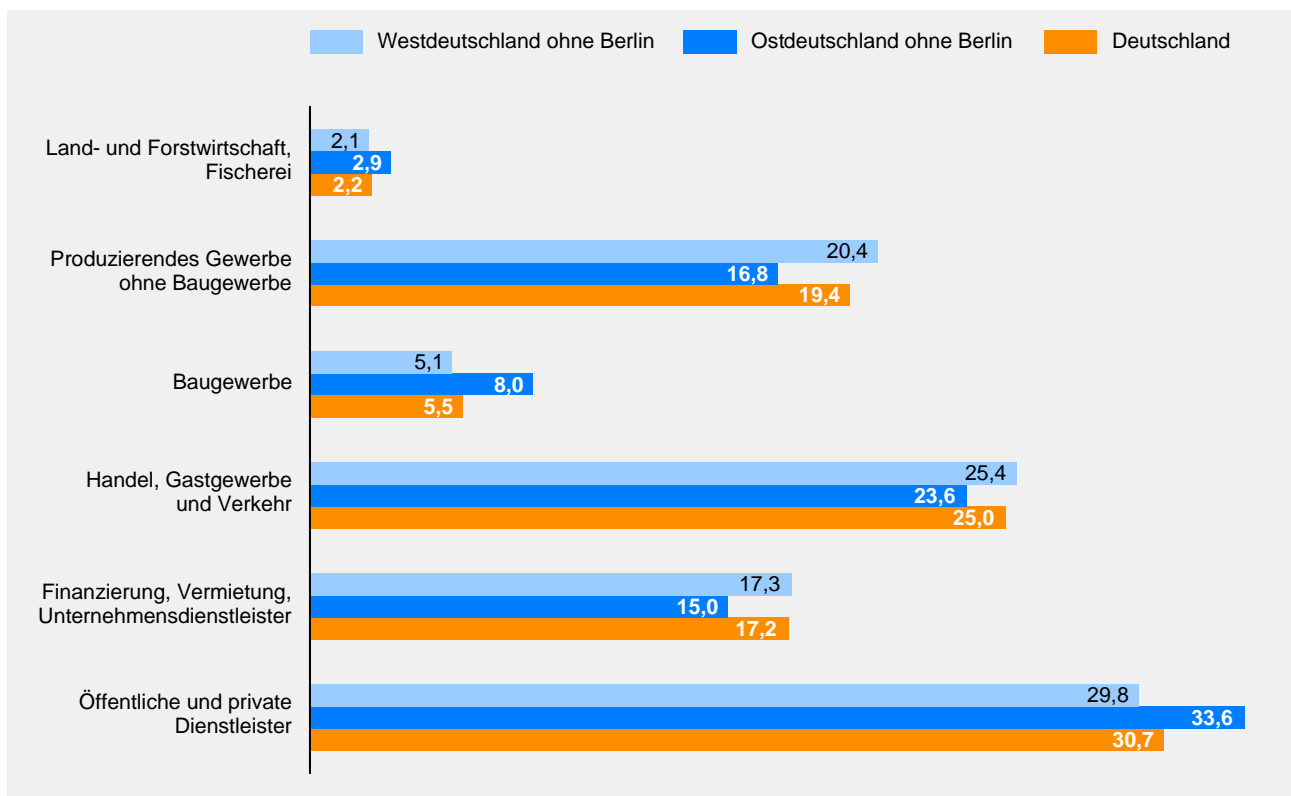


**Schaubild 1.9: Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen 1991**  
in %



Quelle: Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

**Schaubild 1.10: Erwerbstätige nach Wirtschaftsbereichen 2009**  
in %



Quelle: Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

### Starke Verluste in der Land- und Forstwirtschaft und Fischerei

Im primären Sektor wiesen in der Länderbetrachtung alle ostdeutschen Bundesländer und die Bundeshauptstadt Berlin eine schlechtere Entwicklung als der Bundesdurchschnitt auf. Am Ende stand Mecklenburg-Vorpommern mit einem Beschäftigungsrückgang in der Land- und Forstwirtschaft um 70,5 % im Zeitraum 1991 bis 2009. Aber auch die westdeutschen Länder verloren stark an Beschäftigung in diesem Sektor. Im Schnitt ging hier knapp ein Drittel der Arbeitsplätze verloren. 2009 arbeiteten im primären Sektor im Westen rund 700 000 Erwerbstätige und im Osten 170 000. Bundesweit arbeiteten 2009 noch 2,2 % aller Erwerbstätigen in der Land- und Forstwirtschaft und Fischerei. Die höchsten Anteile verzeichneten Mecklenburg-Vorpommern (3,9 %) und Brandenburg (3,6 %) sowie Niedersachsen und Schleswig-Holstein (jeweils 3,3 %). Die niedrigsten Quoten hatten die Stadtstaaten Berlin, Bremen (jeweils 0,3 %) und Hamburg (0,5 %). Es folgten dann die Flächenländer Saarland (0,8 %), Hessen (1,4 %) und Nordrhein-Westfalen (1,5 %).

### Verluste im Produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe

Im Produzierenden Gewerbe ohne Baugewerbe wiesen neben den ostdeutschen Ländern auch eine Reihe der westdeutschen Länder überdurchschnittliche Abnahmeraten auf. Allerdings reichten die negativen Veränderungsraten der westdeutschen Länder nicht an das Niveau der ostdeutschen heran. Zu den überdurchschnittlichen Verlierern im Westen gehörten dabei Nordrhein-Westfalen, Bremen und Hessen. Die niedrigsten Abnahmeraten hatten Bayern, Baden-Württemberg, Niedersachsen, Saarland und Rheinland-Pfalz. In Baden-Württemberg, im Saarland und in Bayern arbeitete noch jede oder jeder vierte Erwerbstätige im Produzierenden Gewerbe ohne Bau, während in Mecklenburg-Vorpommern und in Hamburg jeweils jede oder jeder neunte und in Berlin sogar nur noch jede oder jeder zwölfte Erwerbstätige seinen Arbeitsplatz in diesem Sektor hatte. Berlin hatte auch im Ländervergleich den stärksten Stellenabbau in diesem Bereich mit – 58,8 % zu verzeichnen. Ein starkes Gefälle gab es zwischen Stadtstaaten und Flächenländern. In den Flächenländern arbeitete jede oder jeder fünfte Erwerbstätige in diesem Wirtschaftsbereich, in den Stadtstaaten war es nur noch knapp jede oder jeder zehnte.

### Im Baugewerbe Arbeitsplatzverluste, Beschäftigungsboom durch Wiedervereinigung bis 1995

Im Baugewerbe gab es im Bundesdurchschnitt einen Arbeitsplatzabbau von knapp 22 %. Deutschlandweit waren 2009 rund 2,2 Millionen Personen in diesem Wirtschaftsbereich beschäftigt. 1991 waren es noch 2,8 Millionen. Die Entwicklung in den fast 20 Jahren war allerdings unterschiedlich. Bis 1995 gab es einen Arbeitsplatzaufbau von über 15 % oder 430 000 Personen auf 3,2 Millionen. Dies war der höchste Beschäftigungsstand im Baugewerbe im Betrachtungszeitraum 1991 bis 2009. Danach gab es bis 2006 einen Arbeitsplatzabbau von jahresdurchschnittlich 3,3 %. In diesen 12 Jahren gingen im Baugewerbe rund 1 060 000 oder ein Drittel der Arbeitsplätze verloren. Im Jahr 2007 gab es eine leichte Erholung gegenüber 2006, die sich allerdings 2008 nicht fortsetzte. 2009 stabilisierte sich die Entwicklung der Erwerbstätigkeit im Jahresvergleich.

Der Rückgang der Zahl der Erwerbstätigen war in den Ländern unterschiedlich stark. Die Spannweite reichte von – 6,7 % (Rheinland-Pfalz) bis – 45,8 % (Sachsen-Anhalt). Im Vergleich der Regionen war der Rückgang im Osten mit – 33,9 % mehr als doppelt so stark wie im Westen (– 15,9 %). Im Zeitvergleich zeigte sich hier eine bemerkenswerte Entwicklung: Das starke staatliche Engagement beim Ausbau und bei der Modernisierung der Infrastruktur, vor allem aber die massiven Fördermaßnahmen im Wohnungs- und im gewerblichen Bau führten bis 1995 zu einer kräftigen Expansion der Bauaktivitäten in Ostdeutschland. Dadurch erreichte

in den Jahren 1991 bis 1994 die Zahl der Erwerbstätigen im Bausektor zweistellige jährliche Zuwachsraten. Im Jahr 1995 verlangsamte sich der Anstieg deutlich, das Jahr 1996 markierte schließlich einen Wendepunkt für die Bauwirtschaft in den Ostländern. Die Zeiten dynamischen Wachstums gingen mit der Rückführung der Sonderabschreibungsmöglichkeiten für den Wohnungsneubau im Rahmen des Fördergebietsgesetzes zu Ende. Es handelte sich ab 1996 bis zur Jahrtausendwende jedoch noch um eine Konsolidierung auf hohem Niveau, denn die Bautätigkeit lag bezogen auf die Bevölkerungszahl noch weit über der im Westen.

Die wirtschaftliche Bedeutung der Bauwirtschaft für die ostdeutsche Wirtschaft kann gar nicht hoch genug eingeschätzt werden. In den Boomjahren 1995 und 1996 war in den ostdeutschen Ländern fast jede oder jeder sechste Erwerbstätige (17,4 %) im Baugewerbe tätig, während in Westdeutschland nur 6,8 % dort ihren Arbeitsplatz hatten. Insgesamt arbeiteten 1995 bzw. 1996 jeweils über eine Million Personen oder fast ein Drittel aller im deutschen Baugewerbe insgesamt beschäftigten Personen in Ostdeutschland. Die im Bauboom aufgebauten und dringend erforderlichen Kapazitäten der Bauwirtschaft mussten jedoch wieder zurückgeführt werden, weil zwangsläufig die Auftragslage zusammenschrumpfte. Dieser unvermeidbare Aderlass der Bauwirtschaft prägte in den Jahren ab 1997 die Entwicklung. Ab dem Jahr 1997 verringerte sich die Erwerbstätigenzahl des Bereichs in den ostdeutschen Ländern bis 2009 um jahresdurchschnittlich 5,8 %, in den alten Ländern ging sie pro Jahr um 1,4 % zurück. Im Durchschnitt des Jahres 2009 waren in Ostdeutschland noch 460 000 Personen in der Branche beschäftigt, was einem Anteil an der Gesamtbeschäftigung dieser Länder von 8 % entsprach. Im Vergleich mit den Boomjahren ist das mehr als eine Halbierung. Damit lag der Anteil der im Bau beschäftigten Erwerbstätigen aber immer noch drei Prozentpunkte über dem vergleichbaren westdeutschen Wert. Der Anteil der Beschäftigten im Baugewerbe in den ostdeutschen Ländern an der gesamtdeutschen Zahl verringerte sich seit 1995 um rund zwölf Prozentpunkte auf nunmehr 21 %.

### Mehr Erwerbstätige im Dienstleistungssektor

Mit der Abnahme der Erwerbstätigenzahlen im primären und sekundären Sektor geht eine starke Zunahme im Dienstleistungssektor einher. In diesem heterogenen Wirtschaftszweig, der unter anderem die Bereiche Gastgewerbe, Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Kredit- und Versicherungswesen, Grundstücks- und Wohnungswesen sowie öffentliche und private Dienstleistungen umfasst, arbeiteten 2009 deutschlandweit 73 % aller Erwerbstätigen. 1991 waren es erst 59,5 %. Dabei ist zu beachten, dass die Arbeitsplatzzunahme vor allem durch eine stark wachsende Zahl von Teilzeitarbeitskräften sowie geringfügig Beschäftigter erzielt wurde.

### In Stadtstaaten höchste Anteilswerte des Dienstleistungssektors

Während in den westdeutschen Ländern eine Zunahme des Dienstleistungsbereichs von 31 % zu beobachten war, fiel diese in den ostdeutschen Bundesländern mit 14,6 % gerade halb so groß aus. In Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Bayern nahm die Erwerbstätigkeit im Dienstleistungsbereich um rund ein Drittel zu. Die geringsten Zuwächse waren mit gut 10 % in Sachsen-Anhalt und Bremen zu verzeichnen. In den Stadtstaaten erreichten die Anteilswerte der Erwerbstätigen des Dienstleistungsbereiches an den Erwerbstätigen insgesamt Spitzenwerte aufgrund der hier vorzufindenden

zentralörtlichen Funktionen. Im Jahr 2009 betrugen die Erwerbstätigenanteile in Berlin 86,7 %, in Hamburg 85,2 % und in Bremen 79,1 %. Demgegenüber wiesen die eher industriell geprägten Bundesländer Baden-Württemberg, Thüringen und Bayern einen Anteil an der Gesamterwerbstätigkeit von unter 70 % auf. Der Anteil der im Dienstleistungsbereich Erwerbstätigen lag sowohl im Westen als auch im Osten bei gut 72 %. Hier hat eine Angleichung stattgefunden, nachdem 1991 im Westen der Dienstleistungsanteil noch bei 60,2 % und im Osten bei 53,4 % lag. Diese Angleichung ergibt sich allerdings nur auf der Ebene der Dienstleistungen insgesamt. Dies zeigt sich in den drei Wirtschaftsbereichen des tertiären Sektors, in denen das Niveau und die Entwicklung der Erwerbstätigkeit sehr unterschiedlich waren.

### Jede oder jeder vierte Erwerbstätige ist im Handel, Gastgewerbe und Verkehr tätig

Im Wirtschaftsbereich „Handel, Gastgewerbe und Verkehr“ arbeitete im Jahr 2009 in Deutschland jede oder jeder vierte Erwerbstätige (25 %). Während in diesem Wirtschaftsbereich in den westdeutschen Bundesländern 25,4 % der Erwerbstätigen arbeiteten, waren es in den ostdeutschen Ländern 23,6 %. Insbesondere in den Stadt- und Hansestaaten Hamburg und Bremen spielte dieser Wirtschaftsbereich eine große Rolle, hier waren knapp 30 % der Erwerbstätigen insgesamt beruflich aktiv. Auch die Entwicklung divergierte ziemlich stark: Während in Westdeutschland eine Zunahme der Erwerbstätigkeit im Handel, Gastgewerbe und Verkehr von 11,5 % zu verzeichnen war, nahm diese in Ostdeutschland um 2,3 % ab. Am stärksten war allerdings Berlin mit einem Minus von 14,2 % betroffen.

### Unternehmensnahe Dienstleister: stärkste Entwicklung seit 1991

Der Bereich „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ ist unter den drei Wirtschaftsbereichen des tertiären Sektors der kleinste, allerdings wies er auch die dynamischste Entwicklung auf. Im Jahr 1991 entfiel im gesamten Bundesgebiet auf diesen Bereich ein Erwerbstätigenanteil von knapp 10 %. Dieser Anteil nahm aufgrund des Erwerbstätigenanstiegs um 85,3 % auf 17,2 % zu. In den ostdeutschen Ländern verlief die Entwicklung besonders dynamisch. Hier nahm die Zahl der Erwerbstätigen um 112,8 % zu. Der Aufbau eines Banken- und Versicherungssystems sowie die Etablierung von unternehmensnahen Dienstleistern zur Unterstützung des Verarbeitenden Gewerbes führten zu dieser enormen Entwicklung. Der Erwerbstätigenanteil dieses Bereichs stieg daher von 6 % im Jahr 1991 auf 15 % im Jahr 2009. In den westdeutschen Ländern nahm der Erwerbstätigenanteil im gleichen Zeitraum um sieben Prozentpunkte zu und erreichte 2009 den Stand von 17,3 %.

### Drei von zehn Erwerbstätigen arbeiteten im Bereich „Öffentliche und private Dienstleister“

Der Anteil der Erwerbstätigen im Wirtschaftsbereich „Öffentliche und private Dienstleister“ lag 2009 insgesamt bundesweit bei 30,7 %. Während in den beiden beschriebenen Bereichen des tertiären Sektors der Anteil der Erwerbstätigen in den ostdeutschen Bundesländern unter dem Bundesdurchschnitt lag, zeigt sich hier ein anderes Bild. Gut jede oder jeder dritte Erwerbstätige (33,6 %) in den ostdeutschen Ländern ohne Berlin arbeitete in diesem Bereich, während der Anteil in den westdeutschen Ländern ohne Berlin bei 29,8 % lag. Den Spitzenwert erreichte Berlin mit 40,3 %, was auf den Hauptstadteffekt zurückzuführen ist. So verschieden das Niveau zwischen den Großraumregionen war, so unterschiedlich war auch die Arbeitsplatzdynamik. In Deutschland insgesamt nahm die Zahl der Erwerbstätigen bei den öffentlichen und privaten Dienstleistern von 1991 bis 2009 um ein Viertel (24,9 %) zu. Während die Erwerbstätigkeit in dieser Branche in den

ostdeutschen Bundesländern ohne Berlin um 5,7 % zulegen, betrug die Zuwachsrate im Westen mehr als das Fünffache (29,5 %). Steigerungen von mehr als einem Drittel waren in Rheinland-Pfalz (36,8 %), Bayern (33,8 %) und Baden-Württemberg (33,5 %) zu verzeichnen. Die Spannweite war mit 35,8 Prozentpunkten beträchtlich. Sachsen-Anhalt registrierte ein Erwerbstätigenplus von nur 2,1 %, Thüringen von 1 %.

Insgesamt kann festgehalten werden, dass die Anzahl der Industriearbeitsplätze im Westen wie im Osten Deutschlands gesunken ist. Daher war in beiden Großraumregionen der Anteil des zweiten Sektors an der Erwerbstätigkeit insgesamt rückläufig. Dagegen gewannen der Dienstleistungsbereich und hier insbesondere die Wirtschaftsbereiche „Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister“ sowie „Öffentliche und private Dienstleister“ kräftig an Bedeutung. Diese Entwicklung bedeutet nicht zwingend einen Bedeutungsverlust des Produzierenden Gewerbes. Nicht dargestellt wird das Ausmaß, in welchem die Unternehmen des Produzierenden Gewerbes Dienstleistungen aus dem tertiären Sektor anziehen und wie stark die Wechselwirkungen zwischen diesen beiden Bereichen sind. Weiterhin werden durch Outsourcing zunehmend kosten- und arbeitsintensive Teilfunktionen von Unternehmen in den Dienstleistungsbereich ausgelagert, wodurch sich Kostenvorteile ergeben und eine stärkere Konzentration auf das Kerngeschäft ermöglicht wird mit dem Ziel, die Konkurrenzfähigkeit zu sichern und auszubauen.

## 2 Erwerbslosigkeit in Bund und Ländern

### 2.1 Einführung

Die Zahl der Erwerbstätigen ist der zentrale Indikator des Arbeitsmarktes – sie bildet ab, wie viele Personen ihre Arbeitskraft erfolgreich anbieten, indem sie eine Nachfrage in Form von entsprechenden Arbeitsplätzen oder selbstständigen Tätigkeiten befriedigen. Um das bestehende Angebot an Arbeitskräften beurteilen zu können, ist zusätzlich die Zahl der Erwerbslosen zu betrachten. Sie sagt aus, wie viele arbeitswillige und -fähige Menschen bislang erfolglos ihre Arbeitskraft zu Markte tragen, also nach einer Arbeitsstelle suchen.

#### Unterschiedliche Definitionen von Erwerbslosigkeit und Arbeitslosigkeit

Während man die Erwerbstätigen eines bestimmten Gebietes wahlweise danach abgrenzen kann, ob sie dort ihren Wohnort oder ihren Arbeitsort haben, stellt sich diese Frage bei den Erwerbslosen logischerweise nicht – sie haben in der Regel einen Wohnort, aber per definitionem keinen Arbeitsort. Es stellt sich dafür eine andere Frage, nämlich die nach der geeigneten Definition des Erwerbslosenstatus. In der öffentlichen Wahrnehmung in Deutschland steht die Zahl der bei der Bundesagentur für Arbeit registrierten Arbeitslosen meist im Mittelpunkt. Besser geeignet für die Betrachtung von Entwicklungen und Vergleichen ist die Zahl der Erwerbslosen nach dem Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), da diese von veränderlichen sozialrechtlichen Regelungen unabhängig ist (siehe Kasten). Wir werden uns daher im Folgenden auf die Erwerbslosigkeit in Abgrenzung des ILO-Konzeptes konzentrieren. Ergänzend werden einige Ergebnisse zum Ausmaß der Unterbeschäftigung in Deutschland vorgestellt. Die Daten zur Erwerbslosigkeit und zur Unterbeschäftigung liefert der Mikrozensus bzw. die Arbeitskräfteerhebung. Hierbei handelt es sich um die größte jährliche Befragung zur Bevölkerung und zum Erwerbsleben Deutschlands<sup>2</sup>.

Arbeitslos ist, wer keine Arbeit hat – so einfach könnte die Definition von Arbeitslosigkeit lauten. Doch die Wirklichkeit ist natürlich etwas komplexer. Es ist zunächst zu überlegen, welcher Personenkreis überhaupt betrachtenswert ist. Für eine aussagekräftige Zahl erscheint es sinnvoll, all jene auszublenden, die auf dem Arbeitsmarkt überhaupt nicht aktiv sein können – beispielsweise Kinder und arbeitsunfähige Personen – oder es aus persönlichen Gründen nicht sein wollen. Zudem stellt sich die Frage, ob wirklich nur als arbeits- oder erwerbslos gelten darf, wer überhaupt keine bezahlte Tätigkeit ausübt. Man könnte genauso gut der Meinung sein, eine kleine, für einen Lebensunterhalt nicht ausreichende Arbeit ändert nichts daran, dass die betreffende Person einen dringenden Bedarf nach „richtiger“ Arbeit hat und daher als arbeitslos zu gelten hat. Die zahlreichen existierenden Definitionen von Arbeits- und Erwerbslosigkeit unterscheiden sich primär in ihren Antworten auf diese Fragen.

In Deutschland sind – anders als in manchen anderen Staaten – zwei Definitionen verbreitet: die Zahl der registrierten Arbeitslosen sowie die Zahl der Erwerbslosen nach dem Erwerbsstatuskonzept der ILO. Obwohl die Begriffe Arbeitslosigkeit und Erwerbslosigkeit im alltäglichen Sprachgebrauch meist synonym gebraucht werden, hat sich innerhalb der Fachsprache eingebürgert, von Arbeitslosigkeit zu sprechen, wenn es um die Registerdaten der Bundesagentur für Arbeit geht, und von Erwerbslosigkeit, wenn die Zahlen nach dem ILO-Konzept abgegrenzt werden.

---

<sup>2</sup> Die hier dargestellten Mikrozensusdaten wurden bis zum Jahr 2004 in einer festen Berichtswoche unter den Befragten erhoben. Seit 2005 wird der Mikrozensus kontinuierlich über das ganze Jahr hinweg erhoben, sodass es sich ab diesem Zeitpunkt um Jahresdurchschnitte handelt.

Das international anwendbare Erwerbsstatuskonzept der ILO weist jeder Person einen von drei überschneidungsfreien Status zu: Erwerbstätig ist, wer in dem betrachteten Zeitraum einer bezahlten Arbeit nachgegangen ist – unabhängig vom zeitlichen und finanziellen Umfang. Erwerbslos ist, wer nicht erwerbstätig ist, jedoch aktiv nach einer Erwerbstätigkeit sucht und eine solche im Erfolgsfall kurzfristig aufnehmen könnte. Wer keine der beiden Definitionen erfüllt, ist eine Nichterwerbsperson.

Die Zahl der Erwerbslosen wird in Deutschland ebenso wie in den anderen EU-Ländern anhand einer Bevölkerungsumfrage, der Arbeitskräfteerhebung, gemessen. Die ILO-Definition von Erwerbslosigkeit wird in dieser Erhebung konkretisiert auf nicht erwerbstätige Personen von 15 bis 74 Jahren, die in den vier Wochen vor der Befragung aktiv nach einer Tätigkeit gesucht haben und eine solche innerhalb von zwei Wochen aufnehmen könnten. Dabei ist es unerheblich, ob die betreffenden Personen bei einer staatlichen Institution gemeldet sind und ob sie von dort Sozialleistungen beziehen. Die Erwerbslosenquote errechnet sich als Anteil der Erwerbslosen an allen Erwerbspersonen (Summe aus Erwerbstätigen und Erwerbslosen).

Die Zahl der registrierten Arbeitslosen fußt demgegenüber auf einem sozialrechtlichen Status. Die Definition von Arbeitslosigkeit ist im Sozialgesetzbuch (SGB III) festgelegt und somit durch den Gesetzgeber prinzipiell jederzeit veränderbar. Neben der Meldung bei einer Agentur für Arbeit oder einem kommunalen Träger erfordert die Erfassung als Arbeitsloser auch, dass eine Beschäftigung von mindestens 15 Wochenstunden gesucht wird. Andererseits kann nach dem SGB trotz registrierter Arbeitslosigkeit eine Erwerbstätigkeit mit einem Umfang unter 15 Stunden ausgeübt werden.

Wie die folgende Grafik zeigt, ist die Schnittmenge von Personen, die sowohl nach dem ILO-Konzept als erwerbslos gelten als auch den sozialrechtlichen Status eines registrierten Arbeitslosen besitzen, hoch. Dennoch gibt es sowohl Erwerbslose, die die Bundesagentur für Arbeit nicht als arbeitslos zählt, als auch registrierte Arbeitslose, die nach Definition der ILO-Arbeitsmarktstatistik nicht erwerbslos sind.

**Schaubild 2.1: Erwerbslose und Arbeitslose 2009**



Quellen: Mikrozensus/Arbeitskräfteerhebung

## 2.2 Entwicklung der Erwerbslosigkeit

### Fast fünf Millionen Erwerbslose im Rekordjahr 2004

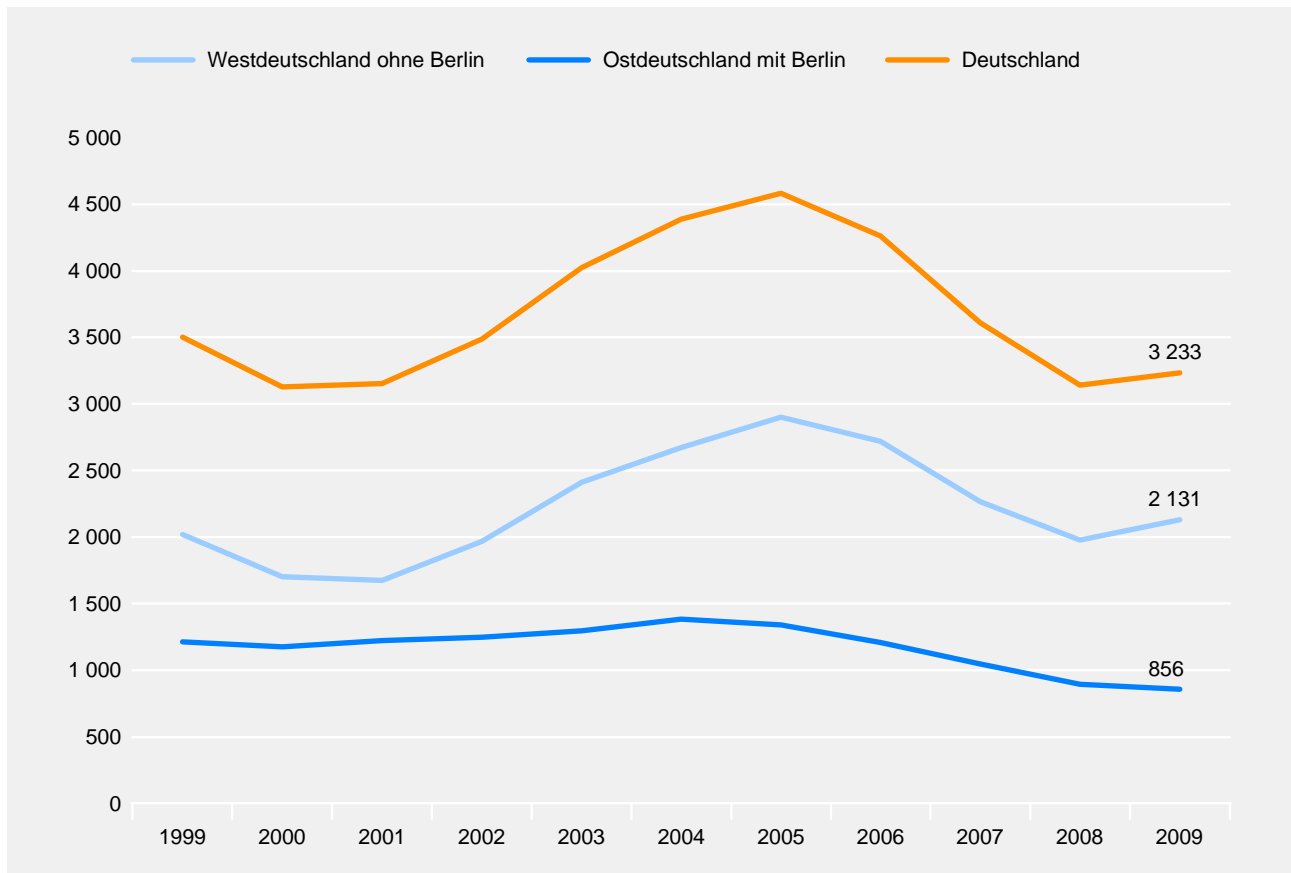
Insgesamt waren in Deutschland 1999 rund 3,5 Millionen Personen erwerbslos, was einer Erwerbslosenquote von 8,8 % entsprach. Nach einer nur kurzen Erholungsphase stieg die Zahl deutlich an und erreichte mit 4,6 Millionen Erwerbslosen im Jahr 2005 ihren Höhepunkt. Die Erwerbslosenquote betrug zu diesem Zeitpunkt 11,1 %. In den Folgejahren sank die Zahl der Erwerbslosen deutlich und stand 2008 mit 3,1 Millionen und einer Erwerbslosenquote von 7,5 % so niedrig wie zu keinem Zeitpunkt nach 1991.

### 2009 trotz Wirtschaftskrise nur moderater Anstieg der Erwerbslosigkeit

Bis zu dieser Stelle folgte die Erwerbslosigkeit relativ eindeutig der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung – ein schwaches oder negatives Wirtschaftswachstum zog steigende Erwerbslosenzahlen nach sich, ein starkes Wirtschaftswachstum ließ die Zahl der Erwerbslosen sinken. Interessanterweise ließ sich dieses Phänomen in Bezug auf die Wirtschaftskrise ab dem Jahr 2008 bislang nicht beobachten: Im derzeit aktuellsten Berichtsjahr 2009 lag die Erwerbslosigkeit mit 3,2 Millionen Personen und einer Erwerbslosenquote von 7,7 % nur leicht über dem Tiefstand aus dem Vorjahr. Eine der Ursachen für die Robustheit des Arbeitsmarktes gegenüber der gesamtwirtschaftlichen Rezession kann in arbeitsmarktpolitischer Regulierung wie der breiten Anwendung von Kurzarbeit liegen, eine andere kann die Erwartung der Unternehmen sein, dass es sich nur um eine kurze und auf bestimmte Wirtschaftsbereiche beschränkte Krise handele.



**Schaubild 2.2: Entwicklung der Erwerbslosenzahlen in Deutschland**  
in 1 000



Quellen: Mikrozensus/Arbeitskräfteerhebung

Die Entwicklung der Erwerbslosigkeit in Westdeutschland entspricht weitgehend der in Gesamtdeutschland. Dies ist aufgrund des Größenverhältnisses der beiden Landesteile nicht verwunderlich. Hingegen war der Verlauf im Osten Deutschlands ein etwas anderer: Die Erholung zu Beginn des Jahrtausends fiel hier marginal aus, stattdessen begannen die Erwerbslosenzahlen schon 2001, also ein Jahr früher als im Westen, ihren Anstieg. Von 1,2 Millionen im Jahr 1999 kletterten sie auf den Höchststand von 1,4 Millionen im Jahr 2004. Das klingt in absoluten Zahlen nach einer geringen Veränderung, bedeutet aber einen Anstieg der Erwerbslosenquote von 16,7 % auf 19,7 %.

Auf der anderen Seite ist die positive Entwicklung in den Jahren nach 2004 in Ostdeutschland deutlich stärker ausgefallen als in West- und Gesamtdeutschland. Innerhalb von fünf Jahren ging die Zahl der Erwerbslosen von dem erwähnten Höchststand zurück auf 0,9 Millionen Personen und eine Erwerbslosenquote von 12,3 % im Jahr 2009. Auch im Osten hat sich die Wirtschaftskrise 2008/2009 nicht spürbar auf die Entwicklung der Erwerbslosigkeit ausgewirkt, in beiden Jahren setzte sich die Abnahme fort.

#### Erwerbslosigkeit im Osten immer noch deutlich höher, aber der Abstand hat sich verringert

Die Erkenntnis, dass die Abnahme der Erwerbslosigkeit im Laufe der letzten Jahre im Osten besonders stark ausgefallen ist, lässt sich auch auf andere Weise illustrieren: 1999 lag der Anteil der ostdeutschen Länder an

der gesamtdeutschen Erwerbslosenzahl bei 34,7 %, 2009 nur noch bei 26,5 %. Trotz des Rückgangs ist der Osten bei der Erwerbslosigkeit immer noch klar überrepräsentiert: 2009 betrug der Anteil ostdeutscher Erwerbspersonen an allen Erwerbspersonen 16,6 %.

Nicht nur zwischen Ost- und Westdeutschland, sondern auch zwischen einzelnen Bundesländern innerhalb der beiden Landesteile bestehen Unterschiede hinsichtlich der Erwerbslosenzahlen. Diese betreffen in erster Linie das Niveau der Erwerbslosigkeit und teilweise die Stärke von Entwicklungen, jedoch weniger die großen Entwicklungslinien: In allen Ländern stiegen zu Beginn des Jahrtausends die Erwerbslosenzahlen an und erreichten in der Regel 2004 (in wenigen Ausnahmen ein Jahr früher oder später) ihren Höhepunkt, bevor sie bis mindestens 2008 deutlich zurückgingen.

Aus Gründen der besseren Vergleichbarkeit der Situation in den verschiedenen großen Bundesländern werden im Folgenden keine absoluten Erwerbslosenzahlen betrachtet, sondern allein die Erwerbslosenquoten.

### Mecklenburg-Vorpommern hat den höchsten Erwerbslosenanteil

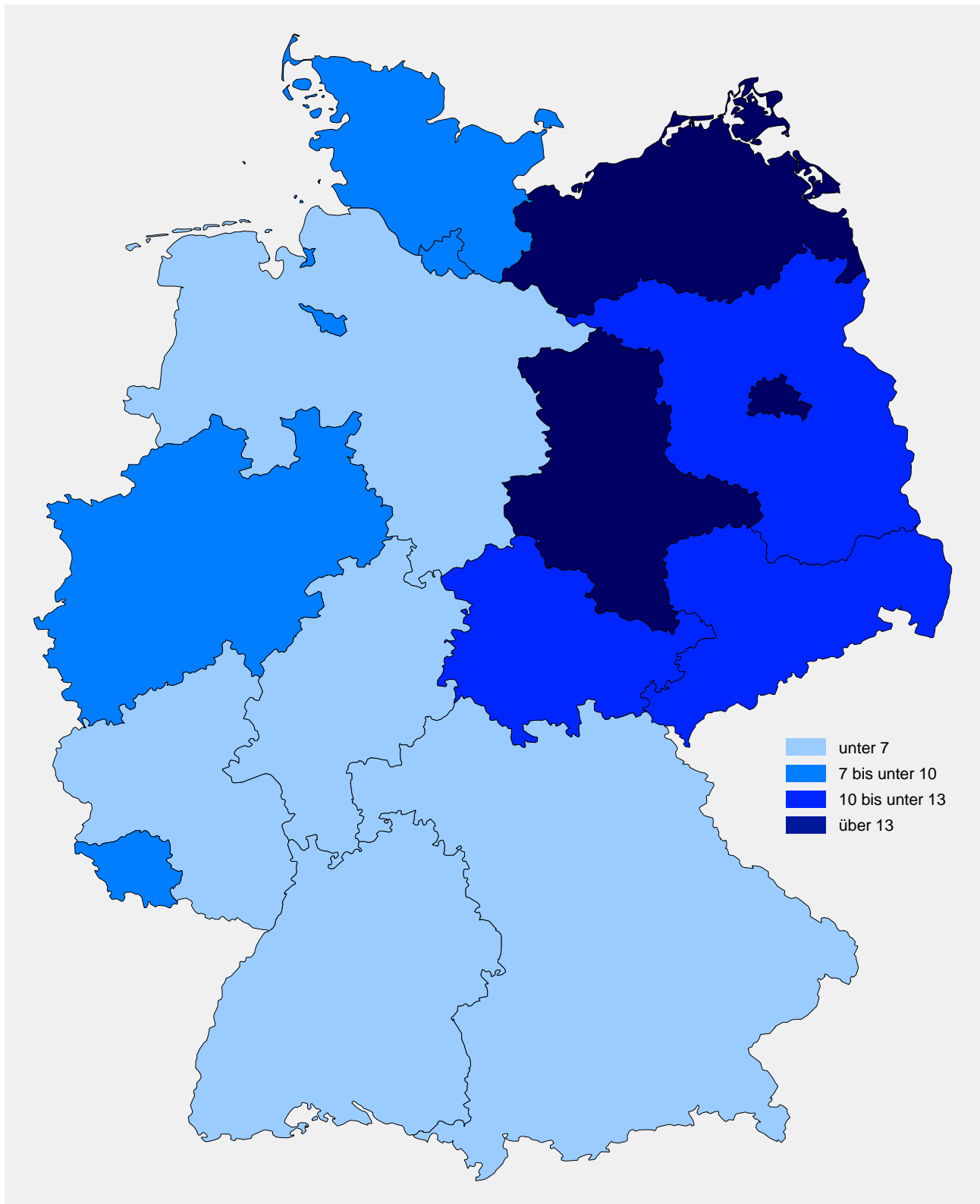
Die höchste Erwerbslosenquote wies 2009 Mecklenburg-Vorpommern auf mit 13,9 %, dicht gefolgt von Berlin mit 13,7 % und Sachsen-Anhalt mit 13,6 %. Auch die drei anderen ostdeutschen Länder wiesen höhere Erwerbslosenquoten auf als jedes westdeutsche Bundesland. Schon 1999 waren – wie zu erwarten – die Erwerbslosenquoten in allen ostdeutschen Ländern sowie in Berlin deutlich höher als in allen westdeutschen Ländern. In Sachsen-Anhalt (20,5 %) war die Lage damals mit Abstand am schlechtesten, die anderen ostdeutschen Länder bewegten sich zwischen 14,5 % (Thüringen) und 17,8 % (Mecklenburg-Vorpommern). Auch bei der Betrachtung auf Länderebene zeigt sich somit deutlich die – physisch nicht mehr vorhandene, aber in Bezug auf zentrale statistische Indikatoren noch bestehende – Trennlinie zwischen Ost- und Westdeutschland, wobei Berlin in Bezug auf die Erwerbslosigkeit in der Liga der ostdeutschen Länder spielt.

### Erwerbslosenquoten in Bayern und Baden-Württemberg am geringsten

Innerhalb der westdeutschen Länder reichte die Spannweite der Erwerbslosenquoten 2009 von 5,1 % in Bayern und Baden-Württemberg bis hin zu 9 % in Bremen und 8,3 % im Saarland. Bremen war schon 1999 das Sorgenkind unter den westdeutschen Ländern, als es mit 11,5 % die mit Abstand höchste Erwerbslosenquote aufwies. Mit deutlichem Abstand folgte damals der andere Stadtstaat Hamburg mit 8,2 % und auf Platz drei Schleswig-Holstein mit 7,7 %. An der Spitze hat sich zwischen 1999 und 2009 nicht viel getan – bereits vor zehn Jahren hatten die beiden südlichen Bundesländer Bayern (5,1 %) und Baden-Württemberg (5,3 %) die niedrigste Erwerbslosigkeit.

Tendenziell besteht innerhalb der westdeutschen Länder hinsichtlich der Erwerbslosigkeit ein gewisses Gefälle von Nord nach Süd sowie zwischen Stadtstaaten und Flächenländern. Diese Muster fallen jedoch bei weitem nicht so durchgängig und eindeutig aus wie die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Weitere Unterschiede innerhalb des westlichen Landesteils zeigen sich in der Veränderung der Erwerbslosenquoten zwischen 2008 und 2009: Die Arbeitsmärkte einiger Länder reagierten offenbar besonders robust auf die Wirtschaftskrise und konnten ihre Erwerbslosigkeit der ungünstigen konjunkturellen Lage zum Trotz weiter senken (Bremen, Niedersachsen) oder zumindest stabil halten (Hamburg, Hessen), während sie im Saarland oder – freilich auf sehr niedrigem Niveau – in Baden-Württemberg und Bayern recht deutlich anstieg.

**Schaubild 2:3: Erwerbslosenquote 2009**  
in %



Quellen: Mikrozensus/Arbeitskräfteerhebung

© Bundesamt für Kartographie und Geodäsie, Frankfurt am Main, 2012

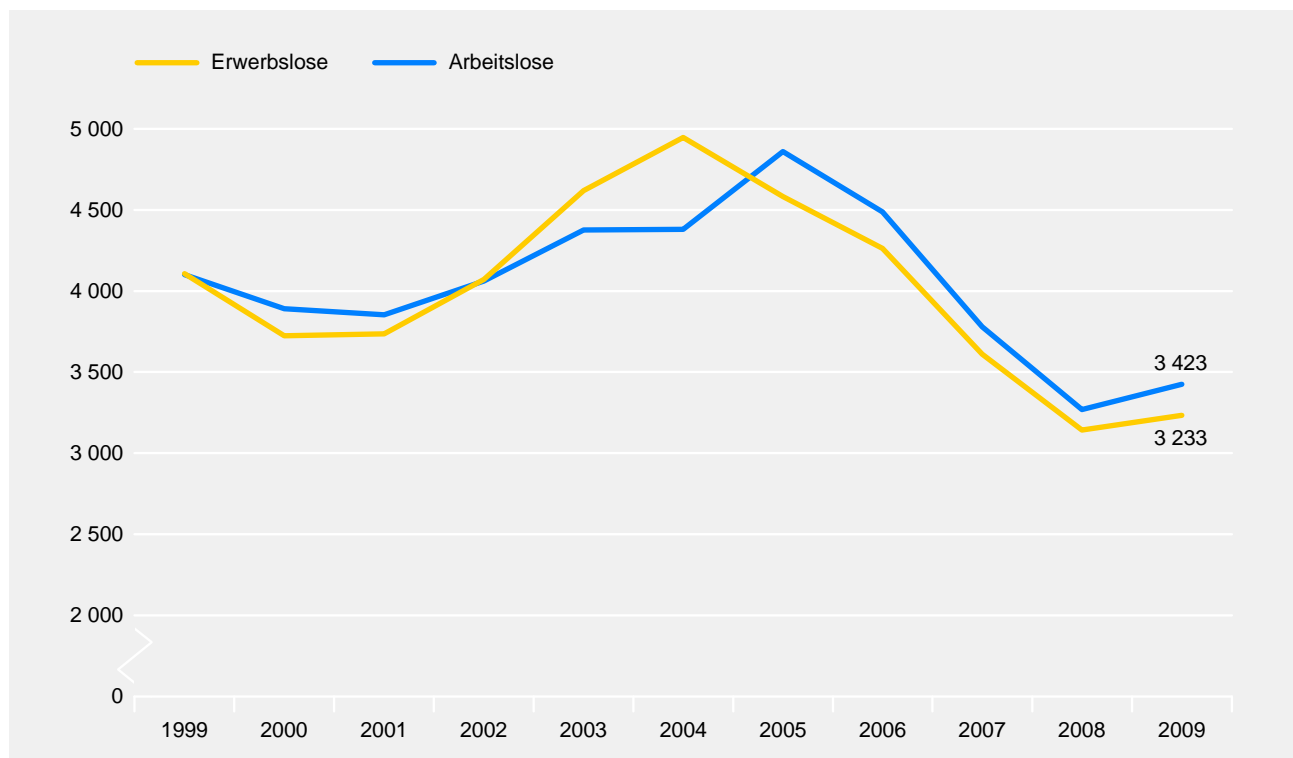
## 2.3 Exkurs: Kurzer Blick auf die Arbeitslosenzahlen

Wie im Methodenkasten zu Beginn des Kapitels erläutert, besteht ein definitorischer Unterschied zwischen Erwerbslosen im Sinne des hier verwendeten ILO-Konzeptes und registrierten Arbeitslosen im Sinne des deutschen Sozialrechts. Man darf daher die Frage stellen, ob es eine zusätzliche Erkenntnis über den deutschen Arbeitsmarkt oder die deutschen Arbeitsmärkte brächte, auch auf die registrierte Arbeitslosigkeit einen näheren Blick zu werfen.

### Arbeits- und Erwerbslosigkeit ähneln sich in Niveau und Verlauf

Wie die unten stehende Grafik illustriert, ist diese Frage weitgehend zu verneinen. Trotz der beschriebenen Unterschiede in der Abgrenzung der beiden Indikatoren ähneln sich die Werte in Niveau und Verlauf. Die Zahl der Erwerbslosen nach ILO-Konzept liegt dabei in allen Jahren außer 2004 unter der Zahl der registrierten Arbeitslosen. Auffällig ist, dass sich der Abstand zwischen Erwerbslosigkeit und Arbeitslosigkeit innerhalb der ersten Hälfte des betrachteten Zeitraums immer weiter verringert hat. Eine Ursache davon kann in den sozialrechtlichen Reformen liegen, die unter anderem darauf abzielten, stärkere Anreize zur Arbeitssuche zu setzen.

**Schaubild 2.4: Entwicklung der Erwerbslosen- und Arbeitslosenzahlen 1999 bis 2009**  
in 1 000



Quellen: Arbeitsmarktstatistik der Bundesagentur für Arbeit; Mikrozensus/Arbeitskräfteerhebung

## 2.4 Erwerbslosigkeit im Jahr 2009

Neben den Entwicklungstendenzen des letzten Jahrzehnts sollen hier einige grundlegende Strukturen der Erwerbslosigkeit am aktuellen Rand betrachtet werden.

### Junge und Alte sind häufiger erwerbslos als mittlere Altersgruppen

Männer waren in Deutschland 2009 mit einer Erwerbslosenquote von 8,1 % etwas häufiger betroffen als Frauen mit 7,2 %. In absoluten Zahlen ausgedrückt waren rund 1,8 Millionen Männer erwerbslos und 1,4 Millionen Frauen. Die Altersgruppen mit der höchsten Erwerbslosigkeit waren die 15- bis 19-Jährigen (11,4 %) und die 20- bis 24-Jährigen (11 %). Die wenigsten Erwerbslosen gab es – unterhalb der gesetzlichen Regelaltersgrenze von 65 Jahren – in den mittleren Altersgruppen von 35 bis 49 Jahren mit 6,4 % bis 6,7 %. Ältere Erwerbspersonen im Alter von 55 bis 59 und 60 bis 64 Jahren lagen mit Erwerbslosenquoten von 8,2 % bzw. 7,5 % in der Nähe des Durchschnitts aller Altersgruppen (7,7 %) in Gesamtdeutschland.

Während das Geschlechterverhältnis in beiden Regionen gleichermaßen eine etwas höhere Erwerbslosigkeit von Männern zeigte, gibt es hinsichtlich der Altersverteilung Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Im Westen zeigte sich 2009 das gleiche Bild, das oben für Gesamtdeutschland skizziert wurde: erhöhte Erwerbslosenquoten in den jüngeren Altersgruppen, niedrige Quoten im mittleren Alter und in etwa durchschnittliche Erwerbslosigkeit unter älteren Erwerbspersonen. In den ostdeutschen Ländern waren zwar ebenfalls in den mittleren Altersgruppen die Erwerbslosenquoten am niedrigsten, doch zählten hier neben den 15- bis 19-Jährigen (13,8 %) und den 20- bis 24-Jährigen (15,3 %) auch noch die 25- bis 29-Jährigen mit 14 % zu den Problemgruppen. Dies deutet daraufhin, dass der Einstieg in den Arbeitsmarkt und in ein verhältnismäßig sicheres Arbeitsverhältnis im Osten Deutschlands für viele Personen langwieriger ist als im Westen. Darüber hinaus waren 2009 in Ostdeutschland auch die Angehörigen älterer Altersgruppen – die 55- bis 59-Jährigen (14,7 %) sowie die 60- bis 64-Jährigen (12,9 %) häufiger von Erwerbslosigkeit betroffen als der ostdeutsche Durchschnitt (12,3 %).

### Drei Viertel der Erwerbslosen leben von staatlichen Leistungen

Wovon lebten Erwerbslose in Deutschland 2009? In fast drei Viertel (74,7 %) aller Fälle gaben die Erwerbslosen bei der Befragung an, ihren Lebensunterhalt überwiegend mit Arbeitslosengeld I oder Leistungen nach Hartz IV (Arbeitslosengeld II oder Sozialgeld) zu bestreiten. Gut jede oder jeder Fünfte (21 %) lebte in erster Linie von Einkünften der Lebenspartnerin oder des Lebenspartners, der Eltern oder anderer Angehöriger. Die übrigen Erwerbslosen (4,3 %) bezogen ihren Lebensunterhalt aus vorhandenem Vermögen, einer Rente oder sonstigen Unterstützungsleistungen.

Die Antworten auf die Frage nach dem vorwiegenden Lebensunterhalt Erwerbsloser konstituieren eine statistische Dreiteilung Deutschlands: In den Stadtstaaten Berlin (88 %), Bremen (83,8 %) und in weniger starker Ausprägung in Hamburg (78,2 %) ist der Anteil derer, die von Arbeitslosengeld I oder Hartz IV leben, unter den Erwerbslosen stark überdurchschnittlich, während eine Versorgung durch Angehörige entsprechend selten erfolgt. Ähnlich verhält es sich in den fünf ostdeutschen Ländern: Dort leben 81,5 % der Erwerbslosen von Arbeitslosengeld I oder Hartz V und nur 15 % von Angehörigen. Ganz anders die westdeutschen Flächenländer, in denen zwar ebenfalls die Versorgung durch eine dieser staatlichen Leistungen dominiert,

jedoch mit 61,3 % in Baden-Württemberg bis 74,4 % in Nordrhein-Westfalen überall unter dem gesamtdeutschen Durchschnitt liegt. Der Anteil der Versorgung durch Angehörige liegt in fast allen dieser Länder bei rund einem Viertel, in Baden-Württemberg sogar bei einem Drittel (33,3 %).

### 2.5 Unterbeschäftigung

Der Begriff der Unterbeschäftigung bezeichnet im ILO-Konzept das Ausmaß, in dem Personen zwar erwerbstätig sind, jedoch in geringerem zeitlichem Ausmaß, als sie es sich wünschen. Konkret wird in der Arbeitskräfteerhebung als unterbeschäftigt gezählt, wer erwerbstätig ist, den Wunsch nach mehr Arbeitsstunden äußert und zugleich angibt, für eine tatsächliche Erhöhung der Stundenzahl innerhalb der nächsten zwei Wochen zur Verfügung zu stehen.

Unterbeschäftigung im hier verwendeten, international geläufigen Sinne ist nicht zu verwechseln mit dem gleichnamigen Indikator der Bundesagentur für Arbeit, welcher eine um bestimmte Personengruppen (Teilnehmerinnen und Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen etc.) erweiterte Zahl der registrierten Arbeitslosen darstellt.

#### Mehr als jede oder jeder zehnte Erwerbstätige ist unterbeschäftigt

In Deutschland waren 2009 rund 4,2 Millionen Erwerbstätige unterbeschäftigt, mehr als jede oder jeder zehnte Erwerbstätige (10,9 %). Dabei waren Frauen (12,1 %) etwas stärker von Unterbeschäftigung betroffen als Männer (9,8 %). Die Ursache dafür dürfte darin zu finden sein, dass Frauen häufiger teilzeitbeschäftigt sind als Männer. Unter den Erwerbstätigen, die in Teilzeit arbeiten, strebten 2009 22,2 % eine Erhöhung ihrer Arbeitsstunden an. Unter Vollzeitbeschäftigten trat dieser Fall anteilmäßig deutlich seltener auf, doch auch von diesen wollten immerhin 6,8 % gern mehr arbeiten als bisher. In absoluten Zahlen betrachtet hielten sich die Unterbeschäftigten in Vollzeit (2 Millionen) und in Teilzeit (2,2 Millionen) fast die Waage.

Das Ausmaß der Unterbeschäftigung als Anteil an allen Erwerbstätigen war in Ostdeutschland 2009 mit 15 % um rund die Hälfte höher als in Westdeutschland (10,1 %). Auch dieser Unterschied ist ganz wesentlich durch Teilzeitbeschäftigte geprägt: Während in den westlichen Ländern 18,7 % aller Teilzeitbeschäftigten lieber eine ausgedehntere Beschäftigung gehabt hätten, traf dies in den Ostländern auf 44,6 % zu.

Die ostdeutschen Länder bewegten sich 2009 hinsichtlich der Unterbeschäftigtenquoten in einer Spannweite von 14,1 % in Brandenburg bis 16,3 % in Thüringen. In Westdeutschland waren die Unterschiede etwas größer, hier reichten die Werte von 8,8 % in Bayern bis 12,1 % im Saarland. Berlin befand sich mit einer Unterbeschäftigungsquote von 9,5 % unter dem Bundesdurchschnitt (10,9 %) und damit weit unter dem Niveau der umgebenden ostdeutschen Bundesländer.

## 2.6 Zwischenfazit: Wie viele Arbeitsmärkte gibt es in Deutschland?

Die Betrachtung der beiden zentralen Größen der Arbeitsmarktes – Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit – hat uns bereits eine recht deutliche Antwort auf die eingangs aufgeworfene Frage geliefert, ob es *den* deutschen Arbeitsmarkt überhaupt gibt oder ob nicht vielmehr von mehreren verschiedenen Arbeits*märkten* zu sprechen ist. Alle bisher behandelten Indikatoren zeigen deutliche Unterschiede zwischen den Ländern der ehemaligen Bundesrepublik und den ostdeutschen Bundesländern. Insofern sind in Deutschland mindestens zwei Arbeitsmärkte zu unterscheiden, ein ostdeutscher und ein westdeutscher. Der ostdeutsche Arbeitsmarkt

war in den vergangenen zehn Jahren geprägt durch ein sehr hohes Niveau an Erwerbslosigkeit, welches trotz eines seit fünf Jahren anhaltenden starken Rückgangs das westdeutsche Niveau nach wie vor deutlich übertrifft. Die Zahl der Erwerbstätigen hat in Westdeutschland seit der Wiedervereinigung erheblich zu-, in Ostdeutschland hingegen noch erheblicher abgenommen.

Im Hinblick auf die einzelnen Bundesländer oder auf bestimmte Gruppierungen wie Stadtstaaten und Flächenländer oder Nord- und Südländer von je eigenen Arbeitsmärkten zu sprechen, erscheint angesichts der gewonnenen Erkenntnisse nicht zielführend zu sein. Eine Nutzung nichtadministrativer Gebietseinheiten als Gliederungskriterium – beispielsweise die Unterscheidung großstädtischer Ballungsräume von ländlichen Gebieten – wäre hier geeigneter, muss aber an dieser Stelle im Hinblick auf den begrenzten Rahmen der Veröffentlichung unterbleiben.

### **3 Mehr Arbeit für Frauen, für Ältere, für alle – die Lissabonziele der Europäischen Union**

#### **3.1 Einführung**

##### **Erwerbsbeteiligung in Bund und Ländern von 1999 bis 2009 wird untersucht**

In diesem Kapitel wird die Entwicklung der Erwerbstätigkeit in Deutschland auf Bundes- und Länderebene gemessen an den jeweils gültigen Zielsetzungen der Europäischen Union (EU) aus dem Vertrag von Lissabon und der aktuellen Agenda Europa 2020. Herausgestellt wird insbesondere die Entwicklung der Erwerbsbeteiligung von Frauen und älteren Personen. Der Aspekt der Bildung und Weiterbildung als wesentliche Voraussetzung für die Arbeitsmarktbeteiligung wird dabei tiefer gehend betrachtet. Konkret geht der Beitrag folgenden Fragestellungen nach: Wie hat sich die Erwerbsbeteiligung insgesamt und insbesondere von Frauen und Älteren im Bund und in den Ländern entwickelt? Welche Rolle spielen Bildung und Weiterbildung? Reicht der quantitative Indikator Erwerbsbeteiligung zur Beurteilung der Beschäftigungssituation aus? Es werden Entwicklungen im Zeitraum 1999 bis 2009 präsentiert. Die Erwerbsbeteiligung wird anhand der Erwerbstätigenquote aus dem Mikrozensus dargestellt. Die Daten zu Bildung und Weiterbildung entstammen ebenfalls dem Mikrozensus.

#### **3.2 Die Strategie von Lissabon – die Agenda Europa 2020**

Hohe Beschäftigungsquoten sind für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Europäischen Union und für die Lebensqualität der EU-Bürger ausschlaggebend. Als Antwort auf die Herausforderungen von Globalisierung und alternden Gesellschaften hat die EU in der Strategie von Lissabon im Jahr 2000 EU-weite Zielvorgaben für Beschäftigung und Bildung formuliert. Es ging darum, die EU bis zum Jahr 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu entwickeln. Aktive Beschäftigungspolitik, Zusammenarbeit der Sozialpartner und Förderung der Chancengleichheit sollten die Beschäftigungsquote in der Altersgruppe der 15- bis unter 65-Jährigen von 61 % auf 70 % im Jahr 2010 steigern. Für Frauen galt es, die Beschäftigungsquote von 51 % über den Wert von 60 % zu heben. Ein Ziel war auch, die Zahl der 18- bis 24-Jährigen ohne allgemeinen Schulabschluss zu halbieren. Indirekten Einfluss auf die Beschäftigungsquoten hätte auch die angestrebte wirtschaftliche Wachstumsrate von 3 % pro Jahr gehabt.

Die EU hat die Lissabon-Strategie seitdem an aktuelle Entwicklungen der Weltwirtschaft, die nicht ohne Einfluss auf den europäischen Wirtschaftsraum sein konnten, angepasst. Im Jahr 2005 wurde ein Aktionsprogramm verabschiedet, das hauptsächlich Maßnahmen zur Steigerung von Wettbewerbsfähigkeit und Produktivität und zur Schaffung von Arbeitsplätzen in den Mittelpunkt stellt. In den seit 2008 und bis Ende 2010 gültigen Beschäftigungspolitischen Leitlinien der Mitgliedsstaaten, die mit der Lissabon-Strategie abgestimmt sind, werden Vollbeschäftigung und Verringerung von Arbeitslosigkeit und Nichterwerbstätigkeit als förderwürdig im Sinne der Lissabonstrategie festgehalten. Gleichzeitig werden die Verbesserung der Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern und die Verringerung des Anteils erwerbstätiger Armer genannt. Sowohl jungen als auch älteren Menschen sollte der Zugang zum Arbeitsmarkt erleichtert und



EU-weit für die 55- bis unter 65-Jährigen eine Erwerbsquote von 50 % erreicht werden. Das effektive Durchschnittsalter beim Ausscheiden aus dem Erwerbsleben sollte auf EU-Ebene im Zeitraum von 2001 bis 2010 um fünf Jahre angehoben werden. Lebenslanges Lernen wird dabei nicht nur für ältere Erwerbstätige als ein wichtiger Faktor gesehen. Für die Verringerung der Jugendarbeitslosigkeit sollte der Anteil der frühen Schulabgänger bis 2010 maximal 10 % betragen und 85 % der 22-Jährigen eine Ausbildung im Sekundarbereich II abgeschlossen haben. In der Altersgruppe der 25- bis unter 65-Jährigen war der Anteil der an Weiterbildung Teilnehmenden auf mindestens 12,5 % zu erhöhen.

Die angestrebten Ziele wurden zur Konkretisierung an die Mitgliedsländer übergeben. Für Deutschland findet sich die Entsprechung zum Beispiel in der Agenda 2010. Darin sind zwar keine konkreten Benchmarks genannt, aber gewünschte Entwicklungen, z. B. mehr Beschäftigung und Wachstum, die es mit diversen Maßnahmen zu verfolgen galt. Im Fortschrittsbericht 2008 der Bundesregierung zur nationalen Nachhaltigkeitsstrategie wurde als nationales Ziel für 2010 eine Erwerbstätigenquote von 73 % in der Bevölkerung von 15 bis unter 65 Jahren genannt, die bis zum Jahr 2020 auf 75 % steigen soll. Für die Altersgruppe der 55- bis unter 65-Jährigen wurden Erwerbstätigenquoten von 55 % im Jahr 2010 und 57 % im Jahr 2020 festgelegt. Die „Qualifizierungsinitiative für Deutschland“ von 2008 hat unter anderem das Ziel, die Zahl der Schulabgänger ohne Abschluss von 8 % auf 4 % und die Zahl der jungen Erwachsenen ohne Berufsabschluss von 17 % auf 8,5 % bis zum Jahr 2015 zu halbieren.

### Lissabon-Benchmarks EU-weit nicht erreicht

Die Bilanz im Jahr 2010 zeigte, dass die wesentlichen Ziele der Lissabon-Strategie auf EU-Niveau verfehlt wurden. Die höchste Beschäftigungsrate wurde mit 66 % im Jahr 2008 erreicht (2000: 62 %) und fiel im Laufe der Weltwirtschaftskrise 2009 wieder auf knapp 65 % ab. Die Beschäftigungsquote bei Frauen stieg bis 2009 auf 59 % und die der älteren Generation (55 bis unter 65 Jahre) auf 46 %. Die Bildungsziele wurden EU-weit ebenfalls nicht erreicht.

Deutschland lag 2009 sowohl bei der allgemeinen als auch bei den Erwerbstätigenquoten für Frauen und Ältere über den Lissabon-Zielen. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales stellte in Bezug auf die Lissabon-Ziele fest, dass die Beschäftigungsquoten der Frauen und älteren Arbeitnehmer in Deutschland kontinuierlich gestiegen sind. Mit einer Frauenerwerbstätigenquote von 59,6 % wurde 2005 die EU-Zielvorgabe (57 % bis 2005) bereits erfüllt.

### Europa 2020 führt Lissabon-Strategie weiter

Nach dem Auslaufen der Lissabon-Strategie 2010 und in einer Antwort auf die von der Weltwirtschaftskrise verursachten Entwicklungen hat die EU die Ausarbeitung einer neuen Zukunftsstrategie für Europa in Angriff genommen. Die von der Europäischen Kommission 2010 vorgeschlagene und vom Rat verabschiedete neue Strategie unter dem Namen „Europa 2020 – eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum“ ist inhaltlich nahe der Lissabon-Strategie zu verorten. Als Ausgangslage wird festgehalten, dass die Weltwirtschaftskrise einen Großteil der Erfolge der Lissabon-Strategie wieder zunichte machte. Besonders negative Faktoren sind Rekordverschuldung, stagnierendes Wachstum und hohe Arbeitslosigkeit, insbesondere bei den ohnehin gefährdeten Gruppen. Die Hauptaktionsfelder der neuen EU-Strategie sind deswegen

Wissen und Innovation, eine nachhaltige Wirtschaft, hohe Beschäftigungsquoten und soziale Integration. Zu den Kernzielen zählt eine Beschäftigungsquote von 75 % in der Altersgruppe der 20- bis unter 65-Jährigen im Jahr 2020 (Stand 2009: 69 %). Dies soll auch durch die Erhöhung der Beschäftigungsquoten von jungen und älteren Menschen, Niedrigqualifizierten und Personen mit Migrationshintergrund erreicht werden. Die Erhöhung des Anteils tertiärer Qualifikationen (für 30- bis unter 35-Jährige von 32 % auf mindestens 40 %) und die Verminderung der Schulabbrecherquote (von derzeit 14 % auf 10 %) sind ebenfalls Kernziele der neuen Strategie. Die EU betont besonders die zeitliche Dringlichkeit und weist darauf hin, dass zwischen den Zielen eine gegenseitige Abhängigkeit besteht. Im besten Fall verstärken sich die Ziele gegenseitig. Die EU-Mitgliedsstaaten sollen entlang der EU-Benchmarks ihre nationalen Ziele formulieren. Wirtschaftsexperten geben zu bedenken, dass auch die neuen Ziele zu hoch gesteckt sein könnten. Für Deutschland zeichnen sich jedoch durchaus Chancen ab, die Benchmarks auf nationaler Ebene zu erreichen und zu überbieten, teilweise ist dies schon geschehen.

### 3.3 Die Entwicklung der Erwerbsbeteiligung

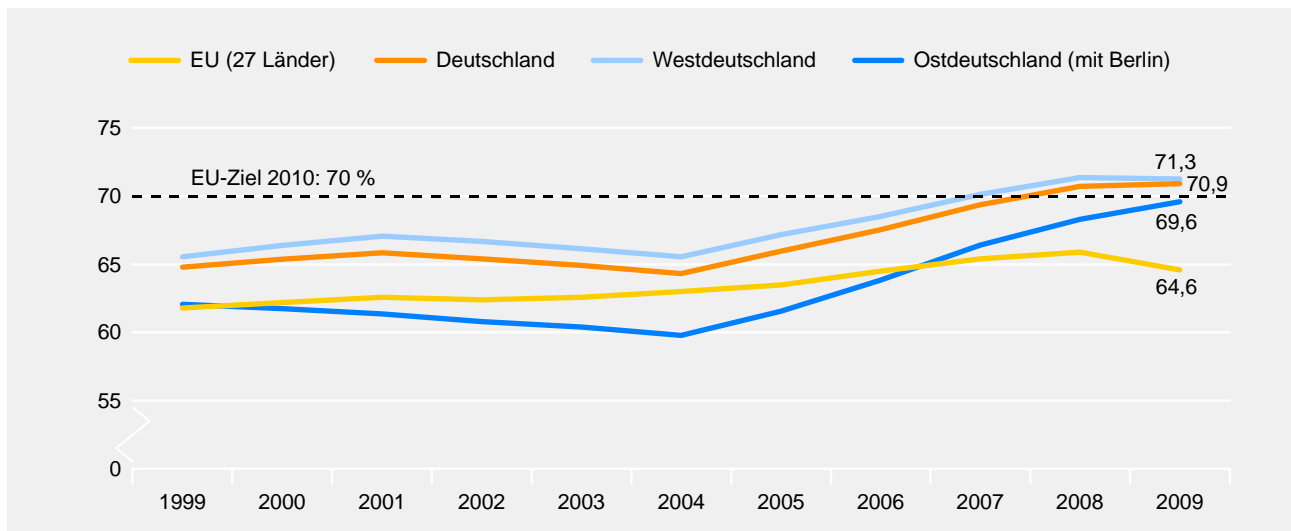
#### Erwerbstätigenquote als zentraler Indikator für den Beschäftigungsstand

Mit Strukturindikatoren überprüft die Europäische Kommission jährlich die Erreichung der im Rahmen der Lissabon-Strategie gesteckten Ziele (vgl. z. B. die jährlichen Frühjahrs- und Beschäftigungsberichte). Ein zentraler Indikator der Europäischen Beschäftigungsstrategie (EBS) ist die Beschäftigtenquote bzw. die Erwerbstätigenquote (ETQ). Diese Quote ist ein Ausdruck für den Anteil, den die Erwerbstätigen an der Bevölkerung stellen. Die Erwerbslosen bleiben bei dieser Betrachtung ebenso wie die Nichterwerbspersonen unberücksichtigt. Meistens werden die Erwerbstätigenquoten für die Personen im Alter zwischen 15 und 64 Jahren dargestellt. Der Indikator bezieht sich auf die EU-Arbeitskräfteerhebung, die in Deutschland in den jährlich durchgeführten Mikrozensus<sup>3</sup> integriert ist. Zu den Erwerbstätigen zählen, entsprechend dem Labour-Force-Konzept der International Labour Organization (ILO), alle Personen ab 15 Jahren, die in der Berichtswoche mindestens eine Stunde gegen Entgelt oder Ertrag tätig waren oder nicht gearbeitet haben, weil sie vorübergehend vom Arbeitsplatz (z. B. wegen Krankheit, Urlaub etc.) abwesend waren. Die Bevölkerung umfasst die in privaten Haushalten lebenden Personen, nicht aber die Menschen in Gemeinschaftsunterkünften. Die Erwerbstätigenquote ist ein Schlüsselindikator zur Beurteilung des Beschäftigungsstandes bzw. der Beschäftigungsentwicklung. Darüber hinaus dienen Erwerbstätigenquoten auch als Indikatoren für die Gleichstellung der Geschlechter bzw. die Reduzierung von Benachteiligungen verschiedener sozialer Gruppen auf dem Arbeitsmarkt, z. B. älterer Menschen.

---

<sup>3</sup> Seit dem Jahr 2005 ist der Stichprobenumfang der EU-Arbeitskräfteerhebung und des Mikrozensus identisch und erfasst ein Prozent der Bevölkerung. In den Jahren davor betrug der Auswahlsatz für die EU-Arbeitskräfteerhebung lediglich 0,45 %. Daher gibt es in den betrachteten Jahren geringe Abweichungen zwischen den von der EU veröffentlichten Ergebnissen der Arbeitskräfteerhebung und dem Mikrozensus. In diesem Beitrag werden durchgängig die Ergebnisse des Mikrozensus dargestellt. Bei der Definition der Erwerbstätigkeit liegt die international vergleichbare Abgrenzung der Arbeitskräfteerhebung zugrunde.

**Schaubild 3.1: Erwerbstätigenquoten<sup>1</sup> der 15- bis 64-Jährigen 1999 bis 2009**  
in %



<sup>1</sup> Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung der entsprechenden Altersgruppen

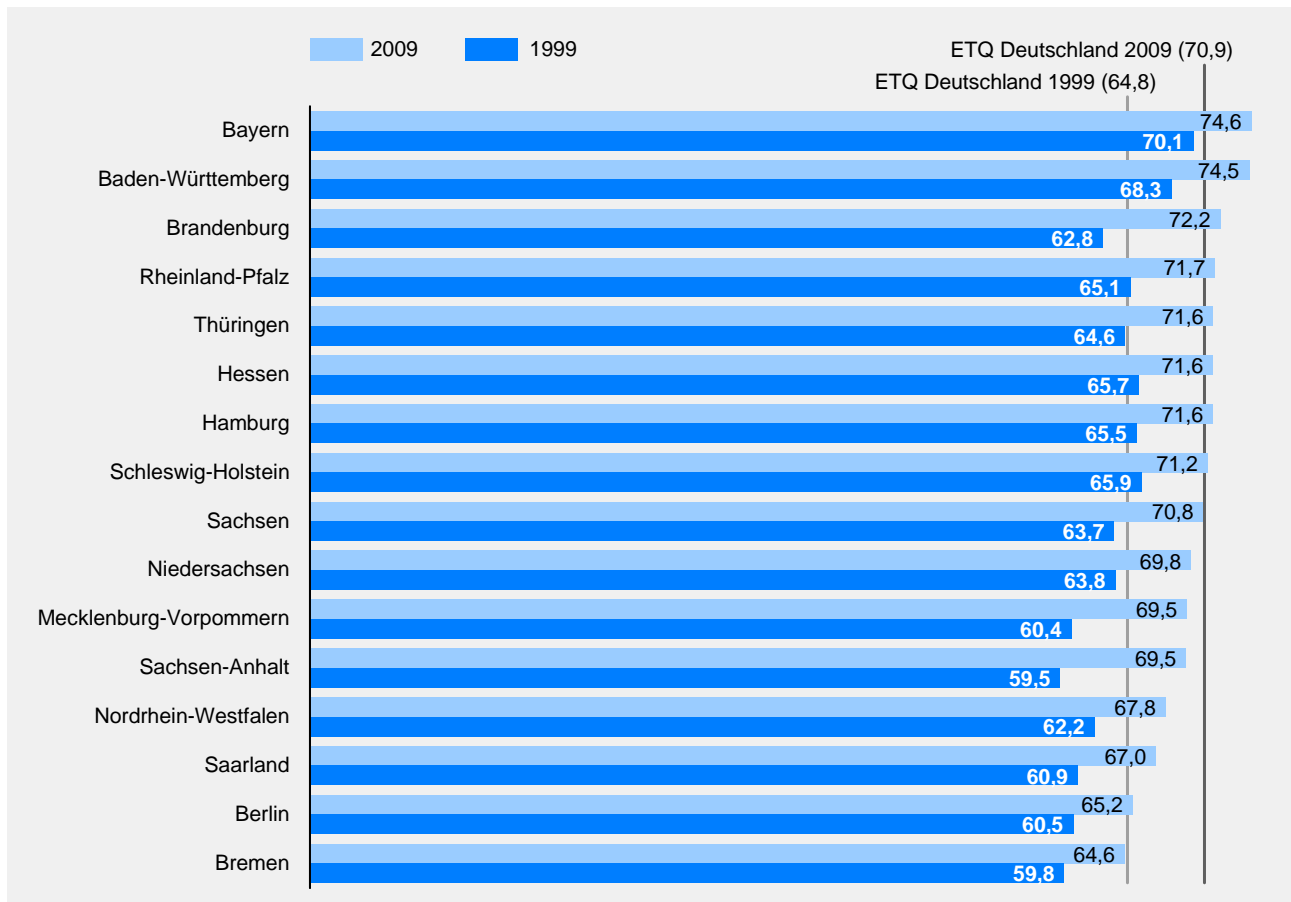
Quellen: Mikrozensus/Arbeitskräfteerhebung

Mit der sogenannten Lissabon-Strategie formulierte die EU im Jahr 2000 das Ziel, die Erwerbstätigenquote der 15- bis 64-jährigen Bevölkerung auf 70 % anzuheben. In der im Jahr 2010 fortgeschriebenen Strategie wird eine Erwerbstätigenquote für die 20- bis 64-Jährigen von 75 % festgelegt. Wie hat sich nun die Erwerbsbeteiligung im Betrachtungszeitraum von 1998 bis 2009 in Deutschland im Vergleich zu den EU-Ländern insgesamt entwickelt?

#### Die deutsche Erwerbstätigenquote übertrifft seit 2008 das EU-Ziel

Die Erwerbsbeteiligung erhöhte sich von 1999 bis 2003 in den 27 Ländern der Europäischen Union nur moderat von 62 auf knapp 63 %. Bis zum Jahr 2008 gab es dann stärkere Zuwächse und die Erwerbstätigenquote stieg auf fast 66 %. Mit der Wirtschaftskrise und dem damit verbundenen Anstieg der Erwerbslosigkeit ging ein Rückgang um mehr als einen Prozentpunkt auf knapp 65 % im Jahr 2009 einher. Auch in Deutschland nahm die Erwerbsbeteiligung seit 1999 nur geringfügig zu und lag mit rund 64 % im Jahr 2004 sogar geringfügig niedriger als im Ausgangsjahr. Nach 2004 konnten dann deutliche Zuwächse verzeichnet werden. Im Jahr 2008 überschritt Deutschland die Zielmarke von 70 % und blieb auch im Krisenjahr 2009 auf diesem hohen Niveau. Im Betrachtungszeitraum von 1999 bis 2009 stieg die Erwerbstätigenquote in Deutschland insgesamt um sechs Prozentpunkte auf knapp 71 %. Im Spektrum der 27 EU-Mitgliedstaaten liegt Deutschland damit nach den Niederlanden, Dänemark, Schweden und Österreich auf Platz 5. Während die Entwicklung in Westdeutschland ähnlich verlief wie in Gesamtdeutschland, zeigt sich in Ostdeutschland ein leicht abweichender Verlauf. Bis zum Jahr 2004 war die Erwerbsbeteiligung im Osten leicht rückläufig. Danach erfolgte ein deutlicher Anstieg von 60 auf fast 70 %. Das EU-Ziel wurde im Jahr 2009 nur knapp verfehlt.

**Schaubild 3.2: Erwerbstätigenquoten<sup>1</sup> der 15- bis 64-Jährigen nach Bundesländern 2009 und 1999**  
in %



<sup>1</sup> Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung der entsprechenden Altersgruppen

Quellen: Mikrozensus/Arbeitskräfteerhebung

### Neun Bundesländer liegen über dem EU-Ziel, sieben noch darunter

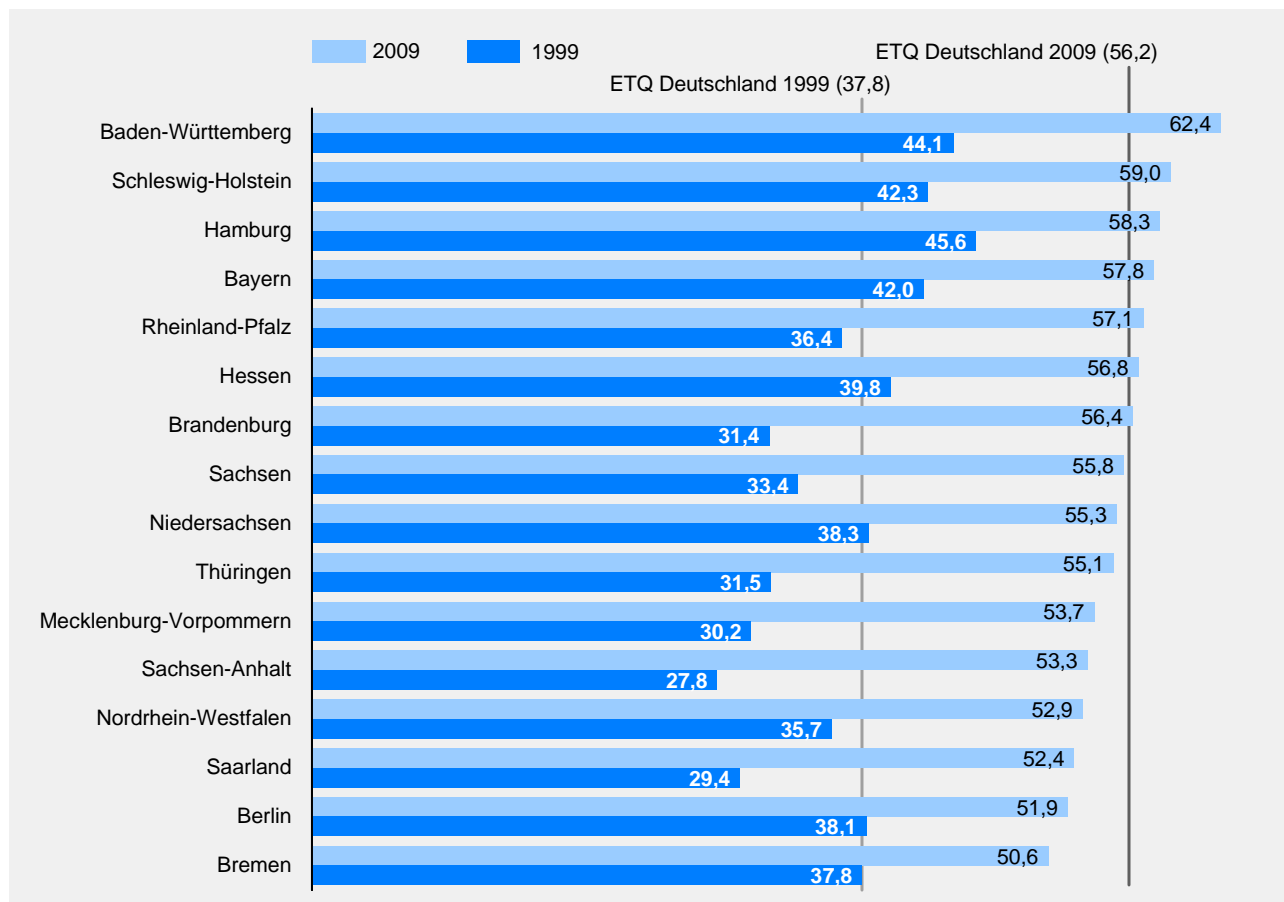
Wie die EU-Bilanz zur Lissabonstrategie zeigt, hat Deutschland insgesamt die Zielmarke für das Jahr 2010 bereits überschritten. Bei der Betrachtung der Bundesländer fallen allerdings deutliche regionale Unterschiede auf. Hier zeigt sich, dass gerade die ostdeutschen Länder ihren Rückstand bei der Erwerbsbeteiligung aufgeholt haben. Von 1999 bis 2009 stiegen die Erwerbstätigenquoten in den ostdeutschen Flächenländern mit einem Plus von sieben bis fast zehn Prozentpunkten überdurchschnittlich an. Lediglich in Berlin fiel der Zuwachs mit knapp fünf Prozentpunkten unterdurchschnittlich aus. Mit einer Rate von jeweils 72 % in Brandenburg und Thüringen und 71 % in Sachsen konnte die EU-Zielsetzung in diesen ostdeutschen Ländern bereits erreicht werden. Mit jeweils fast 70 % standen die Länder Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt knapp davor. Damit scheinen die ostdeutschen Länder mit Ausnahme Berlins nahezu an das hohe Niveau der Erwerbsbeteiligung vor der Wende anknüpfen zu können. Sechs westdeutsche Länder konnten bis zum Jahr 2009 ebenfalls die 70 %-Marke überschreiten. Mit jeweils knapp 75 % verzeichneten Bayern und Baden-Württemberg 2009 die höchsten Erwerbstätigenquoten, jeweils knapp 72 % erreichten Rheinland-Pfalz, Hessen und Hamburg und 71 % Schleswig-Holstein. Am anderen Ende der Skala und damit deutlich unter der Zielsetzung lagen mit jeweils 65 % Bremen und Berlin, mit 67 % das Saarland sowie

mit nahezu 68 % Nordrhein-Westfalen. Mit fast 70 % hat Niedersachsen das Ziel nur knapp verfehlt. Die Folgen der Wirtschaftskrise zeigten sich weniger stark als in den 27 Ländern der EU. Die Erwerbstätigenquoten gingen nur in wenigen Bundesländern zurück; zumeist flachte sich lediglich der Anstieg der Quote ab.

### Die Erwerbstätigenquote Älterer ist stark gestiegen

Im Rahmen der Lissabon-Strategie strebt die EU eine bessere Integration Älterer in den Arbeitsmarkt an. Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und mit dem Ziel der Verbesserung der Arbeitsmarktchancen für ältere Menschen sollte die Erwerbsbeteiligung Älterer angehoben werden. Die EU setzte sich zum Ziel, die Erwerbstätigenquote der 55- bis 64-jährigen Bevölkerung bis zum Jahr 2010 auf mehr als 50 % zu erhöhen. In Deutschland wurde dieses Beschäftigungsziel bereits im Jahr 2007 erreicht. Lag die Erwerbstätigenquote dieser Altersgruppe im Jahr 1999 noch bei knapp 38 %, stieg sie in den folgenden Jahren um mehr als 18 Prozentpunkte und erreichte mit rund 56 % im Jahr 2009 einen Höchststand. Im gleichen Zeitraum stieg die Erwerbstätigenquote dieser Personengruppe in der EU lediglich um knapp zehn Prozentpunkte auf 46 %. Somit legte die Beschäftigung Älterer in Deutschland im Vergleich mit den Ländern der EU überproportional zu. Im Ranking mit den anderen EU-Ländern belegte Deutschland 2009 mit der Erwerbstätigenquote der 55- bis 64-jährigen Menschen hinter Schweden, Estland, Dänemark und dem Vereinigten Königreich den fünften Platz.

**Schaubild 3.3: Erwerbstätigenquoten<sup>1</sup> der 55- bis 64-Jährigen nach Bundesländern 2009 und 1999**  
in %



1 Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung der entsprechenden Altersgruppen

Quellen: Mikrozensus/Arbeitskräfteerhebung

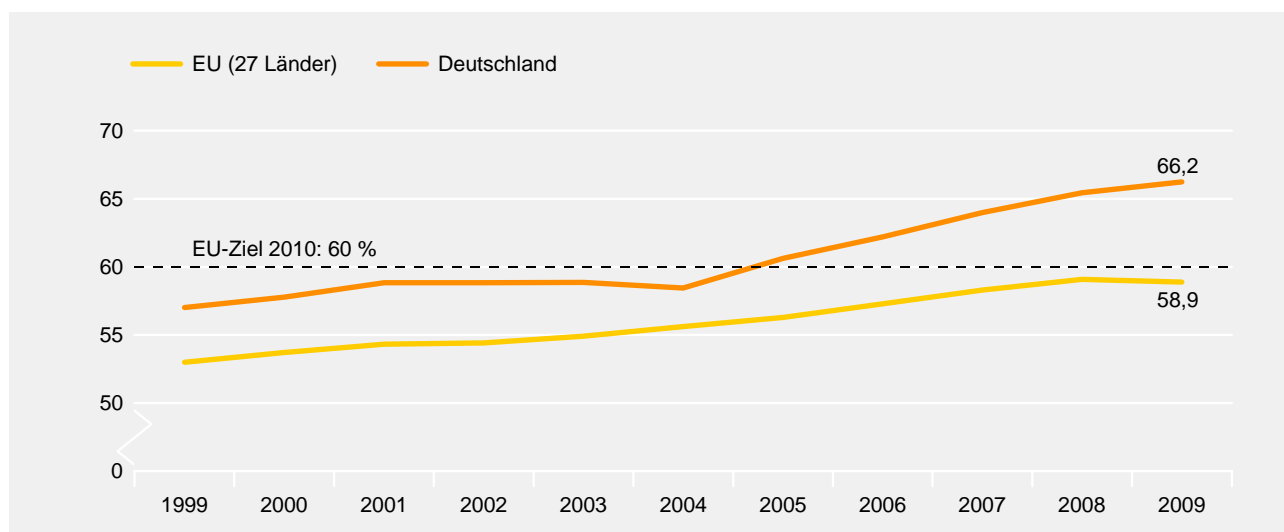
### Die Erwerbsbeteiligung Älterer liegt in allen Bundesländern über dem EU-Ziel

Alle Bundesländer haben 2009 das EU-Ziel hinsichtlich der Erwerbsbeteiligung Älterer erreicht. Am höchsten lag die Erwerbstätigenquote der 55- bis 64-Jährigen mit mehr als 62 % in Baden-Württemberg. Überdurchschnittlich schnitten auch die Länder Schleswig-Holstein, Hamburg, Bayern, Rheinland-Pfalz, Hessen und Brandenburg ab. Nur wenig über der EU-Zielsetzung lag die Quote älterer Erwerbstätiger mit knapp 51 % in Bremen. Die ostdeutschen Flächenländer landeten außer Brandenburg im Mittelfeld, verzeichneten aber mit dem Saarland seit 1999 die höchsten Zuwächse von über 22 Prozentpunkten.

Worin liegen die Ursachen für den deutlichen Anstieg der Erwerbsbeteiligung Älterer in Deutschland? Zum einen dürften hier die geänderten gesetzlichen Rahmenbedingungen für die Frühverrentung eine Rolle spielen. Hinzu kommen aber demografische Effekte. So hat sich die Zusammensetzung der Altersgruppe der 55- bis 64-Jährigen verändert. Während der Anteil der 60- bis 64-Jährigen abgenommen hat, ist der Anteil der 50- bis 59-Jährigen, mit einer im Schnitt höheren Erwerbsbeteiligung, deutlich angestiegen. Ein weiterer Faktor dürfte der Anstieg des Bildungsniveaus in dieser Altersgruppe sein, denn ein höherer Bildungsabschluss führt häufiger zu einer längeren Teilnahme am Erwerbsleben<sup>4</sup>.

Die Herstellung von Chancengleichheit ist ein zentraler Bestandteil der europäischen Politik. Im Rahmen des Lissabon-Prozesses wurden deshalb Zielquoten für die Frauenbeschäftigung festgelegt: Die Erwerbstätigenquote von Frauen sollte bis zum Jahr 2010 auf 60 % angehoben werden.

**Schaubild 3.4: Erwerbstätigenquoten<sup>1</sup> der 15- bis 64-jährigen Frauen 1999 bis 2009**  
in %



<sup>1</sup> Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung der entsprechenden Altersgruppen

Quellen: Mikrozensus/Arbeitskräfteerhebung

### Die Erwerbsbeteiligung von Frauen hat stark zugenommen

Die Erwerbstätigenquote der 15- bis 64-jährigen Frauen erhöhte sich in den 27 Ländern der EU von 53 % im Jahr 1999 auf knapp 59 % im Jahr 2009. Damit wurde die EU-Zielsetzung ein Jahr vor dem Auslaufen der Planungsperiode knapp verfehlt. Günstiger verlief die Entwicklung in Deutschland. Bereits im Jahr 2005 konnte hier das von der EU formulierte Ziel erreicht werden. Die Rate der erwerbstätigen Frauen stieg von 57 %

<sup>4</sup> Vgl. Puch, Katharina (2009): „Erwerbsbeteiligung älterer Arbeitnehmer“, in: STATmagazin, Web-Magazin des Statistischen Bundesamtes vom 13. Januar 2009.

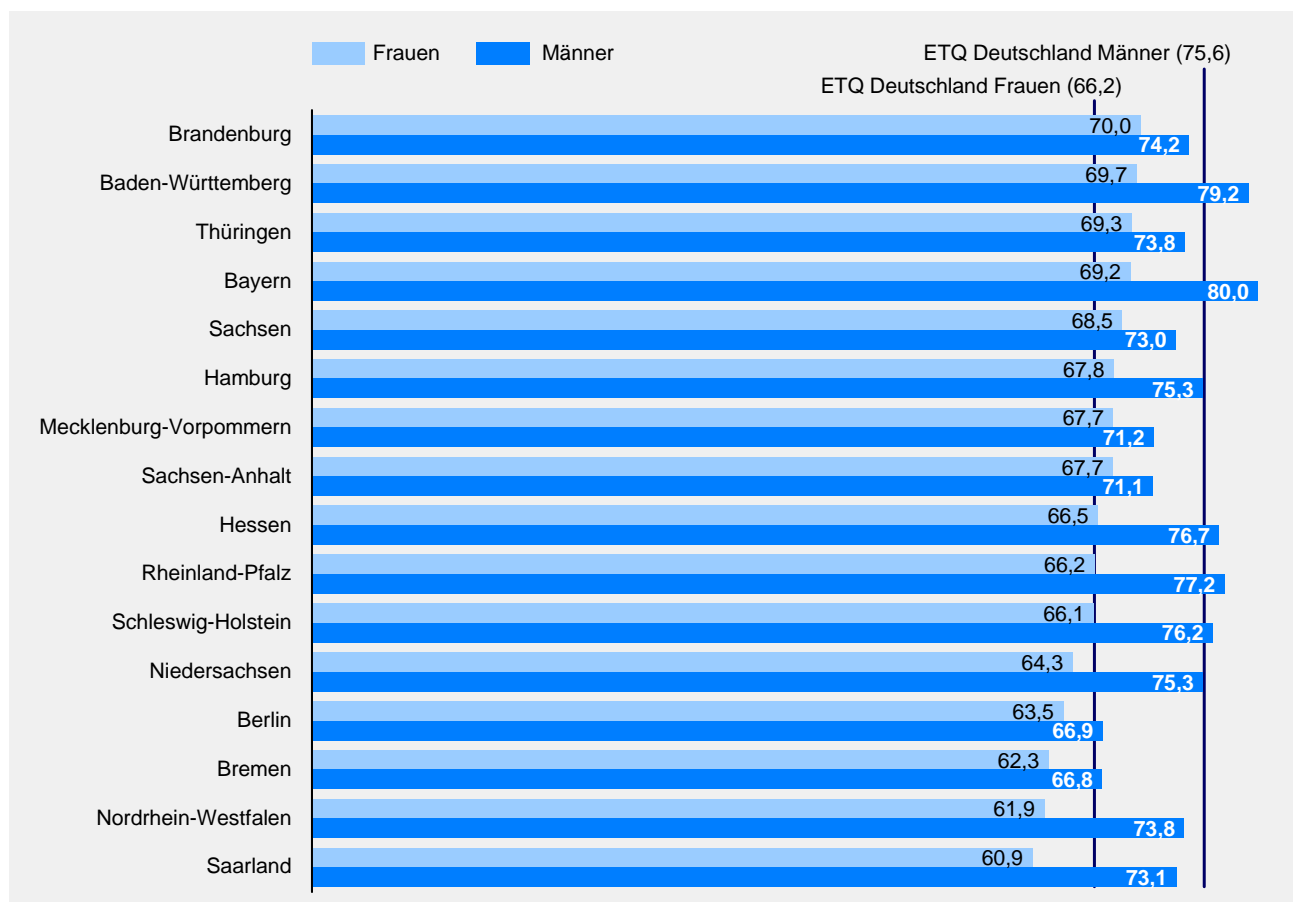
im Jahr 1999 auf über 66 % im Jahr 2009. Die Entwicklung der Erwerbsbeteiligung der Frauen in Deutschland nahm damit auch schneller zu als die der Männer. Lag die Erwerbstätigenquote der Frauen im Jahr 1999 noch mehr als 15 % hinter der der Männer, so verringerte sich der Abstand bis zum Jahr 2009 auf rund 9 %.

### Alle Bundesländer übertreffen das EU-Ziel zur Frauenbeschäftigung

Wie stellt sich nun die Beschäftigungssituation von Frauen und Männern in den einzelnen Bundesländern dar? Im Jahr 2009 lagen die Erwerbstätigenquoten der Frauen in allen Bundesländern über der Zielmarke von 60 %. Dennoch zeigten die Ergebnisse der Länder hohe Schwankungen. Am höchsten lag diese Quote mit über 70 % in Brandenburg, mit knapp 61 % am niedrigsten im Saarland. Alle vier ostdeutschen Flächenländer und auch die wirtschaftsstarken Südländer Bayern und Baden-Württemberg sowie Hamburg verzeichneten einen hohen Frauenbeschäftigungsgrad von mehr als 67 %. Am anderen Ende der Skala befanden sich das Saarland, Nordrhein-Westfalen, Bremen, Berlin und Niedersachsen mit Frauenerwerbstätigenquoten von unter 65 %.

Insgesamt ist die Erwerbsbeteiligung der Frauen in allen Bundesländern deutlich gestiegen. Deutschlandweit stieg die Frauenerwerbstätigenquote von 1999 bis 2009 um mehr als neun Prozentpunkte. Den stärksten Anstieg kann mit einem Zuwachs von knapp 14 Prozentpunkten Sachsen-Anhalt verzeichnen, den geringsten Anstieg gab es mit rund sechs Prozentpunkten in Berlin.

**Schaubild 3:5: Erwerbstätigenquoten<sup>1</sup> der 15- bis 64-jährigen Frauen und Männer nach Bundesländern 2009**  
in %



<sup>1</sup> Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung der entsprechenden Altersgruppen

Quellen: Mikrozensus/Arbeitskräfteerhebung

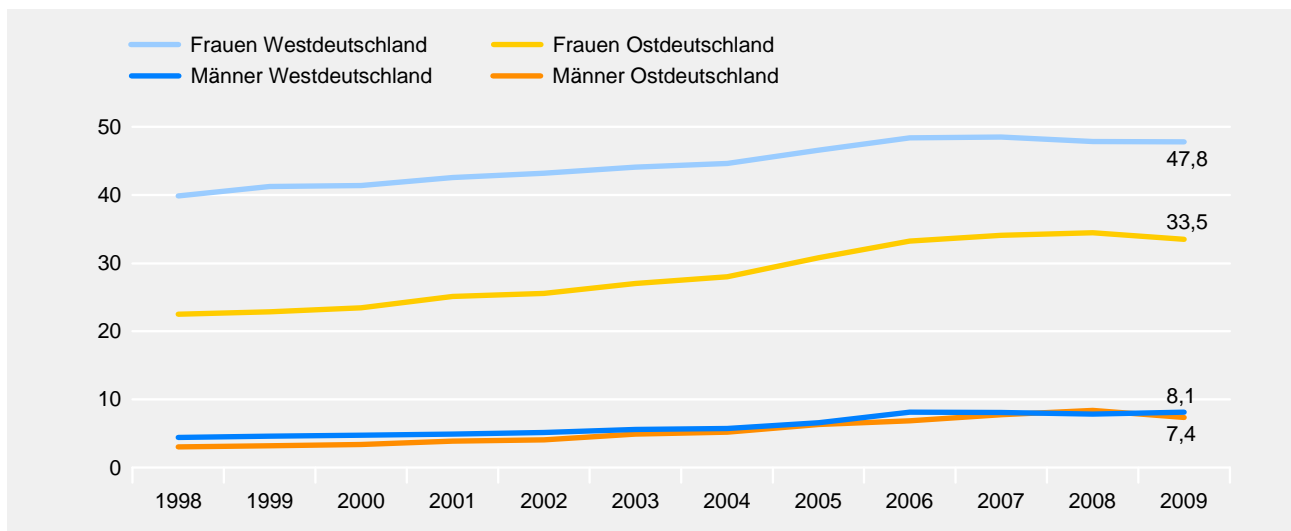
### Regionale Unterschiede bei der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern bestehen weiter

Beim Vergleich der Erwerbstätigenquoten von Frauen und Männern fallen große regionale Unterschiede auf. Hier ist ein deutliches Ost-West-Gefälle zu beobachten. So unterscheiden sich in Ostdeutschland die Erwerbstätigenquoten von Frauen und Männern um vier Prozentpunkte und in den westdeutschen Ländern um knapp elf Prozentpunkte. Die größte Differenz gibt es mit mehr als zwölf Prozentpunkten im Saarland, der kleinste Unterschied ist in Berlin mit gut drei Prozentpunkten zu finden.

### Große Unterschiede im zeitlichen Arbeitseinsatz von Frauen und Männern

Die Betrachtung der Erwerbsbeteiligung der Frauen hat gezeigt, dass in allen Bundesländern die rein quantitativen Zielvorgaben der EU-Kommission erfüllt werden. Mit der Erwerbstätigenquote wird die Beschäftigungssituation und -entwicklung allerdings lediglich anhand der Zahl der Erwerbstätigen gemessen. Dabei ist zu bedenken, dass es nach dem ILO-Konzept ausreicht, in der Berichtswoche eine Stunde gearbeitet zu haben, um als erwerbstätig klassifiziert zu werden. Nun gibt es aber große Unterschiede beim zeitlichen Arbeitseinsatz von Frauen und Männern. Während männliche Erwerbstätige meistens einer Vollzeitbeschäftigung nachgehen, trifft dies nur auf etwa die Hälfte der weiblichen Erwerbstätigen zu. Teilzeittätigkeiten und geringfügige Beschäftigungen spielen für Männer nur eine untergeordnete Rolle. Doch gerade diese Beschäftigungsformen haben in den vergangenen Jahren deutlich zugenommen, während die Tätigkeiten in Vollzeit stagnierten. Wegen der unterschiedlichen Beschäftigungsstrukturen von Frauen und Männern werden mit dem Indikator Erwerbstätigenquote geschlechtsspezifische Besonderheiten nur unzureichend erfasst. Eine lediglich quantitative Beurteilung der Beschäftigungsentwicklung kann diese fortschreitende Differenzierung am Arbeitsmarkt nicht erfassen und ist damit unsensibel gegenüber geschlechtsspezifischen Folgen.

**Schaubild 3.6: Teilzeitquoten von Frauen und Männern in Deutschland 1998 bis 2009**  
in %



Quellen: Mikrozensus/Arbeitskräfteerhebung



### Die Berücksichtigung des Arbeitsvolumens wäre sinnvoll

Für die beschäftigungspolitischen Ziele der EU – die Erreichung eines hohen Beschäftigungsstandes und die Verwirklichung der Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt – ist die Erwerbstätigenquote ein wichtiger Indikator. Bei der Abbildung geschlechtsspezifischer und struktureller Besonderheiten der Beschäftigungsentwicklung stößt diese Größe, wenn sie als alleiniger Maßstab verwendet wird, allerdings an ihre Grenzen. Eine sinnvolle Ergänzung könnte die Berücksichtigung des Arbeitsvolumens sein.

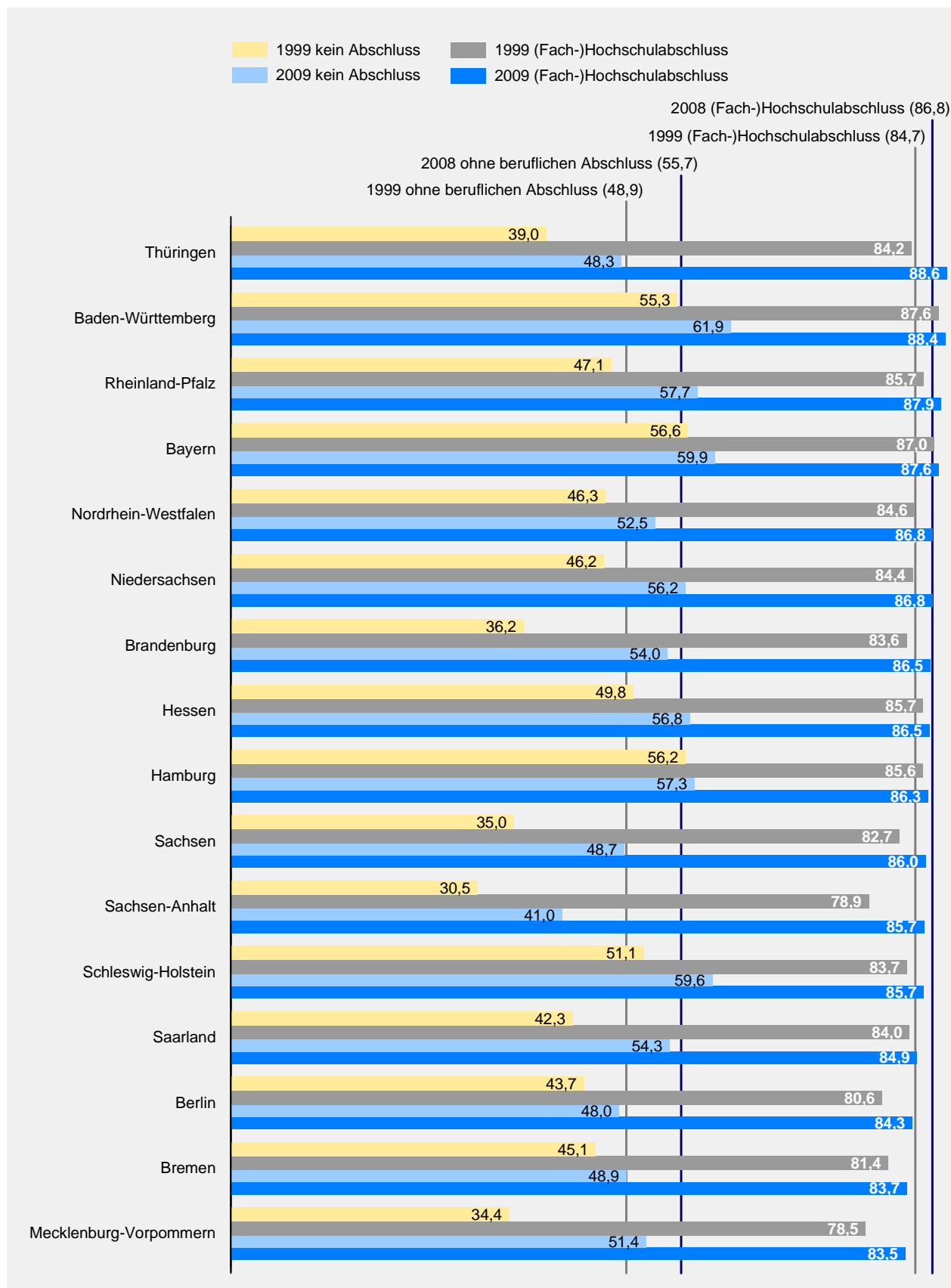
## 3.4 Bildung und Weiterbildung als Voraussetzung für Arbeitsmarktbeteiligung

Das Bildungsniveau der Bevölkerung gewinnt immer größeren Einfluss auf die Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft. Die Arbeitsmarktchancen in den hochentwickelten Volkswirtschaften der Europäischen Union sind wiederum entscheidend vom Bildungsabschluss abhängig. Hohe und wachsende Anteile von Hochqualifizierten und sinkende Anteile Nicht- oder Niedrigqualifizierter in der erwerbsfähigen Bevölkerung sind deswegen für die Europäische Union und jedes einzelne Mitgliedsland zukünftig immer wichtiger. Aber auch zertifiziertes Wissen veraltet immer schneller. Weiterbildung und Lebenslanges Lernen gewinnen zusätzlich auch durch die verlängerte Lebensarbeitszeit an Bedeutung. Um die Bedeutung der Bildung in modernen Gesellschaften zu unterstreichen, wird auch gern der Begriff der Wissensgesellschaft gebraucht. Im Bewusstsein dessen hat die EU in ihren Zukunftsstrategien neben der Steigerung der Erwerbstätigenquoten auch Bildungsfragen stark thematisiert.

### Erwerbsbeteiligung stark von Qualifikation abhängig

Der Erwerbsstatus steht in engem Zusammenhang mit der Ausbildung: in Deutschland unterscheiden sich die Erwerbstätigenquoten je nach dem Qualifikationsniveau erheblich. Nur rund die Hälfte der Bevölkerung ohne beruflichen Abschluss ging 2009 einer Erwerbstätigkeit nach, während knapp 90 % der (Fach-)Hochschulabsolventinnen und -absolventen erwerbstätig waren. Die Quote hat deutschlandweit bei den Niedrigqualifizierten von 1999 bis 2009 um sieben Prozentpunkte auf 55,7 %, bei den Hochqualifizierten um zwei Prozentpunkte auf 86,8 % zugenommen. Auf der Länderebene war in Sachsen-Anhalt 2009 mit 41 % die niedrigste Erwerbstätigenquote bei Personen ohne beruflichen Abschluss zu verzeichnen, in Baden-Württemberg mit 61,9 % die höchste. Die Erwerbstätigenquote bei den Hochqualifizierten ist in Thüringen die höchste (88,6 %), am niedrigsten ist sie in Mecklenburg-Vorpommern (83,4 %) und den Stadtstaaten Bremen (83,7 %) und Berlin (84,3 %). Den höchsten Zuwachs seit 1999 gab es für die Niedrigqualifizierten mit 18 Prozentpunkten in Brandenburg, Zuwächse von über zehn Prozentpunkten sind aber auch in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, dem Saarland, Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt und Niedersachsen eingetreten. Der maximale Anstieg der Erwerbstätigenquote der Hochqualifizierten war mit sieben Prozentpunkten in Sachsen-Anhalt zu verzeichnen, danach folgten Mecklenburg-Vorpommern (fünf Prozentpunkte) und Thüringen (vier Prozentpunkte).

**Schaubild 3.7: Erwerbstätigenquoten<sup>1</sup> der 25- bis unter 65-Jährigen nach beruflichen Ausbildungsabschlüssen und Bundesländern 1999 und 2009**  
in %



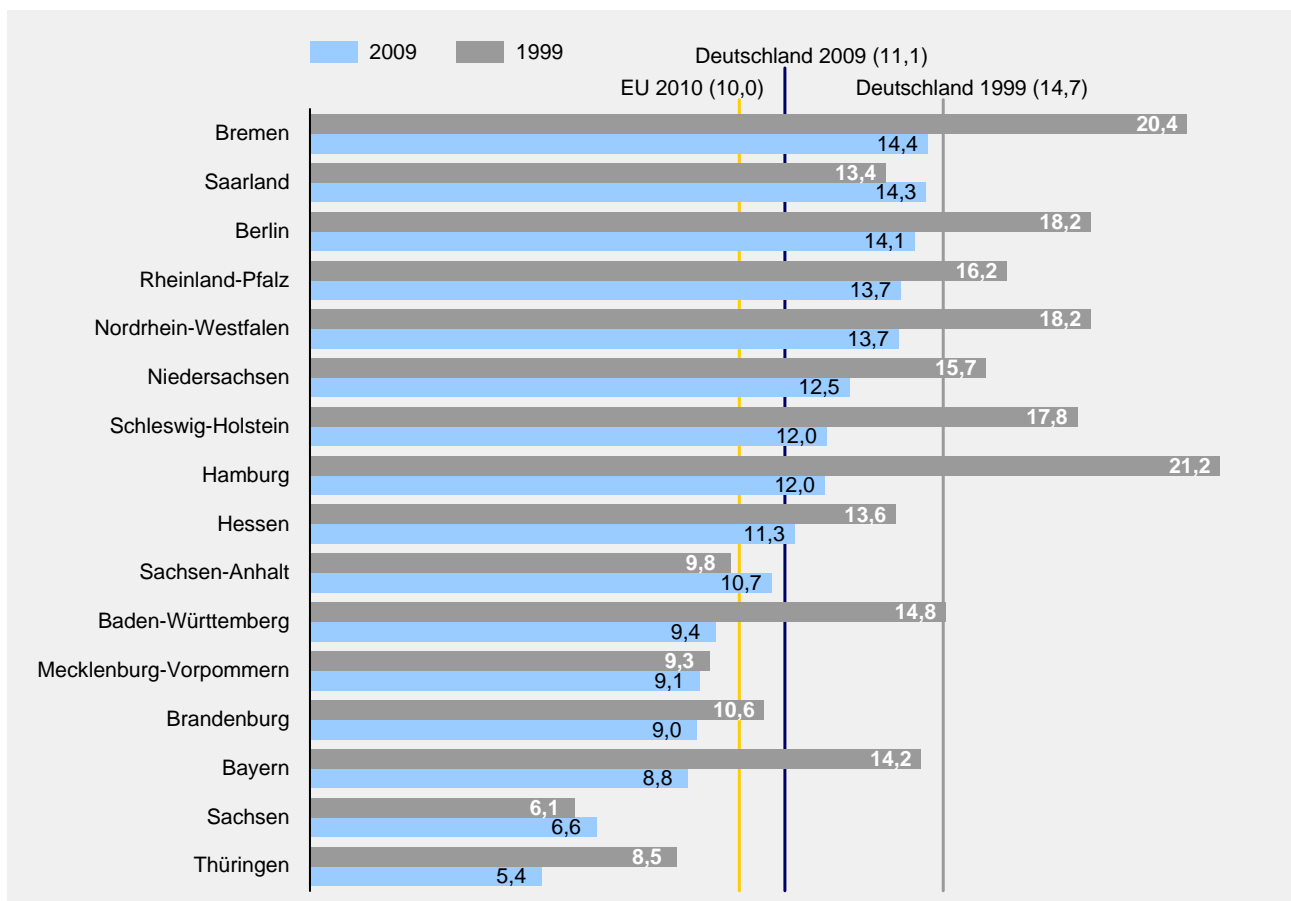
<sup>1</sup> Anteil der Erwerbstätigen an der Bevölkerung der entsprechenden Altersgruppen

Quellen: Mikrozensus/Arbeitskräfteerhebung

### Zu viele frühe Schulabgänger in Deutschland

Der Bildungsstand der Bevölkerung kann anhand verschiedener Indikatoren beschrieben werden. Einer dieser Indikatoren ist die Quote der frühen Schulabgänger. Sie lag 2009 in Deutschland bei 11,1 %. Unter den Personen im Alter von 18 bis unter 25 Jahren haben die frühen Schulabgänger keinen Abschluss im Sekundarbereich II erreicht, das heißt weder die (Fach-)Hochschulreife noch einen Berufsabschluss im Dualen System oder an einer sonstigen Berufsschule. Im Jahr 1999 betrug die Quote noch 14,7 %. Trotz der erwünschten Tendenz wurde die EU-Zielvorgabe für 2010 von 10 % bis 2009 in Deutschland nicht erreicht. Die Länder Thüringen, Sachsen, Bayern, Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Baden-Württemberg lagen aber 2009 unter dieser Marke. Die höchsten Anteile an frühen Schulabgängern von rund 15 % waren 2009 in Bremen, dem Saarland und Berlin anzutreffen. In Sachsen-Anhalt, Sachsen und im Saarland gab es entgegen der allgemeinen Entwicklung einen leichten Anstieg des Anteils junger Erwachsener ohne Abschluss der Sekundarstufe II.

**Schaubild 3.8: Anteil<sup>1</sup> der Personen ohne Abschluss der Sekundarstufe II bei 18- bis unter 25-Jährigen nach Bundesländern 2009 und 1999**  
in %



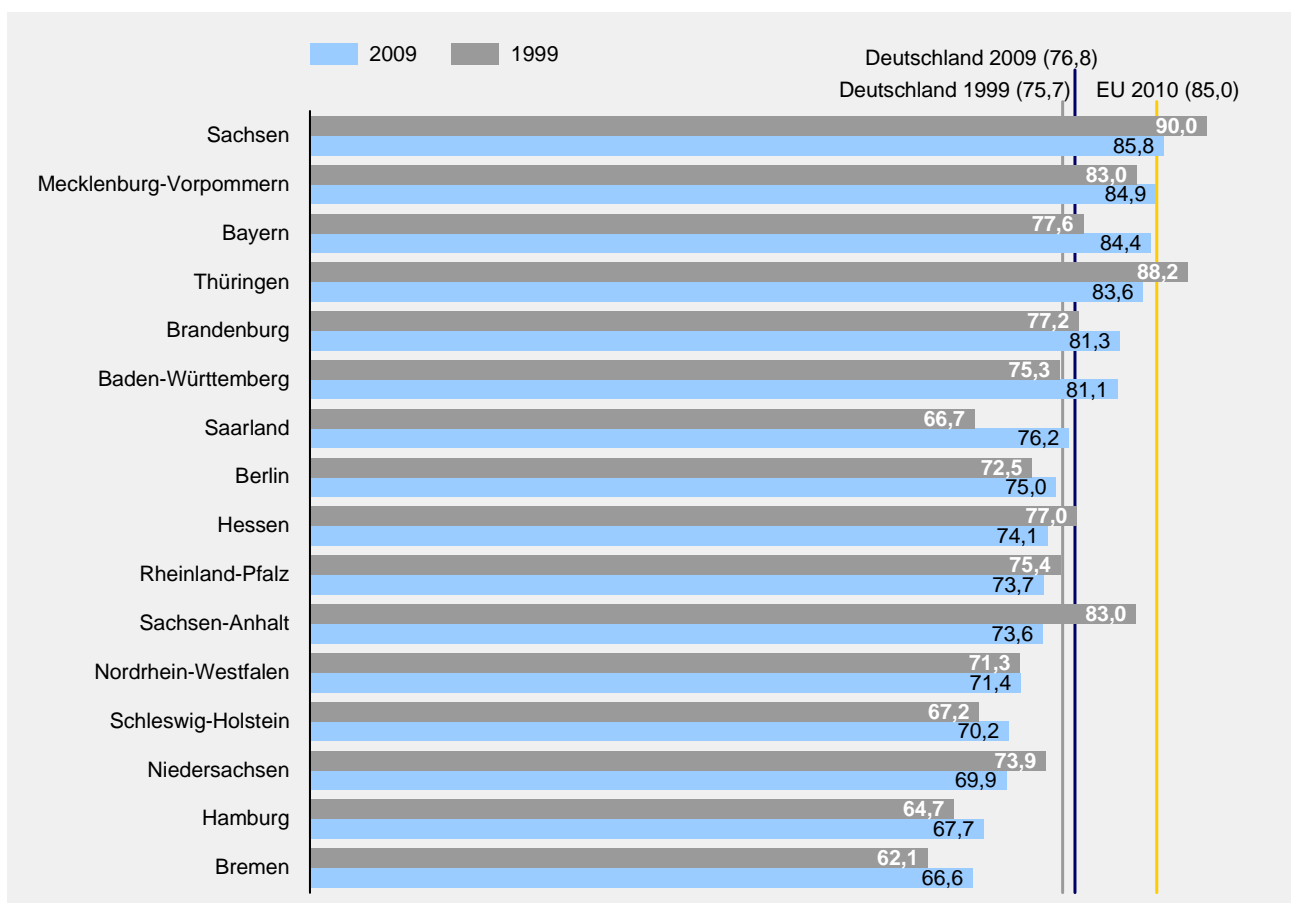
1 1999 wird der Anteil überschätzt, weil sich die in Weiterbildung befindlichen Personen nicht vollständig identifizieren lassen.

Quellen: Mikrozensus/Arbeitskräfteerhebung

### Zu wenig sekundäre Bildungsabschlüsse bei 22-Jährigen

Die EU hatte für 2010 die Zielmarke von 85 % für den Anteil sekundärer Bildungsabschlüsse bei 22-Jährigen festgelegt. Die Marke wurde bis 2009 von Deutschland ebenfalls nicht erreicht. Als einziges Land hatte Sachsen die Marke mit 85,8 % überschritten, Mecklenburg-Vorpommern (84,9 %), Bayern (84,4 %) und Thüringen (83,7 %) lagen nahe daran. Sachsen und Thüringen befanden sich schon 1999 oberhalb der Zielvorgabe, hatten jedoch bis 2009 einen Rückgang des Anteils zu verzeichnen. Auch in Sachsen-Anhalt, Niedersachsen, Hessen und Rheinland-Pfalz ging der Anteil sekundärer Bildungsabschlüsse bei 22-Jährigen zurück. Im Bundesdurchschnitt ist seit 1999 insgesamt ein leichter Anstieg um einen Prozentpunkt auf 76,8 % bis 2009 festzustellen.

**Schaubild 3.9: Anteil von Bildungsabschlüssen der Sekundarstufe II bei 22-Jährigen nach Bundesländern 2009 und 1999 in %**



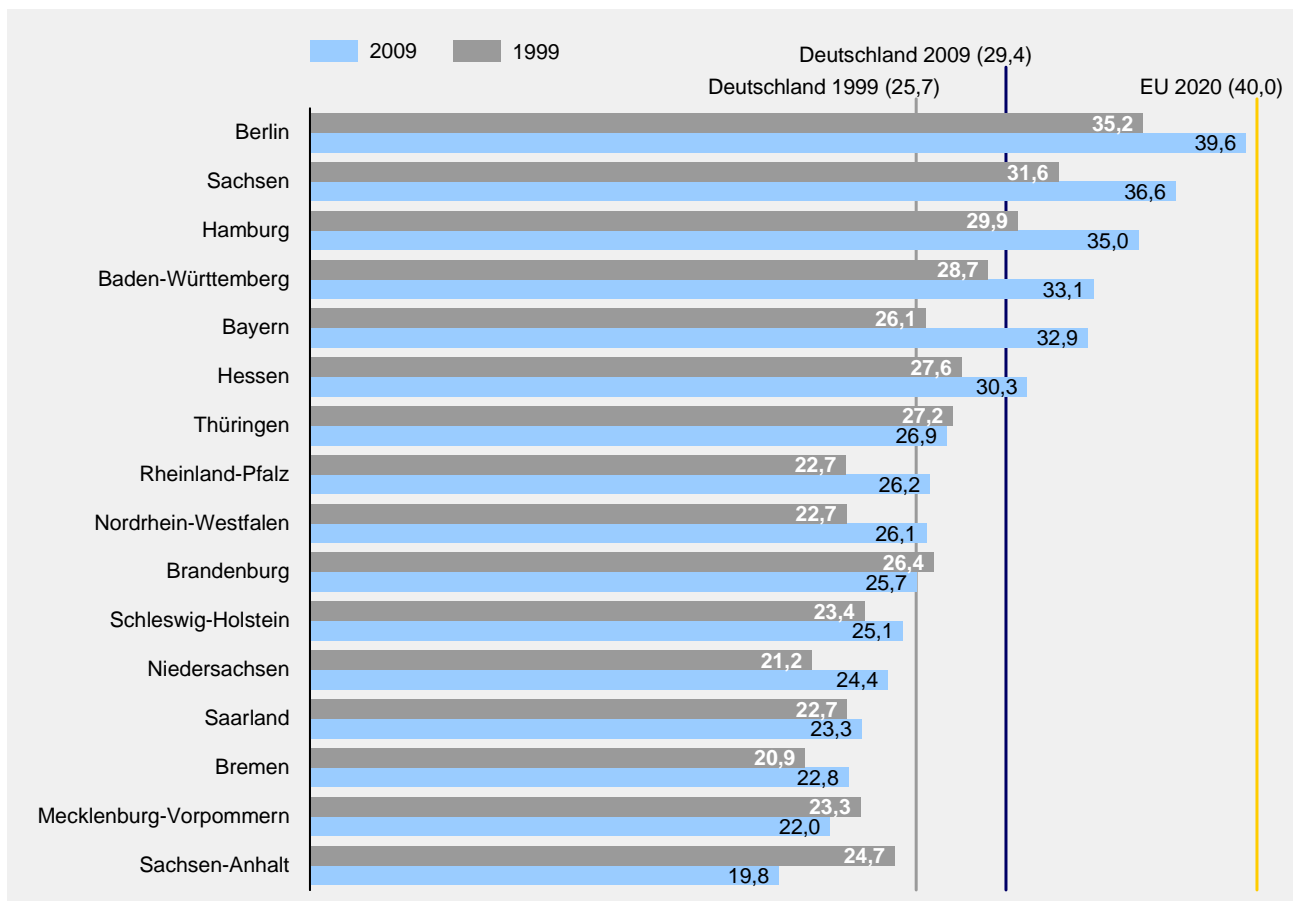
Quellen: Mikrozensus/Arbeitskräfteerhebung

### Tertiäre Abschlüsse 30- bis unter 35-Jähriger unter EU-Durchschnitt

Ein weiterer EU-Bildungsindikator bezieht sich auf tertiäre Abschlüsse. Die EU hat in der neuen Agenda Europa 2020 eine Zielmarke von 40 % tertiärer Abschlüsse in der Altersgruppe der 30- bis unter 35-Jährigen festgelegt. Zu den tertiären Abschlüssen gehören Universitäts- und Hochschulabschlüsse, Abschlüsse von Fach(-hoch-)schulen und Schulen des Gesundheitswesens. Deutschland konnte bei den tertiären Abschlüssen bis 2009 einen Anstieg auf 29,4 % (1999: 25,7 %) verbuchen, lag aber unter dem EU-Durchschnitt von 32,2 %.

Der EU-Durchschnitt wurde 2009 von fünf Bundesländern (Berlin, Sachsen, Hamburg, Baden-Württemberg und Bayern) erreicht oder übertroffen. Berlin hatte 2009 mit 39,6 % schon fast die EU-Zielmarke für 2020 erreicht. In den ostdeutschen Bundesländern mit Ausnahme Sachsens sind abnehmende Anteile tertiärer Abschlüsse festzustellen.

**Schaubild 3.10: Anteil von tertiären Bildungsabschlüssen in der Bevölkerung im Alter von 30 bis unter 35 Jahren nach Bundesländern 2009 und 1999 in %**

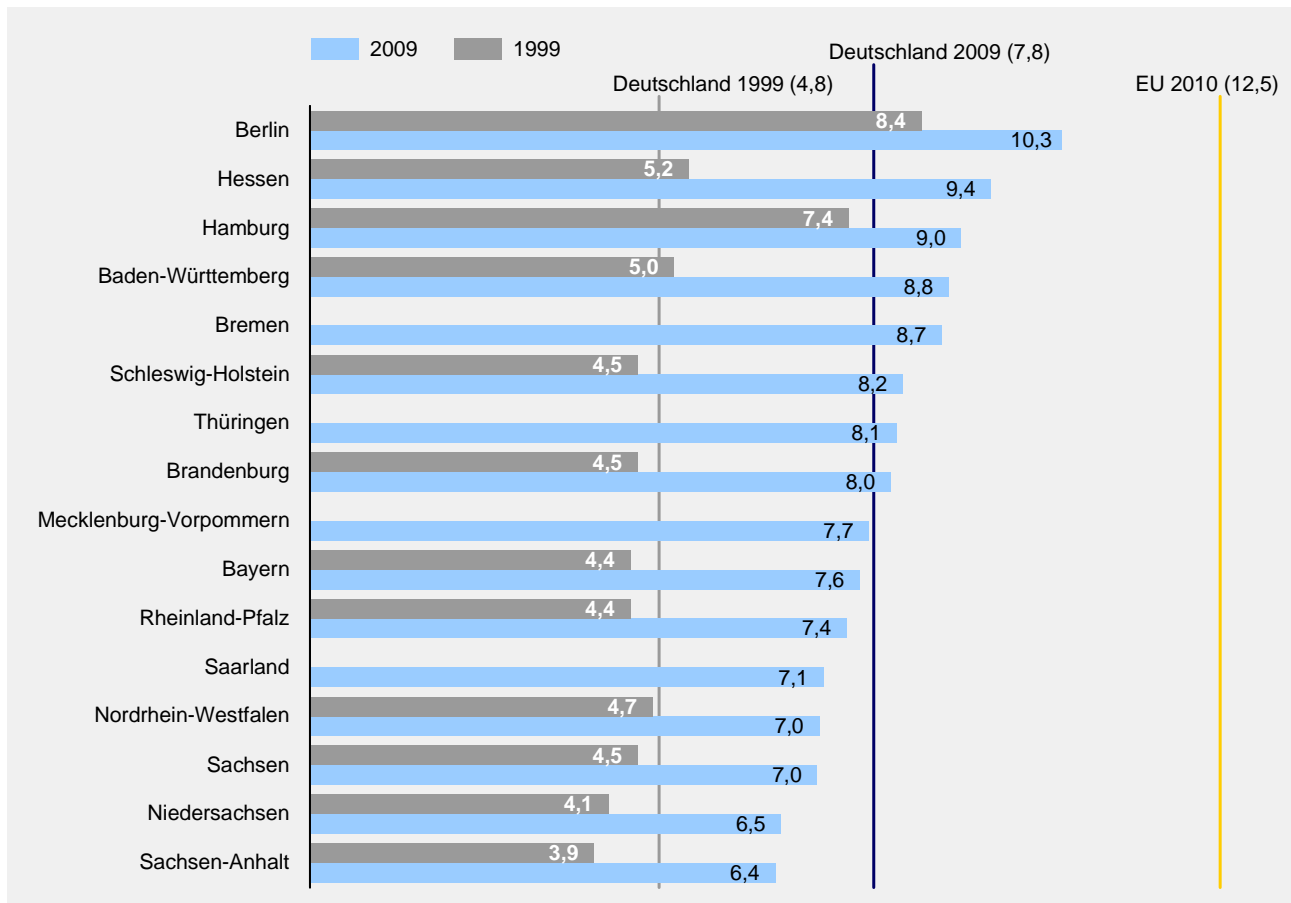


Quellen: Mikrozensus/Arbeitskräfteerhebung

### EU-Ziel für lebenslanges Lernen in Deutschland nicht erfüllt

Mindestens 12,5 % der 25- bis unter 65-Jährigen sollten nach den Vorgaben der Lissabon-Strategie bis 2010 an beruflicher Weiterbildung teilnehmen. Der Anteil der an Weiterbildungsmaßnahmen Teilnehmenden ist in Deutschland bis 2009 zwar von 4,8 % (1999) auf 7,8 % angestiegen, ist aber immer noch weit von der EU-Zielmarke entfernt. Den höchsten Anteil wies 2009 Berlin mit 10,3 % auf, den niedrigsten Sachsen-Anhalt mit 6,4 %.

**Schaubild 3.11: Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen<sup>1</sup> innerhalb der letzten vier Wochen bei 25- bis unter 65-Jährigen nach Bundesländern 2009 und 1999 in %**



<sup>1</sup> 1999 wird der Anteil überschätzt, weil sich die in Weiterbildung befindlichen Personen nicht vollständig identifizieren lassen. Für die Länder Bremen, Thüringen, Mecklenburg-Vorpommern und das Saarland liegen die Ergebnisse des Berichtsjahres 1999 unterhalb der Genauigkeitsgrenze und werden deshalb nicht nachgewiesen.

Quellen: Mikrozensus/Arbeitskräfteerhebung

### 3.5 Fazit

In Hinblick auf die wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Ziele der EU sind festgelegte Zielvorgaben ein wichtiges Instrument, um die Ergebnisse der Beschäftigungspolitik in der EU zu messen und Vergleiche anzustellen. Die Erwerbstätigenquote mit den bis zum Jahr 2010 festgelegten Zielen spielt hier eine zentrale Rolle. Während Deutschland die Beschäftigungsziele insgesamt und die Quote bei den Frauen und den Erwerbstätigen im Alter von 55 bis 64 Jahren bereits im Jahr 2009 erreicht hat, ist dies innerhalb der EU noch nicht der Fall. Trotz der positiven deutschen Bilanz gibt es regionale Unterschiede. So haben bisher neun Bundesländer das 70 %-Ziel mit der Erwerbstätigenquote der 15- bis 64-Jährigen erreicht. Die Länder Bremen, Berlin, Saarland und Nordrhein-Westfalen sind dagegen mit einer Quote von unter 68 % noch ein Stück von den EU-Zielen entfernt. Zugenommen hat die Beschäftigung insbesondere in den ostdeutschen Flächenländern. Allerdings liegen die Länder Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern noch knapp unter der Zielmarke.

Deutlich angestiegen ist die Beschäftigung der 55- bis 64-Jährigen und der Frauen. Deutschland und alle Bundesländer erfüllen für beide Personengruppen die EU-Ziele. Diese Darstellung zeigt, dass Zielquoten grundsätzlich sinnvoll sind, um die Entwicklung voranzutreiben und zu messen. Dennoch stößt der Indikator Erwerbstätigenquote bei der Beurteilung des Beschäftigungsstandes und der Beschäftigungsentwicklung an Grenzen. Die zunehmende Differenzierung der Strukturen auf dem Arbeitsmarkt kann das bloße „Zählen der Köpfe“ der Erwerbstätigen nicht abbilden. Um die Chancengleichheit von Frauen, aber auch anderer Personengruppen zu beurteilen, muss auch die Entwicklung des Arbeitsvolumens betrachtet werden.

Obwohl die beschäftigungspolitischen Ziele der Lissabon-Strategie in Deutschland insgesamt erreicht und überboten wurden, trifft das auf die bildungspolitischen Ziele nicht zu. Für das Verfehlen der Zielvorgaben im Bildungsbereich kann jedoch nicht die jüngste Wirtschaftskrise mitverantwortlich gemacht werden. Der enge Zusammenhang zwischen Ausbildungsabschlüssen und Beteiligung am Erwerbsleben zeigt, wie wichtig Qualifikationen für Arbeitsmarktteilnahme und damit einhergehend für die Erhöhung der Beschäftigungsquoten sind. Im Bereich der Bildung gilt es trotz messbarer Fortschritte größere Herausforderungen zu meistern und damit die Voraussetzungen für die künftige Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu schaffen. Die Zahl der Niedrigqualifizierten muss in Deutschland entscheidend gesenkt und die Zahl der tertiären Abschlüsse gesteigert werden. Insbesondere die Zahl der an Weiterbildung Teilnehmenden lag 2009 trotz insgesamt positiver Tendenz erheblich unter der EU-Zielvorgabe.

Auf der Länderebene zeigen sich große Unterschiede in den Bildungsindikatoren. In einigen Ländern werden einzelne EU-Bildungsziele erreicht. Auch wenn im Bundesdurchschnitt bei allen Indikatoren ein positiver Entwicklungstrend herrscht, gilt das nicht gleichermaßen in allen Bundesländern. In den ostdeutschen Bundesländern ist die Gefahr des Sinkens des Bildungsstandes der Bevölkerung – wenngleich von einem relativ hohen Ausgangsniveau – gegeben. Hier gilt es insbesondere, Hochqualifizierte im Land zu halten und damit der Entwicklung von Disparitäten entgegen zu wirken. Da Bildung Ländersache ist, können die Ziele auch länder- bzw. problemspezifisch angegangen werden.

Als größtes EU-Mitgliedsland mit der höchsten Wirtschaftskraft, aber auch im Interesse der eigenen Zukunftsfähigkeit hat Deutschland eine besondere Verpflichtung, die Benchmarks der EU-Zukunftsstrategien zu erreichen.

# 4 Atypische Beschäftigung – Wandel der Erwerbsformen und Einkommenssituation

## 4.1 Einführung

Beschäftigungsverhältnisse waren in Deutschland über Jahrzehnte in der Regel dadurch gekennzeichnet, dass sie in Vollzeit und unbefristet ausgeübt wurden. Wer so arbeitete, konnte auch davon ausgehen, nach Übergang in den Ruhestand eine ausreichende Rente zu erhalten, die den Lebensunterhalt im Alter sichert. Das prägte und prägt teilweise noch die Wahrnehmung in der Bevölkerung davon, wie ein reguläres Beschäftigungsverhältnis aussieht. Dies entspricht dem auch sozialpolitisch erwünschten Normalfall. Die sozialen Sicherungssysteme der früheren Bundesrepublik und des vereinten Deutschlands orientieren sich maßgeblich an dieser Form des Arbeitsverhältnisses, das deswegen oft als Normalarbeitsverhältnis bezeichnet wird.

### Bedeutungsverlust des Normalarbeitsverhältnisses

Eine Reihe von Entwicklungen hat in den vergangenen Jahrzehnten zu einem Bedeutungsverlust dieser Art von Beschäftigungsverhältnis geführt. In beiden Teilen Deutschlands war es eng mit dem lange dominierenden sekundären Sektor, also dem Verarbeitenden Gewerbe verbunden. Doch bereits ab den siebziger Jahren arbeiteten im früheren Bundesgebiet mehr Menschen im Dienstleistungsbereich als in der Industrie. Mit der Wiedervereinigung kam es zu einem Umbruch der Wirtschaftsstruktur in Ostdeutschland und der Beschäftigungsanteil des Dienstleistungssektors legte auch im wiedervereinigten Deutschland immer weiter zu (siehe Kapitel 1). Als weitere Ursache des Bedeutungsverlustes ist die sich wandelnde Erwerbsbeteiligung der Geschlechter zu nennen. In der früheren Bundesrepublik stieg seit den 1970er-Jahren die Erwerbsbeteiligung der Frauen kontinuierlich an. Diese Zunahme fand meist in Form von Teilzeitbeschäftigung statt, da viele Frauen ihre Berufstätigkeit weiterhin mit familiären Verpflichtungen in Einklang bringen mussten. In der DDR war die Erwerbsbeteiligung von Frauen schon seit Beginn hoch und fand meist im Rahmen einer Vollzeittätigkeit statt. Der Trend einer steigenden Erwerbsbeteiligung der Frauen setzt sich seit der Wiedervereinigung fort (siehe Kapitel 3). Die Erwerbsmuster von Frauen in Ost und West unterscheiden sich weiterhin, wobei in den ostdeutschen Ländern sogar eine leichte Entwicklung in Richtung des westdeutschen Hinzuverdiener-Modells zu beobachten ist. Letztlich stellen Anforderungen der heutigen Wirtschaft das klassische Modell des Normalarbeitsverhältnisses immer mehr in Frage. Es scheint für moderne Wirtschaftsprozesse zu stark reglementiert und unflexibel. Unternehmen sehen sich zudem auf globalisierten Märkten einem stärkeren Konkurrenzdruck ausgesetzt. Deswegen haben sie ein Interesse an Beschäftigungsformen, mit denen sie auch hinsichtlich des Umfangs und der Zusammensetzung ihrer Belegschaft darauf reagieren können.

Dieser Beitrag stellt den Wandel der Erwerbsformen aus gesamtdeutscher Sicht und mit Blick auf die Bundesländer dar. Dabei wird unterschieden zwischen Selbstständigen mit Beschäftigten, Solo-Selbstständigen, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in sogenannten Normalbeschäftigungsverhältnissen und solchen in alternativen Formen der abhängigen Beschäftigung, die als atypische Beschäftigung bezeichnet werden. Diese Begrifflichkeit wird im folgenden Abschnitt näher erläutert. Im daran anschließenden Abschnitt wird auf die Verbreitung unterschiedlicher Erwerbsformen in Bund und Ländern eingegangen und auf die Entwicklung



zwischen 1999 und 2009, auch wenn der Wandel bereits vor diesem Zeitraum eingesetzt hat. Es sollen Unterschiede in der Struktur der Erwerbsformen zwischen einzelnen Ländern herausgestellt werden und unterschiedliche Entwicklungstendenzen, soweit sie vorhanden sind. Dabei wird zum Beispiel interessant sein, in welchen Ländern atypische Beschäftigung weiter verbreitet ist und inwiefern das Normalbeschäftigungsverhältnis in einzelnen Ländern seine dominierende Stellung behalten hat. In einem weiteren Abschnitt wird auf die Verdienste von Erwerbstätigen in unterschiedlichen Erwerbsformen eingegangen. Dabei geben die Durchschnittsverdienste einen ersten Aufschluss über das Lohnniveau in den Ländern. Die Durchschnittsverdienste sagen jedoch nichts über die Streuung der Verdienste in einem Land aus. Deswegen wird zusätzlich betrachtet, wie viele Erwerbstätige jeweils in den Ländern und in unterschiedlichen Erwerbsformen einen Niedriglohn bezogen auf ihren Bruttoverdienst pro Stunde erhalten. Ein Land mit einem relativ hohen Durchschnittsverdienst kann trotzdem einen relativ hohen Anteil an Niedriglohnbeziehern haben, wenn die Bruttostundenlöhne sehr unterschiedlich sind. In einem Fazit werden die zentralen Ergebnisse der beiden inhaltlichen Abschnitte herausgestellt und in einen gemeinsamen Kontext gebracht.

## 4.2 Atypische Beschäftigung

### 4.2.1 Das Konzept

#### Atypische Beschäftigung bezeichnet die Abweichung vom Normalarbeitsverhältnis

Wenn von Erwerbsformen die Rede ist, wird eine Vielzahl von Begriffen verwendet, die sich in ihrer Bedeutung mehr oder weniger überlappen. Genannt werden oft die geringfügige Beschäftigung, Mini-Jobs, Ein-Euro-Jobs, prekäre Beschäftigung, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, Leiharbeit etc. Es bedarf also eines Konzeptes, mit dem man unterschiedliche Erwerbsformen nach einem einheitlichen Muster ordnen kann und mit dessen Hilfe sich der oben beschriebene Bedeutungsverlust klassischer Beschäftigungsverhältnisse beschreiben lässt. In der Wissenschaft wird dafür am häufigsten das Konzept der atypischen Beschäftigung verwendet. Die einzelnen Formen atypischer Beschäftigung sind dadurch definiert, dass sie sich in einer oder mehreren zentralen Eigenschaft(en) vom Normalarbeitsverhältnis unterscheiden. Normalarbeitsverhältnisse werden in Vollzeit (mindestens 21 Wochenstunden) und in einem unbefristeten Beschäftigungsverhältnis ausgeübt. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer erwerben über das Normalarbeitsverhältnis zudem Ansprüche auf Leistungen aus Sozialversicherungen. Schließlich arbeitet eine Normalarbeitnehmerin bzw. ein Normalarbeitnehmer direkt für das Unternehmen, mit dem sie oder er den Arbeitsvertrag abgeschlossen hat. Bei Zeitarbeiterinnen und Zeitarbeitnehmern, die von ihrem Arbeitgeber, der Zeitarbeitsfirma, mit Übergabe der Weisungsbefugnis an andere Unternehmen verliehen werden, ist das nicht der Fall.

Als atypische Beschäftigung lassen sich folgende Beschäftigungsformen zusammenfassen:

- (1) *Teilzeitbeschäftigung mit weniger als 21 Wochenstunden*
- (2) *Geringfügige Beschäftigung* im Sinne der sozialgesetzlichen Definition
- (3) *Befristete Beschäftigung*
- (4) *Zeitarbeit*, auch Leiharbeit oder Arbeitnehmerüberlassung genannt

Ist Normalarbeit in der Regel darauf ausgerichtet, den eigenen Lebensunterhalt und eventuell den von Angehörigen zu finanzieren, so kann atypische Beschäftigung diesen Anspruch häufig nur bedingt erfüllen. Sie ist aber nicht mit prekärer Beschäftigung gleichzusetzen, da zur Einstufung eines Beschäftigungsverhältnisses neben dem Verdienst auch die persönliche Berufsbiografie und der Haushaltskontext des bzw. der Beschäftigten berücksichtigt werden müssen. Für die Wahl einer atypischen Beschäftigung kann auch ausschlaggebend sein, dass sich dadurch berufliche und andere persönliche Interessen besser kombinieren lassen. Normal- und atypisch Beschäftigte stellen zusammen alle abhängig Beschäftigten dar. Zu den Erwerbstätigen zählen außerdem die Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen. In diesem Beitrag werden Selbstständige ohne Beschäftigte – sogenannte Solo-Selbstständige – gesondert betrachtet. Sie sind deswegen interessant, weil dazu kleine Unternehmerinnen und Unternehmer oder Personen, die sich aus einer Arbeitslosigkeit heraus mithilfe des Existenzgründerzuschusses selbstständig gemacht haben, zählen.

### 4.2.2 Verwendete Datenquellen

Die betrachtete Gruppe sind Kernerwerbstätige im Alter von 15 bis 64 Jahren, die sich nicht mehr in Bildung oder Ausbildung befinden. Damit stehen Personen im Zentrum der Betrachtungen, die voll am Erwerbsleben teilnehmen können, weil sie ihre Ausbildungsphase abgeschlossen haben. Außerdem werden Personen ab dem Verrrentungsalter von 65 Jahren grundsätzlich nicht mit einbezogen, selbst wenn für einige von ihnen Erwerbstätigkeit immer noch im Zentrum der Lebensgestaltung steht.

#### Daten aus Mikrozensus und Verdienststrukturerhebung

Für die folgenden Darstellungen über Erwerbsformen in Bund und Ländern ist der Mikrozensus die Datengrundlage. Verwendet werden Daten aus den Jahren 1999 und 2009. Zeitarbeit wurde im Mikrozensus nur bei einer Unterstichprobe erfragt. Deswegen reichen die Fallzahlen nicht aus, gesonderte Ergebnisse zur Zeitarbeit auf Länderebene darzustellen. Für den Bund kann die Zeitarbeit im Jahr 2009 gesondert betrachtet werden.

Die Erwerbseinkommen bzw. Verdienste der Beschäftigten lassen sich mit Hilfe der Verdienststrukturerhebung beschreiben. Sie wurde zum letzten Mal für das Jahr 2006 erhoben und liefert repräsentative Informationen für alle abhängig Beschäftigten in Betrieben ab zehn Mitarbeitern und für die Branchen ausschließlich des Agrarsektors, der öffentlichen Verwaltung und Dienstleistungen in privaten Haushalten. Sie liefert keine Einkommensinformationen für Selbstständige, weshalb die Betrachtungen zu diesem Thema auf die abhängig Beschäftigten beschränkt bleiben. Auch bei dieser Erhebung genügen die Fallzahlen nicht, eigene Ergebnisse für Zeitarbeiterinnen und -arbeiter auszuweisen.

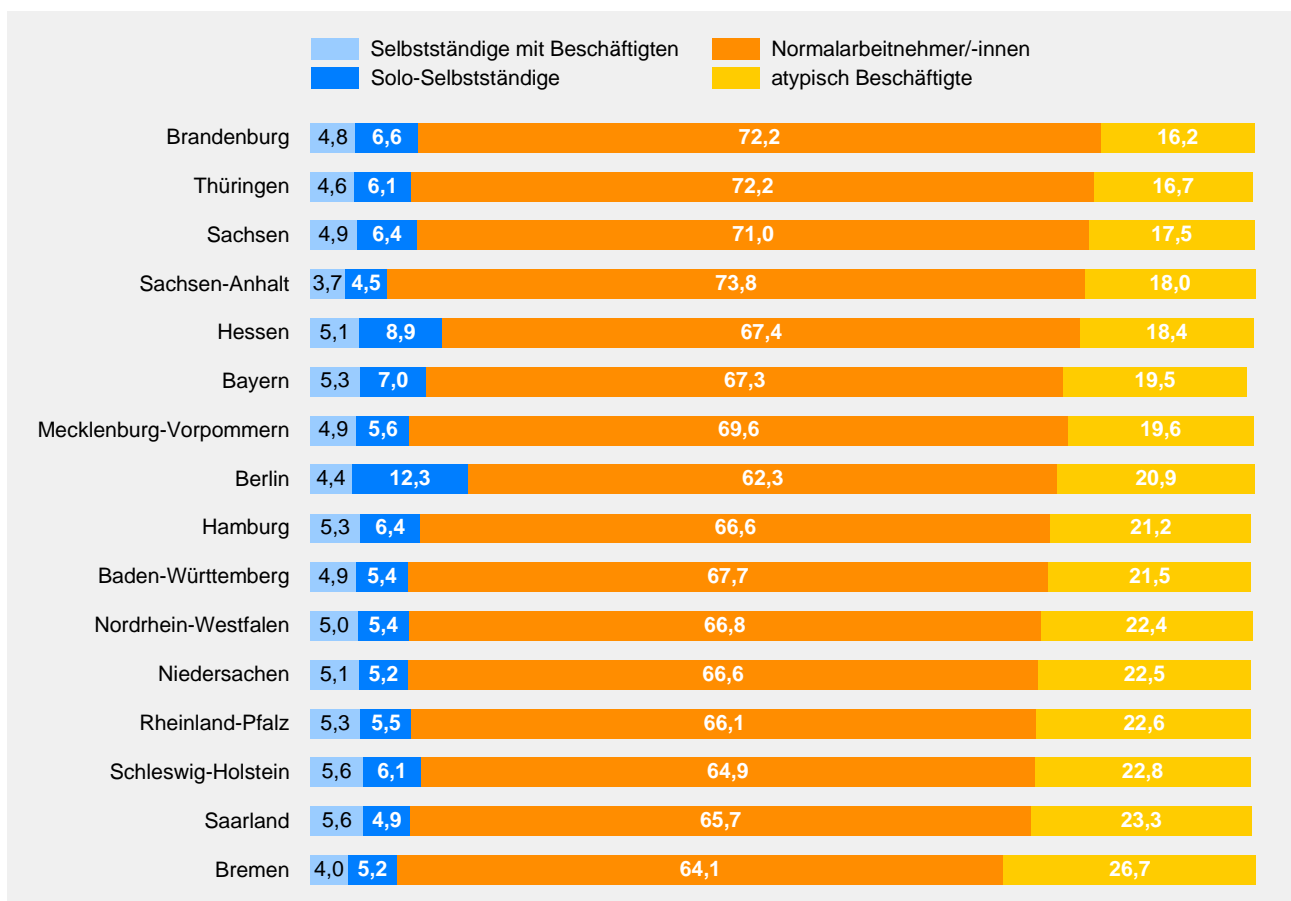
Im Gegensatz zur sonst in diesem Heft verwendeten Abgrenzung wird bei den Daten aus der Verdienststrukturerhebung Berlin üblicherweise dem früheren Bundesgebiet zugerechnet. Dies ist mit Blick auf die Verdienststrukturen sinnvoll, trotzdem wird bei Ost-West-Vergleichen grundsätzlich immer auch auf die Situation Berlins eingegangen.

### 4.2.3 Erwerbsformen

#### Gut jede oder jeder fünfte abhängig Beschäftigte ist atypisch beschäftigt

2009 lebten in Deutschland insgesamt 34,6 Millionen Erwerbstätige in der hier verwendeten Abgrenzung der Kernerwerbstätigen, also im Alter von 15 bis 64 Jahren und nicht in Bildung oder Ausbildung. Das Gros davon, nämlich 88,3%, befand sich in einem abhängigen Beschäftigungsverhältnis und 11,2 % waren selbstständig. Die verbleibenden 0,5 % waren als mithelfende Familienangehörige im Betrieb von Verwandten tätig. Der Anteil der atypisch Beschäftigten als Untergruppe der abhängig Beschäftigten lag bei gut einem Fünftel (21,9 %) oder 7,6 Millionen. Davon waren die meisten teilzeitbeschäftigt mit weniger als 21 Stunden pro Woche und stellten von allen Erwerbstätigen 4,9 Millionen beziehungsweise 14,2 %. Befristet beschäftigt waren 2,6 Millionen oder 7,6 % der Erwerbstätigen und geringfügig beschäftigt waren rund 2,6 Millionen beziehungsweise 7,4 %. Die kleinste Gruppe der atypisch Beschäftigten machten 2009 die Erwerbstätigen aus, die als Zeitarbeitnehmerinnen und -arbeitnehmer beschäftigten waren. Diese Gruppe umfasste 560 000 Personen und hatte einen Anteil von 1,6 % an allen Erwerbstätigen.

**Schaubild 4.1: Erwerbsformen nach Bundesländern 2009**  
in %



Quellen: Mikrozensus/Arbeitskräfteerhebung

Wenn im Folgenden Länderergebnisse präsentiert werden, muss aus den o. g. Gründen die Zeitarbeit außer Acht gelassen werden. In diesem Fall liegt die Gesamtzahl der atypisch Beschäftigten auf Bundesebene um 380 000 niedriger. Dies sind Zeitarbeitnehmerinnen und -arbeitnehmer, die nach keinem weiteren Kriterium als atypisch gezählt werden. Sie werden in dieser Betrachtung als Normalbeschäftigte gezählt. Entsprechend liegt der Anteil atypisch Beschäftigter an den Erwerbstätigen auf Bundesebene bei 20,8 % anstelle von 21,9 %.

### Atypische Beschäftigung hat deutlich zugenommen

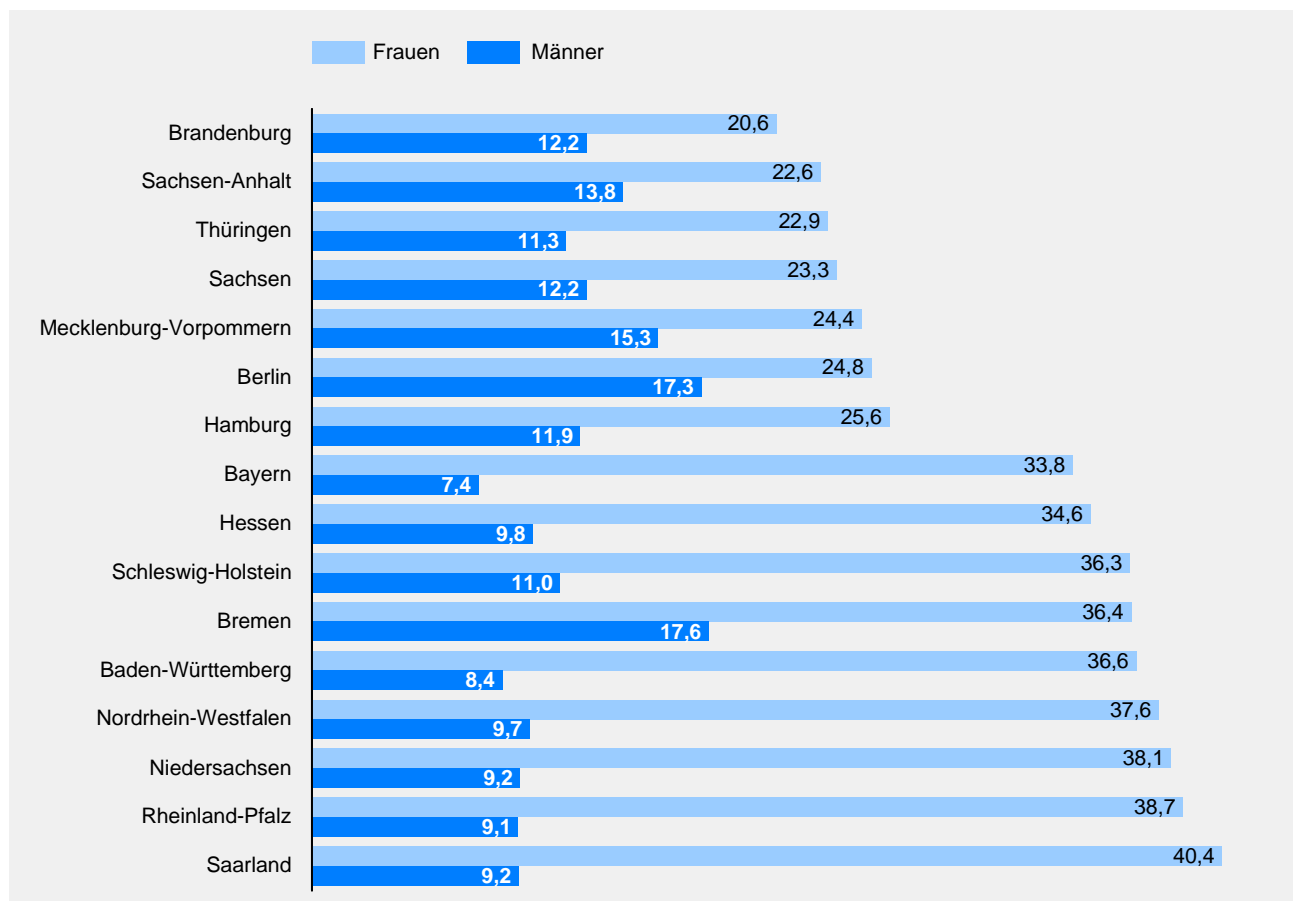
Im Vergleich zu 1999 haben sich die Anteile von Selbstständigen und abhängig Beschäftigten an allen Erwerbstätigen nur gering verändert. So ist der Anteil der Selbstständigen in diesem Zeitraum um einen Prozentpunkt gestiegen, was ausschließlich auf eine Zunahme von Solo-Selbstständigen zurückzuführen ist. Die quantitative Bedeutung der atypischen Beschäftigung hat hingegen eindeutig zugenommen. 1999 lag ihr Anteil an allen Erwerbstätigen noch bei 17,6 % und ist dann bis 2009 um 4,5 Prozentpunkte gestiegen. Insgesamt gab es 2009 1,8 Millionen mehr atypisch Beschäftigte als noch 1999 (5,8 Millionen). Entsprechend ist der Anteil von Personen in einem Normalbeschäftigungsverhältnis von 71,5 % um 5,1 Prozentpunkte gefallen. Nicht nur relativ, sondern auch absolut hat das Normalarbeitsverhältnis an Bedeutung verloren. Arbeiteten 1999 noch 23,6 Millionen in einem solchen Beschäftigungsverhältnis, waren es 2009 650 000 Personen weniger. Damit setzt sich eine Entwicklung fort, die in den 1990er-Jahren in Deutschland an Dynamik gewann. Den größten Beitrag bei der Zunahme der atypischen Beschäftigung leistet die Teilzeitbeschäftigung. Sie hat zwischen 1999 und 2009 um 1,1 Millionen Erwerbstätige zugelegt. Die geringfügige Beschäftigung ist um 830 000 gestiegen. Dabei ist die Zahl der Personen, die gleichzeitig geringfügig und in Teilzeit beschäftigt sind, besonders groß und die starke Zunahme von Teilzeitbeschäftigung fand zu einem großen Teil in Form von geringfügiger Beschäftigung statt. Die Zahl der befristet Beschäftigten ist zwischen 1999 und 2009 um 470 000 gestiegen und steigerte den Anteil an allen Erwerbstätigen von 6,5 % um 1,1 Prozentpunkte. Die Entwicklung der Zeitarbeit kann nur unter Zuhilfenahme der Arbeitnehmerüberlassungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit abgeschätzt werden, da sie 1999 im Mikrozensus noch nicht erhoben wurde. Demnach gab es 1999 rund 240 000 Kernerwerbstätige in Zeitarbeit und somit 320 000 weniger als 2009. Diese Beschäftigungsform hat somit innerhalb von zehn Jahren um 133 % zugenommen. Die Zeitarbeit verzeichnet von allen atypischen Beschäftigungsformen das dynamischste Wachstum, auch wenn ihr absoluter Beitrag zur Zunahme insgesamt bislang am geringsten ist.

### Frauen sind deutlich häufiger atypisch beschäftigt

Frauen sind deutlich häufiger atypisch beschäftigt als Männer. 2009 waren 34,1 % der erwerbstätigen Frauen, aber nur 11,5 % der Männer atypisch beschäftigt. Im Jahr 1999 lagen diese Anteile noch bei 30,2 % bzw. 7,7 %. Dieser starke Unterschied ist vor allem auf den großen Anteil von Frauen unter den Teilzeitbeschäftigten zurückzuführen, der bei 86,8 % lag. Bei den geringfügig Beschäftigten standen 77,1 % Frauen 22,9 % Männern gegenüber. Die Anteilswerte dieser beiden Erwerbsformen sind wegen der bereits beschriebenen großen Überlappung von Teilzeit- und geringfügiger Beschäftigung ähnlich. Bei den befristet Beschäftigten ist das Verhältnis mit 52,6 % Frauen zu 47,4 % Männern annähernd ausgeglichen. In Zeitarbeit sind hingegen mit einem Anteil von 67 % mehr Männer als Frauen beschäftigt.

Auffällig ist der starke Unterschied bei atypisch beschäftigten Frauen in Ost- und Westdeutschland. Frauen in den ostdeutschen Ländern sind deutlich seltener atypisch beschäftigt als solche im Westen. So bewegen sich im Osten die Anteile atypisch Beschäftigter an allen erwerbstätigen Frauen zwischen 20,6 % in Brandenburg und 24,4 % in Mecklenburg-Vorpommern. Auf deutlich höherem Niveau liegen die entsprechenden Anteile der Frauen im Westen. Sie lagen 2009 zwischen 33,8 % in Bayern und 40,4 % im Saarland. Die Stadtstaaten Berlin und Hamburg lagen im Niveau mit 24,8 % bzw. 25,6 % nur etwas über den neuen Ländern. An diesen Anteilen zeigen sich die von den Haushalten in Ost und West unterschiedlich bevorzugten Erwerbskonstellationen noch 20 Jahre nach der Vereinigung. Während (volle) Erwerbstätigkeit für Frauen in der ehemaligen DDR üblich war, dominierten im früheren Bundesgebiet Familien mit einem Alleinverdiener oder die Erwerbskonstellation mit einem männlichen Hauptverdiener und der Ehefrau, die in einer Teilzeitbeschäftigung etwas hinzu verdiente. Unabhängig davon zeigen die Großstädte Berlin und Hamburg Erwerbsmuster, bei denen Frauen häufiger in einer Vollzeitbeschäftigung tätig sind.

**Schaubild 4.2: Atypisch Beschäftigte nach Geschlecht und Bundesländern 2009**  
in %



Quellen: Mikrozensus/Arbeitskräfteerhebung

### Viele Solo-Selbstständige in Berlin und Hamburg

Die Anteile Selbstständiger mit Beschäftigten an den Erwerbstätigen sind in den einzelnen Ländern sehr ähnlich und bewegen sich um 5 %. Das gilt tendenziell auch für die Anteile der Solo-Selbstständigen, die sich im Gros der Länder zwischen 4,9 % und 6,6 % bewegt. Allerdings heben sich die Stadtstaaten Berlin (12,3 %) und Hamburg (12,3 %) deutlich ab.

und Hamburg (8,9 %) mit höheren Anteilen deutlich vom Rest der Länder ab. Bayern weist ebenfalls einen etwas höheren Anteil von Solo-Selbstständigen (7 %) auf. Sachsen-Anhalt und Bremen haben sowohl mit Blick auf Selbstständige mit als auch auf solche ohne Beschäftigte geringe Anteile. Dort gehen gerade 8,1 % beziehungsweise 9,2 % einer selbstständigen Tätigkeit nach. In den meisten Ländern liegt der Anteil der Selbstständigen insgesamt zwischen 10 % und 11 %. Berlin und Hamburg stechen vorwiegend wegen der höheren Zahl von Solo-Selbstständigen mit Anteilswerten von 16,7 % beziehungsweise 14 % wieder heraus.

### Bremen hat den höchsten Anteil von atypisch Beschäftigten

Spiegelbildlich zu den Selbstständigen liegen die Anteilswerte der meisten Länder bei den abhängig Beschäftigten zwischen 88 % und 89 %. Berlin fällt aus dieser Gruppe wiederum heraus und hat mit 83,2 % den niedrigsten Anteil, während sich Sachsen-Anhalt mit dem höchsten Anteilswert von 91,8 % abhebt. Die Anteile der atypisch Beschäftigten (und entsprechend der Normalbeschäftigten) variieren stärker und bewegen sich zwischen 26,7 % in Bremen und 16,2 % in Brandenburg. Alle ostdeutschen Länder mit der Ausnahme Berlins weisen Anteile atypisch Beschäftigter von unter 20 % auf. Aber auch in Bayern (19,5 %) und Hamburg (18,4 %) leben weniger atypisch Beschäftigte als im Bundesdurchschnitt. Berlin entspricht mit einem Anteil von 20,9 % atypisch Beschäftigter ungefähr dem Bundesdurchschnitt, weist im Vergleich zu den neuen Ländern jedoch einen geringen Anteil an Normalbeschäftigten auf. Während in den neuen Ländern rund 70 % und mehr normalbeschäftigt sind, sind es in Berlin gerade noch 62,3 %. Damit ist Berlin das Land mit dem geringsten Anteil an Normalbeschäftigten, die aber auch dort noch knapp zwei Drittel aller Erwerbstätigen ausmachen. Man kann also sagen, dass das Normalarbeitsverhältnis weiterhin in allen Ländern die dominierende Erwerbsform darstellt. Abgesehen vom niedrigeren Umfang atypischer Beschäftigung in den ostdeutschen Ländern lassen sich keine typisch regionalen Unterschiede oder gar Unterschiede im Vergleich von Flächen- und Stadtstaaten ausmachen.

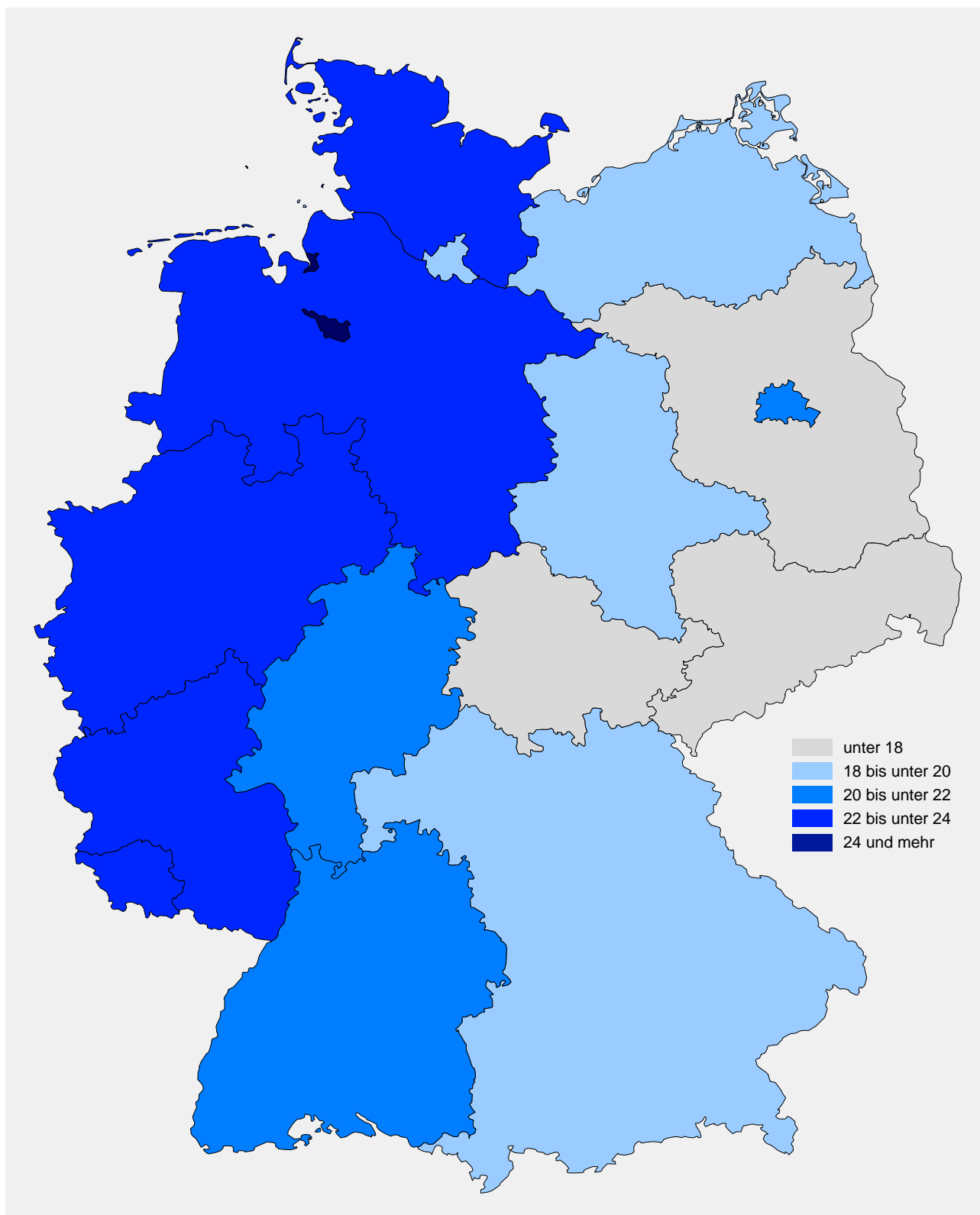
### Im Westen deutlich mehr Teilzeitbeschäftigung als im Osten

Allerdings bestehen zwischen den Ländern zusätzliche Unterschiede mit Blick auf die einzelnen Erwerbsformen, die durch die Betrachtung aller atypischen Erwerbsformen zusammen verdeckt werden. Bei den Teilzeitbeschäftigten treten die Unterschiede insbesondere im Vergleich von Ost und West zutage: Alle ostdeutschen Länder (ohne Berlin) weisen niedrigere Teilzeitquoten auf als westdeutsche Länder und bewegen sich für 2009 zwischen 7,8 % und 9,4 %. Der Anteil Teilzeitbeschäftigter in sechs westdeutschen Ländern war mehr als doppelt so hoch wie in Brandenburg, wo der Anteil am niedrigsten war (s. o.). Das Saarland hatte mit 17,2 % den höchsten Anteil an Teilzeitbeschäftigten. Diese Unterschiede folgen maßgeblich aus den bereits erwähnten Unterschieden in der Erwerbsbeteiligung von Frauen in Ost und West.

### Ostdeutsche sind häufiger befristet beschäftigt

Befristete Beschäftigung ist im Unterschied zur Teilzeitbeschäftigung in den ostdeutschen Ländern stärker verbreitet als in Westdeutschland. Sie weisen gemeinsam mit den drei Stadtstaaten Anteilswerte über dem Bundesdurchschnitt auf. Die größten Anteile befristet Beschäftigter finden sich in Mecklenburg-Vorpommern (12,2 %) und Berlin (11,6 %). Am niedrigsten sind die Anteile in Bayern (5,8 %) und in Rheinland-Pfalz (6,6 %).

**Schaubild 4.3: Atypisch Beschäftigte 2009**  
in %



Quellen: Mikrozensus/Arbeitskräfteerhebung

© Bundesamt für Kartographie und Geodäsie, Frankfurt am Main, 2012



Am wenigsten unterscheiden sich die Länder hinsichtlich des Anteils geringfügig Beschäftigter. Den kleinsten Prozentanteil an geringfügig Beschäftigten findet man in Hamburg (5,1 %) und den größten im Saarland (9,6 %). Wiederum gibt es tendenzielle Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen Ländern. Erstere weisen alle gemeinsam mit dem bereits erwähnten Hamburg sowie mit Berlin, Bayern und Baden-Württemberg Quoten unterhalb des Bundesdurchschnitts auf. Während also Teilzeitbeschäftigung und weniger ausgeprägt geringfügige Beschäftigung eher in den Ländern des früheren Bundesgebietes verbreitet ist, sind Erwerbstätige in den ostdeutschen Ländern häufiger befristet beschäftigt.

### Die meisten atypisch Beschäftigten arbeiten im Gesundheits- und Sozialwesen

Für diese Länderunterschiede können neben der bereits erwähnten Erwerbskonstellation im Haushalt auch länderspezifische Branchenstrukturen ursächlich sein. In Deutschland arbeiten atypisch Beschäftigte am häufigsten in den Wirtschaftsbereichen Gesundheits- und Sozialwesen (17 %), im Handel (15,5 %), im Verarbeitenden Gewerbe (12,4 %) sowie in den Wirtschaftlichen Dienstleistungen (10,1 %). Abgesehen vom Verarbeitenden Gewerbe arbeiten in diesen Abschnitten nicht nur deswegen so viele atypisch Beschäftigte, weil dort insgesamt viele Personen arbeiten, sondern auch weil dort im Vergleich zu anderen Branchen ein größerer Anteil der Erwerbstätigen atypisch beschäftigt ist. Überdurchschnittlich viele atypisch Beschäftigte arbeiten auch in den Wirtschaftsabschnitten Gastgewerbe, Erziehung und Unterricht, Kunst, Unterhaltung und sonstige Dienstleistungen sowie private Haushalte. In letzterer Branche findet sich auch der höchste Anteil, wo fast vier von fünf Angestellten (78,1 %) atypisch beschäftigt sind. Allerdings ist dieser Wirtschaftsabschnitt mit Blick auf die Gesamtbeschäftigung weniger bedeutend. Zu den Wirtschaftsabschnitten mit den höchsten Anteilen atypisch Beschäftigter zählen auch die wirtschaftlichen Dienstleistungen mit einem Anteil von 42,7 % und das Gastgewerbe mit gut einem Drittel (35,4 %) atypisch Beschäftigter.

Bei den folgenden Darstellungen der Branchenstrukturen in den Länder ist zu beachten, dass diese jeweils für die Einwohner eines Landes dargestellt werden und nicht für die Beschäftigten in einem Land. Sie sind also nicht mit den Branchenstrukturen der in einem Land ansässigen Betriebe gleichzusetzen.

Die Branchenstrukturen in den einzelnen Ländern sind mit Ausnahme des Wirtschaftsabschnittes des Verarbeitenden Gewerbes (einschließlich Bergbau) recht ähnlich. Gering ausgeprägte Unterschiede finden sich bei den Abschnitten Gesundheits- und Sozialwesen sowie Handel. Beim Gesundheits- und Sozialwesen bewegen sich die Anteilswerte zwischen 10,9 % (Bayern) und 14 % (Schleswig-Holstein), im Handel zwischen 11,1 % (Berlin) und 15,6 % (Schleswig-Holstein). Diese Unterschiede sind allerdings zu gering, um sich substantiell auf den Anteil atypisch Beschäftigter in den Ländern auszuwirken, auch wenn in beiden Branchen relativ viele atypisch Beschäftigte arbeiten. Sehr deutlich sind die Unterschiede in den Wirtschaftsabschnitten Verarbeitendes Gewerbe und Bergbau. 29,8 % der Erwerbstätigen Baden-Württembergs waren 2009 in diesen Abschnitten tätig, aber nur 9 % der in Berlin lebenden. Da in diesen beiden Abschnitten relativ gesehen weniger atypisch Beschäftigte angestellt sind als Normalbeschäftigte, müssten Länder mit einem hohen Anteil in diesen Wirtschaftsabschnitten eher einen kleineren Anteil an atypisch Beschäftigten haben. Neben Baden-Württemberg machen diese Wirtschaftsabschnitte in Bayern (24,3 %) und Thüringen (21,6 %) einen relativ großen Teil der Erwerbstätigen aus. Besonders niedrige Anteile finden sich neben Berlin in Hamburg (11,7 %) und Mecklenburg-Vorpommern (12,5 %). Doch auch hier lässt sich kein wirklicher Zusammenhang zwischen der Größe der beiden Wirtschaftsabschnitte und dem Anteil der atypisch Beschäftigten insgesamt oder einer Beschäftigungsform allein ausmachen.



Die Stadtstaaten Hamburg und Berlin heben sich insgesamt noch am deutlichsten von der Branchenstruktur der anderen Länder ab. Sie unterscheiden sich zusätzlich zu dem geringen Teil an Personen im Verarbeitenden Gewerbe (einschl. Bergbau) auch durch einen überproportional hohen Anteil von 16 % in den Wirtschaftsabschnitten der freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen sowie sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen. Doch auch hier lässt sich kein Effekt auf die Struktur der Erwerbsformen in den beiden Stadtstaaten finden.

Es lässt sich somit insgesamt kein unmittelbarer Einfluss der Branchenstruktur auf Unterschiede bei der Verbreitung der Erwerbsformen in den Ländern ausmachen. Typische Erwerbsmuster von Männern und Frauen in Ost und West haben einen stärkeren Effekt.

#### Atypische Beschäftigung nahm in allen Bundesländern zu

Der Anteil atypisch Beschäftigter hat in allen Ländern zwischen 1999 und 2009 zugenommen, allerdings war die Zunahme unterschiedlich dynamisch. Am stärksten wuchs der Anteil in Bremen um 8,5 Prozentpunkte, aber auch Berlin (+ 4,7), Sachsen-Anhalt (+ 4,5) sowie Nordrhein-Westfalen (+ 4,1) wiesen relativ starke Zuwächse auf. Hamburg, Sachsen, Thüringen und Brandenburg verzeichneten dagegen die geringsten Zuwächse zwischen 1,1 und 1,7 Prozentpunkten. Zwischen 1999 und 2009 haben die Unterschiede zwischen den Erwerbsstrukturen der Länder leicht zugenommen. Variierten die Anteile atypisch Beschäftigter 1999 um 6,5 Prozentpunkte, waren es 2009 10 Prozentpunkte. Ließe man die außerordentliche Entwicklung in Bremen außer Acht, würden sich die Anteile 2009 aber nur um 7,1 Prozentpunkte unterscheiden. Man kann allerdings nicht sagen, dass Länder mit einem hohen Anteil im Jahr 1999 diesen Anteil bis 2009 stärker ausgebaut haben als Länder mit niedrigeren Anteilen. Dagegen sprechen zum Beispiel die starken Zuwächse in Berlin und Sachsen-Anhalt.

### 4.3 Niedriglöhne und Beschäftigung

Die im Folgenden betrachteten Verdienste der in unterschiedlichen Erwerbsformen tätigen Personen basieren wie oben erwähnt auf den Daten der Verdienststrukturerhebung. Sie beziehen sich auf die Situation von 2006 und liefern Informationen zu den Verdiensten abhängig Beschäftigter. Somit kann die Verdienstsituation Normal- und atypisch Beschäftigter, aber nicht die der Selbstständigen betrachtet werden. Auch hier beschränken sich die Analysen auf die 15- bis 64-jährigen Erwerbstätigen ohne Personen in Bildung oder Ausbildung. Zum Vergleich werden die Bruttostundenverdienste herangezogen, um Verdienstunterschiede auszublenden, die allein aus unterschiedlich langen Arbeitszeiten resultieren. Steuern und Abgaben sind beim Bruttoverdienst nicht abgezogen. Er stellt somit am besten dar, welcher Verdienst unmittelbar durch eine bestimmte Erwerbstätigkeit erzielt wird. Eventuelle einmalige Sonderzahlungen sind bei dieser Betrachtung nicht enthalten.

Die Durchschnittsverdienste vermitteln einen Eindruck des Verdienstniveaus, geben aber wenig Auskunft über die Streuung der Verdienste bei einzelnen Beschäftigungsformen. Deswegen wird zusätzlich zur Betrachtung der Durchschnittsverdienste auf die Verbreitung von Niedriglöhnen bei den einzelnen Beschäftigungsform eingegangen.

Der Niedriglohn wird in Relation zur Verteilung der Verdienste aller abhängig Beschäftigten bestimmt, wie sie sich aus der Verdienststrukturerhebung ergeben. Die Niedriglohngrenze wird gemäß einem Ansatz errechnet, der unter anderem von der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) oder der ILO angewandt wird. Demnach liegt die Niedriglohngrenze bei zwei Dritteln des Median-Verdienstes.

### 4.3.1 Durchschnittsverdienste

#### Normalbeschäftigte verdienen erheblich mehr als atypisch Beschäftigte

Im Jahr 2006 verdienten Beschäftigte zwischen 15 und 64 Jahren und nicht in Bildung oder Ausbildung im Schnitt 16,63 Euro pro Stunde. Normalbeschäftigte hatten einen deutlich höheren Durchschnittslohn als atypisch Beschäftigte. Erstere verdienten 18,04 Euro und letztere gerade 11,96 Euro. Doch auch die Unterschiede zwischen den einzelnen Formen atypischer Beschäftigung waren relativ groß: Teilzeitbeschäftigte bekamen 15,05 Euro pro Stunde und befristet Beschäftigte 13,08 Euro. Zeitarbeiterinnen und -arbeiter bekamen mit 9,71 Euro nochmals im Schnitt deutlich weniger und geringfügig Beschäftigte hatten mit 8,98 Euro einen Durchschnittsverdienst, der gerade halb so groß war wie der von Normalbeschäftigten. In Sachsen-Anhalt verdiente ein durchschnittlicher geringfügig Beschäftigter lediglich 6,20 Euro.

Im Vergleich der Länder ist grundsätzlich ein Niveauunterschied in den Durchschnittsverdiensten zwischen dem früherem Bundesgebiet und den ostdeutschen Ländern festzustellen. Im Schnitt verdienten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Osten gut ein Fünftel weniger als im Westen. So verdienten in Westdeutschland Normalbeschäftigte am meisten in Hamburg (20,60 Euro) und in Hessen (20,45 Euro). Am wenigsten bekamen im Westen Normalbeschäftigte in Schleswig-Holstein (17,61 Euro). In Ostdeutschland bewegte sich der Durchschnittsverdienst für Normalbeschäftigte zwischen 13,99 Euro in Brandenburg und 13,20 Euro in Thüringen. Darüber hinaus gehend sind keine regional bedingten Verdienstunterschiede erkennbar.

#### Atypisch Beschäftigte in Thüringen verdienen weniger als halb so viel wie Normalbeschäftigte in Hamburg

Entsprechend zeigt sich der Niveauunterschied zwischen Ost und West auch bei den atypisch Beschäftigten. Die Durchschnittsverdienste atypisch Beschäftigter bewegten sich in Westdeutschland zwischen 13,87 Euro in Hessen und 11,52 Euro in Schleswig-Holstein und in Ostdeutschland zwischen 9,94 Euro in Brandenburg und 9,29 Euro in Thüringen. Für Mecklenburg-Vorpommern konnten aufgrund niedrigerer Fallzahlen keine Durchschnittsverdienste berechnet werden. Sie werden aber in den Gesamtergebnissen für die neuen Länder berücksichtigt.

Die Verdienstabstände zwischen Normal- und atypisch Beschäftigten in den einzelnen Ländern bewegen sich zwischen rund 28 % und 38 %. Systematische Unterschiede sind wiederum nur im Ost-West-Vergleich zu beobachten. So war der Verdienstabstand in den ostdeutschen Ländern sowohl absolut als auch relativ weniger ausgeprägt als in den westlichen Ländern. In Ostdeutschland verdienten atypisch Beschäftigte im Schnitt 4,06 Euro beziehungsweise 28,6 % weniger als Normalbeschäftigte, in Westdeutschland waren es 6,54 Euro oder 34,8 %. Sachsen-Anhalt wies als ostdeutsches Land 2006 mit 35,4 % einen relativ hohen Verdienstabstand auf, was aus dem sehr niedrigen Verdienstniveau atypisch Beschäftigter resultiert.

### Frauen verdienen weniger als Männer – das gilt vor allem für Normalbeschäftigte

Frauen verdienen 2006 im Durchschnitt weniger als Männer. Der größte Unterschied fand sich in Baden-Württemberg mit 5,62 Euro. In Mecklenburg-Vorpommern lag der Verdienstunterschied bei gerade 17 Cent. Nur für einen Teil des Unterschiedes kann die größere Zahl von Frauen in typischerweise schlechter bezahlter atypischer Beschäftigung verantwortlich gemacht werden. Denn auch bei Normalarbeitnehmerinnen und -arbeitnehmern unterscheiden sich die durchschnittlichen Stundenverdienste von Männern und Frauen deutlich: Am größten war wiederum der Unterschied in Baden-Württemberg, der mit 5,47 Euro kaum geringer ausfällt als der für alle Beschäftigten in diesem Land. In Mecklenburg-Vorpommern war der Verdienstabstand mit 66 Cent wieder am geringsten.

Blickt man auf die Verdienstabstände der atypisch Beschäftigten in den Ländern, lässt sich feststellen, dass Frauen in einigen Ländern mehr verdienen als Männer. Diese Abstände sind weniger ausgeprägt und liegen bei maximal 70 Cent in Bayern. Zwar verdienen in acht Ländern atypisch beschäftigte Männer trotzdem mehr als Frauen, jedoch sind diese Verdienstabstände deutlich geringer als bei den Normalbeschäftigten und liegen bei maximal 1,11 Euro in Niedersachsen. Im Bundesdurchschnitt verdienten atypisch beschäftigte Frauen 20 Cent mehr als Männer, wohingegen Normalarbeitnehmer 4,24 Euro mehr verdienen als Normalarbeitnehmerinnen.

#### 4.3.2 Niedriglöhne

Wie einleitend in diesem Abschnitt erwähnt, werden diejenigen Bruttostundenverdienste als Niedriglohn bezeichnet, die weniger als zwei Drittel des Medianverdienstes ausmachen. Im Jahr 2006 lag die Niedriglohngrenze gemäß der Verdienststrukturerhebung bei 9,85 Euro.

### Jeder zweite atypisch Beschäftigte arbeitet für einen Niedriglohn

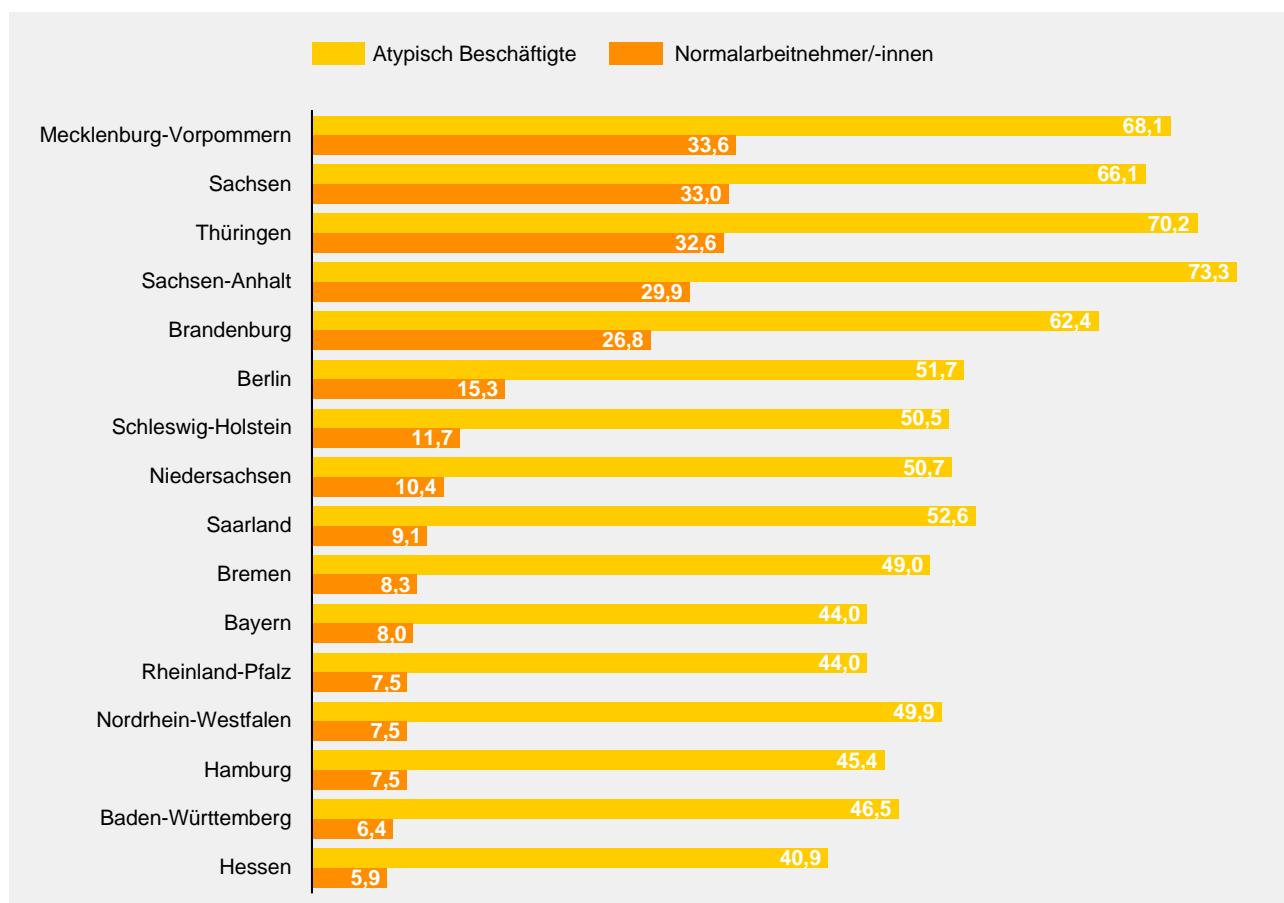
49,2 % der atypisch Beschäftigten in Deutschland erhielten einen Verdienst unterhalb dieser Grenze. Unter den Beschäftigten in einem Normalarbeitsverhältnis war der Anteil mit 11,1 % deutlich geringer. Bezogen auf alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer lag der Anteil der Niedriglohnbezieher bei 20 %. Besonders häufig erzielten geringfügig Beschäftigte einen Bruttostundenverdienst unter der Niedriglohngrenze, und zwar vier von fünf bzw. 81,2 %. Unter den Zeitarbeiterinnen und -arbeitnehmern bekamen zwei Drittel (67,2 %) ebenfalls einen Niedriglohn. Für befristet Beschäftigte (36 %) und Teilzeitbeschäftigte (19,5 %) sind die Anteile zwar geringer, aber immer noch deutlich über dem Niveau für Normalarbeitnehmerinnen und -arbeitnehmer.

### Deutlich mehr Niedriglohnbezieher im Osten als im Westen

Das insgesamt niedrigere Verdienstniveau in den neuen Ländern führt dort zu entsprechend höheren Niedriglohnquoten. 2006 bekamen 34,9 % der Beschäftigten im Osten einen Niedriglohn unter 9,85 Euro und 17,2 % der Beschäftigten im Westen einschließlich Berlin. Die unterschiedlichen Beschäftigungsformen spielten für das Zustandekommen dieses Unterschiedes keine Rolle, zumal der Anteil atypisch Beschäftigter in den ostdeutschen Ländern etwas niedriger liegt als im früheren Bundesgebiet. Ursächlich für den höheren Anteil an Niedriglohnbeziehern ist eine insgesamt schlechtere Bezahlung in Ostdeutschland bei allen Beschäftigungsformen.

Bei den Normalarbeitnehmerinnen und -arbeitnehmern wies Schleswig-Holstein mit 11,7 % Niedriglohnbeziehern noch den höchsten Anteil von allen westlichen Ländern auf. Berlin hatte einen Anteil von 15,3 %. In Hessen und Baden-Württemberg lag er jeweils nur bei rund 6 %. Dagegen bezogen in Brandenburg 26,8 % der Normalbeschäftigten einen Niedriglohn und in Mecklenburg-Vorpommern sogar 33,6 %. Die höchsten Anteile an atypisch beschäftigten Niedriglohnbeziehern im früheren Bundesgebiet waren 2006 im Saarland mit 52,6 % und in Berlin mit 51,7 % zu finden. In Hessen war der Anteil am geringsten, lag aber trotzdem noch bei 40,9 %. Der Anteil der atypisch beschäftigten Niedriglohnbezieher lag in den ostdeutschen Ländern höher, auch wenn die Unterschiede zu Westdeutschland nicht ganz so drastisch ausfielen wie bei den Normalbeschäftigten. Am niedrigsten lag der Anteil in Brandenburg mit 62,4 % und am höchsten in Sachsen-Anhalt mit 73,3 %.

**Schaubild 4.4: Anteile von Niedriglohnbeziehern nach Erwerbsform und Bundesländern 2006**  
in %



Quelle: Verdienststrukturerhebung

Betrachtet man die einzelnen Erwerbsformen in den Ländern, so bekam fast jeder geringfügig Beschäftigte in Sachsen (94,2 %) und in Sachsen-Anhalt (94,7 %) einen Niedriglohn. In Hamburg und Baden-Württemberg waren es drei von vier geringfügig Beschäftigten (gut 76 %).

Im Vergleich der Situation von Männern und Frauen zeigt sich ein ähnliches Bild wie bei den Durchschnittsverdiensten. So lag 2006 der Anteil der Arbeitnehmerinnen mit Niedriglohn bei 27,2 % und der der Arbeitnehmer bei 14,3 %. Normalarbeitnehmerinnen hatten zu 16,7 % einen Niedriglohn und damit doppelt so häufig wie Normalarbeitnehmer, wo dies nur bei 7,7 % der Fall war. Bei den atypisch Beschäftigten zeigt sich wieder die etwas ungünstigere Situation für beschäftigte Männer. Von diesen waren 52,9 % Niedriglohnbezieher, während es bei den Frauen 47,2 % waren. Dieses Bild sieht anders aus, wenn man die Länder des früheren Bundesgebietes und die ostdeutschen Länder getrennt betrachtet. In Westdeutschland bestätigt sich der obige Befund und der Geschlechterunterschied tritt deutlicher hervor. So bezogen in Westdeutschland 4,6 % der abhängig beschäftigten Männer und 13,3 % der Frauen einen Niedriglohn. Im Osten waren diese Anteile, wenn auch auf deutlich höherem Niveau, näher beieinander und lagen bei 26,7 % und 29,7 %. Die Anteile der atypisch beschäftigten Niedriglohnbezieher waren in den neuen Ländern ebenfalls nahezu gleich und lagen bei 64,1 % und 63 %.

#### 4.4 Fazit

In Deutschland haben die Zahl und der Anteil atypischer Beschäftigungsverhältnisse zwischen 1999 und 2009 zugenommen. Trotzdem bleibt das Normalbeschäftigungsverhältnis mit einem Anteil von 66,4 % auch 2009 die dominierende Erwerbsform. Atypische Beschäftigung hat in den zurückliegenden Jahren nicht nur im Bundesdurchschnitt, sondern auch in allen Ländern zugenommen – bei einem weiterhin dominierenden Normalarbeitsverhältnis. Die Zunahme atypischer Beschäftigung war in den einzelnen Ländern unterschiedlich stark ausgeprägt und so wuchs der Anteil in Hamburg und Sachsen gering um gut einen Prozentpunkt und am stärksten in Bremen, wo der Anteil um gut acht Prozentpunkte zulegte und sich damit nahezu verdoppelte. Ein klares Muster hinter der Stärke des Zuwachses atypischer Beschäftigung lässt sich nicht ausmachen. Weder die Branchenstruktur noch die Höhe des Anteils atypisch Beschäftigter im Jahr 1999 noch regionale Nähe scheinen einen wesentlichen Einfluss daran zu haben. Dabei waren sowohl 1999 als auch 2009 in den ostdeutschen Ländern weniger Erwerbstätige atypisch beschäftigt als in den westdeutschen Ländern einschließlich Berlin. Wesentliche Ursache für die größere Zahl atypisch Beschäftigter in den westlichen Bundesländern ist der größere Teil teilzeitbeschäftigter Frauen. Das dürfte weniger Ergebnis wirtschaftlicher Anforderungen als typischer Erwerbsmuster von Frauen sein, die in Ländern des früheren Bundesgebietes wohnen. So kombinieren dort Ehefrauen häufiger familiäre Verpflichtungen mit einem Beruf, der in Teilzeit ausgeübt wird. Die Anteile der geringfügig Beschäftigten unterscheiden sich zwischen den Ländern nicht so stark. Dabei ist in den neuen Ländern die Überlappung von geringfügiger und Teilzeitbeschäftigung besonders groß. Befristete Beschäftigungsverhältnisse sind in den neuen Bundesländern, aber auch in Bremen weiter verbreitet, was Ausdruck der insgesamt schwierigeren Wirtschaftslage sein kann.

Die Situation von Normalbeschäftigten stellt sich mit Blick auf einen Durchschnittsverdienst im Jahr 2006 von 18,04 Euro pro Stunde deutlich besser dar als von atypisch Beschäftigten mit 11,98 Euro. Dabei verdienen geringfügig Beschäftigte durchschnittlich gerade 8,98 Euro. Entsprechend waren 2006 11,1 % der Normal-

beschäftigten, aber 49,2 % der atypisch Beschäftigten Niedriglohnbezieher. Die Verdienstunterschiede zwischen den Erwerbsformen finden sich in allen Ländern in ähnlicher Weise, wobei sie in den westdeutschen Ländern noch etwas ausgeprägter sind als im Osten.

Das Lohnniveau im Osten ist mit 13,51 Euro bezogen auf alle Beschäftigten deutlich niedriger als im Westen mit 17,22 Euro. Dieser Verdienstabstand besteht sowohl für atypisch Beschäftigte als auch sogar noch ausgeprägter für Normalbeschäftigte. Entsprechend hoch sind die Anteile von Niedriglohnbeziehern in Ostdeutschland, nämlich 28,1 % der Normalarbeitnehmerinnen und -arbeitnehmer und 63,5 % der atypisch Beschäftigten.

## 5 Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung – Altersdifferenzen, Qualifikationsunterschiede und Wandel in der Mobilität

### 5.1 Einführung

Die Personengruppe der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, die mit einem Anteil von gegenwärtig noch rund 68 % (2000: knapp 71 %) an allen Erwerbstätigen auf Bundesebene die Entwicklung der Erwerbstätigkeit maßgeblich beeinflusst, stellt einen bedeutenden Indikator für Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt dar. Die abgeführten Sozialbeiträge sichern den Beschäftigten soziale Leistungsansprüche, z. B. auf Rentenzahlungen und Arbeitslosengeld. Zudem hängen die Einnahmen der Sozialversicherungsträger von den Beitragszahlungen ab.

In diesem Kapitel werden Ergebnisse zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gemäß dem Wohnortkonzept zum Stichtag 30.6. dargestellt. Dabei erfolgen sowohl Strukturbetrachtungen am aktuellen Rand, das heißt für das Jahr 2009, als auch Entwicklungsvergleiche bis ins Jahr 2000<sup>5</sup> zurück. Neben einer nach Geschlecht, Alter und ausgewählten Ausbildungsabschlüssen differenzierten Analyse werden einige Auswertungen über Pendler und ein kleiner Exkurs zur Rolle der Zeitarbeit angeboten.

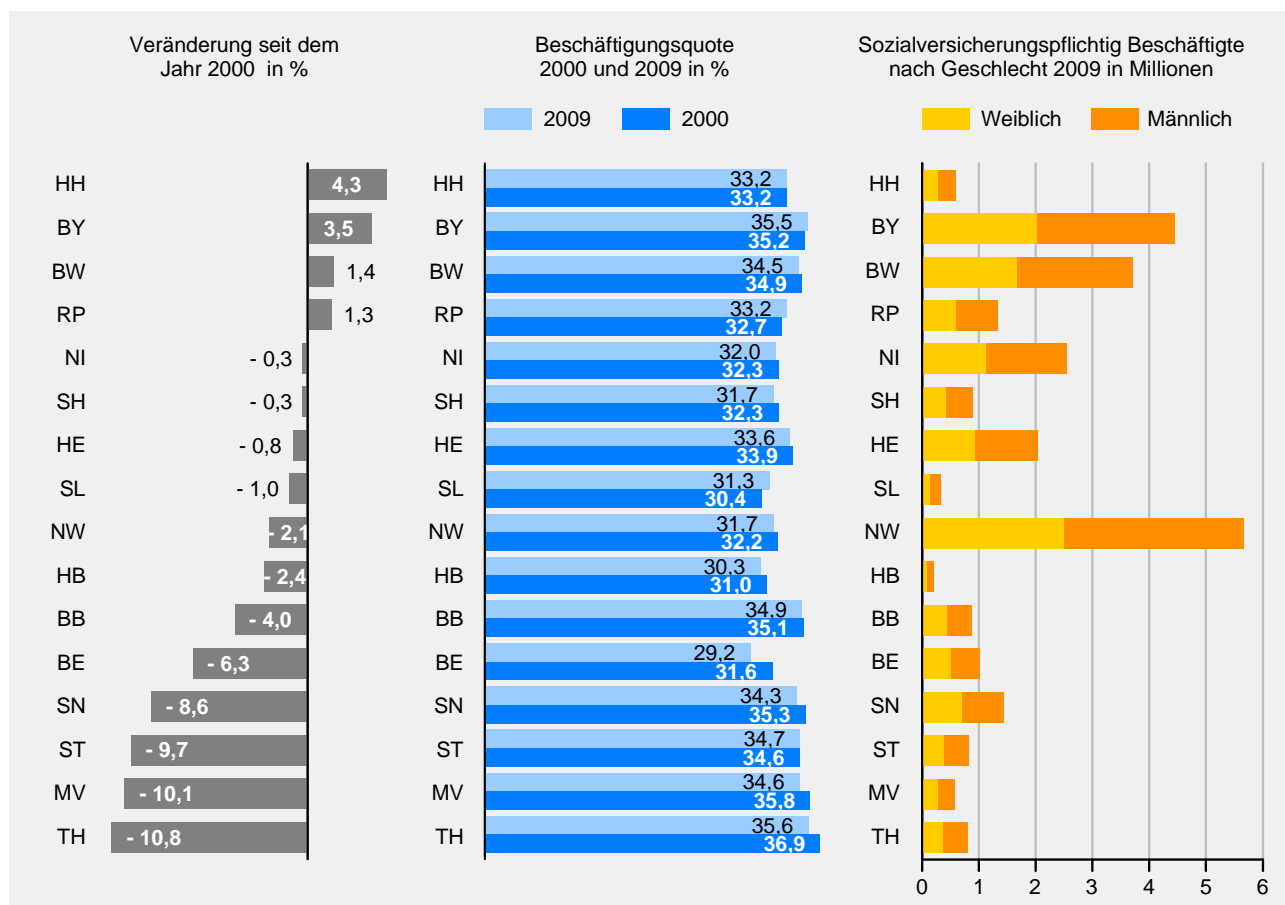
#### **Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Arbeitsort- bzw. Wohnortkonzept**

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte sind alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Personen in beruflicher Ausbildung, die in der gesetzlichen Rentenversicherung, Krankenversicherung, Pflegeversicherung und/oder Arbeitslosenversicherung pflichtversichert sind oder für die Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung gezahlt werden. Ab Stichtag 1.4.1999 sind Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber verpflichtet, auch für Personen, die ausschließlich sogenannte geringfügig entlohnte Tätigkeiten ausüben, pauschalierte Beiträge zu Kranken- und Rentenversicherung zu entrichten. Personen, die nur wegen dieser gesetzlichen Neuregelung in den Kreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gelangt sind, sind in den hier vorgestellten Ergebnissen nicht enthalten.

Die Beschäftigungsstatistik stammt aus der vierteljährlichen Bestandsauswertung (Quartalsendwerte) der bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) im Rahmen des integrierten Meldeverfahrens zur Sozialversicherung geführten Versicherungskonten. Gemäß dem Arbeitsortkonzept erfolgt die regionale Zuordnung nach dem von der Arbeitgeberin oder vom Arbeitgeber angegebenen Arbeitsort, gemäß dem Wohnortkonzept dagegen nach dem von der Arbeitnehmerin oder vom Arbeitnehmer angegebenen Wohnort.

<sup>5</sup> Infolge einer 1999 vollzogenen technischen Umstellung in der Beschäftigungsstatistik kam es zunächst – insbesondere zum Stichtag 30.6. – zu teils signifikanten Abweichungen zu bisherigen Datenständen. Aus diesem Grund wurde sowohl in diesem als auch im folgenden Beitrag abweichend zu den anderen Kapiteln das Jahr 2000 als Referenzjahr gewählt.

**Schaubild 5.1: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit Wohnort in Deutschland nach Bundesländern am 30.6.2000 und 2009**



Quelle: Beschäftigungsstatistik der BA



**Tabelle 5.1: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort sowie Einpendler und Auspendler am 30.6.2009**

Land	Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Wohnort		Einpendler		Auspendler	
	insgesamt	Veränderung gegenüber 2000	insgesamt	je 1 000 Beschäftigte am Arbeitsort	insgesamt	je 1 000 Beschäftigte am Wohnort
	Personen	%	Personen			
Baden-Württemberg ...	3 710 000	1,4	332 713	86,3	188 155	50,7
Bayern .....	4 441 816	3,5	278 229	61,8	214 633	48,3
Berlin .....	1 002 809	– 6,3	240 506	217,4	137 152	136,8
Brandenburg .....	877 502	– 4,0	109 979	149,0	249 307	284,1
Bremen .....	199 851	– 2,4	120 657	426,2	37 437	187,3
Hamburg .....	590 799	4,3	311 640	385,1	93 124	157,6
Hessen .....	2 038 296	– 0,8	314 925	145,4	187 385	91,9
Mecklenburg-Vorpommern .....	573 904	– 10,1	23 013	44,2	76 144	132,7
Niedersachsen .....	2 545 399	– 0,3	227 557	94,2	356 674	140,1
Nordrhein-Westfalen ..	5 675 245	– 2,1	328 153	56,9	236 537	41,7
Rheinland-Pfalz .....	1 332 811	1,3	134 310	111,8	266 075	199,6
Saarland .....	321 347	– 1,0	51 830	150,1	27 876	86,7
Sachsen .....	1 432 245	– 8,6	83 530	60,2	129 229	90,2
Sachsen-Anhalt .....	822 558	– 9,7	55 119	74,3	135 642	164,9
Schleswig-Holstein ....	895 960	– 0,3	111 189	136,3	191 194	213,4
Thüringen .....	802 713	– 10,8	47 505	65,7	127 450	158,8

Quelle: Beschäftigungsstatistik der BA

## 5.2 Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nach Geschlecht

### Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung durch männliche Beschäftigte dominiert

Zum 30.6.2009 lag die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (im Folgenden: Beschäftigte) in Deutschland bei knapp 27,3 Millionen. Darunter hatten die meisten ihren Wohnort in Nordrhein-Westfalen (5,7 Millionen), Bayern (4,4 Millionen) und Baden-Württemberg (3,7 Millionen), die wenigsten waren – nicht zuletzt aufgrund der Landesgröße – im Saarland (0,3 Millionen) und in Bremen (0,2 Millionen) zu Hause. Dabei überwog in Deutschland und mit Ausnahme von Berlin auch in jedem Bundesland die Zahl der männlichen Beschäftigten. Die Differenz zwischen den Anteilen der Frauen und Männer fiel im Saarland mit 12,8 Prozentpunkten am höchsten und in Mecklenburg-Vorpommern mit 0,5 Prozentpunkten am geringsten aus. Im Mittel der westdeutschen Länder<sup>6</sup> lag der Männeranteil an allen Beschäftigten 2009 bei 54,9 %, in den ostdeutschen Ländern nur bei 51,5 %. Für Deutschland insgesamt waren 54,1 % aller Beschäftigten Männer.

Im Vergleich zum Jahr 2000 haben sich die Anteilsunterschiede in jedem Bundesland verringert, in Berlin hat sich die Situation gegenüber damals sogar umgekehrt. So bewegte sich der Anteil der weiblichen an allen Beschäftigten 2009 zwischen 43,6 % im Saarland und 50,8 % in Berlin.

<sup>6</sup> Aus Gründen der Vergleichbarkeit werden auch in diesem Kapitel die Ergebnisse zu den Großraumregionen Ost- und Westdeutschland jeweils ohne Berlin ausgewiesen.

### Rückgang der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insbesondere in Ostdeutschland; rückläufige Entwicklungen bei männlichen Beschäftigten überlagern vereinzelte Zuwächse bei den weiblichen Beschäftigten

Zwischen 2008 und 2009 ging die Zahl der Beschäftigten in der Mehrzahl der Länder zurück, im Bundesmittel um 0,3 %. Unter anderem dürften sich in dieser Entwicklung die Auswirkungen der Wirtschaftskrise widerspiegeln. Lediglich in Niedersachsen, Brandenburg, Schleswig-Holstein, Hamburg und Berlin gab es Zuwächse von bis zu 1,9 %. Für die übrigen Bundesländer war ein Beschäftigungsabbau um bis zu 1,9 % festzustellen. Dieser resultierte nahezu ausschließlich aus rückläufigen Entwicklungen bei den männlichen Beschäftigten.

Im neunjährigen Vergleichszeitraum zeigte sich lediglich für Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg, Bayern und Hamburg ein Beschäftigtenanstieg um 1,3 bis 4,3 %. In allen anderen Ländern nahm die Zahl der Beschäftigten ab, wobei die Rückgänge in Mecklenburg-Vorpommern und in Thüringen mit 10,1 bzw. 10,8 % sogar zweistellig ausfielen. Folglich ergab sich für den Durchschnitt der neuen Länder seit dem Jahr 2000 ein deutlicher Rückgang um 8,5 %, für die alten Länder hingegen ein leichter Zuwachs um durchschnittlich 0,4 % (Deutschland: –1,5 %). Die Zahl der männlichen Beschäftigten verringerte sich überall außer in Bayern und Hamburg, die der weiblichen dagegen lediglich in Berlin, Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

Die Zahl der Einwohnerinnen und Einwohner verringerte sich in den ostdeutschen Ländern von 2000 zu 2009 um durchschnittlich 6,7 % (Männer: –6 %; Frauen: –7,3 %). Insofern ist der Beschäftigtenabbau hier zu einem gewissen Grad auf die kontinuierlich schrumpfende Bevölkerung zurückzuführen. Im Mittel der westdeutschen Länder ist die Einwohnerzahl seit 2000 dagegen um 0,9 % (Männer: 1,2 %; Frauen: 0,5 %) gestiegen. So steht in Berlin sowie in Niedersachsen und Schleswig-Holstein der Zuwachs bei den Einwohnern einer Verringerung der Beschäftigten gegenüber. Dies dürfte ein Indiz für den generellen Trend hin zu mehr atypischer Beschäftigung in Form von geringfügigen Beschäftigungsverhältnissen sein.

### 2009 geht ein Drittel aller Bundesbürger einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit nach; zur Jahrtausendwende hatte die Beschäftigungsquote in den meisten Bundesländern noch höher gelegen

Die *Beschäftigungsquote*, d. h. der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an allen Einwohnerinnen und Einwohnern<sup>7</sup>, lag zur Jahresmitte 2009 im bundesdeutschen Durchschnitt bei 33,3 %. Während die Relation in Berlin mit 29,2 % am niedrigsten ausfiel, waren in Bayern und Thüringen mit 35,5 bzw. 35,6 % die höchsten Werte zu verzeichnen. Zwischen den ostdeutschen Ländern (34,8 %) und dem früheren Bundesgebiet (33,2 %) ergab sich eine Abweichung von lediglich 1,6 Prozentpunkten. Dabei überstieg die Beschäftigungsquote der Männer, die bundesdurchschnittlich 36,8 % betrug, jene der Frauen mit 30 % in jedem Bundesland, was auf die allortorts höhere Zahl an weiblichen Einwohnern bei einer gleichzeitig – abgesehen von Berlin – geringeren Zahl an sozialversicherungspflichtig tätigen Frauen zurückzuführen ist.

Gegenüber dem Jahr 2000 nahm die Beschäftigungsquote bundesdurchschnittlich um 0,4 Prozentpunkte ab. Im Mittel der ostdeutschen Länder verringerte sich die Beschäftigungsquote 2009 gegenüber 2000 um 0,7, im Mittel der Westländer dagegen lediglich um 0,2 Prozentpunkte. Insofern hat es im neunjährigen Beobachtungszeitraum eine moderate Angleichung zwischen beiden Großraumregionen gegeben, nachdem 2000 die

---

<sup>7</sup> Da zum Stichtag 30.6. die Bevölkerungsdaten nicht für alle Länder nach Altersgruppen differenziert vorliegen, wurde die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im vorliegenden Beitrag auf alle Einwohnerinnen und Einwohner bezogen.

Beschäftigungsquoten zwischen Ost (35,5 %) und West (33,4 %) noch um 2,1 Prozentpunkte voneinander abgewichen waren. Die rückläufige Entwicklung lag maßgeblich in der Veränderung der Beschäftigungsquote bei den Männern begründet, die seit 2000 in jedem Bundesland abgenommen hatte.

### 5.3 Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nach Alter

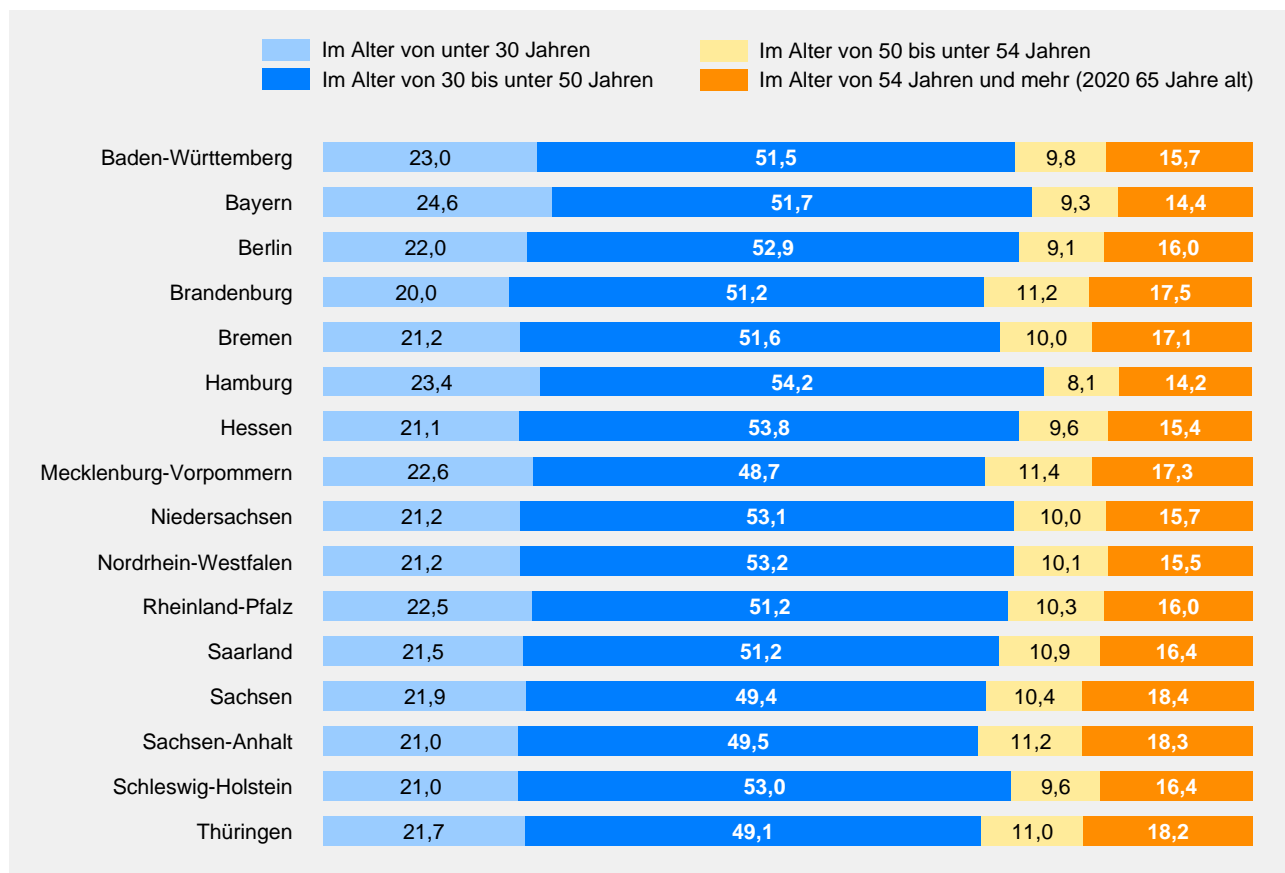
#### Durchschnittsalter der Beschäftigten gestiegen

Die Beschäftigten in Deutschland waren 2009 im Mittel 40,6 Jahre alt, wobei das Durchschnittsalter bei den männlichen und weiblichen Beschäftigten nahezu identisch war. Im Jahre 2000 hatte der entsprechende Wert noch bei 38,5 Jahren gelegen. Dabei waren die Männer mit 38,8 Jahren im Mittel etwas älter als die Frauen mit 38,1 Jahren.

Die Spannweite der Bundesländer reichte 2009 von 39,7 Jahren in Bayern und Hamburg bis 41,6 Jahren in Brandenburg. Im Mittel der ostdeutschen Länder lag der Wert mit 41,3 Jahren über jenem der Westländer mit 40,5 Jahren. Während die beschäftigten Männer hier um durchschnittlich 0,4 Jahre älter waren als die Frauen, waren sie im Mittel der ostdeutschen Länder um 0,7 Jahre jünger.

Im Vergleich zu 2000 hat das Durchschnittsalter bei den Frauen in einer Spanne von 0,8 Jahren in Hamburg bis 3,1 Jahren im Saarland überall stärker zugenommen als jenes der Männer. Insgesamt alterten die Beschäftigten in diesem Zeitraum im Saarland, in Mecklenburg-Vorpommern und in Brandenburg um jeweils 2,8 Jahre am stärksten und in Hamburg um 0,7 Jahre am wenigsten. Für die ostdeutschen Länder ergab sich seit 2000 ein Anstieg des Durchschnittsalters um 2,6 Jahre, für Westdeutschland um 2,1 Jahre. Während sich hier das unterschiedliche Durchschnittsalter zwischen männlichen und weiblichen Beschäftigten einander annäherte, nahm die Differenz in den ostdeutschen Ländern weiter zu. Dabei dürften diese Entwicklungen u. a. auf die verstärkte Abwanderung junger – insbesondere weiblicher – Menschen aus strukturschwächeren Regionen zurückzuführen sein, die zu einer Vergrößerung der Ost-West-Unterschiede über die zurückliegenden Jahre beigetragen hat.

**Schaubild 5.2: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit Wohnort in Deutschland nach Altersgruppen<sup>1</sup> und Bundesländern am 30.6.2009**  
in %



<sup>1</sup> Einschließlich Personen „ohne Angabe“ des Alters.

Quelle: Beschäftigungsstatistik der BA

## Beschäftigte in Ostdeutschland älter als ihre Kollegen im Westen

Dieser Trend bestätigt sich auch beim Blick auf Beschäftigte im Alter von gegenwärtig 54 und mehr Jahren, die bis zum Jahre 2020 das Rentenalter von 65 Jahren erreicht haben werden. Diese waren 2009 bundesweit zu 15,9 % an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland vertreten, im Mittel der westdeutschen Länder zu 15,4 % und im Mittel der ostdeutschen Länder zu 18 %. Dabei reichte die Anteilsspanne von 14,2 % in Hamburg bis 18,4 % in Sachsen. Demnach dürfte sich im östlichen Teil Deutschlands ein Mangel an qualifizierten Fachkräften eher und stärker einstellen als im früheren Bundesgebiet.

Dafür spricht auch der Anteil des Beschäftigtennachwuchses, d. h. der unter 30-Jährigen an allen Beschäftigten, der 2009 in Deutschland bei 22,2 % lag, in den ostdeutschen Ländern mit 21,4 % aber um 0,9 Prozentpunkte niedriger als in den westdeutschen Ländern mit 22,3 % ausfiel. So zählte überall weniger als ein Viertel aller Beschäftigten zum Beschäftigtennachwuchs, in Brandenburg sogar nur ein Fünftel. Anhand der grundsätzlich niedrigeren Anteile in den neuen Ländern wird einmal mehr der Trend zur verstärkten Abwanderung junger Menschen aus den eher strukturschwachen Regionen Deutschlands deutlich.

### „Beschäftigtennachwuchs“ hat zugunsten der Älteren an Gewicht verloren

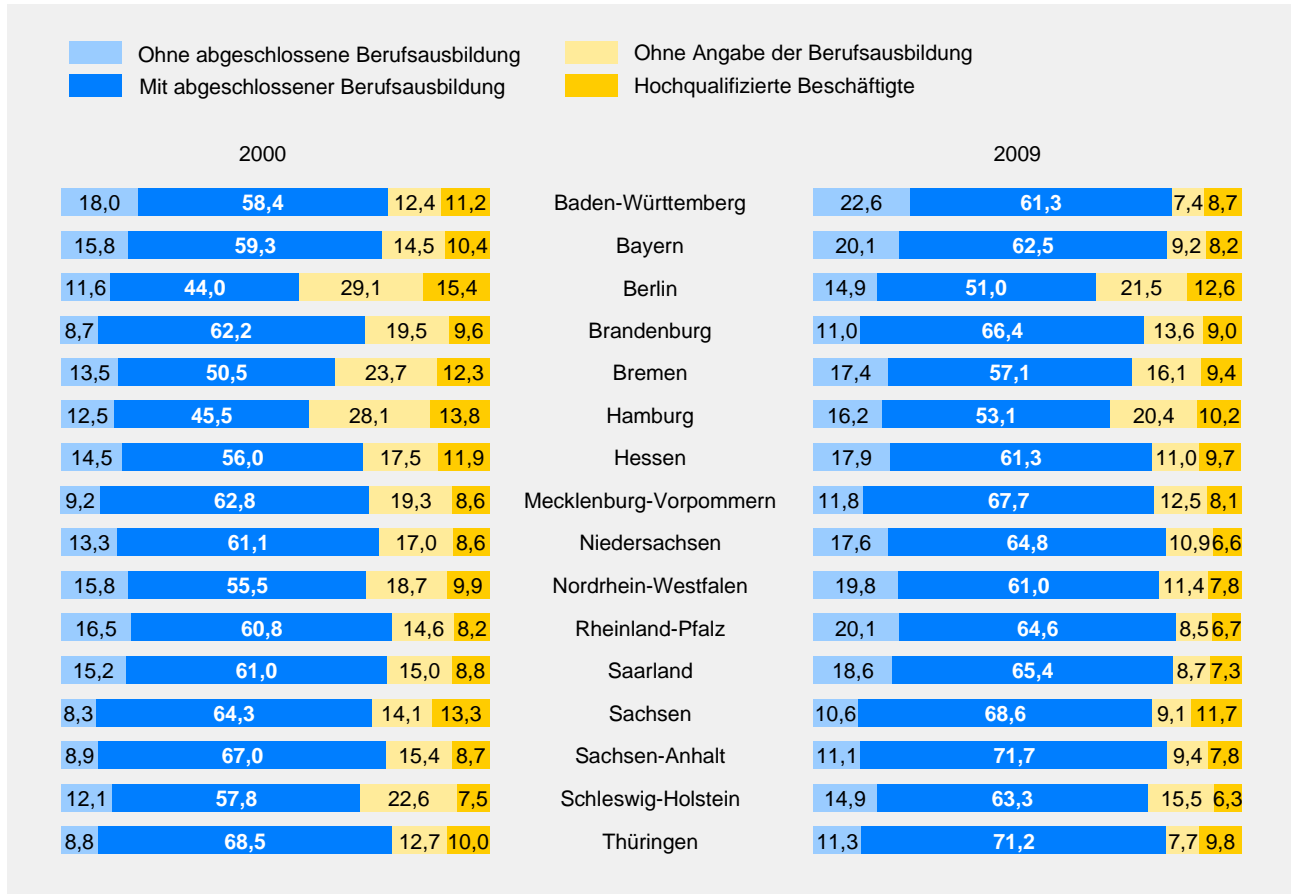
Im Vergleich zum Jahr 2000 spielte der Beschäftigtennachwuchs 2009 – abgesehen von Anteilssteigerungen in Hamburg und Berlin um 0,6 bzw. 0,7 Prozentpunkte – in jedem anderen Bundesland für die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung insgesamt eine geringere Rolle. Diese Entwicklung war vorrangig darauf zurückzuführen, dass in sämtlichen Ländern – mit Ausnahme von Hamburg – die Zahl der unter 30-jährigen Beschäftigten binnen der letzten neun Jahre tendenziell zurückging. Im Gegensatz dazu waren bei den über 50-Jährigen zumeist deutliche Beschäftigtenzuwächse zu verzeichnen. Hierin spiegelt sich auch die in Deutschland seit geraumer Zeit zu beobachtende generelle Veränderung der Bevölkerungsstrukturen hin zu einer „Altersgesellschaft“ wider.

## 5.4 Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung nach Qualifikation

### Mehrzahl der Beschäftigten verfügt über eine abgeschlossene Berufsausbildung

Zur Jahresmitte 2009 hatte mit 58,4 % mehr als die Hälfte und damit der Großteil der Beschäftigten in Deutschland eine abgeschlossene Berufsausbildung. Abgesehen von Berlin und Hamburg galt dies auch für sämtliche Bundesländer. Die Anteile reichten von 44 bzw. 45,5 % in Berlin und Hamburg bis 68,5 % in Thüringen. In den ostdeutschen Ländern betrug der durchschnittliche Anteil 64,9 % und damit deutlich mehr als in den westdeutschen Ländern mit 57,7 %.

**Schaubild 5.3: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte mit Wohnort in Deutschland nach Ausbildungsabschlüssen und Bundesländern am 30.6.2000 und 2009 in %**



Quelle: Beschäftigungsstatistik der BA

### Deutliche Ost-West-Unterschiede bei Beschäftigten ohne abgeschlossene Berufsausbildung

Im Folgenden soll das Hauptaugenmerk auf die Personengruppen „Beschäftigte ohne abgeschlossene Berufsausbildung“ und „Hochqualifizierte“ gerichtet werden. Im Jahre 2009 war der Anteil Ersterer an allen Beschäftigten in Sachsen mit 8,3 % am kleinsten, in Baden-Württemberg mit 18 % dagegen am größten. Zwischen dem Mittel der ostdeutschen Länder mit 8,7 % und jenem der westdeutschen Länder mit 15,5 % ergab sich eine erhebliche Diskrepanz in Höhe von 6,8 Prozentpunkten. Bundesdurchschnittlich hatten 14,2 % der Beschäftigten keine abgeschlossene Berufsausbildung. Der Männeranteil unter jenen Beschäftigten lag in jedem Bundesland höher als der Anteil weiblicher Beschäftigter.

Entgegen der 2009 gegenüber 2000 in einigen Bundesländern aufwärts gerichteten Entwicklung bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ging die Zahl der Beschäftigten ohne abgeschlossene Berufsausbildung in allen Ländern zurück. Der Rückgang betrug in Deutschland insgesamt 21,5 %, wobei sich eine Spanne von – 17,2 % in Rheinland-Pfalz bis – 30,9 % in Thüringen ergab. In Ostdeutschland fiel der Beschäftigungsabbau in dieser Personengruppe seit dem Jahr 2000 mit 28,2 % deutlich stärker aus als in Westdeutschland mit 20,4 %.

### In Ost wie in West ist durchschnittlich mehr als jede oder jeder zehnte Beschäftigte hochqualifiziert

Der Anteil der Hochqualifizierten, d. h. Absolventinnen und Absolventen einer Fachhochschule, wissenschaftlichen Hochschule oder Universität, an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten lag 2009 in der Hälfte der Bundesländer bei einem Zehntel oder mehr. Die Spanne reichte von 7,5 % in Schleswig-Holstein bis 15,4 % in Berlin. In den Ostländern betrug der durchschnittliche Anteil 10,6 % und war damit nur geringfügig höher als in den westdeutschen Ländern mit 10,2 % (Deutschland: 10,4 %). Dabei lag der Anteil der männlichen an allen Hochqualifizierten 2009 in Westdeutschland bei knapp zwei Dritteln, während sich in Ostdeutschland die Hochqualifizierten etwa hälftig aus Männern und Frauen zusammensetzten.

### Hochqualifizierte spielen für die Beschäftigungssituation eine immer wichtigere Rolle

Im Vergleich zum Jahr 2000 war in Deutschland ein Zuwachs bei den Hochqualifizierten um 21,1 % zu verzeichnen. Der Zuwachs betraf alle Bundesländer außer Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen. Während dieser im Mittel der westdeutschen Länder mit 27,3 % vergleichsweise deutlich ausfiel, lag die Steigerung in den ostdeutschen Ländern nur bei durchschnittlich 0,2 %. Dabei kamen die Impulse in beiden Großraumregionen vornehmlich von Seiten der weiblichen hochqualifizierten Beschäftigten.

Zusammenfassend hat sich das (Aus-)Bildungsniveau der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten seit 2000 also in allen Ländern der Bundesrepublik verbessert. Neben der überall deutlich rückläufigen Zahl an Beschäftigten ohne abgeschlossene Berufsausbildung zeigte sich dies auch anhand der zum Teil signifikanten Zunahme an Hochqualifizierten im überwiegenden Teil der Bundesländer.

### **Situation des gering qualifizierten Beschäftigtennachwuchses im Osten nach wie vor deutlich kritischer als im Westen**

Wie ein Generationenvergleich bei den Beschäftigten ohne abgeschlossene Berufsausbildung zeigt, machten 2009 – wie auch in den Vorjahren – die unter 30-Jährigen in allen Bundesländern den Großteil an dieser Personengruppe aus, wobei die entsprechenden Anteile zwischen 39,8 bzw. 41,3 % in Nordrhein-Westfalen und Bremen sowie 70,8 bzw. 72,8 % in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern variierten. Im Mittel der ostdeutschen Länder lag der Anteil bei 68,2 % und damit 25,7 Prozentpunkte höher als in Westdeutschland mit 42,5 % (Deutschland: 45,2 %).

Auf die Altersgruppe der 30- bis unter 50-Jährigen entfiel 2009 bundesweit rund ein Drittel (33,1 %) aller Beschäftigten ohne abgeschlossene Berufsausbildung. Ähnliches galt für Westdeutschland mit 34,6 %, während der Anteil im Osten nur bei 20,1 % lag. Am niedrigsten war er mit 16,9 % in Mecklenburg-Vorpommern, am höchsten mit 37,3 % in Nordrhein-Westfalen.

### **In den westdeutschen Bundesländern gibt es unter den gering qualifizierten Beschäftigten deutlich mehr Ältere als in den ostdeutschen Bundesländern**

Der durchschnittliche Anteil der über 50-Jährigen an allen Beschäftigten ohne abgeschlossene Berufsausbildung lag 2009 im Osten bei 11,7 % und im Westen sowie in Deutschland insgesamt bei rund 22 %. Dabei reichte die Spanne von 10,3 % in Mecklenburg-Vorpommern bis 24,3 % in Baden-Württemberg.

Bei den Hochqualifizierten gehörte 2009 mit einem Anteil von 60,9 % – wie auch in den Vorjahren – der Großteil der Beschäftigten zur Altersgruppe der 30- bis unter 50-Jährigen; in Ostdeutschland waren es 50,8 % und damit 12,3 Prozentpunkte weniger als in Westdeutschland mit 63,1 %. So waren die niedrigsten Anteile mit 47,1 bzw. 49,9 % in Thüringen und Sachsen-Anhalt zu verzeichnen, die höchsten mit 64,3 bzw. 65,6 % in Hessen und Hamburg. Gegenüber 2000 nahm die Zahl der 30- bis unter 50-jährigen Hochqualifizierten in allen ostdeutschen Ländern sowie dem Saarland ab, während sie in den übrigen Bundesländern – weniger stark als bei den Hochqualifizierten insgesamt – anstieg.

### **In den ostdeutschen Bundesländern überdurchschnittlich viele Hochqualifizierte älter als 50 Jahre**

50 Jahre oder älter war 2009 im Bundesdurchschnitt mehr als jeder vierte Hochqualifizierte (25,6 %). Im Mittel der westdeutschen Länder betrug der Anteil 22,9 % und damit 15,3 Prozentpunkte weniger als in den ostdeutschen Ländern mit 38,2 %. So reichte die Spanne von 19,1 % in Hamburg bis 40,9 % in Brandenburg. Nach zum Teil kräftigen Zuwächsen in jener Personengruppe seit 2000 stieg der Anteil der 50-Jährigen und Älteren an allen Hochqualifizierten – nicht zuletzt aufgrund des demografischen Wandels in der Bevölkerung – zwischen einem Prozentpunkt in Berlin und 11,7 Prozentpunkten in Sachsen-Anhalt in allen Bundesländern an.

### **Mehr und mehr junge Beschäftigte gelten bei relativ geringen regionalen Unterschieden als hochqualifiziert**

Zum Beschäftigtennachwuchs zählten 2009 in Brandenburg nur 7,9 % aller Hochqualifizierten, im Saarland lag der Anteil mit 16,5 % mehr als doppelt so hoch. Dennoch wichen die durchschnittlichen Anteile zwischen Ost und West mit 11 bzw. 14 % zuletzt nur noch verhältnismäßig moderat voneinander ab (Deutschland: 13,4 %). Gegenüber dem Jahr 2000 waren für die Zahl der unter 30-jährigen Hochqualifizierten in sämtlichen Bundesländern zweistellige Wachstumsraten zu verzeichnen, sodass deren Anteil an allen Hochqualifizierten allorts zunahm.



### 5.5 Arbeitsplatzdichte<sup>8</sup>

Während die Beschäftigtenzahl je 1 000 Einwohner im Jahre 2009 auf Bundesebene bei 334 Personen lag, kamen in Bremen und Hamburg 429 bzw. 455 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort auf 1 000 Einwohner. Insofern war die Arbeitsplatzdichte in diesen beiden Stadtstaaten mit Abstand deutschlandweit am größten. Bezogen auf die Bevölkerung entsprach dies theoretisch sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen für rund jeden zweiten männlichen Einwohner, bei den Frauen für deutlich mehr als jede Dritte. Die hohen Werte sind in erster Linie auf die hier vergleichsweise hohe Zahl an Berufseinpendlern (siehe 5.6) und die gegenüber den Flächenländern grundsätzlich niedrigere Einwohnerzahl zurückzuführen. In acht Ländern mit Bayern, Baden-Württemberg und Hessen an der Spitze lag die Zahl der Beschäftigten je 1 000 Einwohner zwischen 320 und unter 380. Am geringsten war die Arbeitsplatzdichte in Brandenburg und Schleswig-Holstein mit 293 bzw. 288 Beschäftigten je 1 000 Einwohnern.

#### Arbeitsplatzdichte in Deutschland durch zunehmend stärkeres Nord-Süd-Gefälle charakterisiert

Beim Ost-West-Vergleich zeigte sich 2009 für die Beschäftigtenzahl je 1 000 Einwohner mit 339 im Mittel der westdeutschen und 317 im Mittel der ostdeutschen Länder ein relativ moderater Unterschied. Demgegenüber war hinsichtlich der Arbeitsplatzdichte in Deutschland – abgesehen vom Sonderstatus der Stadtstaaten – ein ausgeprägtes Nord-Süd-Gefälle festzustellen, da im nördlichen Teil der Bundesrepublik die großen wirtschaftlichen Ballungszentren zumeist fehlen. In nahezu jedem Bundesland – abgesehen von Berlin und Mecklenburg-Vorpommern – standen den Männern dabei mehr Arbeitsplätze zur Verfügung als den Frauen. Dieser Umstand ist vorrangig darauf zurückzuführen, dass im überwiegenden Teil der Bundesländer deutlich mehr Männer als Frauen einer sozialversicherungspflichtigen Tätigkeit nachgehen, während sich die Einwohnerzahl in der Regel in etwa hälftig auf beide Geschlechter aufteilt.

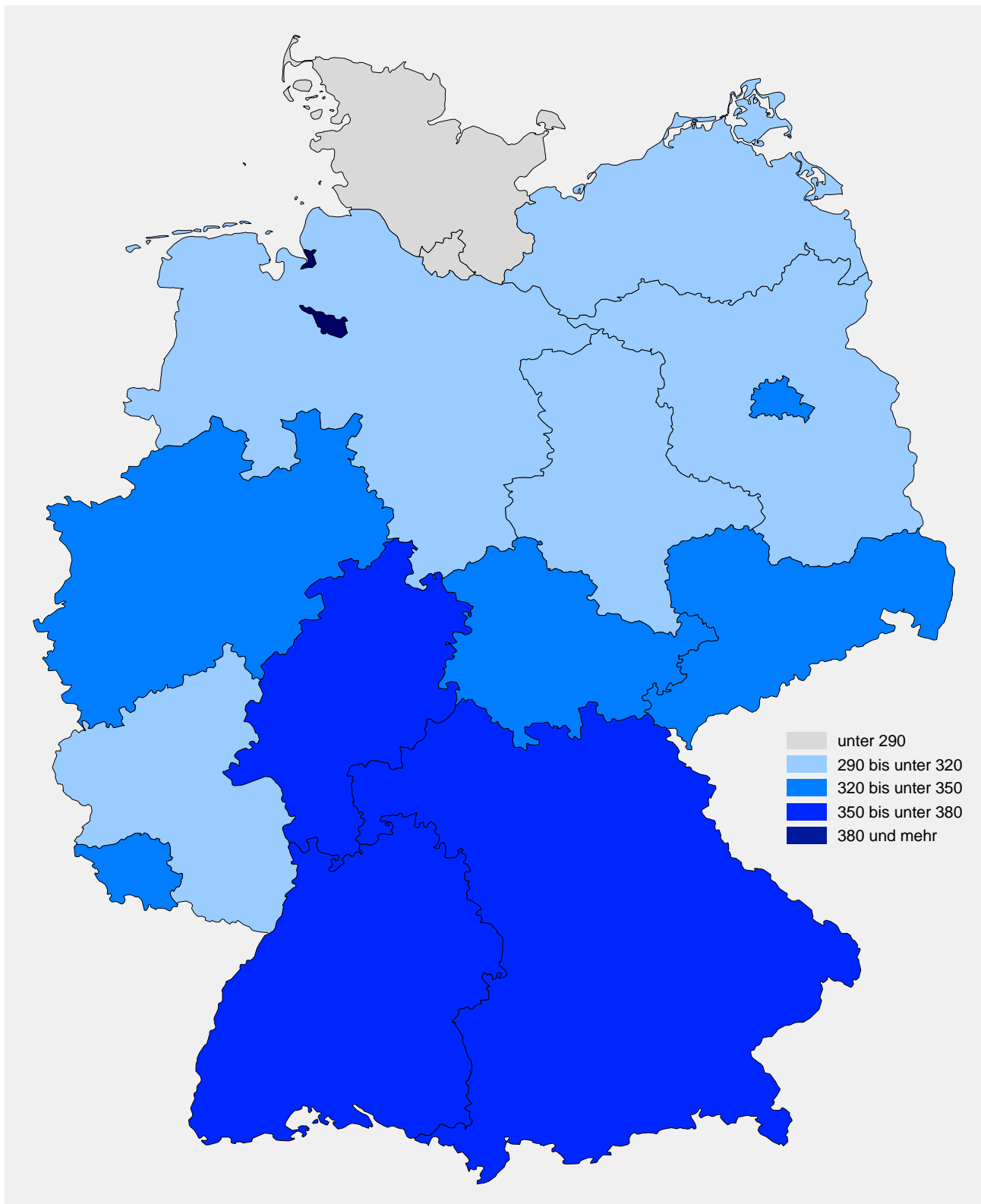
Für den Zeitraum von 2000 bis 2009 zeigen sich deutliche Entwicklungsunterschiede. Während die Zahl der Beschäftigten je 1 000 Einwohner in Bremen unverändert blieb, stieg sie in Bayern, dem Saarland, Rheinland-Pfalz und Hamburg zwischen 0,6 und 2 % an. In den übrigen Ländern verringerte sie sich in einer Spanne von –0,5 % in Hessen bis –5,9 % in Brandenburg. Demnach haben sich im neunjährigen Vergleichszeitraum sowohl die Ost-West-Unterschiede als auch das Nord-Süd-Gefälle tendenziell weiter ausgeweitet.

---

<sup>8</sup> Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort je 1 000 Einwohner.



Schaubild 5.4: Arbeitsplatzdichte<sup>1</sup> am 30.6.2009



1 Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort je 1 000 Einwohner

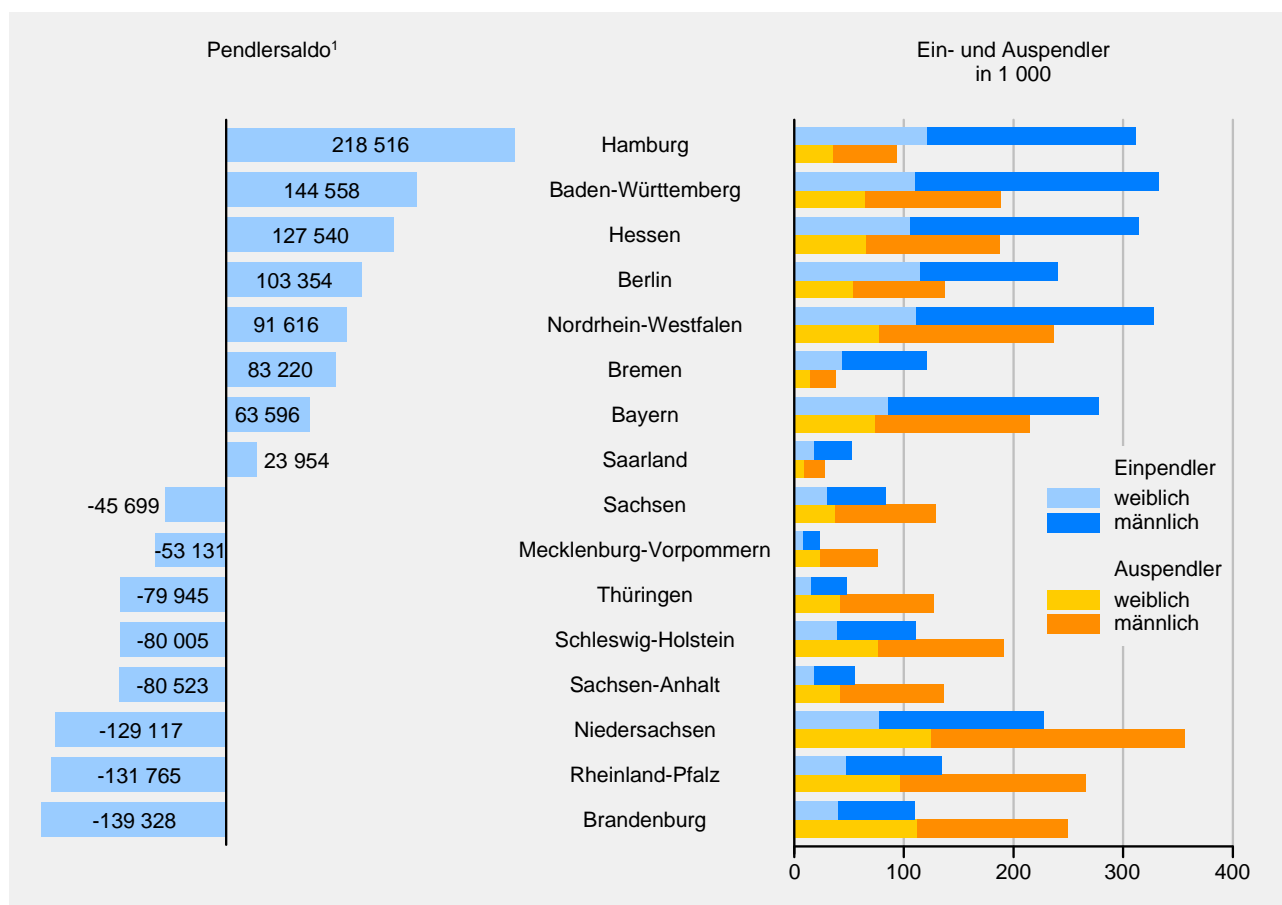
© Bundesamt für Kartographie und Geodäsie, Frankfurt am Main, 2012

Quelle: Beschäftigungsstatistik der BA

## 5.6 Beschäftigung und Mobilität – Pendlerbetrachtungen

Die meisten Einpendler – das sind Beschäftigte, die im betreffenden Bundesland arbeiten, aber an anderer Stelle ihren Wohnsitz haben –, waren 2009 in Baden-Württemberg mit 332 713, Nordrhein-Westfalen mit 328 153, Hessen mit 314 925 und Hamburg mit 311 640 Personen zu verzeichnen. Am niedrigsten fiel ihre Zahl in Thüringen mit 47 505 und Mecklenburg-Vorpommern mit 23 013 Personen aus (siehe Tabelle 5.1 am Anfang des Kapitels). Dabei pendelten in nahezu jedes Bundesland durchschnittlich rund doppelt so viele Männer wie Frauen ein – in Bayern war die Anteilsabweichung mit 38 Prozentpunkten am größten. Lediglich in Berlin hielt sich die Zahl der Einpendler in etwa die Waage.

**Schaubild 5.5: Pendlerverhalten der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Bundesländern am 30.6. 2009**



<sup>1</sup> Einpendler minus Auspendler, negativer Wert für Auspendlerüberschuss

Quelle: Beschäftigungsstatistik der BA

### Westdeutschland ist für heimische wie ausländische Einpendler um ein Vielfaches attraktiver als die ostdeutschen Flächenländer

Aus dem Ausland kamen 2009 insgesamt 109 630 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Deutschland zur Arbeit, die meisten von ihnen mit 28 706 Personen nach Baden-Württemberg. Daneben gehörten das Saarland (19 670), Bayern (18 171) und Nordrhein-Westfalen (17 957) zu den wichtigsten Zielländern für ausländische Einpendler. Der Anteil der ausländischen an allen Einpendlern lag im Saarland – maßgeblich bedingt durch die Landesgröße – mit 38 % mit Abstand so hoch wie in keinem anderen Bundesland.

So stammten von den im Saarland arbeitenden Beschäftigten 5,7 % aus dem Ausland. In den östlichen Flächenländern reichte die Spanne bei den ausländischen Einpendlern 2009 von 151 in Sachsen-Anhalt bis 687 in Sachsen. Insofern ist die Anziehungskraft der Wirtschaft in den ostdeutschen Ländern für diese Personengruppe nach wie vor eher gering, wenngleich die Unterschiede zwischen Ost und West über die vergangenen Jahre etwas abgenommen haben.<sup>9</sup>

### **Männliche Beschäftigte deutlich mobiler als Frauen, deren Pendlerbereitschaft jedoch überdurchschnittlich zunimmt**

Im Vergleichszeitraum seit 2000 ergaben sich – abgesehen vom Saarland (–6,8 %) – durchweg Einpendlerzuwächse, die sich zwischen 6,7 % in Mecklenburg-Vorpommern und 33 % in Berlin bewegten. Dabei nahm die Zahl der weiblichen Einpendler stets dynamischer zu als jene der Männer. Insofern ist die Abweichung zwischen dem entsprechenden Männer- bzw. Frauenanteil an allen Einpendlern gegenüber dem Jahr 2000 in jedem Bundesland kleiner geworden.

### **Zahl der Einpendler je 1 000 Beschäftigte am Arbeitsort in den Stadtstaaten um ein Vielfaches höher als in den Flächenländern**

Der Indikator Einpendler je 1 000 Beschäftigte am Arbeitsort ermöglicht interessante Rückschlüsse auf die Intensität des Pendlerverhaltens in Deutschland. Im Jahre 2009 lag der Wert in den Stadtstaaten Bremen und Hamburg mit rund 426 bzw. 385, gefolgt von Berlin mit gut 217 Personen, deutlich höher als in den Flächenländern Bayern (62), Sachsen (60), Nordrhein-Westfalen (57) und Mecklenburg-Vorpommern (44). Dies dürfte neben der in den ostdeutschen Ländern grundsätzlich niedrigeren Zahl an Einpendlern auch darauf zurückzuführen sein, dass in die räumlich eng begrenzten Wirtschaftsmetropolen der Stadtstaaten zahlreiche Beschäftigte aus angrenzenden Bundesländern einpendeln, während zur Erreichung der wirtschaftlichen Ballungszentren in den großen Flächenländern häufig nur innerhalb der jeweiligen Landesgrenzen gependelt werden muss. Im Vergleich zu 2000 stieg der Indikatorwert in nahezu jedem Bundesland – abgesehen vom Saarland (–3,9 %) – in einer Spanne von 7,6 % in Bremen bis 37 % in Berlin an.

### **Beschäftigte in Deutschland werden immer mobiler; auch das Niveau an Auspendlern ist – insbesondere bei den weiblichen Beschäftigten – deutlich angestiegen**

Die höchste Zahl an Auspendlern – das sind Beschäftigte, die im betreffenden Bundesland wohnen, aber außerhalb der Landesgrenze ihrer Arbeit nachgehen – wiesen zur Jahresmitte 2009 Niedersachsen mit 356 674, Rheinland-Pfalz mit 266 075 und Brandenburg mit 249 307 Personen auf. Abgesehen von Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Bremen und dem Saarland, aus dem mit 27 876 die wenigsten Beschäftigten auspendelten<sup>10</sup>, überstieg die Zahl der Auspendler in den übrigen Ländern zumeist deutlich das Niveau von 100 000 Personen. Dabei waren durchschnittlich annähernd doppelt so viele Auspendler wie Auspendlerinnen zu verzeichnen, wobei die entsprechenden Anteilsabweichungen von 10,3 Prozentpunkten in Brandenburg bis zu 41,9 Prozentpunkten in Sachsen reichten.

---

<sup>9</sup> Zu einem gewissen Teil dürften die geringen Einpendlerzahlen auch auf die noch bis zum 30.4.2011 geltende eingeschränkte Arbeitnehmerfreizügigkeit für Personen aus den östlichen EU-Beitrittsländern zurückgehen.

<sup>10</sup> Es sei darauf hingewiesen, dass Auspendler in das Ausland nicht in der BA-Beschäftigungsstatistik nachgewiesen werden.

Im Vergleich zu 2000 stieg die Zahl der Auspendler zwischen 7,8 % in Thüringen und 28 % in Brandenburg überall an, wobei die Entwicklung bei den Frauen – mit Ausnahme von Mecklenburg-Vorpommern – stets dynamischer als bei den Männern verlief. Folglich ist die Abweichung zwischen den entsprechenden Männer- bzw. Frauenanteilen an allen Auspendlern über den neunjährigen Vergleichszeitraum in 15 von 16 Bundesländern kleiner geworden.

### **Zahl der Auspendler je 1 000 Beschäftigte am Wohnort in großen Flächenländern mit wirtschaftlichen Ballungsgebieten erheblich niedriger als in strukturschwächeren Regionen**

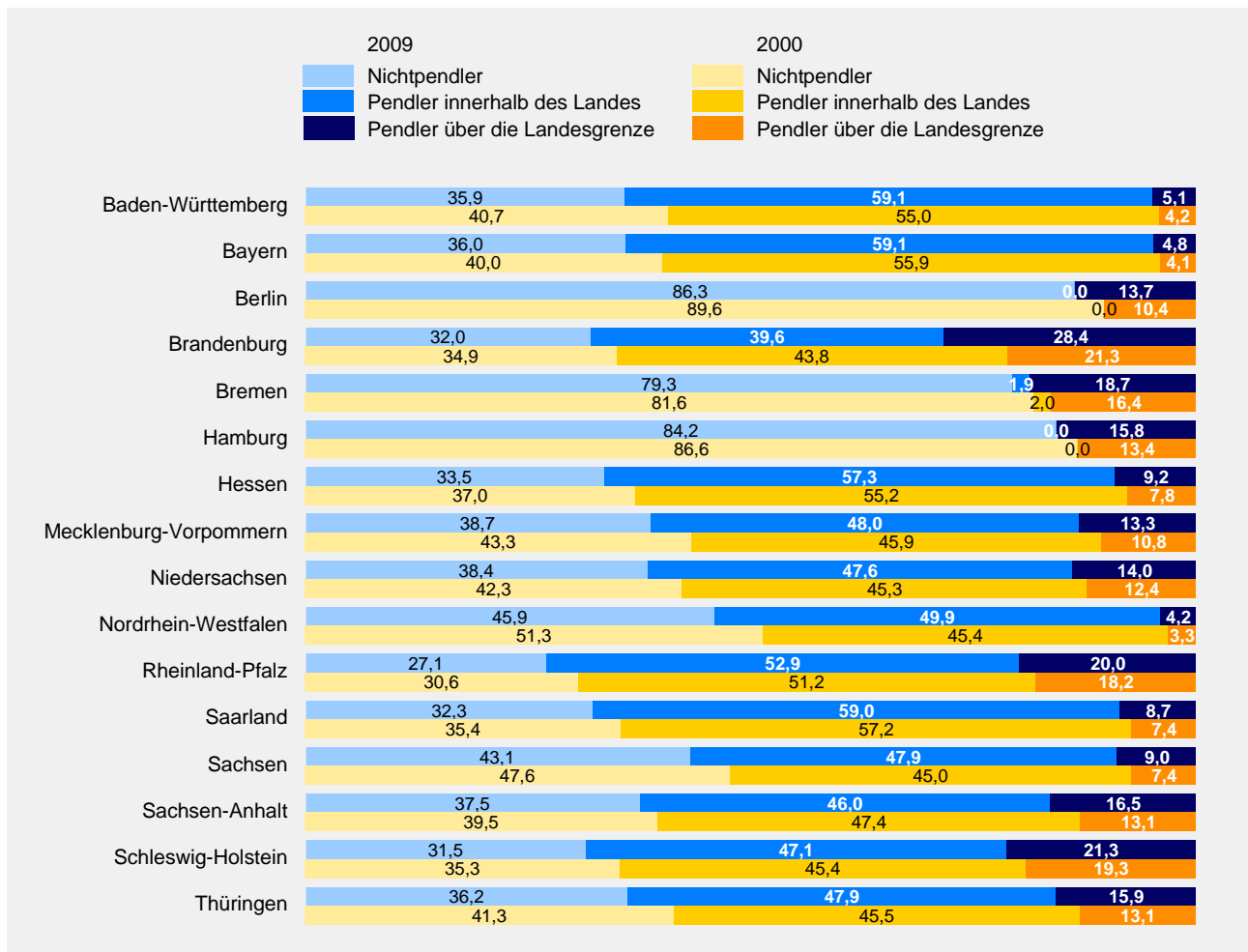
Die meisten Auspendler je 1 000 Beschäftigte am Wohnort waren 2009 in Brandenburg (284) und Schleswig-Holstein (213) zu verzeichnen, was u. a. in der räumlichen Nähe dieser Länder zu bedeutenden wirtschaftlichen Ballungszentren wie Berlin und Hamburg begründet liegt. Dagegen fiel der Indikatorwert in den großen Flächenländern Baden-Württemberg (51), Bayern (48) und Nordrhein-Westfalen (42) am niedrigsten aus. Für den Zeitraum von 2000 bis 2009 zeigten sich in allen Bundesländern deutliche Zuwächse, die von 9,6 % in Rheinland-Pfalz bis 33,2 % in Brandenburg reichten.

### **Ostdeutsche Länder durchweg durch deutlichen Überschuss an Auspendlern charakterisiert; im Westen größtenteils Einpendlerüberschüsse**

Die Hälfte aller Bundesländer wies 2009 mehr Auspendler als Einpendler auf. Dazu gehörten neben den fünf ostdeutschen Ländern auch Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz, wobei die Spanne des jeweiligen Saldos von 45 699 Personen in Sachsen bis 139 328 Personen in Brandenburg reichte. Neben der wirtschaftlichen Strukturschwäche in weiten Teilen Ostdeutschlands resultierten die Auspendlerüberschüsse auch aus der räumlichen Nähe der betreffenden Bundesländer zu bedeutenden Wirtschaftsmetropolen. So war 2009 der mit Abstand größte Überschuss an Einpendlern in Hamburg mit 218 516 Personen zu verzeichnen, da der Großteil der in diesem Stadtstaat wohnenden Beschäftigten hier auch arbeitet und zusätzlich noch zahlreiche Pendler aus dem näheren Umland angezogen werden. In Baden-Württemberg, Hessen und Berlin überstieg die Zahl der Einpendler jene der Auspendler ebenfalls um jeweils z. T. deutlich mehr als 100 000 Personen. Dagegen waren die Einpendlerüberschüsse in Bayern und dem Saarland mit 63 596 bzw. 23 954 Personen 2009 am kleinsten.

Im Vergleich zu 2000 nahm der Umfang der Aus- bzw. Einpendlerüberschüsse in beinahe jedem Bundesland zu. Lediglich in Bayern, Nordrhein-Westfalen und dem Saarland wurde die Abweichung zwischen der Zahl der Auspendler und der der Einpendler in diesem Zeitraum kleiner.

**Schaubild 5.6: Pendlerverhalten der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit Wohnort in Deutschland nach Bundesländern am 30.6.2009 und 2000**  
in %



Quelle: Beschäftigungsstatistik der BA

### Mobilität der Beschäftigten in Deutschland hat deutlich zugenommen – insbesondere die Bereitschaft zur Zurücklegung größerer Entfernungen ist gestiegen

Die obigen Erkenntnisse bestätigten sich auch bei der tieferen Analyse des Pendlerverhaltens bis auf Gemeindeebene. So entfiel 2009 auf die über Gemeinde- bzw. Kreisgrenzen innerhalb eines Bundeslandes Pendelnden in sämtlichen Flächenländern einmal mehr der größte Anteil der dort wohnenden Beschäftigten, der zwischen 39,6 % in Brandenburg und 59,1 % in Baden-Württemberg und Bayern variierte. Über die Landesgrenzen hinweg pendelten die wenigsten Beschäftigten aus Nordrhein-Westfalen (4,2 %), während es aus Brandenburg mehr als jeder Vierte war (28,4 %). Gegenüber 2000 hat die Zahl der innerhalb eines Landes Pendelnden im überwiegenden Teil der Flächenländer zugenommen, bei den über die Landesgrenzen hinweg Pendelnden erstreckten sich die stets noch deutlicheren Zuwächse sogar auf alle Bundesländer, wobei die Spanne von 7,8 % in Thüringen bis 28 % in Brandenburg reichte.

Der Anteil der Nichtpendler an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten lag 2009 in den Stadtstaaten mit durchschnittlich 83,3 % deutlich höher als in den Flächenländern, wo er sich zwischen 27,1 % in Rheinland-Pfalz und 45,9 % in Nordrhein-Westfalen bewegte. Im Zeitraum von 2000 bis 2009 ging die Zahl der Nichtpendler – abgesehen von Hamburg (+ 1,4 %) – in jedem Bundesland deutlich zwischen 5,2 % in Bremen und 21,9 % in Thüringen zurück (Deutschland: – 10,8 %). Im Ergebnis dieser Entwicklung verringerte sich auch überall ihr Anteil an allen Beschäftigten am Wohnort.

## 5.7 Beschäftigung und Zeitarbeit<sup>11</sup>

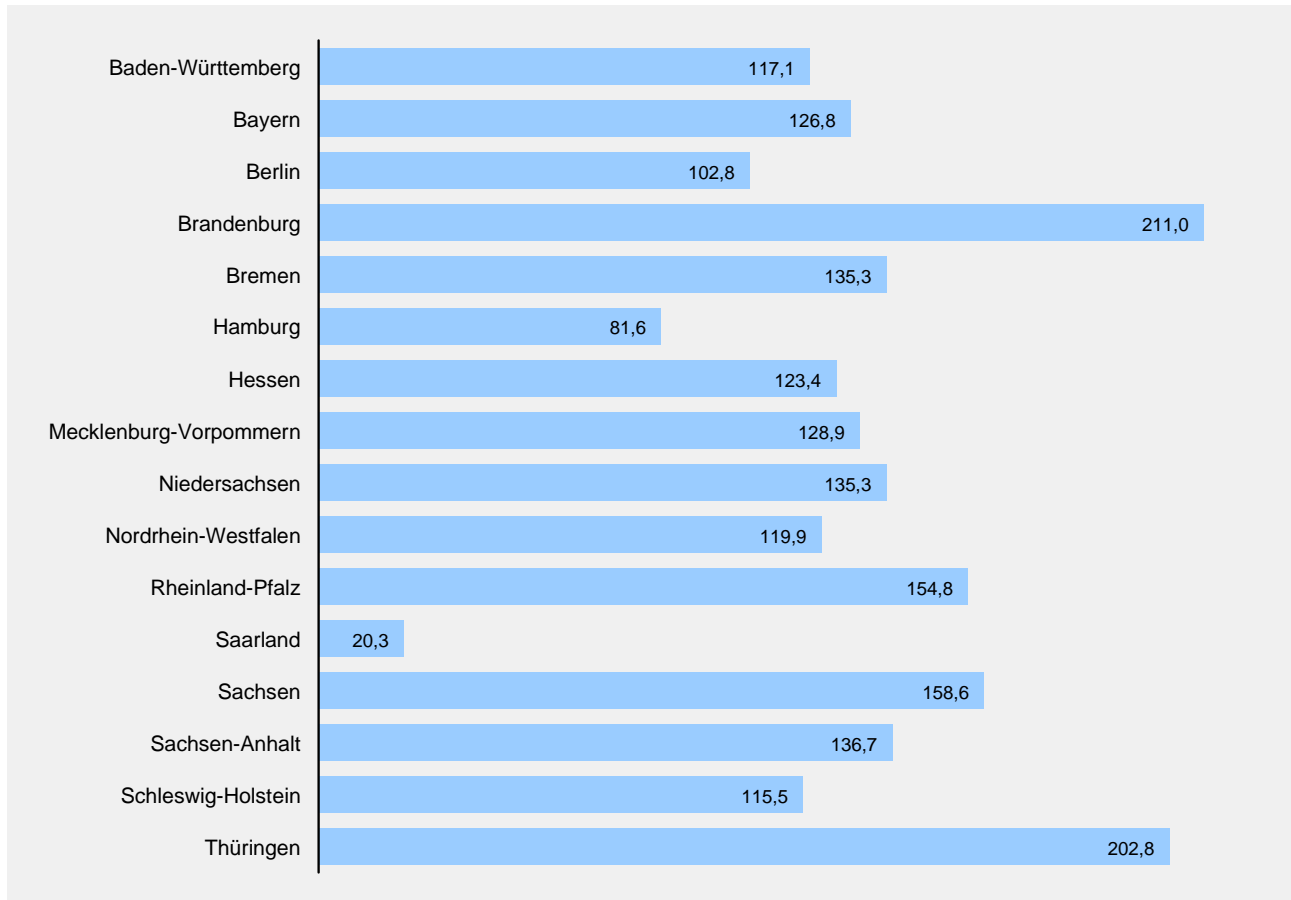
### In der Zeitarbeitsbranche sind deutlich mehr Männer als Frauen sozialversicherungspflichtig tätig

Zur Jahresmitte 2008 waren deutschlandweit 757 609 Beschäftigte in der Zeitarbeitsbranche tätig. Darunter wurden die meisten Zeitarbeiter in Bayern mit 113 114 und in Nordrhein-Westfalen mit 171 998 Personen registriert. Am niedrigsten fiel ihre Zahl in Mecklenburg-Vorpommern und im Saarland mit jeweils etwas mehr als 10 000 Personen aus. Dabei lag der Anteil der Zeitarbeiter mit 71,3 % bundesdurchschnittlich fast dreimal so hoch wie jener der Zeitarbeiterinnen. Während die entsprechenden Anteile in Berlin mit 60,6 zu 39,4 % am wenigsten voneinander abwichen, war der Unterschied in Brandenburg mit 78,7 zu 21,3 % am größten. Der Anteil der Zeitarbeiter an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt betrug im Mittel Deutschlands 2,8 % und reichte von 1,9 % in Brandenburg und Schleswig-Holstein bis 3,8 % in Thüringen bzw. 4,1 % in Bremen. Bei den Männern fiel der entsprechende Anteil mit 3,6 % doppelt so hoch aus wie bei den Frauen.

---

<sup>11</sup> In diesem Abschnitt wird die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung – im Gegensatz zu den vorangegangenen Ausführungen – nach dem *Arbeitsortkonzept* betrachtet, um aufzuzeigen, welche unterschiedliche Bedeutung der Zeitarbeit in den einzelnen Bundesländern zukommt. Dabei wird der langjährige Entwicklungsvergleich durch die Umstellungen der Wirtschaftszweigklassifikationen (WZ) von der WZ 93 auf die WZ 2003 im Jahr 2003 bzw. von der WZ 2003 auf die WZ 2008 im Jahr 2008 erschwert. Da sich bei Ersterer der zur Zeitarbeitsbranche zählende Personenkreis aber nur unwesentlich änderte, ist ein Vergleich der Daten im Zeitraum von 2000 bis 2008 grundsätzlich unproblematisch.

**Schaubild 5.7: Veränderung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in WZ-Position 74.5<sup>1</sup> mit Arbeitsort in Deutschland nach Bundesländern am 30.6.2008 gegenüber 2000 in %**



1 WZ 2003: WZ 74.5 Personal- und Stellenvermittlung, Überlassung von Arbeitskräften

Quelle: Beschäftigungsstatistik der BA

### Zeitarbeitsbranche erfährt bis ins Jahr 2008 hinein massive Beschäftigtenzuwächse

Im Vergleich zum Jahr 2000 reichten die Zuwachsraten von 20,3 % im Saarland bis zu mehr als 200 % in Thüringen und Brandenburg. In den übrigen Bundesländern hatte sich die Zahl der Zeitarbeiter in aller Regel deutlich mehr als verdoppelt. So fiel das durchschnittliche Wachstum seit 2000 in den ostdeutschen Ländern mit 164,9 % spürbar dynamischer aus als in den westdeutschen Ländern mit 119 % (Deutschland: + 124,6 %).

### Zeitarbeitsbranche bleibt 2009 trotz der zunehmenden Bedeutung von weiblichen Beschäftigten eine Männerdomäne; mit Beginn der Wirtschaftskrise immense Rückgänge bei den Zeitarbeitern beiderlei Geschlechts

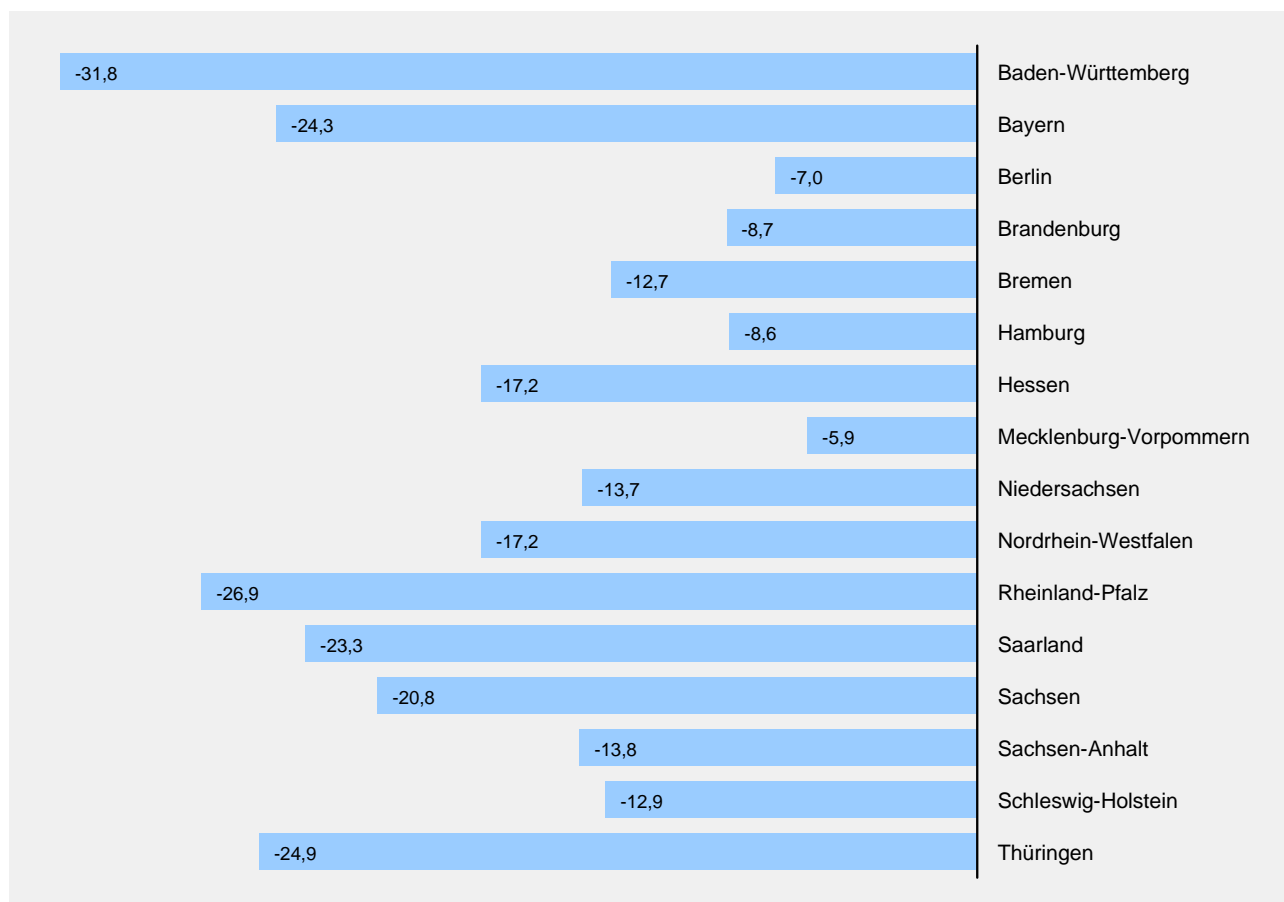
Wie eine Gegenüberstellung der für das Jahr 2008 nach beiden Wirtschaftszweigklassifikationen<sup>12</sup> aufbereiteten Daten zeigt, lag die Zahl der Zeitarbeiter gemäß WZ 2008 in jedem Bundesland niedriger als jene gemäß WZ 2003, wobei die Differenz grundsätzlich weniger als 10 % an allen Zeitarbeitern nach WZ 2008 ausmachte. Lediglich in Berlin fiel der entsprechende Anteil mit 19,8 % signifikant höher aus, was in erster Linie auf eine

12 Seit der Umstellung der Wirtschaftszweigklassifikation von der WZ 2003 auf die WZ 2008 zählt zur Zeitarbeitsbranche nur noch die reine Überlassung von Arbeitskräften (WZ 78.2 + 78.3), nachdem früher zusätzlich die Personal- und Stellenvermittlung (WZ 74.5) – jetzt Vermittlung von Arbeitskräften (WZ 78.1) – enthalten war. Ab dem Berichtsjahr 2009 erfolgt der Datenausweis ausschließlich nach der WZ 2008.

Konzentration von Personal- und Stellenvermittlungsbüros in der Bundeshauptstadt zurückzuführen sein dürfte. Unabhängig von den Niveauunterschieden wichen Struktur und Entwicklung der Zeitarbeit gemäß WZ 2008 nur unwesentlich von den nach WZ 2003 dargestellten Verhältnissen ab.

Nachdem die Zahl der Zeitarbeiter zwischen 2000 und 2008 also überall deutlich angestiegen war – die Zuwächse bei den Männern wurden in allen fünf ostdeutschen Ländern sowie in Berlin, Bayern, Bremen, Schleswig-Holstein, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen durch jene bei den Frauen überlagert –, ging sie von 2008 zu 2009 in jedem Bundesland zwischen 9,2 % in Berlin und 39,4 % in Baden-Württemberg zurück. Der durchschnittliche Rückgang fiel in den ostdeutschen Ländern mit 23,3 % moderater aus als in den westdeutschen Ländern mit 26,4 % (Deutschland: –25,3 %). Der Anteil der Zeitarbeiter an allen Beschäftigten bewegte sich 2009 noch in einer Spanne von 1,4 % in Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein bis 3,1 % in Bremen, nachdem er gegenüber dem Vorjahr in allen Ländern mit Ausnahme von Thüringen um weniger als einen Prozentpunkt abgenommen hatte. Bundesdurchschnittlich waren noch 1,9 % der Beschäftigten in der Zeitarbeitsbranche tätig, wobei den Männern eine rund doppelt so hohe Bedeutung wie den Frauen zukam. Der Anteil der weiblichen an allen Zeitarbeitern lag 2009 in Brandenburg mit 23,5 % am niedrigsten und in Baden-Württemberg mit 36,8 % am höchsten (Deutschland: 31 %).

**Schaubild 5.8: Veränderung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten<sup>1</sup> in WZ-Positionen 78.2 + 78.3<sup>2</sup> mit Arbeitsort in Deutschland nach Bundesländern 2009 gegenüber 2008 in %**



1 Jahresdurchschnittsangaben am Arbeitsort

2 WZ 2008: WZ 78.2 + 78.3 Überlassung von Arbeitskräften

Quelle: Beschäftigungsstatistik der BA



### **Zeitarbeitsbranche in Ostdeutschland war weniger stark und kürzer von den Auswirkungen der Wirtschaftskrise betroffen als jene in Westdeutschland**

Wie eine unterjährige Untersuchung zeigt, setzte im Jahr 2008 eine gegenüber dem Vormonat kontinuierlich rückläufige Entwicklung der Beschäftigten in der Zeitarbeitsbranche in Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland bereits ab August, in Niedersachsen und Sachsen ab September und in den übrigen Bundesländern ab Oktober ein. Insbesondere um den Jahreswechsel 2008/2009 nahm der Bestand an Zeitarbeitern überall massiv mit zum Teil im zweistelligen Minusbereich liegenden Veränderungsraten ab. Dabei waren die Rückgänge zu gewissen Teilen auf den in dieser Branche saisonüblichen Beschäftigungsabbau über die Wintermonate zurückzuführen. Mindestens bis März 2009 dauerte dieser in jedem Bundesland an, in Sachsen und Thüringen bis in den April. In Baden-Württemberg, Bayern, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, dem Saarland sowie Schleswig-Holstein wurde der Bestand an Zeitarbeitern sogar bis Mai 2009 kontinuierlich reduziert, bevor auch hier eine allmähliche Aufwärtsentwicklung auf niedrigem Niveau einsetzte. Nach der jahresdurchschnittlichen Betrachtung 2009 gegenüber 2008 ergab sich der moderate Abbau von Zeitarbeitsplätzen in Mecklenburg-Vorpommern mit 5,9 %, gefolgt von Berlin mit 7, Hamburg mit 8,6 und Brandenburg mit 8,7 %. In den übrigen Bundesländern lag der entsprechende Rückgang bei stets mehr als 10 %, darunter in Rheinland-Pfalz und in Baden-Württemberg sogar bei 26,9 bzw. 31,8 %.

### **Entwicklung des Beschäftigtenbestandes in der Zeitarbeitsbranche kann als gleichlaufender Indikator für konjunkturelle Veränderungen und als Frühindikator für die Entwicklungen am Arbeitsmarkt angesehen werden**

Anhand der obigen Ausführungen wird ersichtlich, dass zwischen der Veränderung der Zahl der Zeitarbeiter und der konjunkturellen Entwicklung (am Arbeitsmarkt) ein Zusammenhang besteht.<sup>13</sup> So hatte das Niveau der in der Zeitarbeitsbranche Beschäftigten zu Beginn der zweiten Jahreshälfte 2008 in allen Bundesländern noch ein historisches Maximum erreicht, bevor sich ihre Zahl mit dem Einsetzen der Wirtschaftskrise ab dem 3. bzw. 4. Quartal 2008 immer weiter verringerte. Mit der allmählichen Erholung der Konjunktur war noch vor Ende der ersten Jahreshälfte 2009 speziell in diesem Wirtschaftszweig wieder ein signifikanter Beschäftigtenzuwachs festzustellen. Diese Entwicklungen sind insbesondere darauf zurückzuführen, dass mit dem Einbruch der Aufträge und der einsetzenden Konjunkturlaute die in Leiharbeit Beschäftigten zeitnah als erstes abgebaut werden, bevor das Stammpersonal reduziert wird. Sobald sich die wirtschaftliche Lage wieder entspannt, wird dieses voll ausgelastet und vorübergehend durch Leiharbeiter unterstützt.

---

<sup>13</sup> Ein kompakter Überblick zu den Zwecken der Leiharbeit sowie zu deren Zusammenhängen zur konjunkturellen und Beschäftigtenentwicklung findet sich in Kaiser, J., Hesse, L.: Entwicklung der Leiharbeit – Auswirkungen der Wirtschaftskrise, in: Statistik in Sachsen, 4/2009, Kamenz 2010, S. 46 f. sowie den dort angegebenen Literaturquellen.

### 5.8 Fazit

Über den neunjährigen Beobachtungszeitraum von 2000 bis 2009 war die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in Deutschland deutlichen Veränderungen unterworfen. In aller Regel zeigten sich dabei unterschiedliche Entwicklungen in Ost und West. Die Zahl der Beschäftigten am Wohnort verringerte sich in jener Zeit in 12 von 16 Bundesländern, darunter in ganz Ostdeutschland. Das Durchschnittsalter erhöhte sich überall um bis zu 2,8 Jahre. Hinsichtlich des (Aus-)Bildungsniveaus war deutschlandweit eine Steigerung festzustellen, die einerseits aus dem deutlichen Rückgang der Geringqualifizierten ohne abgeschlossene Berufsausbildung und andererseits aus dem durchgängigen Bedeutungszuwachs bei den Hochqualifizierten resultierte. In den neuen Ländern entfällt jedoch ein überdurchschnittlich hoher Teil dieser Hochqualifizierten auf „ältere“ Beschäftigte, sodass für die Zukunft hier eher die Gefahr eines Fachkräftemangels besteht. Zudem wird anhand dieser Strukturen auch der seit geraumer Zeit zu beobachtende Abwanderungstrend junger Fach- bzw. Hochschulabsolventen aus wirtschaftlich strukturschwachen Regionen Ostdeutschlands in Richtung der westdeutschen Bundesländer deutlich. So sind die ostdeutschen Länder allesamt durch Auspendlerüberschüsse charakterisiert. Im Westen dagegen bestimmen vorwiegend Einpendlerüberschüsse das Bild. Dabei ist die Flexibilität der Beschäftigten in Deutschland seit der Jahrtausendwende immer weiter angestiegen. Zum einen zeigt sich dies an einer erhöhten Mobilität, die in wachsenden Pendlerzahlen zum Ausdruck kommt. Zum anderen wird es an den – zumindest bis ins Jahr 2008 hinein – massiven Beschäftigungszuwächsen in der Zeitarbeitsbranche deutlich. Diese wird – wie die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung insgesamt – trotz der zunehmenden Bedeutung von weiblichen Beschäftigten noch immer durch männliche Beschäftigte dominiert.

## 6 Sozialversicherungspflichtige Beschäftigung – Beteiligung von Frauen, Ausländerinnen und Ausländern sowie Auszubildenden

### 6.1 Einführung

Die Beschäftigungslage der Bevölkerung steht immer unter dem Einfluss politischer, sozialer und wirtschaftlicher Entwicklungen. Von großer Tragweite waren in den neunziger Jahren die gesellschaftlichen Umwälzungen durch die Wiedervereinigung in Deutschland. In deren Folge vollzog sich zunächst ein wirtschaftlicher Strukturwandel, der die Ost-West-Anpassung zum Inhalt hatte. Zunehmend wurde dieser strukturelle Anpassungsprozess in der zweiten Hälfte der neunziger Jahre von den Bestrebungen zur Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft unter dem Druck der stärker werdenden weltweiten Globalisierung überlagert. Einbrüche vor allem im Produzierenden Gewerbe erforderten den Umbau der Wirtschaft und die verstärkte Hinwendung zu insbesondere unternehmensbezogenen Dienstleistungen. Nach einem Aufschwung um die Jahrtausendwende gewann dieser Prozess verstärkt an Bedeutung und wird deshalb in den Mittelpunkt der Betrachtungen dieses Kapitels gerückt, denn die wirtschaftliche Entwicklung in den neunziger Jahren und ihre Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt wurden bereits unter vielfältigsten Aspekten analysiert und beschrieben.

Zunächst setzte nach 2000 eine lang anhaltende Phase der Wachstumsschwäche ein, die erst durch einen Aufschwung in der Zeit von 2006 bis 2008 abgelöst wurde. Der konjunkturelle Aufschwung wurde auch wieder mit vom Produzierenden Gewerbe getragen. Der wirtschaftliche Strukturwandel führte zum Abbau von Arbeitsplätzen, zu Arbeitslosigkeit von größter historischer Dimension und brachte tiefe Einschnitte in den Erwerbsverhältnissen mit sich. Es wurden auch institutionelle Rahmenbedingungen am Arbeitsmarkt geändert. Zahlreiche gesetzliche Regelungen bzw. Gesetzesänderungen wurden erlassen, die der Wirtschaft einen flexibleren Arbeitsmarkt bieten und die Arbeitslosigkeit eindämmen sollen. Zusammen mit staatlich finanzierten arbeitsmarktpolitischen Förderprogrammen und Maßnahmen wurden insbesondere ab 2004/2005 Reformen am Arbeitsmarkt durchgeführt. Aber erst die anziehende Konjunktur seit 2006 führte wieder zu einer Belebung des Arbeitsmarktes und 2007 zu einer kräftigen Ausweitung der Beschäftigung und Verringerung der Arbeitslosigkeit. Beeinflusst wurde die positive Entwicklung zudem von dem demografisch bedingten geringeren Arbeitskräfteangebot. Dieser Aufschwung erfuhr allerdings mit der schwersten Wirtschaftskrise in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland im Jahr 2009 ein schnelles Ende.

Der wirtschaftliche Strukturwandel ist mit gravierenden Auswirkungen auf Beschäftigung und Arbeitsmarkt verbunden. Er betrifft nicht nur die quantitativen Verschiebungen zwischen Produzierendem Gewerbe und Dienstleistungen, sondern auch die Beschäftigungsformen selbst, ihren Charakter und ihre Vielfalt sowie auch deren bereichsspezifisch und regional unterschiedliche Ausprägungen. Für Arbeitnehmerinnen und -nehmer war über lange Zeiträume ein voll sozialversicherungspflichtiges unbefristetes Beschäftigungsverhältnis in tariflich geregelter Arbeitszeit als Vollzeitverhältnis, oft lebenslang im ausgebildeten Beruf vollzogen, traditionell das typische Normalarbeitsverhältnis. Im Laufe der jüngeren Vergangenheit wurde es jedoch von einer Reihe davon abweichender alternativer und/oder einem Bedeutungswandel unterliegenden Beschäftigungsarten zurückgedrängt. Dazu zählen Erwerbsformen wie z. B. „...Werkvertragsarbeitnehmer, Leiharbeit, Zeitarbeit, Niedriglohn-Arbeitsplätze, Mini-Jobs, Midi-Jobs, Niedrig-Lohn-Jobs, soziale Arbeitsgelegenheiten, Gleitzonen-Jobs, 1-Euro-Jobs, Vollzeit-Geringverdiener, geringfügig Beschäftigte,

Erwerbstätigkeit in Altersteilzeit, Kapazitätsorientierte flexible Arbeitszeit (Kapofaz), Job-Sharing, Teilzeittätigkeit, kurzfristige Beschäftigung, Scheinselbständigkeit.<sup>14</sup>

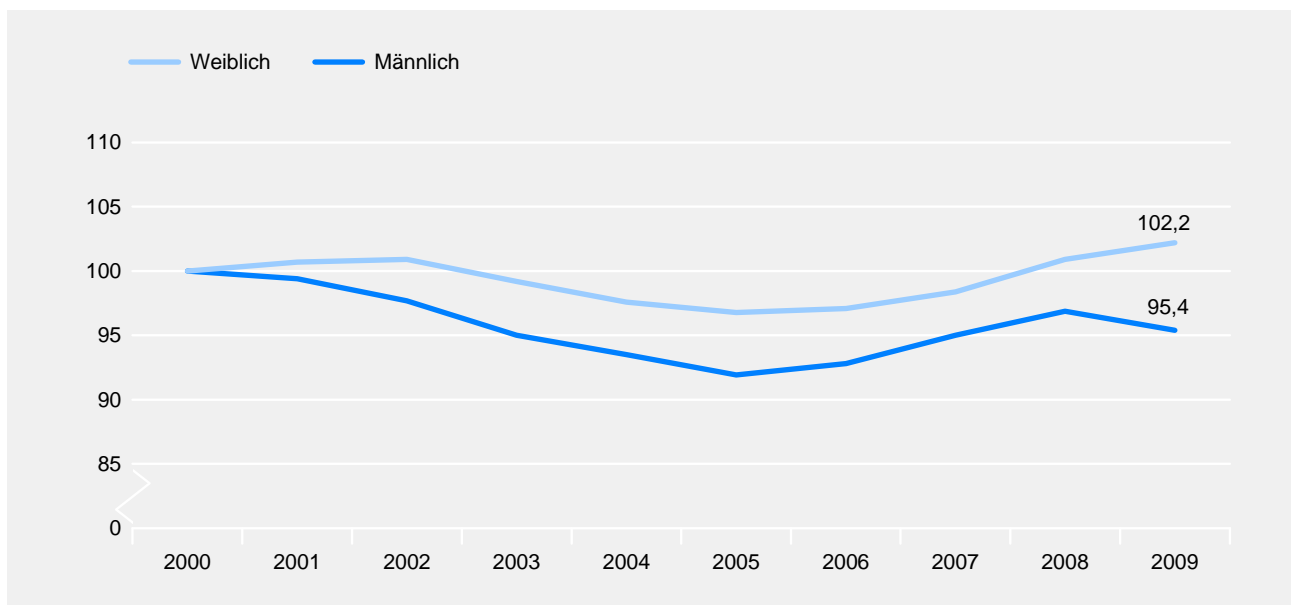
Dieses Kapitel soll das quantitative Ausmaß der mittelfristigen Veränderung einer Reihe von Charakteristika zur Beschäftigung der sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmerinnen und -nehmer in Deutschland – der größten Personengruppe aller Erwerbstätigen – verdeutlichen. Dazu werden die Ergebnisse der Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit (BA) herangezogen. Der Nachweis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in diesem Beitrag erfolgt am Arbeitsort jeweils zum Quartalsstichtag 30.6.

Die Beschäftigungsstatistik ist geeignet für die Ermittlung und Beschreibung eines erwerbsstatistischen Gesamtbildes aufgrund des hohen Repräsentationsgrades der gesamtwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit, der Vielfalt der statistisch nachgewiesenen Merkmale und Merkmalsausprägungen sowie der hohen Qualität der Ergebnisse. In diesem Kapitel kann von den vielfältigen Auswertungsmöglichkeiten aber nur ein ausgewähltes Spektrum schlaglichtartig behandelt werden. Es soll vor allem herausgearbeitet werden, was sich insbesondere für beschäftigte Frauen und Männer, für ausländische Beschäftigte und Auszubildende, in den ausgeübten Berufen sowie im zeitlichen Umfang der Beschäftigung unter den aufgeführten Bedingungen geändert hat.

### 6.2 Trendwende zur dominierenden Frauenbeschäftigung

Die Zahl sozialversicherungspflichtig Beschäftigter ist in Deutschland im gesamten Zeitraum von 2000 bis 2009 auf 98,4 % leicht gesunken. Während die Zahl der beschäftigten Männer auf 95,4 % sank, stieg die der Frauen auf 102,2 %. Dabei fiel die Entwicklung insbesondere in konjunkturschwachen Zeiten für Frauen überwiegend günstiger aus als in den Aufschwungjahren 2006/2007, von denen die Männer deutlich mehr profitierten.

**Schaubild 6.1: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte nach Geschlecht 2000 bis 2009 (2000=100)**  
in %



Quelle: Beschäftigungsstatistik der BA

<sup>14</sup> Uwe Fachinger, Verkannte Gefahr: Erodierende Finanzierungsbasis der sozialen Sicherung, Wirtschaftsdienst 2007/8.

### In immer mehr Bundesländern dominiert die Frauenbeschäftigung

Durch die langfristig ungünstigere Beschäftigungsentwicklung für Männer erhöhte sich der Frauenanteil an der Beschäftigung in allen Bundesländern. In den ostdeutschen Ländern und Berlin verlief die Entwicklung besonders rasant, sodass die Frauenbeschäftigung in Berlin ab 2001, in Mecklenburg-Vorpommern ab 2002 und in Sachsen-Anhalt ab 2005 dominierte. 2009 waren in Mecklenburg-Vorpommern 7,5 % und in Berlin 6,5 % mehr Frauen als Männer beschäftigt und die Länder Sachsen, Brandenburg und Thüringen standen kurz vor einer Trendwende. Im Jahr 2000 waren in Berlin bereits kaum mehr Männer (+ 0,6 %) als Frauen beschäftigt, während die Zahl der Männer in Brandenburg damals sogar noch um 12,5 % und in Sachsen um 9,2 % die der Frauen überschritt.

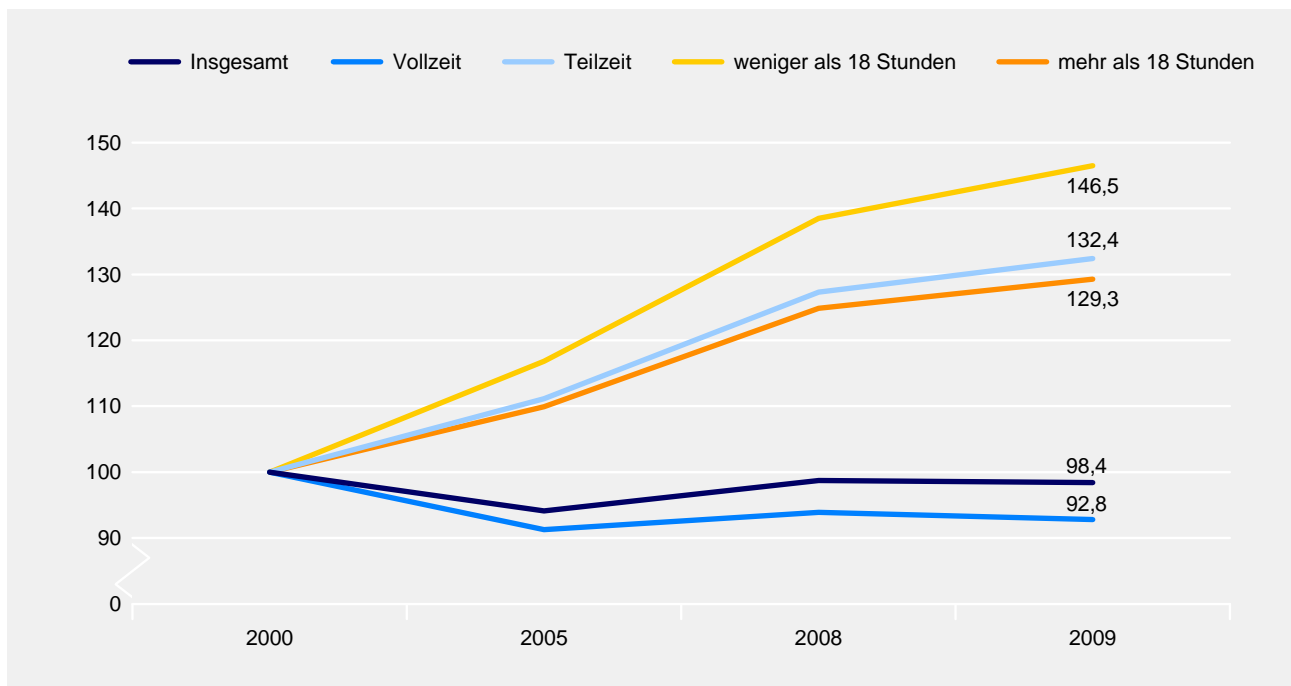
### 6.3 Immer mehr Vollzeit- in Teilzeitarbeitsplätze gewandelt

Das charakteristische Beschäftigungsverhältnis einer sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmerin oder eines sozialversicherungspflichtigen Arbeitnehmers war und ist immer noch die Vollzeitarbeit. Jedoch wurden Teile der Vollzeitbeschäftigung nach und nach durch Teilzeitbeschäftigungsverhältnisse ersetzt.

#### Die Ausweitung von Teilzeitbeschäftigungen vollzog sich nach dem Zeitumfang sehr differenziert; besonders dynamisch erwiesen sich Beschäftigungsverhältnisse unter 18 Stunden.

Bei einer Verringerung der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland im Jahr 2009 im Vergleich zum Jahr 2000 auf 98,4 %, sank die der Vollzeitbeschäftigten auf 92,8 %, während die der Teilzeitbeschäftigten auf 132,4 % stieg. Damit waren 2009 rund 81 % aller sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten vollzeitbeschäftigt. 2000 betrug dieser Anteil noch 85,9 %. Entsprechend erhöhte sich der Anteil der Teilzeitbeschäftigten im gleichen Zeitraum von 14,1 % auf 19 %. Unter den Teilzeitbeschäftigten nahm vor allem die Zahl der Beschäftigten rasant zu, deren wöchentliche Arbeitszeit unter 18 Stunden betrug (+ 46,5 %). Dagegen verlief die Zunahme der Teilzeitbeschäftigung über 18 Stunden Wochenarbeitszeit unterdurchschnittlich (+ 29,3 %). Durch diese Entwicklung kletterte der Anteil der Teilzeitbeschäftigung unter 18 Stunden an der gesamten Teilzeitbeschäftigung von 18 % in 2000 auf 19,9 % in 2009. Typisch für Teilzeitbeschäftigungen in geringem Zeitumfang zeigte sich ihre Zunahme insbesondere in den von Konjunkturunbrüchen geschüttelten Jahren 2001 bis 2005 und im Krisenjahr 2009.

**Schaubild 6.2: Entwicklung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Zeitumfang 2000 bis 2009 (2000=100) in %**



Quelle: Beschäftigungsstatistik der BA

Der Trend zu mehr Teilzeitarbeit spiegelte sich bundesweit in allen Ländern Deutschlands wieder. Während die Vollzeitbeschäftigung in allen Bundesländern im Zeitraum 2000 bis 2009 in einer Spannweite von – 2,3 % (Bayern) bis – 18,7 % (Sachsen-Anhalt) abnahm außer in Hamburg (+ 2,1 %), stieg die Teilzeitbeschäftigung durchweg in allen Ländern, und zwar zwischen 21 % (Thüringen) und 44,5 % (Sachsen-Anhalt).

Traditionell ist die Erwerbsbeteiligung von Männern und Frauen gemessen an der Arbeitszeit sehr ungleich. Teilzeitarbeit war und ist eine Frauendomäne. Langfristig zeichnet sich aber auch eine verstärkte Verbreitung unter männlichen Beschäftigten ab. Die Beschäftigungsform der Teilzeitarbeit nahm bei den Männern stärker als bei den Frauen zu. Überdurchschnittlich nahm bei den Männern dabei die Teilzeitarbeit über 18 Stunden zu, bei den Frauen die unter 18 Stunden.

Die Zahl teilzeitbeschäftigter Männer erhöhte sich in Deutschland im Zeitraum 2000 bis 2009 auf 156,4 %. Bei den Frauen stieg im gleichen Zeitraum die Teilzeitbeschäftigung nur auf 128,5 %. Damit arbeiteten 2009 schon 5,8 % der Männer Teilzeit, 2000 waren es lediglich 3,5 %. Bei den Frauen erhöhte sich die Teilzeitquote von 27,5 % im Jahr 2000 auf 34,6 % im Jahr 2009. So waren 2009 mehr als jede 5. Frau und jeder 17. Mann teilzeitbeschäftigt, früher jedoch noch jede 3. Frau und nur jeder 28. Mann.

Die Unterschiede im Zeitumfang der Erwerbsbeteiligung in den Bundesländern sind bei Männern sehr viel stärker ausgeprägt als bei den Frauen. Bei den Männern hat die Teilzeitarbeit zugelegt auf 123,2 % (Thüringen) bis 187,5 % (Saarland) des Vergleichswertes von 2000. Wesentlich moderater und gleichmäßiger zwischen den Ländern verlief die Entwicklung der Teilzeitarbeit der Frauen. Sie erhöhte sich auf 119,2 % (Bremen) bis 138,3 % (Sachsen-Anhalt).

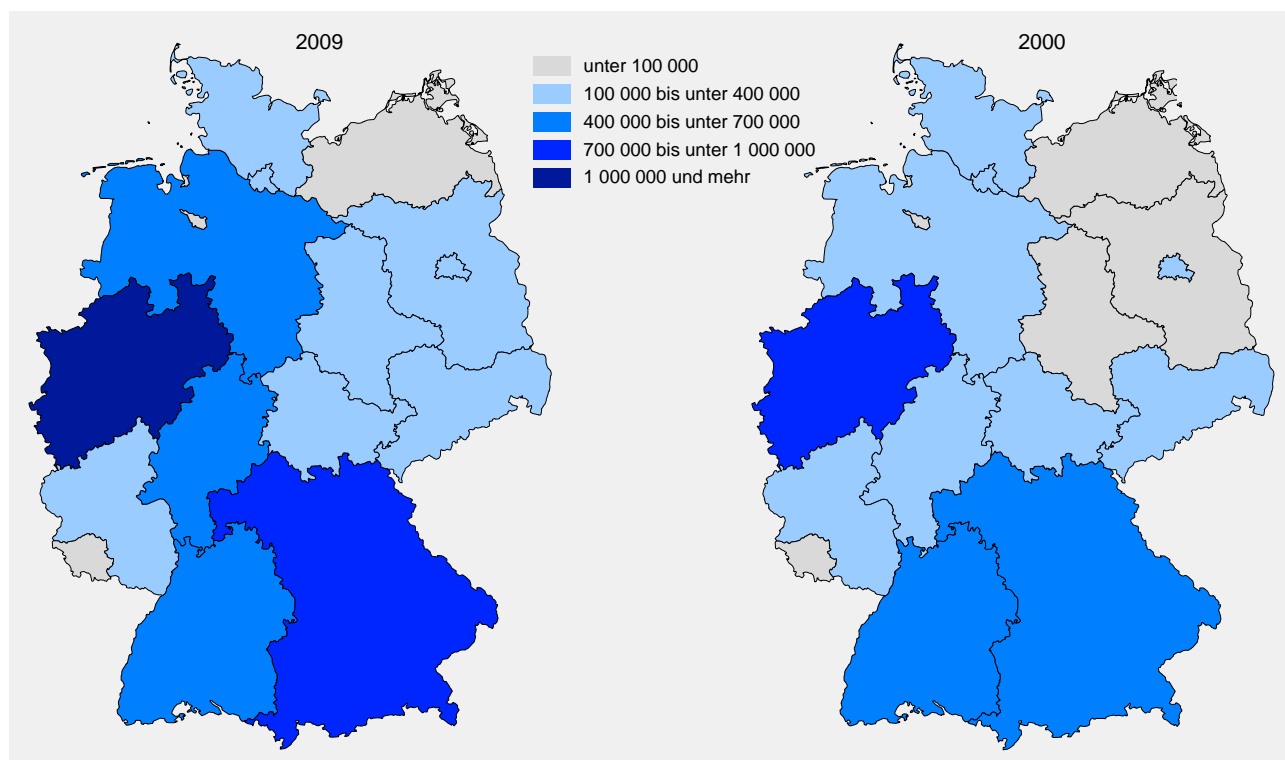
### Teilzeitarbeit – eine Domäne der Frauen, aber immer häufiger von Männern beansprucht

Im Ergebnis dieser Entwicklung haben die Teilzeitquoten, der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, in allen Bundesländern langfristig deutlich zugelegt, insbesondere auch durch die starke Zunahme im Krisenjahr 2009. Während die Vollzeitbeschäftigung 2009 im Vorjahresvergleich in fast allen Bundesländern schrumpfte in einer Spannweite von 0,6 % in Schleswig-Holstein bis 3,2 % in Thüringen, nahm die Teilzeitbeschäftigung in allen Ländern mindestens um 2,8 % (Bremen) bis maximal 5,9 % (Sachsen-Anhalt) zu.

Die meisten Teilzeitbeschäftigten im Verhältnis zur Gesamtbeschäftigung waren 2009 in Berlin, Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Bremen zu finden, wo mindestens jeder Fünfte einer Teilzeitarbeit nachging. Im Jahr 2000 betraf es dort nur jeden Sechsten oder Siebten. Aber auch die niedrigste Teilzeitquote mit 17,6 % in Thüringen weicht nur um 1,4 Prozentpunkte vom Durchschnitt (19 %) ab. Die höchsten Teilzeitquoten in den genannten Ländern außer in Berlin sind durch die höchsten Werte bei den Frauenquoten von über 37 % verursacht.

Bei der männlichen Teilzeitarbeit lag Berlin mit einem Anteil von 11,9 % an der Spitze aller Bundesländer. Das Saarland dagegen bildete mit 4,8 % hierbei das Schlusslicht, lag aber nur einen Prozentpunkt unter dem Durchschnitt.

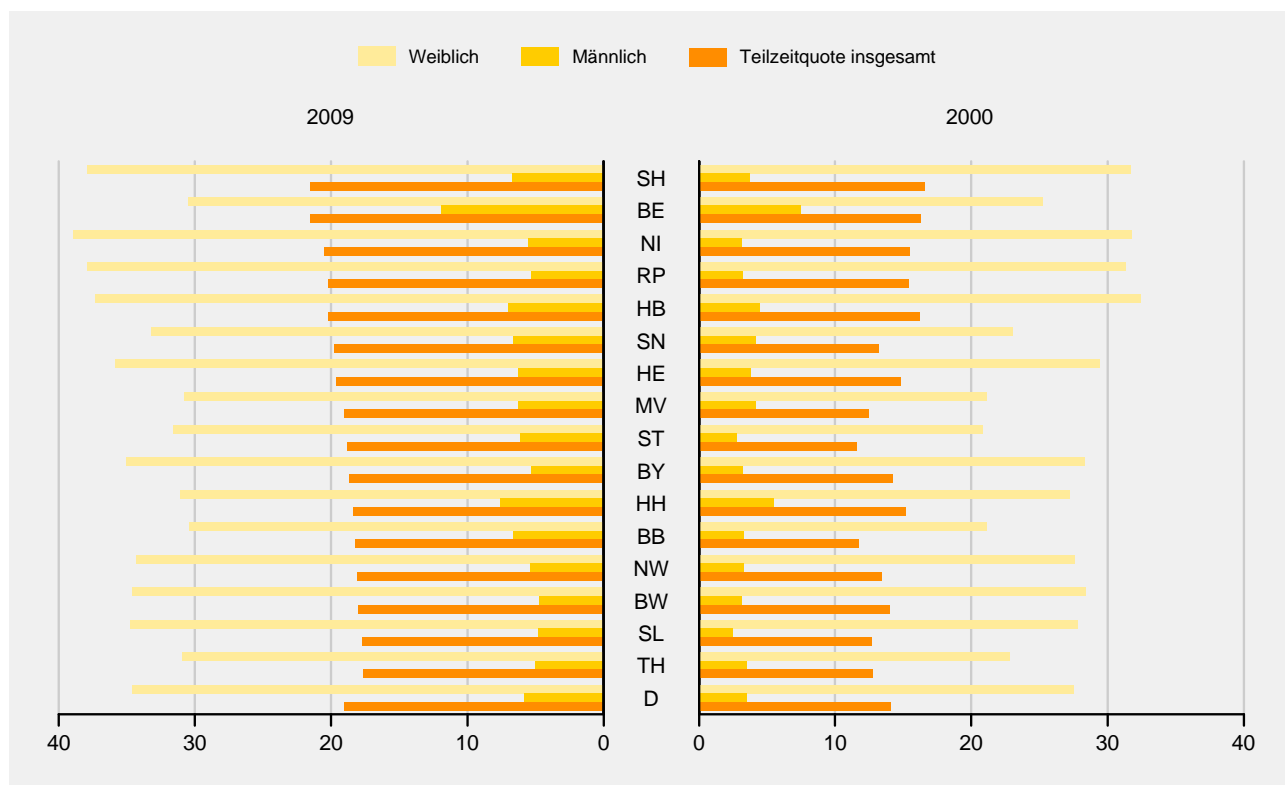
Schaubild 6.3: Teilzeitbeschäftigte 2009 und 2000



Quelle: Beschäftigungsstatistik der BA

© Bundesamt für Kartographie und Geodäsie, Frankfurt am Main, 2012

Schaubild 6.4: Teilzeitquoten insgesamt und nach Geschlecht 2009 und 2000  
in %



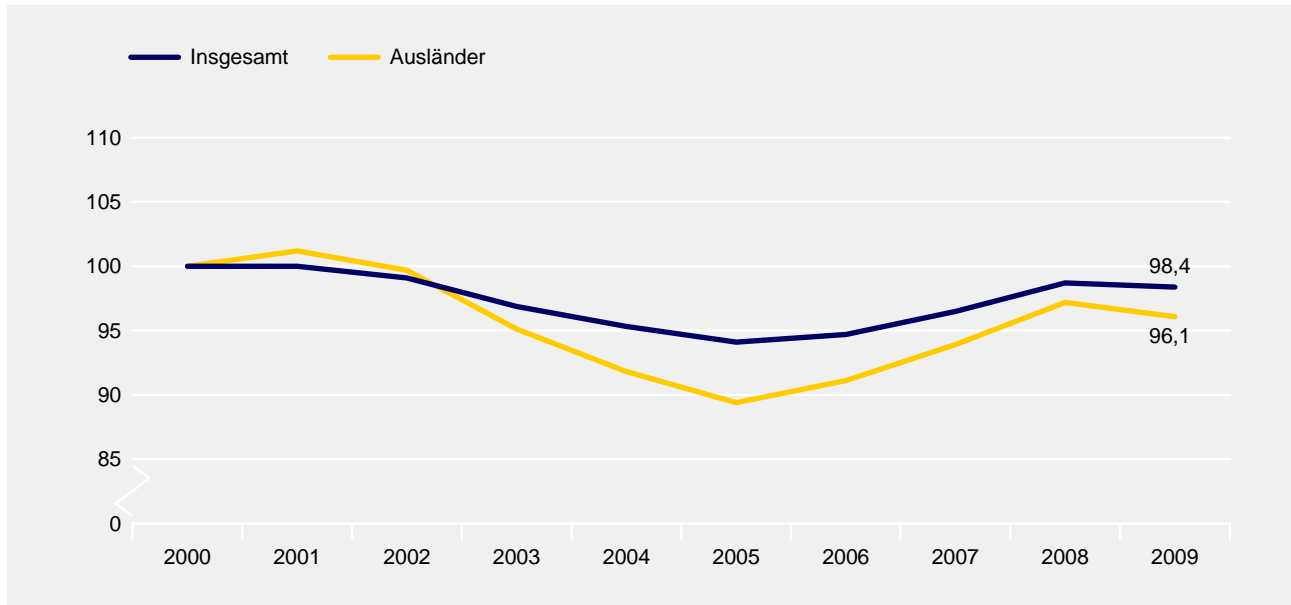
Quelle: Beschäftigungsstatistik der BA



## 6.4 Sinkender Ausländeranteil bei sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung

Die Beschäftigung von Ausländerinnen und Ausländern in Deutschland zeigt sich im Betrachtungszeitraum 2000 bis 2009 stärker konjunkturabhängig als die Beschäftigung von Deutschen. Sowohl in konjunkturschwachen als auch -starken Jahren übersteigen die Zuwächse bzw. Rückgänge überwiegend die der deutschen Beschäftigten.

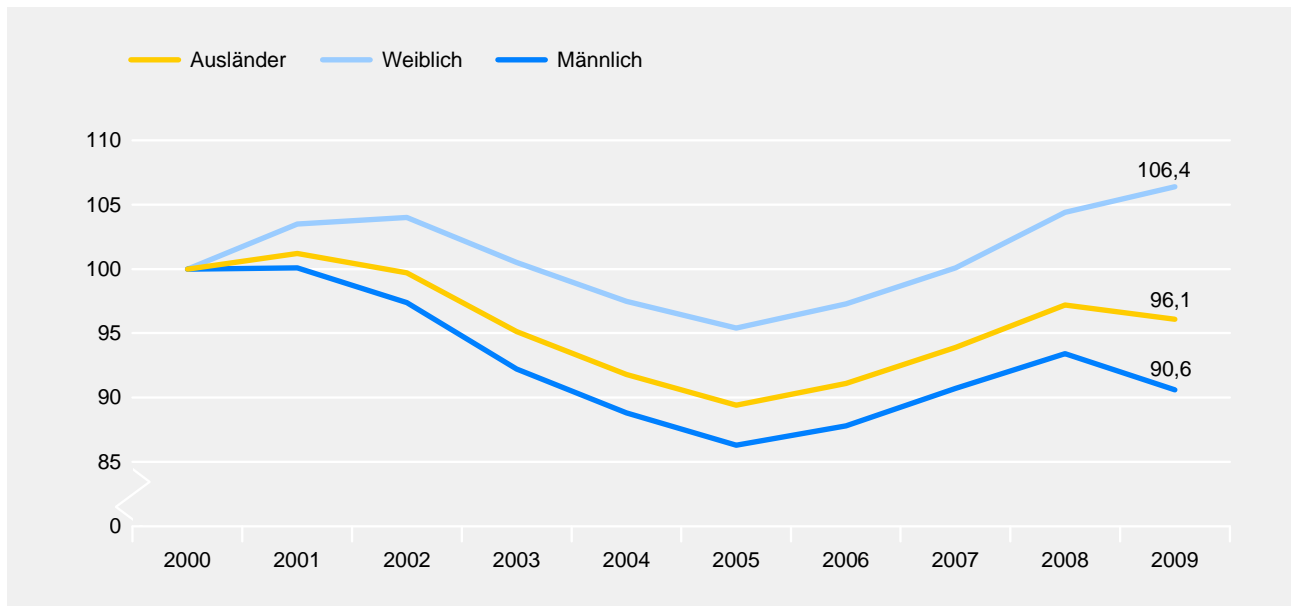
**Schaubild 6.5: Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland 2000 bis 2009 (2000=100)**  
in %



Quelle: Beschäftigungsstatistik der BA

Die ausländische Beschäftigung ging von 2000 bis 2009 auf 96,1 % zurück, stärker als die Gesamtbeschäftigung (auf 98,4 %). Dabei betraf der Abbau der Arbeitsplätze von ausländischen Beschäftigten ausschließlich Männer (auf 90,6 %), während Arbeitsplätze für ausländische Frauen expandierten (auf 106,4 %). Da Ausländerinnen stärker von der Ausweitung der Arbeitsplätze partizipierten als deutsche Frauen, stieg der Anteil der Ausländerinnen an allen beschäftigten Frauen auf 5,7 % im Jahr 2009 (2000: 5,5 %). Umgekehrt verhielt sich die Beschäftigung ausländischer Männer, die weit mehr als deutsche Männer Arbeitsplatzverluste hinnehmen mussten. Ihre Zahl sank auf 90,6 %, die aller beschäftigten Männer auf 95,4 %. Somit waren 2009 von den beschäftigten Männern nur noch 7,8 % Ausländer. 2000 waren es noch 8,2 %.

**Schaubild 6.6: Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Ausländer nach Geschlecht 2000 bis 2009 (2000=100)**  
in %



Quelle: Beschäftigungsstatistik der BA

Im Ergebnis der gegenläufigen Entwicklung der Beschäftigung von ausländischen Frauen und Männern blieb die Ausländerquote insgesamt 2009 mit 6,9 % im Vergleich zu 2000 (7 %) nahezu unverändert. Damit hatte 2009 rund jede oder jeder 14. Beschäftigte nicht die deutsche Staatsbürgerschaft.

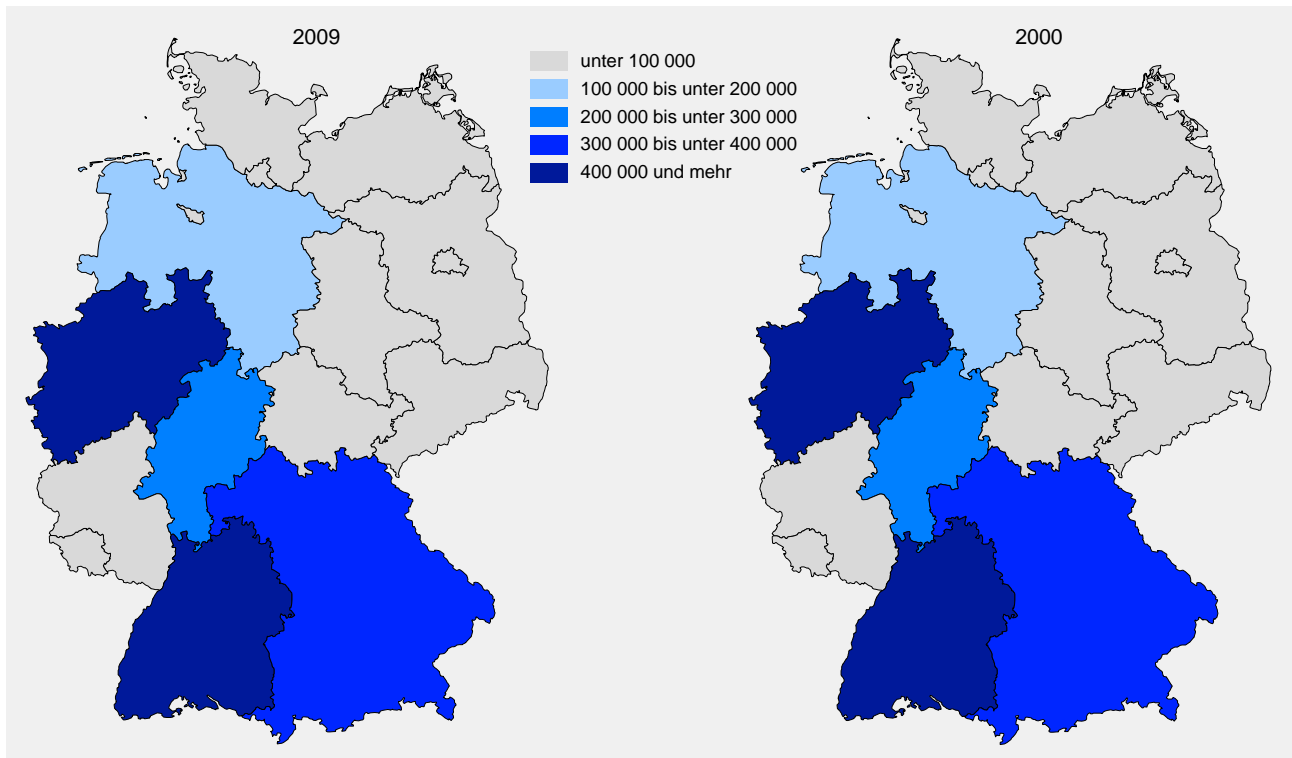
Das bei ausländischen Beschäftigten vorherrschende Übergewicht der Männer blieb auch in den Jahren von 2000 bis 2009 bestehen, hat jedoch deutliche Abstriche durch die starke Zunahme der Frauenbeschäftigung erlitten. Die Zahl der Ausländerinnen hat sich mit 6,4 % überdurchschnittlich erhöht (Frauen insgesamt: + 2,2 %). Lag die Männerbeschäftigung bei ausländischen Beschäftigten 2000 fast doppelt so hoch (auf 189,1 %) wie bei den Frauen, betrug der Vorsprung 2009 nur noch knapp zwei Drittel (auf 160,9 %).

#### Bei kaum veränderter Ausländerquote der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten große Unterschiede zwischen west- und ostdeutschen Bundesländern

Die Beschäftigung von Ausländerinnen und Ausländern auf regionalen Arbeitsmärkten in Deutschland gestaltete sich im Betrachtungszeitraum in Abhängigkeit von einer Vielzahl wirtschaftlicher, sozialer und politischer Voraussetzungen und Bedingungen sehr unterschiedlich. Insbesondere wandelte sich der Arbeitsmarkt in den ostdeutschen Bundesländern (ohne Berlin), der sich erstmals nach der Wende auch für Ausländerinnen und Ausländer öffnete und für sie nur zögerlich an Attraktivität zunahm. Bei einem insgesamt starken Arbeitsplatzabbau (auf 89,6 %) nahm die Zahl ausländischer Beschäftigter ausgehend von einem noch sehr niedrigen Ausgangsniveau rasant zu (auf 155,5 %). In den westlichen Bundesländern verlief die Entwicklung moderater und uneinheitlicher. Die Beschäftigung von Ausländerinnen und Ausländern nahm hier am stärksten in Hamburg (auf 108,1 %) zu. Dagegen waren ausländisch Beschäftigte in Nordrhein-Westfalen die Verlierer auf dem Arbeitsmarkt (auf 90,4 %).

Ein Ausländeranteil an der Beschäftigung insgesamt über der 10-Prozent-Marge war 2009 nur in Baden-Württemberg zu verzeichnen. Die niedrigsten Anteile wiesen die ostdeutschen Bundesländer (ohne Berlin) auf, wo sie trotz der starken Zunahme nur rund 1 % erreichten. Bei den Ausländerinnen erreichte ihr Anteil dort außer in Brandenburg nicht einmal die 1-Prozent-Marge. Bei den ausländischen Männern lag er knapp darüber. Die höchste Ausländerquote bei den Männern wies mit 11,8 % Baden-Württemberg auf. Bei den Frauen rangierten ebenfalls Baden-Württemberg mit 9,1 % und außerdem Hessen mit 9 % vorn.

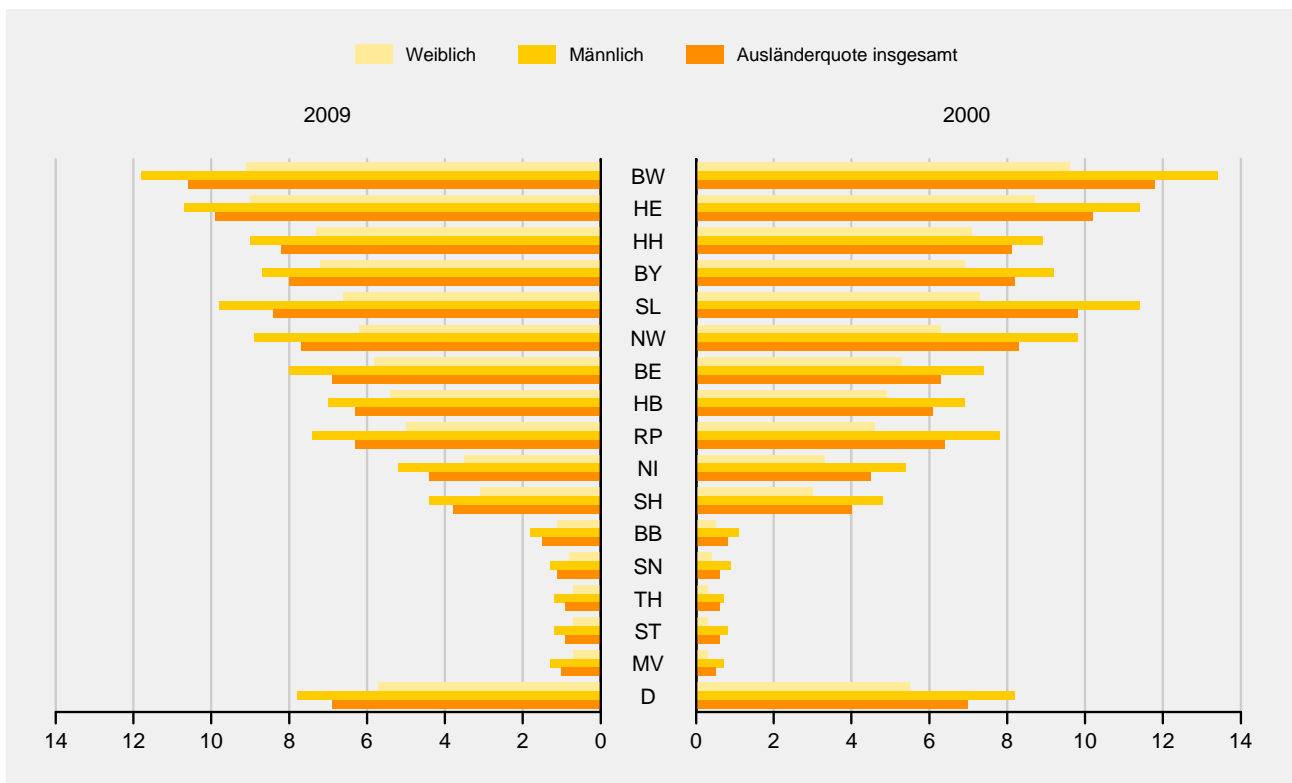
**Schaubild 6.7: Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Ausländerinnen und Ausländer 2009 und 2000**



Quelle: Beschäftigungsstatistik der BA

© Bundesamt für Kartographie und Geodäsie, Frankfurt am Main, 2012

**Schaubild 6.8: Ausländerquoten insgesamt und nach Geschlecht 2009 und 2000 in %**



Quelle: Beschäftigungsstatistik der BA

## 6.5 Deutsche und ausländische Beschäftigte am häufigsten als Bürofachkraft tätig

Die Auswertung der Beschäftigungsstatistik nach den ausgeübten Berufen gründet sich auf die Meldungen der Arbeitgeber zur Sozialversicherung. Ihnen liegt die Klassifikation der Berufe in der Fassung von 1988 (KldB 1988) zugrunde. Diese wurde grundsätzlich entwickelt Ende der sechziger Jahre (KldB 1970), zwischenzeitlich ergänzt und berichtigt (KldB 1975).

Bei der Bewertung der Ergebnisse ist zu berücksichtigen, dass sowohl beim Meldeverhalten als auch in der derzeit noch verwendeten Klassifikation Quellen für Angaben liegen, die nicht eindeutige und realitätsnahe Sachverhalte abbilden. Die Angaben zum ausgeübten Beruf stellen oft Mischformen zwischen dem ausgebildeten Beruf, der Position im Betrieb, dem ausgeübten Beruf und der praktischen Tätigkeit dar. Außerdem muss bei der derzeit gültigen Klassifikation der Berufe, der KldB 1988, ihrem Alterungsprozess Rechnung getragen werden, da sie noch die veraltete Berufsstruktur der letzten Jahrzehnte des vergangenen Jahrhunderts widerspiegelt und der heutigen Berufsstruktur in vielen Berufsfeldern nicht mehr entspricht. Die Bundesagentur für Arbeit hat eine neue Klassifikation der Berufe erarbeitet, die KldB 2010, die die sich mittlerweile herauskristallisierten Schwächen der gegenwärtigen Situation der Klassifizierung von Berufen überwinden soll. Die KldB 2010 soll in der Beschäftigungsstatistik voraussichtlich in der zweiten Hälfte des Jahres 2012 eingeführt werden, sodass gegenwärtig eine Auswertung der ausgeübten Berufe nur schlaglichtartige und begrenzte Hinweise zur Berufsausübung liefern kann.

An der Spitze aller Berufe wird sowohl bei Ausländerinnen und Ausländern als auch bei Deutschen die Berufsgruppe der Bürofachkräfte favorisiert, bei Deutschen mit einem Anteil von 14,6 % noch wesentlich stärker als bei ausländischen Beschäftigten (6,5 %).

### Konzentration der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf wenige Berufsgruppen ohne große Unterschiede zwischen Deutschen sowie Ausländerinnen und Ausländern

Die Beschäftigung in den zehn häufigsten Berufsgruppen machte 2009 bei Deutschen sowie Ausländerinnen und Ausländern fast 40 % der gesamten erfassten Beschäftigung nach Berufen aus. Die weiteren ausgeübten Berufe von deutschen und ausländischen Beschäftigten unterscheiden sich sowohl in der Art als auch in der Häufigkeit.

Gefolgt wird die Berufsgruppe der Bürofachkräfte bei Deutschen von den Verkäufern und Kraftfahrzeugführern, die ebenfalls wie bei den Ausländerinnen und Ausländern 5,2 bzw. 2,8 % der Beschäftigten ausmachen. Allerdings folgen bei den ausländischen Beschäftigten an 2. Stelle erst die Raum- und Hausratreiniger (6,3 %), die bei Deutschen nicht zu den Top Ten der Berufe zählen. Insgesamt sind unter den zehn häufigsten Berufen der Deutschen sechs Berufe mit 11,4 % der Beschäftigten, die nicht in der Gruppe der zehn häufigsten Berufe der Ausländerinnen und Ausländer vertreten sind, wie hauptsächlich Bankfachleute. Unter den zehn von ausländischen Beschäftigten am häufigsten ausgeübten Berufen sind ebenfalls sechs Berufe, die nicht unter den zehn häufigsten der Deutschen auftreten, wie vor allem die Raum- und Hausratreiniger.

**Tabelle 6.1: Die zehn häufigsten Berufe von Deutschen am 30.6.2009**

Berufe		Anzahl	Anteil in %
781	Bürofachkräfte .....	3 710 617	14,6
682	Verkäufer .....	1 315 671	5,2
714	Kraftfahrzeugführer .....	725 794	2,8
853	Krankenschwestern, -pfleger, Hebammen .....	709 233	2,8
691	Bankfachleute .....	566 728	2,2
856	Sprechstundenhelfer .....	519 912	2,0
774	Datenverarbeitungsfachleute .....	502 271	2,0
681	Groß- und Einzelhandelskaufleute, Einkäufer .....	490 893	1,9
861	Sozialarbeiter, Sozialpfleger .....	482 444	1,9
744	Lager-, Transportarbeiter .....	438 217	1,7
Summe zehn häufigste Berufe .....		9 461 780	37,1
<b>Insgesamt Deutsche</b> .....		<b>25 496 360</b>	<b>100</b>

Quelle: Beschäftigungsstatistik der BA

**Tabelle 6.2: Die zehn häufigsten Berufe von Ausländerinnen und Ausländern am 30.6.2009**

Berufe		Anzahl	Anteil in %
781	Bürofachkräfte .....	122 354	6,5
933	Raum-, Hausratreiniger .....	118 363	6,3
682	Verkäufer .....	96 835	5,2
411	Köche .....	91 969	4,9
531	Hilfsarbeiter ohne Tätigkeitsangabe .....	73 791	3,9
744	Lager-, Transportarbeiter .....	61 311	3,3
714	Kraftfahrzeugführer .....	52 970	2,8
912	Kellner, Stewards .....	50 546	2,7
323	Metallarbeiter, o.n.A. ....	36 419	1,9
522	Warenaufmacher, Versandfertigtmacher .....	30 992	1,6
Summe zehn häufigste Berufe .....		735 550	39,1
<b>Insgesamt Ausländerinnen und Ausländer</b> .....		<b>1 878 995</b>	<b>100</b>

Quelle: Beschäftigungsstatistik der BA

Während die deutschen Beschäftigten in allen Bundesländern an erster Stelle ausschließlich als Bürofachkräfte tätig sind, trifft dies bei den ausländischen Beschäftigten nur in fünf Ländern (Nordrhein-Westfalen, Hessen, Baden-Württemberg, Berlin, Brandenburg) zu. Dort macht die Berufsgruppe der Bürofachkräfte 5,6 (Baden-Württemberg) bis 8,6 % (Hessen) aller ausländischen Beschäftigten aus. In dieser Berufsgruppe sind relativ deutlich mehr Deutsche vertreten, und zwar 12,1 (Thüringen) bis 18 % (Hamburg). Außer in erster Linie als Bürofachkräfte sind Ausländerinnen und Ausländer auch als Raum- und Hausratreiniger vorrangig tätig, so in Bayern, Hamburg, Bremen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein, immerhin mit mindestens einem Anteil von 5,8 % in Baden-Württemberg und maximal 11,4 % in Hamburg. Des Weiteren dominieren unter den ausländischen Beschäftigten die Köche in Mecklenburg-Vorpommern (10,4 %), Sachsen-Anhalt (7 %) und Thüringen (8,8 %), die Hilfsarbeiter im Saarland (7,5 %) und in Niedersachsen (8 %) sowie die Verkäufer in Sachsen (8,4 %).

**Tabelle 6.3: Anteil der drei häufigsten Berufe von ausländischen Beschäftigten an allen Ausländern insgesamt und nach Bundesländern am 30.6.2009**  
in %

Deutschland		Hessen		Berlin	
781 Bürofachkräfte	6,5	781 Bürofachkräfte	8,6	781 Bürofachkräfte	8,4
933 Raum-, Haus- ratreiniger	6,3	933 Raum-, Haus- ratreiniger	6,7	933 Raum-, Haus- ratreiniger	7,8
682 Verkäufer	5,2	682 Verkäufer	5,1	682 Verkäufer	6,8
Nordrhein-Westfalen		Baden-Württemberg			
781 Bürofachkräfte	6,6	781 Bürofachkräfte	5,6		
933 Raum-, Haus- ratreiniger	6,0	933 Raum-, Haus- ratreiniger	5,4		
682 Verkäufer	5,2	682 Verkäufer	5,0		
Hamburg		Bremen		Bayern	
933 Raum-, Haus- ratreiniger	11,4	933 Raum-, Haus- ratreiniger	7,0	933 Raum-, Haus- ratreiniger	6,4
781 Bürofachkräfte	8,1	781 Bürofachkräfte	6,1	781 Bürofachkräfte	6,3
411 Köche	5,8	411 Köche	4,8	411 Köche	5,7
Rheinland-Pfalz		Schleswig-Holstein			
933 Raum-, Haus- ratreiniger	5,8	933 Raum-, Haus- ratreiniger	8,4		
781 Bürofachkräfte	5,8	411 Köche	6,9		
411 Köche	5,5	781 Bürofachkräfte	6,3		
Brandenburg		Thüringen		Sachsen	
781 Bürofachkräfte	7,9	411 Köche	8,8	682 Verkäufer	8,4
411 Köche	6,9	841 Ärzte	6,8	411 Köche	7,8
682 Verkäufer	6,4	781 Bürofachkräfte	5,0	781 Bürofachkräfte	6,2
Mecklenburg-Vorpommern		Sachsen-Anhalt			
411 Köche	10,4	411 Köche	7,0		
682 Verkäufer	6,3	682 Verkäufer	6,6		
912 Kellner, Stewards	6,2	933 Raum-, Haus- ratreiniger	6,5		
Saarland		Niedersachsen			
531 Hilfsarbeiter ohne Tätigkeitsangabe	7,5	531 Hilfsarbeiter ohne Tätigkeitsangabe	8,0		
781 Bürofachkräfte	5,6	933 Raum-, Hausrat- reiniger	6,3		
933 Raum-, Hausrat- reiniger	5,6	411 Köche	5,3		

Quelle: Beschäftigungsstatistik der BA

## 6.6 Beruf als Bürofachkraft bei Frauen wie Männern am beliebtesten

Keine Unterschiede bestehen in Deutschland zwischen Frauen und Männern hinsichtlich des beliebtesten Berufs: Am häufigsten werden beiderlei Geschlechts Büroberufe ausgeübt. Im Jahr 2009 waren es 21,7 % aller Frauen und 7,5 % aller Männer, die als Bürofachkraft tätig waren.

Darüber hinaus arbeiten heute Frauen und Männer allerdings weiterhin in sogenannten typischen Frauen- bzw. Männerberufen. So werden die Berufsgruppen Verkäufer und Krankenschwestern, Hebammen weiterhin von Frauen bevorzugt. In diesen sind 8,5 % bzw. 5 % aller Frauen beschäftigt. Bei den Männern folgen den Bürofachkräften die Kraftfahrzeugführer mit 5 % und die Datenverarbeitungsfachleute mit 2,9 %. Damit werden in den drei häufigsten Berufsgruppen bei Frauen 35,2 % der weiblichen und bei Männern nur 15,5 % der männlichen Beschäftigten erfasst.

Auch in den meisten Bundesländern wird beiderlei Geschlechts am meisten in Büroberufen gearbeitet. Nur in allen ostdeutschen Bundesländern (ohne Berlin) werden die Büroberufe vom Beruf des Kraftfahrzeugführers noch übertroffen.

**Tabelle 6.4: Drei häufigste Berufe von Frauen und Männern insgesamt und nach Bundesländern am 30.6.2009**

Deutschland			Bayern		
Berufe	Anzahl	%	Berufe	Anzahl	%
Weiblich			Weiblich		
781 Bürofachkräfte	2 719 092	21,7	781 Bürofachkräfte	437 452	21,4
682 Verkäufer	1 069 925	8,5	682 Verkäufer	175 091	8,6
853 Krankenschwestern, -pfleger, Hebammen	630 733	5,0	853 Krankenschwestern, -pfleger, Hebammen	91 540	4,5
<b>Insgesamt</b>	<b>12 550 823</b>	<b>35,2</b>	<b>Insgesamt</b>	<b>2 040 154</b>	<b>34,5</b>
Männlich			Männlich		
781 Bürofachkräfte	1 114 176	7,5	781 Bürofachkräfte	166 662	6,8
714 Kraftfahrzeugführer	746 196	5,0	714 Kraftfahrzeugführer	114 393	4,6
774 Datenverarbeitungs-fachleute	431 834	2,9	774 Datenverarbeitungs-fachleute	81 545	3,3
<b>Insgesamt</b>	<b>14 829 273</b>	<b>15,5</b>	<b>Insgesamt</b>	<b>2 465 258</b>	<b>14,7</b>

Baden-Württemberg			Berlin		
Berufe	Anzahl	%	Berufe	Anzahl	%
Weiblich			Weiblich		
781 Bürofachkräfte	377 175	22,0	781 Bürofachkräfte	127 527	22,4
682 Verkäufer	140 376	8,2	682 Verkäufer	41 776	7,3
853 Krankenschwestern, -pfleger, Hebammen	77 991	4,5	853 Krankenschwestern, -pfleger, Hebammen	30 187	5,3
<b>Insgesamt</b>	<b>1 718 198</b>	<b>34,7</b>	<b>Insgesamt</b>	<b>570 440</b>	<b>35,0</b>
Männlich			Männlich		
781 Bürofachkräfte	139 864	6,5	781 Bürofachkräfte	48 633	9,1
714 Kraftfahrzeugführer	84 857	4,0	714 Kraftfahrzeugführer	26 887	5,0
774 Datenverarbeitungs-fachleute	74 993	3,5	774 Datenverarbeitungs-fachleute	20 527	3,8
<b>Insgesamt</b>	<b>2 136 360</b>	<b>14,0</b>	<b>Insgesamt</b>	<b>535 723</b>	<b>17,9</b>

**noch:** Tabelle 6.4: Drei häufigste Berufe von Frauen und Männern insgesamt und nach Bundesländern am 30.6.2009

Brandenburg		
Berufe	Anzahl	%
Weiblich		
781 Bürofachkräfte	77 886	21,6
682 Verkäufer	34 504	9,5
853 Krankenschwestern, -pfleger, Hebammen	20 019	5,5
<b>Insgesamt</b>	<b>361 304</b>	<b>36,6</b>
Männlich		
714 Kraftfahrzeugführer	28 125	7,5
781 Bürofachkräfte	21 746	5,8
311 Elektroinstallateure, -monteur	13 017	3,5
<b>Insgesamt</b>	<b>376 870</b>	<b>16,7</b>

Bremen		
Berufe	Anzahl	%
Weiblich		
781 Bürofachkräfte	27 296	22,2
682 Verkäufer	9 087	7,4
853 Krankenschwestern, -pfleger, Hebammen	6 804	5,5
<b>Insgesamt</b>	<b>122 890</b>	<b>35,1</b>
Männlich		
781 Bürofachkräfte	12 768	8,0
744 Lager-, Transportarbeiter	7 978	5,0
714 Kraftfahrzeugführer	7 274	4,5
<b>Insgesamt</b>	<b>160 181</b>	<b>17,5</b>

Hamburg		
Berufe	Anzahl	%
Weiblich		
781 Bürofachkräfte	91 133	24,4
682 Verkäufer	24 615	6,6
853 Krankenschwestern, -pfleger, Hebammen	15 821	4,2
<b>Insgesamt</b>	<b>373 281</b>	<b>35,2</b>
Männlich		
781 Bürofachkräfte	47 896	11,0
774 Datenverarbeitungs-fachleute	22 115	5,1
714 Kraftfahrzeugführer	17 219	3,9
<b>Insgesamt</b>	<b>436 034</b>	<b>20,0</b>

Hessen		
Berufe	Anzahl	%
Weiblich		
781 Bürofachkräfte	228 318	23,5
682 Verkäufer	72 020	7,4
853 Krankenschwestern, -pfleger, Hebammen	43 099	4,4
<b>Insgesamt</b>	<b>973 231</b>	<b>35,3</b>
Männlich		
781 Bürofachkräfte	115 342	9,7
714 Kraftfahrzeugführer	52 656	4,4
774 Datenverarbeitungs-fachleute	48 497	4,1
<b>Insgesamt</b>	<b>1 192 605</b>	<b>18,2</b>

Mecklenburg-Vorpommern		
Berufe	Anzahl	%
Weiblich		
781 Bürofachkräfte	55 250	20,5
682 Verkäufer	25 590	9,5
853 Krankenschwestern, -pfleger, Hebammen	15 315	5,7
<b>Insgesamt</b>	<b>269 808</b>	<b>35,6</b>
Männlich		
714 Kraftfahrzeugführer	18 734	7,5
781 Bürofachkräfte	14 833	5,9
311 Elektroinstallateure, -monteur	7 867	3,1
<b>Insgesamt</b>	<b>250 965</b>	<b>16,5</b>

Niedersachsen		
Berufe	Anzahl	%
Weiblich		
781 Bürofachkräfte	214 287	19,7
682 Verkäufer	102 832	9,5
853 Krankenschwestern, -pfleger, Hebammen	56 787	5,2
<b>Insgesamt</b>	<b>1 087 115</b>	<b>34,4</b>
Männlich		
781 Bürofachkräfte	92 375	6,9
714 Kraftfahrzeugführer	75 537	5,7
531 Hilfsarbeiter ohne Tätigkeitsangabe	50 771	3,8
<b>Insgesamt</b>	<b>1 329 167</b>	<b>16,5</b>



**noch:** Tabelle 6.4: Drei häufigste Berufe von Frauen und Männern insgesamt und nach Bundesländern am 30.6.2009

Nordrhein-Westfalen		
Berufe	Anzahl	%
Weiblich		
781 Bürofachkräfte	556 561	21,9
682 Verkäufer	217 434	8,6
853 Krankenschwestern, -pfleger, Hebammen	135 568	5,3
<b>Insgesamt</b>	<b>2 538 916</b>	<b>35,8</b>
Männlich		
781 Bürofachkräfte	284 530	8,8
714 Kraftfahrzeugführer	156 268	4,8
311 Elektroinstallateure, -monteur	94 412	2,9
<b>Insgesamt</b>	<b>3 227 945</b>	<b>16,6</b>

Rheinland-Pfalz		
Berufe	Anzahl	%
Weiblich		
781 Bürofachkräfte	120 566	22,0
682 Verkäufer	48 718	8,9
853 Krankenschwestern, -pfleger, Hebammen	31 386	5,7
<b>Insgesamt</b>	<b>549 072</b>	<b>36,5</b>
Männlich		
781 Bürofachkräfte	49 519	7,6
714 Kraftfahrzeugführer	33 172	5,1
311 Elektroinstallateure, -monteur	20 015	3,1
<b>Insgesamt</b>	<b>651 974</b>	<b>15,8</b>

Saarland		
Berufe	Anzahl	%
Weiblich		
781 Bürofachkräfte	30 662	20,6
682 Verkäufer	13 757	9,2
853 Krankenschwestern, -pfleger, Hebammen	9 071	6,1
<b>Insgesamt</b>	<b>148 818</b>	<b>35,9</b>
Männlich		
781 Bürofachkräfte	13 798	7,0
714 Kraftfahrzeugführer	8 867	4,5
531 Hilfsarbeiter ohne Tätigkeitsangabe	7 340	3,7
<b>Insgesamt</b>	<b>196 483</b>	<b>15,3</b>

Sachsen		
Berufe	Anzahl	%
Weiblich		
781 Bürofachkräfte	135 980	19,8
682 Verkäufer	60 872	8,8
853 Krankenschwestern, -pfleger, Hebammen	36 836	5,4
<b>Insgesamt</b>	<b>688 002</b>	<b>34,0</b>
Männlich		
714 Kraftfahrzeugführer	42 550	6,1
781 Bürofachkräfte	34 724	5,0
311 Elektroinstallateure, -monteur	23 883	3,4
<b>Insgesamt</b>	<b>698 544</b>	<b>14,5</b>

Sachsen-Anhalt		
Berufe	Anzahl	%
Weiblich		
781 Bürofachkräfte	87 373	23,5
682 Verkäufer	33 473	9,0
853 Krankenschwestern, -pfleger, Hebammen	21 330	5,7
<b>Insgesamt</b>	<b>371 140</b>	<b>38,3</b>
Männlich		
714 Kraftfahrzeugführer	26 914	7,3
781 Bürofachkräfte	21 529	5,8
531 Hilfsarbeiter ohne Tätigkeitsangabe	14 968	4,0
<b>Insgesamt</b>	<b>370 895</b>	<b>17,1</b>

Schleswig-Holstein		
Berufe	Anzahl	%
Weiblich		
781 Bürofachkräfte	81 731	21,1
682 Verkäufer	38 288	9,9
853 Krankenschwestern, -pfleger, Hebammen	20 080	5,2
<b>Insgesamt</b>	<b>387 431</b>	<b>36,2</b>
Männlich		
781 Bürofachkräfte	33 018	7,7
714 Kraftfahrzeugführer	28 757	6,7
682 Verkäufer	13 297	3,1
<b>Insgesamt</b>	<b>428 524</b>	<b>17,5</b>

**noch:** Tabelle 6.4: Drei häufigste Berufe von Frauen und Männern insgesamt und nach Bundesländern am 30.6.2009

Thüringen		
Berufe	Anzahl	%
Weiblich		
781 Bürofachkräfte	69 895	19,9
682 Verkäufer	31 492	9,0
853 Krankenschwestern, -pfleger, Hebammen	18 899	5,4
<b>Insgesamt</b>	<b>351 023</b>	<b>34,3</b>
Männlich		
714 Kraftfahrzeugführer	23 986	6,5
781 Bürofachkräfte	16 939	4,6
531 Hilfsarbeiter ohne Tätigkeitsangabe	15 059	4,1
<b>Insgesamt</b>	<b>371 745</b>	<b>15,1</b>

Quelle: Beschäftigungsstatistik der BA

## 6.7 Nachwuchs an ausgebildeten Berufsanfängern gesichert?

Auswertungen zu den ausgeübten Tätigkeiten, der Berufsstruktur im Zusammenhang mit der Entwicklung der Altersstruktur und der Bildungsabschlüsse (siehe Kapitel 5) sowie demografischer Einflüsse führen auch zum Problemkreis der Sicherung des Berufsnachwuchses bzw. eines sich herausbildenden Fachkräftemangels.

Die Beschäftigungsstatistik kann hierzu zumindest Erkenntnisse über die Entwicklung der Personengruppe der Auszubildenden liefern.

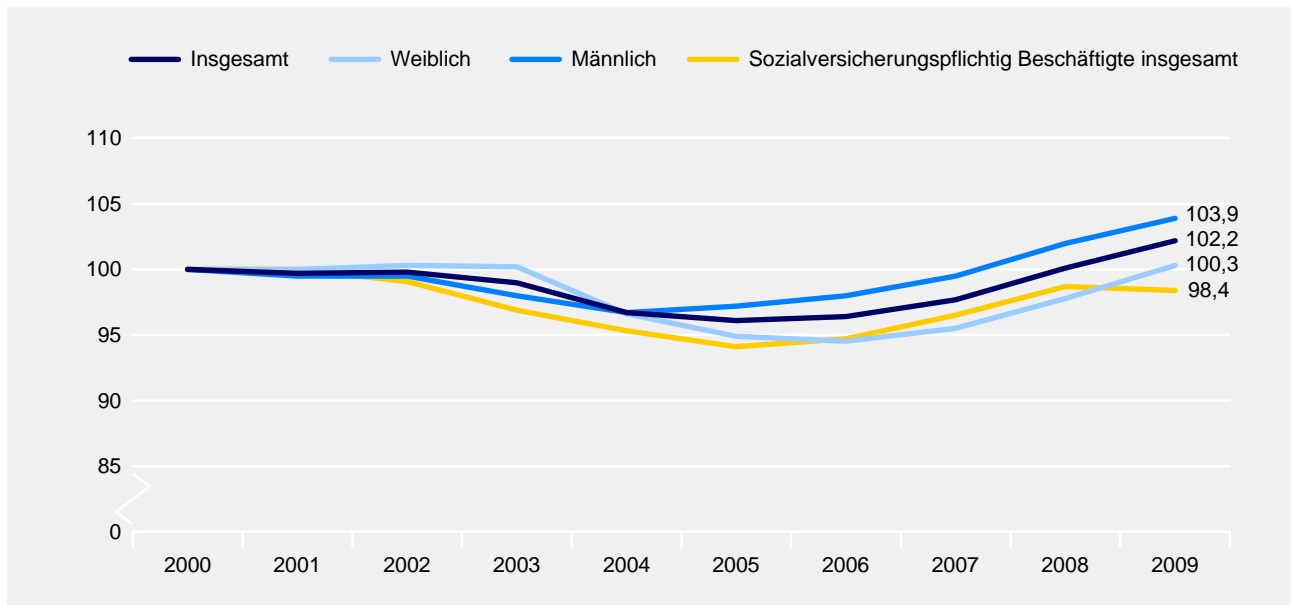
Auszubildende sind Personen, die aufgrund eines Ausbildungsvertrages nach dem Berufsbildungsgesetz eine betriebliche Berufsausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf durchlaufen.

Bei einer leicht rückläufigen Gesamtentwicklung der Beschäftigung in Deutschland von 2000 bis 2009 auf 98,4 %, stieg die Zahl der Auszubildenden auf 102,2 %. Zunächst wurden in den Jahren bis 2005, als die Gesamtbeschäftigung jährlich stagnierte bzw. schrumpfte außer im Boomjahr 2000, weitgehend weniger Ausbildungsplätze besetzt. Erst ab 2006 wurde wieder mehr in Ausbildungsplätze investiert, und zwar in einer Größenordnung wie nie zuvor seit 2000. Im Boomjahr 2008, als die Gesamtbeschäftigung im Vorjahresvergleich um 2,2 % zulegte, wuchs die Zahl der Auszubildenden mit 2,5 % sogar überdurchschnittlich. Und während die Krise 2009 einen Abbau der Arbeitsplätze um 0,3 % forderte, blieb die Gruppe der Auszubildenden weiterhin begünstigt (+ 2,1 %). Ihr Anteil an allen Beschäftigten machte somit 5,6 % aus, unmerklich mehr als 2000 (5,4 %).

Allerdings gab es große Unterschiede zwischen männlichen und weiblichen Auszubildenden. Während die Zahl sich in Ausbildung befindlicher Frauen 2009 mit 0,3 % fast noch so hoch wie im Jahr 2000 war, lag sie bei Männern 3,9 % darüber. Seit der Aufstockung von Ausbildungsplätzen 2006 profitierten die Männer überdurchschnittlich davon. Nur im Krisenjahr 2009 übertraf die Ausweitung der Ausbildungsplätze für Frauen (auf 102,5 %) die der Männer (auf 101,8 %) deutlich.

In der Berufsausbildung entwickelten sich west- und ostdeutsche Bundesländer unterschiedlich; es fand eine Verlagerung von Ausbildungsplätzen von Ost nach West statt

**Schaubild 6.10: Entwicklung der Zahl der Auszubildenden 2000 bis 2009 (2000=100)**  
in %



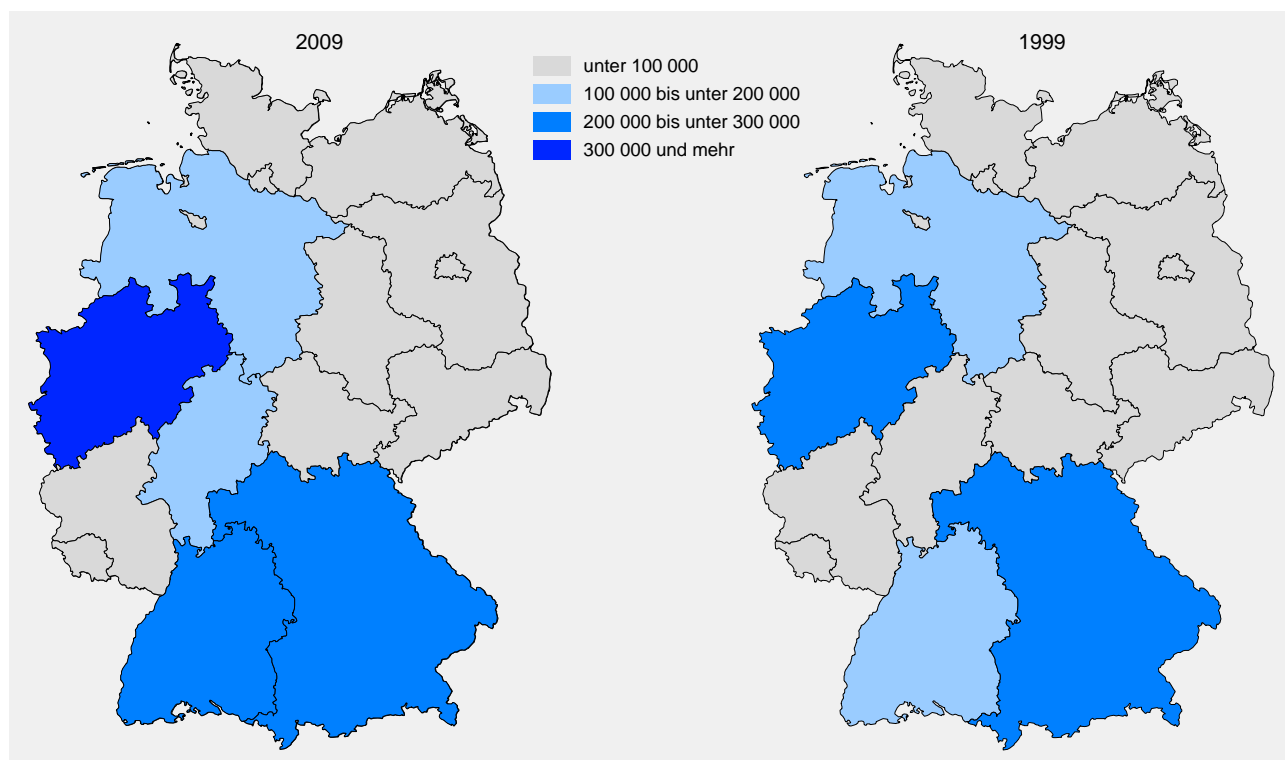
Quelle: Beschäftigungsstatistik der BA

Die unterschiedliche Entwicklung von Frauen und Männern in der Berufsausbildung führte zu einer niedrigeren Frauenquote 2009 von 44,5 % gegenüber 2000 (45,3 %). Die Geschlechterverteilung bei Ausbildungsplätzen weicht somit von der der Gesamtarbeitsplätze ab. 2009 wurde hierbei eine Frauenquote von 45,8 % erreicht (2000: 44,1 %). Bei der Ausbildungssituation in Deutschland sind regionale Unterschiede, insbesondere zwischen Ost und West sehr groß. In den ostdeutschen Bundesländern sank das Niveau der vergebenen Ausbildungsplätze in den betrachteten Jahren auf rund 79 %, in Berlin auf 92 %. Dagegen konnten die westdeutschen Bundesländer ihre Berufsausbildung auf 109 % ausweiten, darunter Hamburg auf einen Spitzenwert von 122,1 %. Rückgänge gab es nur noch in Niedersachsen. Das regional sehr unterschiedliche Gewicht der Ausbildung im Vergleich zur Gesamtbeschäftigung und deren Entwicklung führte 2009 zu Ausbildungsquoten, die in den Ländern von 4,4 % in Hamburg bis 7,1 % in Mecklenburg-Vorpommern reichten. Hier wurde mit Abstand in allen Jahren seit 2000 die höchste Ausbildungsquote aller Bundesländer verzeichnet. Während in den Ostbundesländern und Berlin die Ausbildungsquote niedriger als vor zehn Jahren war, verzeichneten alle Westländer einen Zugewinn.

Das Zurückschrauben der Berufsausbildung in Ostdeutschland war bei Frauen stärker ausgeprägt als bei Männern. Am stärksten sank die Zahl der weiblichen Auszubildenden in Thüringen (auf 69,5 %). Dagegen verbuchte Hamburg den größten Anstieg (auf 118,1 %), aber nicht nur bei Frauen, sondern ebenfalls bei Männern (auf 125,9 %). Thüringen verfügt 2009 auch über die niedrigste Frauenquote bei den Auszubildenden (39,7 %) und Hamburg über die höchste (47,9 %).

Die niedrige Frauenquote in den ostdeutschen Bundesländern bei den Auszubildenden von rund 42 % steht einer Frauenquote aller Beschäftigten von fast 50 % gegenüber. In den westdeutschen Bundesländern bestehen fast keine Unterschiede (jeweils rund 45 %).

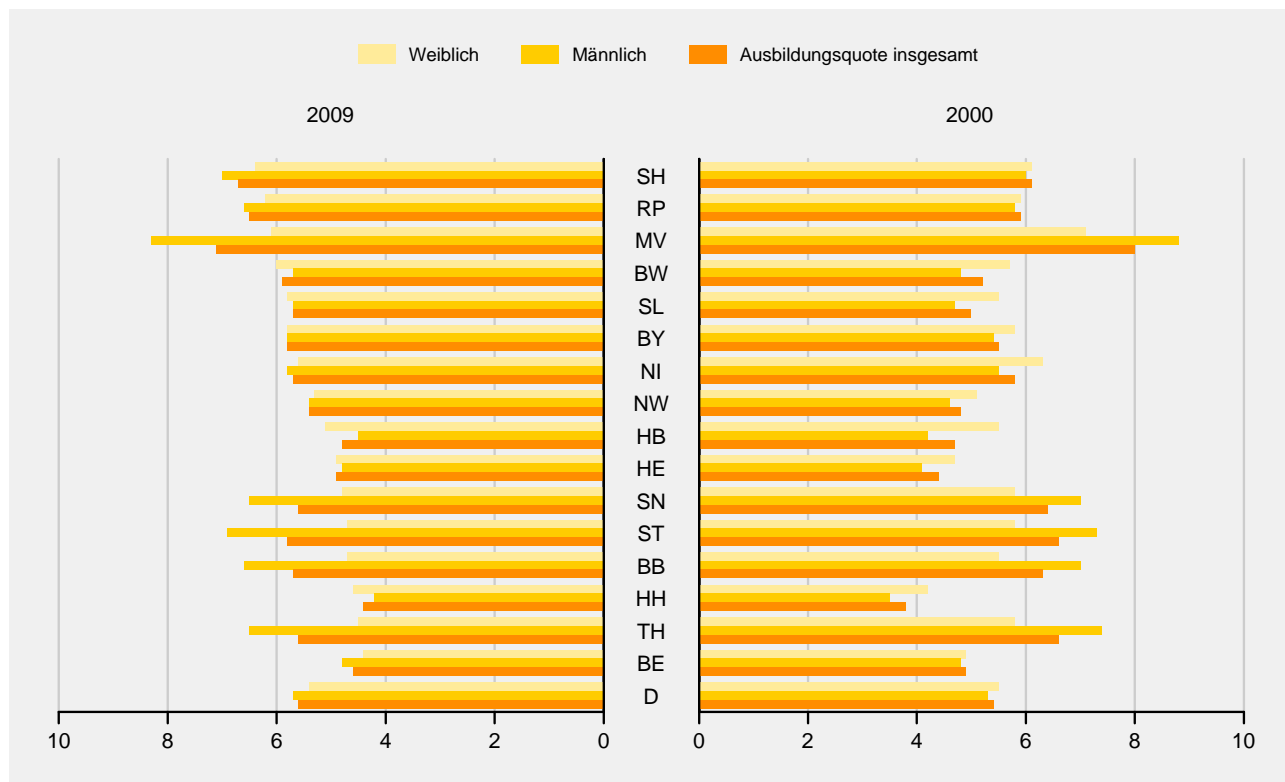
Schaubild 6.11: Auszubildende 2009 und 1999



Quelle: Beschäftigungsstatistik der BA

© Bundesamt für Kartographie und Geodäsie, Frankfurt am Main, 2012

Schaubild 6.12: Ausbildungsquote insgesamt und nach Geschlecht 2009 und 2000  
in %



Quelle: Beschäftigungsstatistik der BA

## 6.8 Fazit

Seit Ende der neunziger Jahre hat sich eine Reihe von Veränderungen in der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung sowohl auf nationaler als auch auf regionaler Ebene vollzogen. Die Beschäftigung von Frauen hat gegenüber den Männern deutlich hinzugewonnen, insbesondere auch die von Ausländerinnen, die daran sogar überdurchschnittlich beteiligt waren. Dazu haben auch die vorrangige Entwicklung von Dienstleistungsbereichen und der Abbau von Arbeitsplätzen in von Männern dominierten produzierenden Bereichen beigetragen. Vor allem in den ostdeutschen Bundesländern wuchs der Beitrag der Frauen zur Beschäftigungsentwicklung in besonderem Maße, sodass fast überall mehr Frauen als Männer in Arbeit und Lohn stehen.

Auch der Trend zu immer mehr Teilzeitarbeit ist Ausdruck von Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt. Er betrifft Frauen wie Männer, aber die Männer haben hierbei deutlich aufgeholt.

Die Lage der Ausländerinnen und Ausländer am Arbeitsmarkt hat kaum große Änderungen erfahren. Ihr Anteil an der Zahl aller Beschäftigten blieb insgesamt in Deutschland relativ stabil. Nur in den ostdeutschen Bundesländern, in denen diese Personengruppe zuvor kaum in Erscheinung trat, wurden zunehmend mit ausländischen Beschäftigten besetzte Arbeitsplätze registriert.

In der Berufsausübung unterscheiden sich deutsche und ausländische Beschäftigte. Sie stimmen aber in der vorherrschenden Berufsgruppe der Bürofachkräfte überein. Übereinstimmung besteht bei diesem am meisten ausgeübten Beruf auch bei Frauen und Männern. Davon weichen nur die Männer in den ostdeutschen Bundesländern ab, die hauptträngig den Beruf des Kraftfahrzeugführers ausüben. Wie sich die Berufsausübung aktuell tatsächlich darstellt, lässt sich mittels der Meldungen zur Sozialversicherung auf Basis der Klassifikation der Berufe KldB 1988 wegen ihrer Veralterung nur beschränkt abbilden. Es bleibt zu hoffen, dass die beabsichtigte Einführung der neuen KldB 2010 in der Beschäftigtenstatistik durch die Bundesagentur für Arbeit einen realitätsnäheren Nachweis ermöglicht.

## 7 Arbeitsvolumen und Kurzarbeit

### 7.1 Einführung

Eine Beschreibung des Arbeitsmarktes wäre nicht vollständig ohne eine Analyse des Arbeitsumfanges, dessen Entwicklung und seiner Aufteilung auf die Erwerbstätigen. Insbesondere in Zeiten, die von großen Veränderungen der wirtschaftlichen Lage gekennzeichnet sind, ist es nicht nur wichtig zu wissen, wie viele Personen in welchen Wirtschaftsbereichen arbeiten, sondern auch wie viele Arbeitsstunden geleistet werden, welche Formen und welcher Umfang der Beschäftigung in den verschiedenen Branchen eingesetzt werden und welche geografischen oder geschlechtsspezifischen Unterschiede zum Tragen kommen. Wie hat sich das Verhältnis der Vollzeit- zu den Teilzeitkräften in den letzten zehn Jahren geändert? Steht dies in irgendeinem Zusammenhang mit der Anzahl der Kurzarbeiterinnen und Kurzarbeiter? Diese und andere Aspekte der Arbeitszeitstruktur und deren Verbindung zu zentralen Wirtschaftskenngößen wie Bruttowertschöpfung und Arbeitsproduktivität werden in diesem Kapitel betrachtet.<sup>13</sup>

### 7.2 Arbeitsumfang in Deutschland: Viel hat sich in den letzten zehn Jahren verändert

Das Arbeitsvolumen umfasst die tatsächlich geleistete Arbeitszeit aller Erwerbstätigen, die als Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (Arbeiterinnen und Arbeiter, Angestellte, Beamtinnen und Beamte, Richterinnen und Richter, marginal Beschäftigte, Soldatinnen und Soldaten) oder als Selbstständige beziehungsweise als mithelfende Familienangehörige eine auf wirtschaftlichen Erwerb gerichtete Tätigkeit ausüben. Hierzu zählen auch die geleisteten Arbeitsstunden von Personen mit mehreren gleichzeitigen Beschäftigungsverhältnissen. Nicht zum Arbeitsvolumen gehören hingegen die bezahlten, aber nicht geleisteten Arbeitsstunden, beispielsweise Jahresurlaub, Elternzeit, Feiertage, Kurzarbeit oder krankheitsbedingte Abwesenheit. Das Arbeitsvolumen umfasst somit die Gesamtzahl der während des Berichtszeitraums am jeweiligen Arbeitsort von Arbeitnehmern und Selbstständigen innerhalb einer Region tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden.

Das Bruttoinlandsprodukt umfasst den Wert aller innerhalb eines Wirtschaftsgebietes während einer bestimmten Periode produzierten Waren und Dienstleistungen. Es entspricht der Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche zuzüglich der Gütersteuern und abzüglich der Gütersubventionen.

Im Jahre 2009 lebten in Deutschland ca. 82 Millionen Personen und gut 40 Millionen waren erwerbstätig<sup>14</sup>. Diese leisteten insgesamt ein Arbeitsvolumen von knapp 56 Milliarden Arbeitsstunden und erzielten ein Bruttoinlandsprodukt von 2 407 Milliarden Euro. Gegenüber 1999 waren im Jahre 2009 in Deutschland 1,81 Millionen Personen mehr erwerbstätig, aber sie leisteten insgesamt 1,36 Milliarden Arbeitsstunden weniger. Schon aus diesen beiden Zahlen lässt sich leicht erkennen, dass die Struktur und die Verteilung des Arbeitsvolumens sich in den letzten Jahren stark verändert haben. Die konjunkturellen Einbrüche in den Jahren von 2001 bis 2003 und von 2008 bis 2009 sowie der konsequente Einsatz von Maßnahmen wie der Kurzarbeiterförderung,

<sup>13</sup> Die volkswirtschaftlichen Daten wie das Bruttoinlandsprodukt, die Bruttowertschöpfung, die Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen und die Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigenstunde entstammen den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen des Bundes und der Länder (ausführliche Informationen im Internet unter [www.vgrdl.de](http://www.vgrdl.de)). Daten zu den Erwerbstätigen, zum Arbeitsvolumen und zum Arbeitsvolumen je Erwerbstätigen sind Ergebnisse der Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder (siehe auch [www.hsl.de/erwerbstätigenrechnung](http://www.hsl.de/erwerbstätigenrechnung) oder [www.statistikportal.de](http://www.statistikportal.de)). Quelle für die Daten zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und Kurzarbeitern sind die Ergebnisse der Bundesagentur für Arbeit.

<sup>14</sup> Im gesamten Kapitel werden die Erwerbstätigen am Arbeitsort betrachtet.

die Zunahme der Teilzeitbeschäftigung, die Neuregelung der geringfügigen Jobs in den Jahren 1999 und 2003 und die starke Zunahme der sogenannten „1-Euro-Jobs“ (Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung) ab dem Jahr 2005 sind nur einige der Faktoren, die zu dieser Strukturveränderung beigetragen haben. Die Veränderung der Arbeitszeitstruktur in Gesamtdeutschland und deren Eigenschaften in West- und Ostdeutschland (jeweils ohne Berlin) wird aus der folgenden Abbildung besonders ersichtlich.

Die Arbeitsproduktivität bezeichnet das Verhältnis der preisbereinigten wirtschaftlichen Leistung (Bruttoinlandsprodukt, Bruttowertschöpfung) zum Arbeitseinsatz. Dabei wird der Arbeitseinsatz in Erwerbstätigenstunden oder nach der Anzahl der Erwerbstätigen gemessen.

Die Bruttowertschöpfung, die zu Herstellungspreisen bewertet wird, ergibt sich für jeden Wirtschaftsbereich aus dem Bruttoproduktionswert zu Herstellungspreisen abzüglich der Vorleistungen zu Anschaffungspreisen.

Von 1999 bis 2008 stiegen im ganzen Bundesgebiet die Bruttowertschöpfung (BWS) und die Arbeitsproduktivität (Bruttowertschöpfung je geleistete Arbeitsstunde der Erwerbstätigen). Die Steigerung der BWS war in den ostdeutschen (+ 15,8 %) und in den westdeutschen Bundesländern (+ 16,7 %) ähnlich hoch. Die Arbeitsproduktivität dagegen wuchs in Ostdeutschland mit 29,3 % im Vergleich viel mehr als in Westdeutschland (13,4 %). Dieser relative <sup>15</sup> Mehranstieg der Arbeitsproduktivität in Ostdeutschland ergab sich auch in Folge der Modernisierungs- und Rationalisierungsprozesse in der Industrie. Die Effekte der Wiederbelebung der Konjunktur im Jahr 2006 lassen sich in ganz Deutschland am stärkeren Wachstum der BWS in den Jahren von 2006 bis 2008 belegen. Im selben Zeitraum stiegen auch die Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden (das sogenannte Arbeitsvolumen) und die Zahl der Erwerbstätigen, welche vorher einen in Westdeutschland nahezu konstanten und in Ostdeutschland abnehmenden Verlauf zeigten.

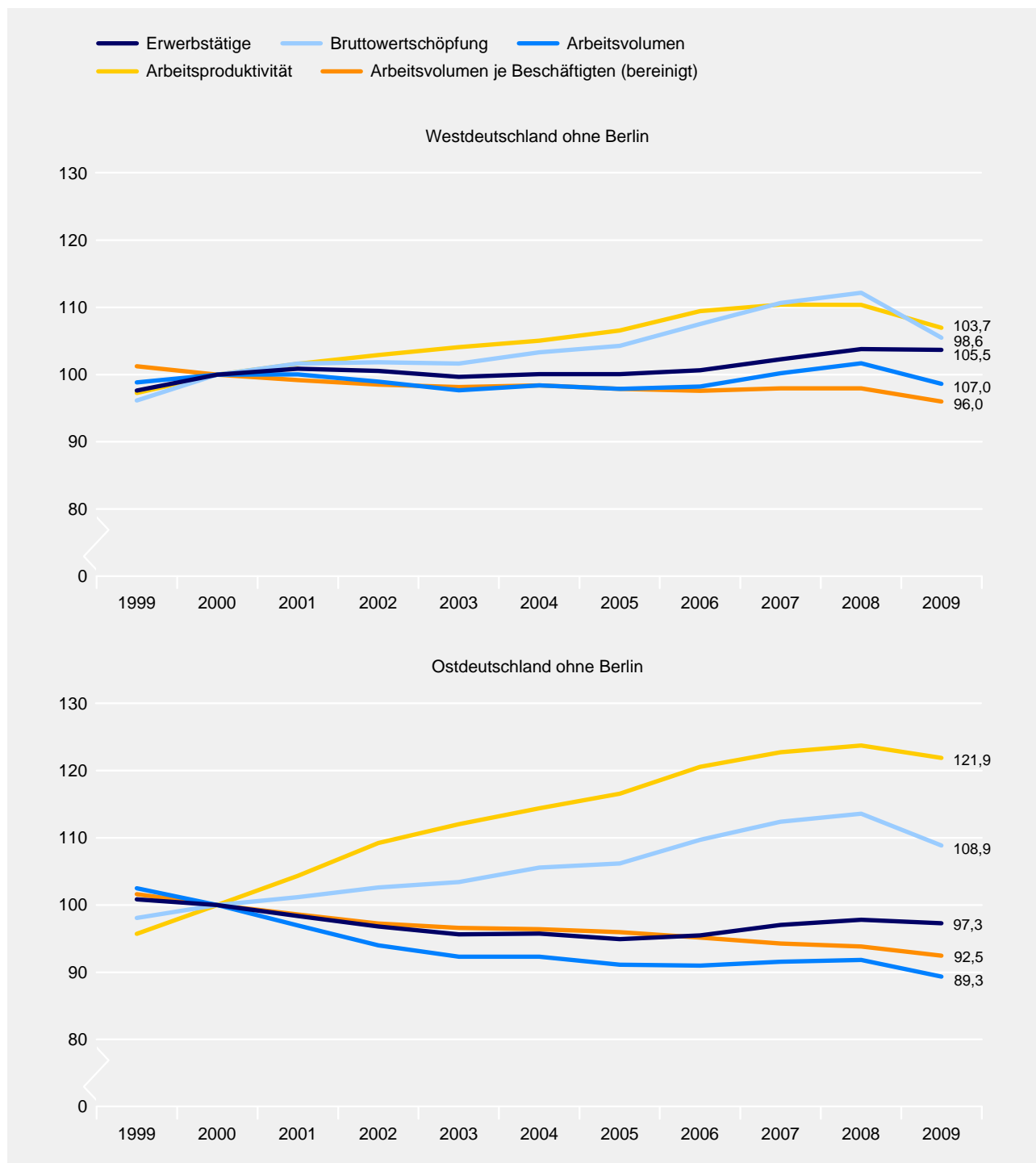
#### **Das Arbeitsvolumen pro Kopf nimmt ab: immer mehr Erwerbstätige, die aber immer weniger arbeiten; 2009 wurden pro Kopf 77 Stunden im Westen und 144 im Osten weniger gearbeitet als zehn Jahre zuvor**

Bei der Ermittlung des Arbeitsvolumens werden nur die tatsächlich geleisteten Arbeitsstunden berücksichtigt: Bezahlte, aber nicht geleistete Stunden wie Jahresurlaub, Elternzeit, Feiertage und Kurzarbeit werden nicht mitberechnet. Bei der Ermittlung der Erwerbstätigen dagegen zählen Beschäftigte in Kurzarbeit dazu, unabhängig von deren Arbeitsausfall. Dies bedeutet, dass eine Kurzarbeiterin oder ein Kurzarbeiter mit einem totalen Arbeitsausfall weiterhin zu den Erwerbstätigen zählt, obwohl sie oder er mit keiner einzigen Arbeitsstunde zum Arbeitsvolumen beiträgt. Um diese Diskrepanz zu berücksichtigen und einen Einblick auf das durchschnittlich geleistete Arbeitsvolumen je Erwerbstätigen, der auch tatsächlich Arbeitsstunden leistet, zu geben, wurde das Arbeitsvolumen im Verhältnis nicht zu allen Erwerbstätigen, sondern zu einer anhand der Kurzarbeiterzahl bereinigten Zahl der Erwerbstätigen gesetzt. Die Zahl der Erwerbstätigen wurde mit Hilfe der Zahl der Kurzarbeiterinnen und Kurzarbeiter und deren durchschnittlichem Jahresarbeitsausfall entsprechend reduziert. Das Ergebnis wurde dann als Referenzmaß genommen, um das bereinigte Arbeitsvolumen je Beschäftigten zu ermitteln. Aus der Betrachtung dieser Größe wird deutlich, wie sich die Arbeitszeitstruktur in den letzten Jahren verändert hat:

<sup>15</sup> Im Jahr 2008 lag die Arbeitsproduktivität in Ostdeutschland mit 28,20 Euro pro Arbeitsstunde immer noch unter dem Wert für Westdeutschland (37,80 Euro pro geleistete Arbeitsstunde).

Das durchschnittliche jährliche Arbeitsvolumen der einzelnen Beschäftigten verringert sich ständig. Diese Tendenz wird ab dem Jahr 2006 noch deutlicher, weil das Arbeitsvolumen je Beschäftigten trotz des Anstiegs des Arbeitsvolumens insgesamt und der Zahl der Erwerbstätigen weiterhin einen Rückgang zeigte. In den betrachteten zehn Jahren sank das bereinigte Arbeitsvolumen je Beschäftigten im Osten um ca. 9 %, was einem Verlust von 144 Stunden entspricht. Im Westen waren es ca. 77 Stunden, das bedeutet einen Rückgang von 5,2 %.

**Schaubild 7.1: Entwicklung ausgewählter Arbeitsmarktindikatoren im Zeitraum von 1999 bis 2009**  
in %



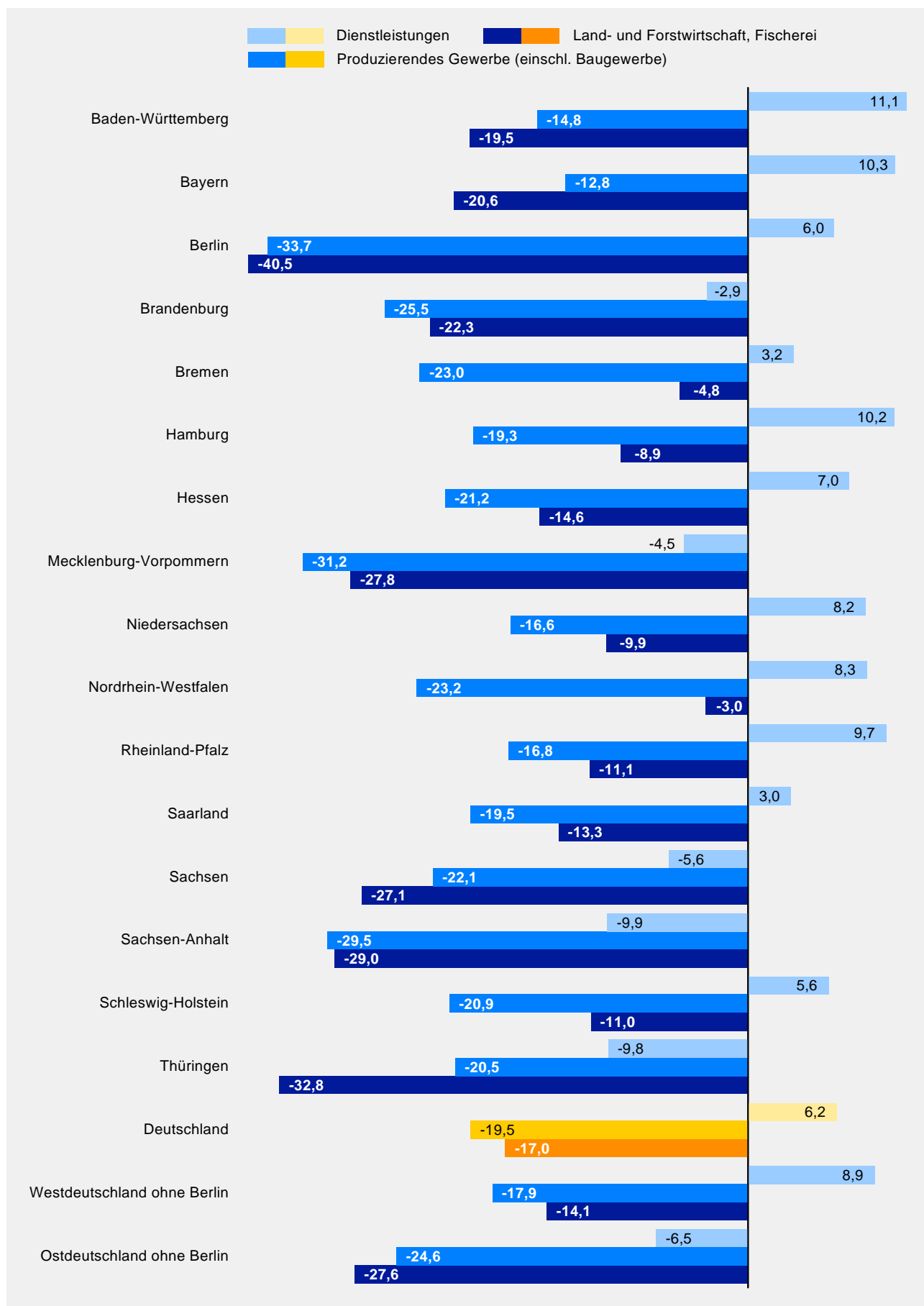
Quellen: Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder/Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen des Bundes bzw. der Länder



**Starker Rückgang des Arbeitsvolumens im Produzierenden Gewerbe – in den westdeutschen Bundesländern nimmt die Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden im Dienstleistungsbereich zu**

Wenn nicht nur die Wirtschaft insgesamt, sondern auch die drei klassischen Wirtschaftssektoren „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“ (primärer Sektor), „Produzierendes Gewerbe“ (sekundärer Sektor) und „Dienstleistungen“ (tertiärer Sektor) betrachtet werden, lässt sich feststellen, dass die Entwicklung des Arbeitsvolumens im Zeitraum von 1999 bis 2009 in den verschiedenen Sektoren ganz unterschiedlich war. Während im Produzierenden Gewerbe die Erwerbstätigen und das Arbeitsvolumen im Bundesgebiet sowie in den einzelnen Bundesländern einen klaren Rückgang aufwiesen (– 11,8 % bei den Erwerbstätigen und – 19,5 % beim Arbeitsvolumen in Gesamtdeutschland), wuchs im tertiären Sektor die Zahl der Erwerbstätigen in allen Ländern bis auf Thüringen. Das Arbeitsvolumen dagegen verzeichnete im Dienstleistungsbereich einen Anstieg in den westdeutschen Bundesländern um 8,9 % und im Bundesdurchschnitt um 6,2 %, während die geleisteten Arbeitsstunden in Ostdeutschland im Jahr 2009 deutlich unter der Zahl von 1999 lagen (– 6,5 %). Am meisten betroffen waren Sachsen-Anhalt (– 9,9 %) und Thüringen (– 9,8 %). Der stärkste Zuwachs des Arbeitsvolumens im Dienstleistungsbereich zeigte sich mit 11,1 % in Baden-Württemberg, gefolgt von Bayern mit 10,3 %. In der Land- und Forstwirtschaft sank das Arbeitsvolumen bundesweit. Im Bundesdurchschnitt lag der Rückgang bei – 17 %.

**Schaubild 7.2: Arbeitsvolumen nach Wirtschaftssektoren, Veränderung 2009 gegenüber 1999**  
in %



Quelle: Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

Tabelle 7.1: Entwicklung der Erwerbstätigen

Bundesland/ Gebietseinheit	Insgesamt			Land- und Forstwirtschaft, Fischerei		
	1999	2009	Veränderung in %	1999	2009	Veränderung in %
Baden-Württemberg .....	5 211 539	5 568 976	6,9	112 141	100 540	– 10,3
Bayern .....	6 199 668	6 643 308	7,2	220 706	191 418	– 13,3
Berlin .....	1 552 225	1 664 128	7,2	7 368	4 822	– 34,6
Brandenburg .....	1 067 508	1 055 632	– 1,1	44 710	38 024	– 15,0
Bremen .....	379 875	391 061	2,9	1 410	1 367	– 3,0
Hamburg .....	1 023 292	1 124 486	9,9	5 500	5 475	– 0,5
Hessen .....	2 971 599	3 114 311	4,8	46 617	44 942	– 3,6
Mecklenburg-Vorpommern .	755 180	730 878	– 3,2	36 670	28 839	– 21,4
Niedersachsen .....	3 439 042	3 675 846	6,9	121 387	121 392	0,0
Nordrhein-Westfalen .....	8 243 501	8 673 007	5,2	121 803	131 005	7,6
Rheinland-Pfalz .....	1 725 607	1 853 113	7,4	50 830	52 318	2,9
Saarland .....	495 277	506 037	2,2	4 221	3 976	– 5,8
Sachsen .....	1 982 259	1 936 528	– 2,3	54 430	41 779	– 23,2
Sachsen-Anhalt .....	1 081 721	1 009 653	– 6,7	38 983	29 892	– 23,3
Schleswig-Holstein .....	1 223 713	1 280 194	4,6	41 545	41 878	0,8
Thüringen .....	1 071 994	1 014 842	– 5,3	37 679	27 333	– 27,5
Westdeutschland <sup>1</sup> .....	30 913 113	32 830 339	6,2	726 160	694 311	– 4,4
Ostdeutschland <sup>1</sup> .....	5 958 662	5 747 533	– 3,5	212 472	165 867	– 21,9
<b>Deutschland</b> .....	<b>38 424 000</b>	<b>40 242 000</b>	<b>4,7</b>	<b>946 000</b>	<b>865 000</b>	<b>– 8,6</b>

Bundesland/ Gebietseinheit	Produzierendes Gewerbe			Dienstleistungsbereiche		
	1999	2009	Veränderung in %	1999	2009	Veränderung in %
Baden-Württemberg .....	1 892 154	1 777 898	– 6,0	3 207 244	3 690 538	15,1
Bayern .....	1 967 008	1 876 443	– 4,6	4 011 954	4 575 447	14,0
Berlin .....	301 041	215 390	– 28,5	1 243 816	1 443 916	16,1
Brandenburg .....	300 343	240 018	– 20,1	722 455	777 590	7,6
Bremen .....	93 611	80 348	– 14,2	284 854	309 346	8,6
Hamburg .....	182 772	161 071	– 11,9	835 020	957 940	14,7
Hessen .....	799 315	685 778	– 14,2	2 125 667	2 383 591	12,1
Mecklenburg-Vorpommern .	181 863	133 089	– 26,8	536 647	568 950	6,0
Niedersachsen .....	962 771	873 608	– 9,3	2 354 884	2 680 846	13,8
Nordrhein-Westfalen .....	2 439 013	2 056 431	– 15,7	5 682 685	6 485 571	14,1
Rheinland-Pfalz .....	516 672	471 745	– 8,7	1 158 105	1 329 050	14,8
Saarland .....	157 943	140 241	– 11,2	333 113	361 820	8,6
Sachsen .....	617 566	517 356	– 16,2	1 310 263	1 377 393	5,1
Sachsen-Anhalt .....	315 778	242 319	– 23,3	726 960	737 442	1,4
Schleswig-Holstein .....	284 720	242 082	– 15,0	897 448	996 234	11,0
Thüringen .....	337 430	296 183	– 12,2	696 885	691 326	– 0,8
Westdeutschland <sup>1</sup> .....	9 295 979	8 365 645	– 10,0	20 890 974	23 770 383	13,8
Ostdeutschland <sup>1</sup> .....	1 752 980	1 428 965	– 18,5	3 993 210	4 152 701	4,0
<b>Deutschland</b> .....	<b>11 350 000</b>	<b>10 010 000</b>	<b>– 11,8</b>	<b>26 128 000</b>	<b>29 367 000</b>	<b>12,4</b>

<sup>1</sup> Ohne Berlin.

Quelle: Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder

In den Jahren zwischen 1999 und 2009 hat auch eine Verschiebung des Arbeitsvolumens vom sekundären zum tertiären Sektor stattgefunden: Im Jahr 1999 wurden im Bundesgebiet 30,6 % des gesamten Arbeitsvolumens im Produzierenden Gewerbe geleistet, während es 2009 nur noch 25,2 % waren. Der Anteil der im Dienstleistungsbereich geleisteten Arbeitsstunden, gemessen am Arbeitsvolumen der Gesamtwirtschaft, stieg dagegen von 66,3 % im Jahr 1999 auf 72,1 % im Jahr 2009. Diese Verschiebung lässt sich in Westdeutschland (von 31,2 % auf 25,6 % im Produzierenden Gewerbe, von 65,7 % auf 71,7 % im Dienstleistungsbereich) und in moderaterem Umfang in Ostdeutschland (von 30,6 % auf 26,5 % im Produzierenden Gewerbe, von 65,5 % auf 70,3 % bei den Dienstleistungen) feststellen. Die größten Absenkungen beim Arbeitsvolumen im Produzierenden Gewerbe fanden in Nordrhein-Westfalen (von 31,1 % im Jahr 1999 auf 24,3 % im Jahre 2009), in Baden-Württemberg (5,7 Prozentpunkte Rückgang führten für 2009 zu einem Anteil von 31,5 %) und Berlin (der Anteil sank von 20,1 % auf 13,6 %) statt. Die im Dienstleistungsbereich geleisteten Arbeitsstunden nahmen in denselben Ländern am stärksten zu. Der Anteil des Arbeitsvolumens kletterte in Nordrhein-Westfalen von 67,0 % im Jahr 1999 auf 73,8 % im Jahr 2009, in Berlin von 79,4 % auf 86,1 % und in Baden-Württemberg von knappen 60 % auf 66,2 %.

In der Land- und Forstwirtschaft lag der Anteil des Arbeitsvolumens im Jahr 2009 im Bundesgebiet bei 2,7 %, während es im Jahre 1999 immerhin noch 3,1 % gewesen waren.

### 7.3 Kurzarbeit

Als Kurzarbeiterin oder Kurzarbeiter gelten beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, bei denen wegen eines vorübergehenden Arbeitsausfalles mehr als zehn Prozent der betriebsüblichen Arbeitszeit ausfallen und die Anspruch auf Kurzarbeitergeld haben.

Kurzarbeitergeld wird als Lohnersatzleistung nach §§ 169 ff SGB III gewährt. Dabei muss ein erheblicher Arbeitsausfall mit Entgeltausfall aus wirtschaftlich bedingten Gründen (§ 170 SGB III) vorliegen und die betrieblichen und persönlichen Voraussetzungen (§§ 171 und 172 SGB III) müssen erfüllt sein. Als Sonderformen gibt es neben dem „normalen“ Kurzarbeitergeld das Saison-Kurzarbeitergeld nach § 175 SGB III und das Transferkurzarbeitergeld nach § 216b SGB III.

Ausgleichszahlungen an Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer im Fall von Kurzarbeit werden in Deutschland seit Anfang des letzten Jahrhunderts gesetzlich festgelegt. Vorläufer dafür war im Jahr 1909 das Gesetz zur Änderung des Tabaksteuergesetzes, welches für die Arbeitsausfälle in der Tabakverarbeitung konzipiert wurde und im Jahr 1910 das Kali-Gesetz zur Regelung der Kompensation des Arbeits- und Verdienstaufschlags im Kalibergbau und in der Düngemittelindustrie. Es folgte nach dem ersten Weltkrieg die Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge vom 13. November 1918, welche die Forderungen für ausgefallene Arbeitsstunden regulierte. Die dramatische Lage der Wirtschaftskrise während der Weimarer Republik führte dann zur Verordnung über die Aufbringung der Mittel für die Erwerbslosenfürsorge vom 15. Oktober 1923, welche in der Fassung vom 16. Februar 1924 die Fürsorge von den kommunalen Fürsorgeausschüssen in die Hände der öffentlichen Arbeitsnachweise legte. Hier wurde das erste Mal die „Kurzarbeiterunterstützung“, die der heutigen Form des Kurzarbeitergeldes entspricht, erwähnt. Die Kurzarbeiterunterstützung kam im Jahr 1924 und im Jahr 1932 massiv zum Einsatz, betroffen davon waren ein Viertel aller Arbeiterinnen und Arbeiter sowie Angestellten im Jahr 1924 und mehr als 20 % im Jahr 1932. Die Gestaltung der Regelung der Kurzarbeiterunterstützung wurde später von der Bundesrepublik zum großen Teil übernommen und kam in beträchtlichem

Umfang in der zweiten Hälfte der 1960er- und 1970er-Jahre sowie in der ersten Hälfte der 1980er-Jahre zur Anwendung. In den 1990er-Jahren wurde sie wieder aktuell, hauptsächlich im Jahre 1991 in den ostdeutschen Bundesländern (1,6 Millionen Kurzarbeiter im Jahresdurchschnitt) und im Jahre 1993 in den westdeutschen Bundesländern (760 000 betroffene Beschäftigte).

**Tabelle 7.2: Kurzarbeiterinnen und Kurzarbeiter 1999, 2003 und 2009 im Jahresdurchschnitt nach Geschlecht, Anzahl und Verhältnissen 2009 zu 1999 und zu 2003<sup>1</sup>**

Bundesland/ Gebietseinheit	1999		2003	
	insgesamt	weiblich	insgesamt	weiblich
Baden-Württemberg .....	15 612	4 559	34 623	8 542
Bayern .....	13 307	4 432	26 991	7 707
Berlin .....	3 345	697	4 485	1 230
Brandenburg .....	4 744	1 076	5 675	1 228
Bremen .....	1 561	132	1 841	351
Hamburg .....	1 151	181	2 032	450
Hessen .....	6 396	1 397	17 651	6 566
Mecklenburg-Vorpommern .....	2 907	618	2 939	1 287
Niedersachsen .....	7 383	1 268	13 748	2 691
Nordrhein-Westfalen .....	34 492	3 904	47 205	8 238
Rheinland-Pfalz .....	4 887	993	9 170	1 912
Saarland .....	1 643	201	2 495	397
Sachsen .....	7 974	2 282	10 641	3 608
Sachsen-Anhalt .....	4 043	937	4 613	1 139
Schleswig-Holstein .....	3 237	580	4 740	813
Thüringen .....	5 965	2 077	6 524	2 192
Westdeutschland <sup>2</sup> .....	89 669	17 646	160 496	37 669
Ostdeutschland <sup>2</sup> .....	25 633	6 990	30 391	9 454
<b>Deutschland<sup>3</sup></b> .....	<b>118 647</b>	<b>25 334</b>	<b>195 371</b>	<b>48 352</b>

1 Stand: März 2010.

2 Ohne Berlin.

3 Die Summe der Länderwerte ergibt nicht den Wert für Deutschland aufgrund unvollständiger Meldungen der Berichtspflichtigen.

Quelle: Kurzarbeiterstatistik der BA

**Noch:** Tabelle 7.2: Kurzarbeiterinnen und Kurzarbeiter 1999, 2003 und 2009 im Jahresdurchschnitt nach Geschlecht, Anzahl und Verhältnissen 2009 zu 1999 und zu 2003<sup>1</sup>

Bundesland/ Gebietseinheit	2009		2009/1999		2009/2003	
	insgesamt	weiblich	insgesamt	weiblich	insgesamt	weiblich
Baden-Württemberg .....	237 590	57 042	15,2	12,5	6,9	6,7
Bayern .....	224 573	50 436	16,9	11,4	8,3	6,5
Berlin .....	14 145	3 286	4,2	4,7	3,2	2,7
Brandenburg .....	20 390	4 055	4,3	3,8	3,6	3,3
Bremen .....	15 340	3 175	9,8	24,1	8,3	9,0
Hamburg .....	12 297	2 791	10,7	15,4	6,1	6,2
Hessen .....	73 030	16 736	11,4	12,0	4,1	2,5
Mecklenburg-Vorpommern .	8 059	1 299	2,8	2,1	2,7	1,0
Niedersachsen .....	81 534	14 368	11,0	11,3	5,9	5,3
Nordrhein-Westfalen .....	247 575	45 895	7,2	11,8	5,2	5,6
Rheinland-Pfalz .....	46 248	8 257	9,5	8,3	5,0	4,3
Saarland .....	22 775	4 083	13,9	20,3	9,1	10,3
Sachsen .....	53 709	13 167	6,7	5,8	5,0	3,6
Sachsen-Anhalt .....	19 577	3 962	4,8	4,2	4,2	3,5
Schleswig-Holstein .....	18 841	3 663	5,8	6,3	4,0	4,5
Thüringen .....	35 980	9 238	6,0	4,4	5,5	4,2
Westdeutschland <sup>2</sup> .....	979 804	206 446	10,9	11,7	6,1	5,5
Ostdeutschland <sup>2</sup> .....	137 714	31 720	5,4	4,5	4,5	3,4
<b>Deutschland<sup>3</sup></b> .....	<b>1 142 674</b>	<b>243 485</b>	<b>9,6</b>	<b>9,6</b>	<b>5,8</b>	<b>5,0</b>

1 Stand: März 2010.

2 Ohne Berlin.

3 Die Summe der Länderwerte ergibt nicht den Wert für Deutschland aufgrund unvollständiger Meldungen der Berichtspflichtigen.

Quelle: Kurzarbeiterstatistik der BA

Von 1999 auf 2009 hat sich die Zahl der Kurzarbeiterinnen und Kurzarbeiter in Deutschland von 118 647 auf 1 142 674 fast verzehnfacht. Die Erhöhung war in Westdeutschland mit dem 10,9-fachen ungefähr doppelt so hoch wie in Ostdeutschland (5,4-fach). Die höchsten Steigerungen wurden in Bayern, wo sich die Zahl der Kurzarbeiterinnen und Kurzarbeiter um 16,9 vervielfachte, und in Baden-Württemberg (15,2-fach) verzeichnet; die niedrigsten in Mecklenburg-Vorpommern (2,8-fach) und Berlin (4,2-fach). Geschlechtsspezifische Unterschiede ließen sich im Bundesgebiet nicht feststellen, die Steigerungen bei den männlichen und weiblichen Beschäftigten betrugen jeweils das 9,6-fache. In Westdeutschland stieg jedoch die Anzahl der Kurzarbeiterinnen gegenüber den männlichen Kollegen proportional stärker als in Ostdeutschland. Die bevölkerungs- und erwerbstätigenreichsten Länder wiesen in allen Jahren auch die höchsten Anteile an Kurzarbeiterinnen und -arbeitern aus. Der Anteil der weiblichen und männlichen Kurzarbeiter an der Gesamtzahl des Bundesgebietes lag im Jahre 2009 in Nordrhein-Westfalen bei 21,7 %, in Baden-Württemberg bei 20,8 % und in Bayern bei 19,6 %.

Auch der Konjunktureinbruch von 2001 bis 2003 hatte, wenn auch deutlich weniger als die letzte Wirtschaftskrise, zu einem massiven Einsatz der Kurzarbeit – insbesondere in Westdeutschland – geführt: Die Zahl der Kurzarbeiterinnen und Kurzarbeiter im Bundesgebiet wuchs um 64,6 % von 1999 auf 2003, wobei in den westdeutschen Bundesländern das Wachstum bei ca. 79 % und in den ostdeutschen Bundesländern bei

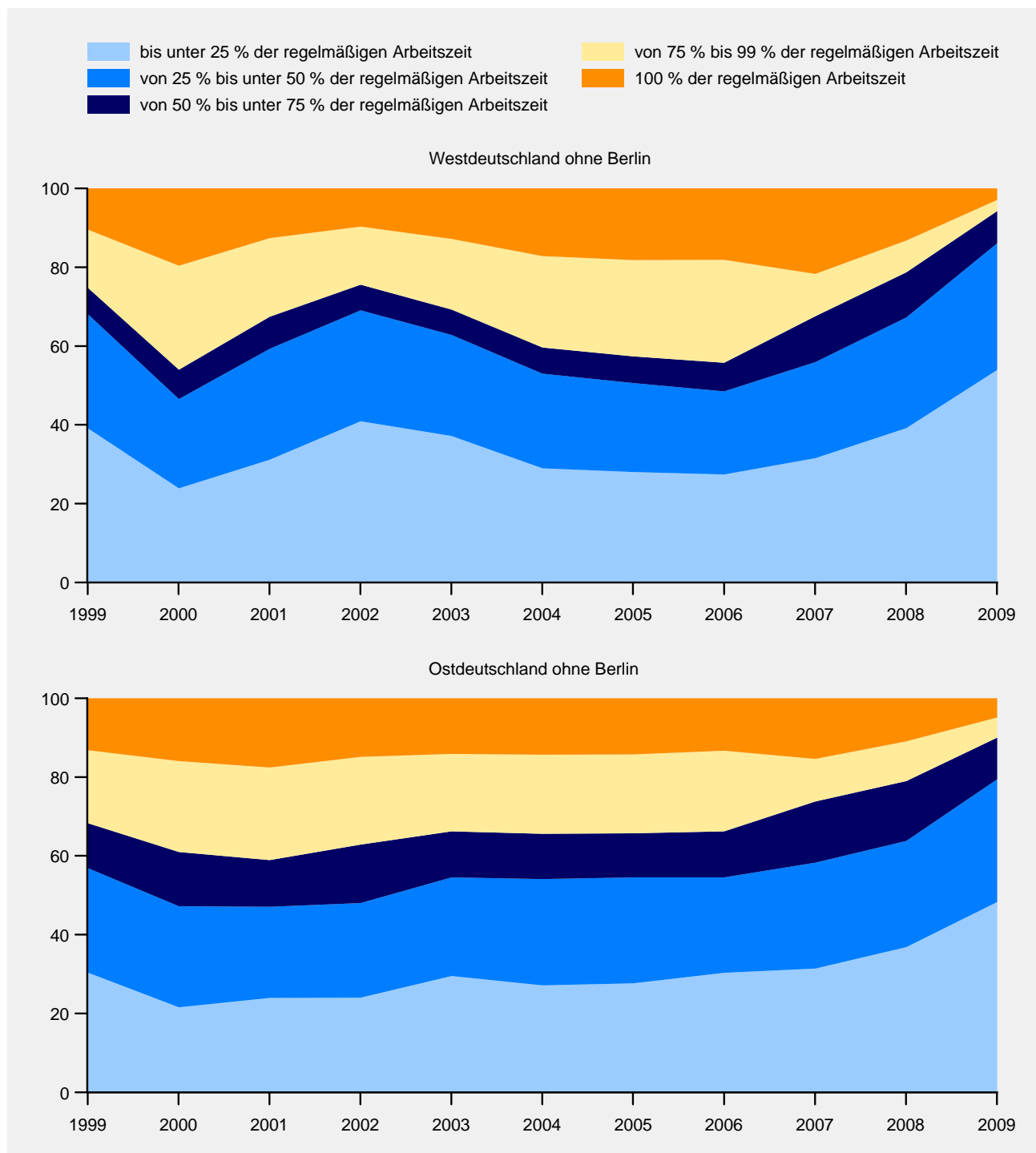
18,6 % lag. Betrachtet man nur den Zeitraum von 2003 bis 2009, lässt sich feststellen, dass die Erhöhungen in Westdeutschland mit dem 6,1-fachen für alle Beschäftigten und 5,5-fachen für die Frauen immer höher als die in Ostdeutschland waren (das 4,5-fache insgesamt und das 3,4-fache für die weiblichen Beschäftigten).

Der Anteil der Kurzarbeiterinnen und Kurzarbeiter an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Deutschland lag in den Jahren 1999 bis 2008 in der Gesamtwirtschaft immer unter 0,75 %, außerhalb der Krisenjahre 2002, 2003 und 2004 sogar unter 0,5 %. Ähnlich war die Lage im sekundären Sektor, wo die Werte meistens unter 1,5 % lagen. Die Anteile in allen Sektoren lagen im Osten immer etwas höher als im Westen (durchschnittlich um knapp 0,5 % mehr). Aufgrund der Wirtschaftskrise änderte sich die Lage im Jahr 2009 gewaltig. Der Anteil der weiblichen und männlichen Kurzarbeiter an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten kletterte im ganzen Bundesgebiet auf 4,2 % in der Gesamtwirtschaft und auf 11 % im sekundären Sektor. Das Saarland und Baden-Württemberg wiesen in der Gesamtwirtschaft (6,6 % bzw. 6,2 %) und im Produzierenden Gewerbe (16 % bzw. 13,6 %) die höchsten Anteile auf. Im Dienstleistungsbereich lag der höchste Anteil mit 3,3 % in Bremen, gefolgt von Baden-Württemberg mit 1,5 %.

#### Die Zahl der Kurzarbeiterinnen und Kurzarbeiter steigt stetig, aber ab 2006 wurden die Arbeitsausfallzeiten je Kurzarbeiter geringer

Das Ausmaß des Arbeitsausfalles ist bei den Kurzarbeiterinnen und Kurzarbeitern besonders relevant. Es wird in fünf Größenklassen typisiert: bis unter 25 % der regelmäßigen Arbeitszeit, von 25 % bis unter 50 %, von 50 % bis unter 75 %, von 75 % bis 99 % und 100 %. Aus der Aufteilung der Kurzarbeiterinnen und Kurzarbeiter nach Arbeitsausfall für die Jahre von 1999 bis 2009 in Ost- und Westdeutschland (siehe Grafik 7.3) lässt sich erkennen, dass in allen Jahren bis 2006 die weiblichen und männlichen Kurzarbeiter im Osten einen höheren Arbeitsausfall als im Westen verkraften mussten. Mehr als 43 % aller Betroffenen hatten einen Arbeitsausfall von mehr als 50% der regelmäßigen Arbeitszeit. In den Jahren 2000 bis 2002 war es sogar mehr als die Hälfte der Kurzarbeiterinnen und Kurzarbeiter. Im Westen sowie im gesamten Bundesgebiet war die Entwicklung dynamischer, die höchsten Anteile aber allgemein weniger dramatisch als im Osten. Der größte Anteil an Kurzarbeiterinnen und Kurzarbeitern mit einem Arbeitsausfall von mehr als der Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit wurde im Bundesgebiet und in Westdeutschland im Jahr 2000 erreicht (54 % bzw. 53 %).

**Schaubild 7.3: Kurzarbeiterinnen und Kurzarbeiter nach Arbeitsausfall 1999 bis 2009**  
in %



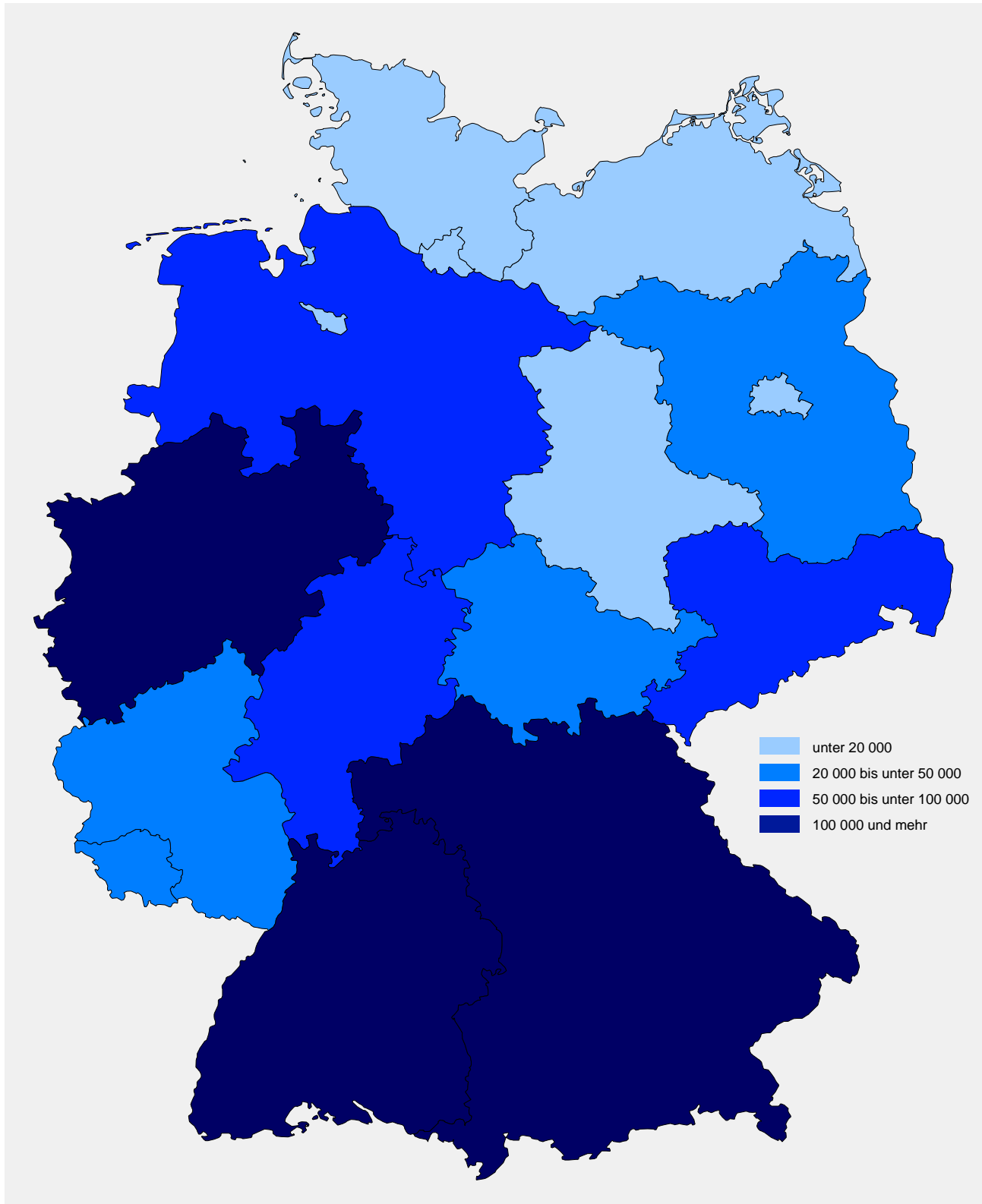
Quelle: Kurzarbeiterstatistik der BA



Ab 2006 lässt sich im Westen und im Osten ein ähnlicher Verlauf feststellen: Die Beschäftigten wurden mit niedrigeren Arbeitsausfällen belastet. Der Anteil der Kurzarbeiterinnen und Kurzarbeiter mit einem Arbeitsausfall von weniger als der Hälfte der regelmäßigen Arbeitszeit wuchs in den ostdeutschen Bundesländern von 54,5 % auf 79,4 %, in den westdeutschen Bundesländern von 48,5 % auf 86,1 %. Im Jahr 2009 hatten in Westdeutschland mehr als die Hälfte der weiblichen und männlichen Kurzarbeiter einen Arbeitsausfall von weniger als einem Viertel der regelmäßigen Arbeitszeit, in Ostdeutschland waren es gut 48 %. Der Anteil der Kurzarbeiterinnen und Kurzarbeiter mit totalem Arbeitszeitausfall lag im Jahre 2009 bei 4,9 % in den östlichen und bei 2,9 % in den westlichen Bundesländern.

2009 waren im Bundesgebiet mehr als acht von zehn Kurzarbeiterinnen und Kurzarbeitern im Produzierenden Gewerbe tätig (knapp 83 %). Die höchsten Anteile wiesen Thüringen mit ca. 89 % und die Länder Baden-Württemberg und Bayern mit jeweils ca. 86 % auf, den niedrigsten Anteil verzeichnete Hamburg mit 53 %. Auf den Dienstleistungsbereich entfielen im gesamten Bundesgebiet 17 % aller weiblichen und männlichen Kurzarbeiter, wobei die meisten im Bereich Handel, Gastgewerbe, Verkehr und Nachrichtenübermittlung tätig waren. Der höchste Anteil von Kurzarbeiterinnen und Kurzarbeitern im tertiären Sektor wurde in Hamburg mit 47 % registriert. Die Stadtstaaten Hamburg, Bremen und Berlin wiesen mit 29 %, 27 % und 14 % die höchsten Anteile für den Bereich Handel, Gastgewerbe, Verkehr und Nachrichtenübermittlung auf. Im Baugewerbe waren von Kurzarbeit die Länder Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein am meisten betroffen mit 22 % und 16 % des gesamten Umfangs.

Schaubild 7.4: Kurzarbeiterinnen und Kurzarbeiter 2009



Quelle: Kurzarbeiterstatistik der BA

© Bundesamt für Kartographie und Geodäsie, Frankfurt am Main, 2012

**Tabelle 7.2: Kurzarbeiterinnen und Kurzarbeiter nach Bundesländern und Wirtschaftsbereichen 2009**

Bundesland/ Gebietseinheit	Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	Baugewerbe	Handel, Gastgewerbe, Verkehr und Nachrichten- übermittlung	Kredit- und Versicherungs- gewerbe, Wohnungs- wesen	Öffentliche Verwaltung, Erziehung, Gesundheit, sonstige Dienst- leistungen und private Haushalte
Baden- Württemberg .....	39	198 628	5 205	19 480	11 781	2 400
Bayern .....	65	182 557	10 432	16 871	10 976	3 300
Berlin .....	10	8 689	1 228	2 010	1 907	293
Brandenburg .....	117	13 439	2 867	2 139	1 660	167
Bremen .....	0	7 887	783	4 089	2 505	76
Hamburg .....	0	5 903	569	3 562	1 949	311
Hessen .....	29	52 314	3 392	9 910	6 829	470
Mecklenburg- Vorpommern .....	25	4 028	1 755	1 010	797	444
Niedersachsen .....	67	58 532	8 393	8 390	5 625	462
Nordrhein- Westfalen .....	78	193 122	10 039	26 706	14 279	3 092
Rheinland-Pfalz .....	16	36 507	2 675	4 233	2 509	279
Saarland .....	1	19 145	723	1 520	1 267	109
Sachsen .....	145	39 626	5 296	3 976	4 144	502
Sachsen-Anhalt .....	91	13 802	2 681	1 611	1 261	129
Schleswig-Holstein ..	32	11 860	2 984	2 465	854	633
Thüringen .....	86	28 675	3 399	2 232	1 383	202
Westdeutschland .....	327	766 456	45 194	97 225	58 572	11 131
Ostdeutschland .....	464	99 569	15 998	10 967	9 245	1 444
<b>Deutschland .....</b>	<b>801</b>	<b>874 843</b>	<b>62 437</b>	<b>110 214</b>	<b>69 739</b>	<b>12 872</b>

Quelle: Kurzarbeiterstatistik der BA

## 7.4 Fazit

Im Zeitraum 1999 bis 2009 haben sich die Arbeitszeitstruktur und das Arbeitsvolumen in Deutschland stark verändert. Der Einsatz von Maßnahmen zur Verhinderung des Abbaus von Arbeitsstellen und zur Förderung der Selbstständigkeit haben einige negative Auswirkungen der Wirtschaftskrisen eingrenzen und Verluste in der Anzahl der Erwerbstätigen tatsächlich vermeiden können. Das Arbeitsvolumen hat sich dabei verringert, insgesamt und je Beschäftigten. In den betrachteten zehn Jahren sind 77 Arbeitsstunden pro Kopf in den westdeutschen und fast das Doppelte in den ostdeutschen Bundesländern weniger geleistet worden. Anhand des Länderindicators Vollzeitäquivalente wird im Anhang dieser Broschüre gezeigt, dass ein Wandel von der traditionellen Art der Beschäftigung in Vollzeit zu Gunsten anderer Beschäftigungsformen stattgefunden hat.

### 8 Schlussbemerkungen

Der Titel dieses Heftes kündigte an, einen Wandel darzustellen. Tatsächlich haben wir gesehen, dass die Arbeitsmärkte einem ständigen Wandel unterliegen. In jedem Kapitel des Heftes wurde nicht nur ein Zustand beschrieben sondern auch eine Zeitschiene betrachtet – in den meisten Fällen ein Jahrzehnt, für die Erwerbstätigkeit der Zeitraum seit der deutschen Wiedervereinigung. In keinem der behandelten Bereiche verharrten die zentralen Indikatoren mehrere Jahre lang auf einem Fleck und in nur sehr wenigen Teilprozessen des Arbeitsmarktes vollzogen sich die beobachteten Entwicklungen im Berichtszeitraum durchgängig in die gleiche Richtung. Die Erwerbstätigkeit stieg, fiel und stieg erneut; die Erwerbslosigkeit fiel, stieg auf Rekordhöhen und fiel im Anschluss weit unter das vorherige Niveau. Die Mobilität der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten entwickelte sich seit der Jahrtausendwende faktisch durchgehend aufwärtsgerichtet. Die Zahl der Zeitarbeiter erreichte Mitte 2008 ein historisches Maximum, nur um nach dem Einsetzen der Wirtschaftskrise innerhalb weniger Monate massiv abzustürzen. Die Liste ließe sich beliebig fortsetzen.

Als übergreifende Entwicklungstendenz der letzten zehn Jahre lässt sich festhalten, dass die deutsche Arbeitswelt breiter und bunter geworden ist. Breiter in dem Sinne, dass in Deutschland heute mehr Menschen als je zuvor als Erwerbspersonen aktiv sind und dass sich auch und vor allem Bevölkerungssteile wie Frauen oder ältere Personen, die auf den Arbeitsmärkten früher unterrepräsentiert waren oder es noch sind, verstärkt einbringen. Bunter in dem Sinne, dass die Vielfalt an Beschäftigungsformen weiter zugenommen hat. Sogenannte atypische Beschäftigungen spielen heute eine weitaus größere Rolle als noch vor zehn Jahren, wenngleich die sozialversicherungspflichtige „Normalbeschäftigung“ nach wie vor die dominierende Erwerbsform in Deutschland ist. Die Konsequenz des breiteren und bunteren Arbeitsmarktes hat die Betrachtung des geleisteten Arbeitsvolumens im letzten Kapitel aufgezeigt: Ein stagnierender oder gar rückläufiger Umfang an vorhandener Arbeit verteilt sich heute auf eine größere Zahl von Köpfen.

Die andere Ankündigung des Hefttitels war, dass wir es in Deutschland nicht mit *einem* Arbeitsmarkt sondern mit mehreren Arbeitsmärkten zu tun haben. Im Rückblick kann man wohl sagen, dass sich diese Ankündigung durch die Erkenntnisse der vorliegenden Beiträge bestätigt hat. Wie ein roter Faden zieht sich die Diskrepanz zwischen dem ostdeutschen und dem westdeutschen Arbeitsmarkt durch das Heft: Während die Zahl der Erwerbstätigen seit der Wiedervereinigung im Westen insgesamt gestiegen ist, ist sie im Osten insgesamt gesunken. In Sachen Erwerbslosigkeit spielen die ostdeutschen Länder nach wie vor in einer ganz anderen Liga als die Westländer. Bei den Erwerbstätigenquoten insgesamt und bei der Erwerbstätigkeit Älterer hinkte der Osten jahrelang hinterher, hat aber zuletzt aufgeholt. Die Frauenerwerbsquoten waren hingegen in Ostdeutschland schon immer höher als im Westen. Der Durchschnittsverdienst eines Ostdeutschen liegt weit unter dem eines Westdeutschen und die Wahrscheinlichkeit, als Ostdeutscher einen Niedriglohn zu erhalten, ist gut doppelt so hoch wie für einen Westdeutschen. Ostdeutsche Beschäftigte sind im Durchschnitt älter als westdeutsche und arbeiten bevorzugt als Kraftfahrzeugführer, während die Westdeutschen stärker zum Büroberuf tendieren. Es gibt weitere Trennlinien wie zum Beispiel zwischen den Stadtstaaten und den Flächenländern, zwischen nördlichen und südlichen, stark oder weniger stark industriell geprägten Ländern, doch keines dieser Gegensatzpaare weist so durchgängige, klare Unterschiede auf wie sie zwischen Ostdeutschland und Westdeutschland ganz offensichtlich (noch?) bestehen.

Was sich in kommenden Jahren auf den deutschen Arbeitsmärkten tun wird, ob sie sich zum Guten oder Schlechten entwickeln und inwiefern sie sich auf Dauer aneinander angleichen oder aber weiter diversifizieren werden, ist nicht abzusehen. Es entspricht auch nicht dem Selbstverständnis der amtlichen Statistik, zukünftige Entwicklungen zu prognostizieren. Eines jedoch kann man wohl gefahrlos vorhersagen: Es wird kein Stillstand herrschen, denn nichts ist auf einem Arbeitsmarkt so sicher wie der beständige Wandel.

## Anhang

### Erwerbstätige in Vollzeitbeschäftigteneinheiten (Vollzeitäquivalenten) – Länderergebnisse

Auf der Bundes- und der Landesebene gibt das Arbeitsvolumen Auskunft über den Umfang des Arbeitseinsatzes. Aufgrund mangelnder Quellen kann dieser Indikator jedoch nicht für die Ebene der kreisfreien Städte und Kreise berechnet werden. Für diese Ebene lassen sich jedoch die Erwerbstätigen in Vollzeitbeschäftigteneinheiten, sogenannte „Vollzeitäquivalente“<sup>16</sup>, ermitteln. Auf der Basis dieser Größe wird eine Art standardisiertes Arbeitsvolumen oder „Standard-Arbeitsvolumen“ ermittelt<sup>17</sup>. Dieses ist einer der Gründe, warum die Statistischen Ämter der Länder die Vollzeitäquivalente für die Kreise sowie für die Länder berechnen.<sup>18</sup>

Die Vollzeitäquivalente (VZÄ) eignen sich auch zur Darstellung der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, die sich in den letzten Jahren zunehmend gezeigt hat. Andere Formen der Beschäftigung, wie die Teilzeit- und die geringfügige Beschäftigung, haben gegenüber der traditionellen Vollzeitbeschäftigung stark an Bedeutung gewonnen. Dieses Phänomen wird von der Zahl der Erwerbstätigen nicht abgebildet, da es sich um eine reine „Kopfzahl“ handelt: Eine Person, die gegen Bezahlung nur eine Stunde in der Woche arbeitet und eine Person in Vollzeit werden gleich gezählt. Das Vollzeitäquivalent drückt die Erwerbstätigen dagegen in „Vollzeitbeschäftigteneinheiten“ aus. Die Erwerbstätigen werden nach ihrer Stellung im Beruf, Wirtschaftszweig und Region in verschiedene Gruppen aufgeteilt und dann nach dem Ausmaß ihrer Beteiligung am Erwerbsprozess gewichtet. Eine Gewichtung nach den tariflich unterschiedlichen Arbeitszeiten erfolgt nicht, ein Vollzeitbeschäftigter zählt immer als ein Vollzeitäquivalent, unabhängig davon, ob er tariflich 38 oder 40 Wochenstunden arbeiten muss.

Aus den Berechnungen der Statistischen Ämter der Länder für den Zeitraum 1999 bis 2008<sup>19</sup> lässt sich erkennen, dass bei einer Zunahme der Erwerbstätigen die Vollzeitäquivalente in geringerem Maße zunahm. Hingegen fiel bei einer Abnahme der Erwerbstätigen der Rückgang der Vollzeitäquivalente stärker aus. Am deutlichsten wird das am Beispiel des Saarlands, wo die Erwerbstätigen eine Zunahme von 3 % und die Vollzeitäquivalente eine Abnahme von 1,4 % verzeichneten. In Sachsen-Anhalt, dem Land mit dem größten Rückgang bei der Erwerbstätigenzahl (–6,2 %), war der Rückgang bei der Anzahl der Vollbeschäftigteneinheiten mit –12,8 % mehr als doppelt so groß. Schon aus diesen wenigen Zahlen lässt sich erkennen, dass die traditionelle Vollzeitbeschäftigung im Zeitraum von 1999 bis 2008 gegenüber den anderen Formen der Erwerbstätigkeit nachgelassen hat. Das Ausmaß und die Besonderheiten dieser Veränderung werden aus folgender Aufstellung deutlicher, in der die Erwerbstätigen in Vollbeschäftigteneinheiten je 100 Erwerbstätige, das sogenannte „Vollzeitäquivalent je 100 Erwerbstätige“, betrachtet werden.

<sup>16</sup> Das Statistische Bundesamt berechnet und veröffentlicht hierzu keine Ergebnisse für Deutschland.

<sup>17</sup> Das Europäische System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen nennt neben dem Arbeitsvolumen als beste Lösung auch die Vollzeitäquivalente als ergänzenden Messwert für den Arbeitseinsatz. Sie bieten den Vorteil, dass sie leichter geschätzt werden können, sodass internationale Vergleiche mit Ländern, die die Erwerbstätigkeit lediglich in der Form von Vollzeitäquivalenten schätzen können, möglich sind.

<sup>18</sup> Nähere Informationen und Ergebnisse finden sich in der Gemeinschaftsveröffentlichung Erwerbstätigenrechnung der Statistischen Ämter der Länder, Reihe 2, Band 3 „Erwerbstätige in Vollzeitäquivalenten in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland“ unter <http://www.hsl.de/erwerbstaetigenrechnung/Veroeffentlichungen.htm> oder <http://www.statistikportal.de/Statistik-Portal/publ.asp>.

<sup>19</sup> Obwohl Daten zu den Erwerbstätigen für das Jahr 2009 schon vorliegen, stehen Daten zu Vollzeitäquivalenten für 2009 zurzeit noch nicht zur Verfügung.

Tabelle 1: Entwicklung der Erwerbstätigen und der Vollzeitäquivalente

Bundesland	Vollzeitäquivalente			Erwerbstätige		
	1999	2008	Veränderung in %	1999	2008	Veränderung in %
Baden-Württemberg .....	4 458 599	4 699 711	5,4	5 211 539	5 601 554	7,5
Bayern .....	5 336 752	5 613 212	5,2	6 199 668	6 648 536	7,2
Berlin .....	1 384 607	1 390 621	0,4	1 552 225	1 638 017	5,5
Brandenburg .....	974 636	893 288	– 8,3	1 067 508	1 048 299	– 1,8
Bremen .....	321 080	322 781	0,5	379 875	392 371	3,3
Hamburg .....	889 560	954 221	7,3	1 023 292	1 114 152	8,9
Hessen .....	2 566 374	2 612 928	1,8	2 971 599	3 114 200	4,8
Mecklenburg-Vorpommern ..	684 174	618 034	– 9,7	755 180	732 144	– 3,1
Niedersachsen .....	2 901 348	2 986 070	2,9	3 439 042	3 662 362	6,5
Nordrhein-Westfalen .....	7 008 005	7 100 406	1,3	8 243 501	8 689 572	5,4
Rheinland-Pfalz .....	1 457 891	1 516 039	4,0	1 725 607	1 857 460	7,6
Saarland .....	425 780	419 748	– 1,4	495 277	510 345	3,0
Sachsen .....	1 784 824	1 655 732	– 7,2	1 982 259	1 953 626	– 1,4
Sachsen-Anhalt .....	987 194	861 252	– 12,8	1 081 721	1 014 896	– 6,2
Schleswig-Holstein .....	1 030 737	1 033 632	0,3	1 223 713	1 272 838	4,0
Thüringen .....	969 365	885 279	– 8,7	1 071 994	1 028 628	– 4,0
<b>Alle Länder .....</b>	<b>33 180 923</b>	<b>33 562 954</b>	<b>1,2</b>	<b>38 424 000</b>	<b>40 279 000</b>	<b>4,8</b>

Quelle: Erwerbstätigenrechnung der Länder

Tabelle 2: Entwicklung der Vollzeitäquivalente je 100 Erwerbstätige

Bundesland	Insgesamt		Land- und Forstwirtschaft		Produzierendes Gewerbe		Dienstleistungsbereiche					
	1999	2008	Veränderung absolut	1999	2008	Veränderung absolut	1999	2008	Veränderung absolut			
BW .....	85,55	83,90	- 1,7	92,05	89,87	- 2,2	93,25	92,45	- 0,8	80,79	79,49	- 1,3
BY .....	86,08	84,43	- 1,7	95,58	94,11	- 1,5	93,59	92,84	- 0,8	81,88	80,47	- 1,4
BE .....	89,20	84,90	- 4,3	93,53	85,98	- 7,5	95,38	93,33	- 2,1	87,68	83,60	- 4,1
BB .....	91,30	85,21	- 6,1	94,12	88,44	- 5,7	96,39	93,45	- 2,9	89,01	82,48	- 6,5
HB .....	84,52	82,26	- 2,3	89,43	86,98	- 2,5	95,37	93,45	- 1,9	80,93	79,29	- 1,6
HH .....	86,93	85,65	- 1,3	88,89	86,48	- 2,4	95,57	94,39	- 1,2	85,03	84,12	- 0,9
HE .....	86,36	83,90	- 2,5	91,71	88,38	- 3,3	93,86	92,39	- 1,5	83,43	81,30	- 2,1
MV .....	90,60	84,41	- 6,2	92,57	87,59	- 5,0	96,52	94,10	- 2,4	88,46	81,92	- 6,5
NI .....	84,37	81,53	- 2,8	89,03	86,92	- 2,1	94,30	92,89	- 1,4	80,06	77,50	- 2,6
NW .....	85,01	81,71	- 3,3	87,82	84,68	- 3,1	93,97	92,09	- 1,9	81,11	78,27	- 2,8
RP .....	84,49	81,62	- 2,9	90,67	85,82	- 4,8	93,97	92,19	- 1,8	79,98	77,61	- 2,4
SL .....	85,97	82,25	- 3,7	91,49	85,32	- 6,2	95,41	93,28	- 2,1	81,42	77,78	- 3,6
SN .....	90,04	84,75	- 5,3	90,46	88,70	- 1,8	95,99	94,66	- 1,3	87,22	80,88	- 6,3
ST .....	91,26	84,86	- 6,4	93,61	89,59	- 4,0	97,11	95,32	- 1,8	88,60	81,25	- 7,3
SH .....	84,23	81,21	- 3,0	91,03	87,70	- 3,3	93,43	91,94	- 1,5	81,00	78,26	- 2,7
Th .....	90,43	86,06	- 4,4	93,63	88,62	- 5,0	96,36	94,83	- 1,5	87,38	82,14	- 5,2
Alle Länder .....	86,35	83,33	- 3,0	91,95	88,88	- 3,1	94,26	92,82	- 1,4	82,72	79,84	- 2,9

Quelle: Erwerbstätigenrechnung der Länder

In allen Bundesländern sank die Zahl der VZÄ je 100 ET von 1999 bis 2008. Die größte Absenkung fand in den ostdeutschen Ländern statt, wobei Sachsen-Anhalt am stärksten betroffen war (2008 gab es 6,4 VZÄ je 100 ET weniger als 1999). In Westdeutschland verzeichneten Hamburg mit – 1,3 und Baden-Württemberg sowie Bayern mit je – 1,7 die niedrigsten Rückgänge. Der Dienstleistungsbereich zeigte gegenüber dem Produzierenden Gewerbe eine viel höhere Flexibilität bei der Arbeitszeitgestaltung, insbesondere in den ostdeutschen Ländern. Hier war die Verschiebung von Vollzeitbeschäftigung zur Teilzeit- oder geringfügigen Beschäftigung sehr hoch, von 1999 bis 2008 sank die Zahl der Vollzeitbeschäftigteneinheiten um bis zu 7,3 VZÄ je 100 Erwerbstätige (Sachsen-Anhalt). Im Produzierenden Gewerbe behielt die Form der Vollzeitbeschäftigung ihre dominierende Rolle. In allen Ländern bis auf Bremen und Hamburg war der Rückgang der Vollzeitäquivalente stets niedriger als im Dienstleistungsbereich.

### Fazit

Im Kapitel „Arbeitsvolumen und Kurzarbeiter“ wurde gezeigt, wie stark sich im Zeitraum von 1999 bis 2009 die Arbeitszeitstruktur und das Arbeitsvolumen in Deutschland verändert haben. Das Arbeitsvolumen hat sich verringert, insgesamt und je Beschäftigten (um ca. 77 Arbeitsstunden pro Kopf in den westdeutschen und fast das Doppelte in den ostdeutschen Bundesländern). Mithilfe des Indikators „Vollzeitäquivalent“ konnte aufgezeigt werden, dass ein Wandel von der traditionellen Art der Beschäftigung in Vollzeitbeschäftigung zu Gunsten anderer Beschäftigungsformen wie Teilzeit oder geringfügige Beschäftigung stattgefunden hat. In allen Bundesländern – besonders deutlich in den ostdeutschen Ländern – wurde im Zeitraum von 1999 bis 2008 eine Reduzierung der Anzahl der Vollzeitbeschäftigteneinheiten beobachtet. Die kleinste Reduzierung wurde in Hamburg (– 1,3 Beschäftigungseinheiten je 100 Erwerbstätige), die größte (– 6,4 Beschäftigungseinheiten je 100 Erwerbstätige) in Sachsen-Anhalt festgestellt. Aufgrund des massiven Einsatzes von Kurzarbeit im Jahr 2009 und der Abnahme der Zahl der geleisteten Arbeitsstunden pro Beschäftigten ist zu vermuten, dass sich auch das VZÄ je 100 ET 2009 weiter verringert hat.



**Autorinnen und Autoren**

Dominik Asef, Statistisches Bundesamt

Wolfgang Emmel, Hessisches Statistisches Landesamt

Dagmar Ertl, Statistisches Amt Saarland

Leonore Hesse, Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Dr. Monika Kühn, Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Dr. Olivia Martone, Landesbetrieb Information und Technik Nordrhein-Westfalen

Ricarda Nauenburg, Amt für Statistik Berlin-Brandenburg

Roman Straube, Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen

Christian Wingerter, Statistisches Bundesamt

### Statistisches Bundesamt

**Statistisches Bundesamt**  
Gustav-Stresemann-Ring 11  
65189 Wiesbaden  
<http://www.destatis.de>  
Infoservice  
Telefon: 0611 75-2405  
Telefax: 0611 72-4000  
[www.destatis.de/kontakt](http://www.destatis.de/kontakt)

**Statistisches Bundesamt  
Zweigstelle Bonn**  
Graurheindorfer Straße 198  
53117 Bonn  
Telefon: 0611 75-1  
Telefax: 0611 75-8990/-8991  
[poststelle@destatis.de](mailto:poststelle@destatis.de)

**Statistisches Bundesamt  
i-Punkt-Berlin**  
Friedrichstraße 50  
(Checkpoint Charlie)  
10117 Berlin  
Telefon: 0611 75-9434  
Telefax: 0611 75-9430  
[i-punkt@destatis.de](mailto:i-punkt@destatis.de)

### Statistische Ämter der Länder

**Statistisches Landesamt  
Baden-Württemberg**  
Böblinger Straße 68  
70199 Stuttgart  
Telefon: 0711 641-2886  
Telefax: 0711 641-2973  
[www.statistik-bw.de](http://www.statistik-bw.de)  
[vertrieb@stala.bwl.de](mailto:vertrieb@stala.bwl.de)

**Bayerisches Landesamt für  
Statistik und Datenverarbeitung**  
Neuhauser Straße 8  
80331 München  
Telefon: 089 2119-205  
Telefax: 089 2119-457  
[www.statistik.bayern.de](http://www.statistik.bayern.de)  
[vertrieb@statistik.bayern.de](mailto:vertrieb@statistik.bayern.de)

**Amt für Statistik Berlin-Brandenburg**  
Behlertstraße 3a  
14467 Potsdam  
Telefon: 0331 8173-1777  
Telefax: 030 9028-4091  
[www.statistik-berlin-brandenburg.de](http://www.statistik-berlin-brandenburg.de)  
[info@statistik-bbb.de](mailto:info@statistik-bbb.de)

**Statistisches Landesamt Bremen**  
An der Weide 14 – 16  
28195 Bremen  
Telefon: 0421 361-6070  
Telefax: 0421 361-6168  
[www.statistik.bremen.de](http://www.statistik.bremen.de)  
[bibliothek@statistik.bremen.de](mailto:bibliothek@statistik.bremen.de)

**Statistisches Amt für Hamburg  
und Schleswig-Holstein**  
**Standort Hamburg**  
Steckelhörn 12  
20457 Hamburg  
Telefon: 040 42831-1776  
Telefax: 040 42831-1700  
**Standort Kiel**  
Fröbelstraße 15 – 17  
24113 Kiel  
Telefon: 0431 6895-9393  
Telefax: 0431 6895-9498  
[www.statistik-nord.de](http://www.statistik-nord.de)  
[info@statistik-nord.de](mailto:info@statistik-nord.de)

**Hessisches Statistisches Landesamt**  
Rheinstraße 35/37  
65185 Wiesbaden  
Telefon: 0611 3802-0  
Telefax: 0611 3802-890  
[www.statistik-hessen.de](http://www.statistik-hessen.de)  
[info@statistik-hessen.de](mailto:info@statistik-hessen.de)

**Statistisches Amt  
Mecklenburg-Vorpommern**  
Lübecker Straße 287  
19059 Schwerin  
Telefon: 0385 588-56411  
Telefax: 0385 588-56708  
[www.statistik-mv.de](http://www.statistik-mv.de)  
[statistik.auskunft@statistik-mv.de](mailto:statistik.auskunft@statistik-mv.de)

**Landesbetrieb für Statistik und  
Kommunikationstechnologie  
Niedersachsen (LSKN)**  
Göttinger Chaussee 76  
30453 Hannover  
Telefon: 0511 9898-1134  
Telefax: 0511 9898-4132  
[www.lskn.niedersachsen.de](http://www.lskn.niedersachsen.de)  
[auskunft@lskn.niedersachsen.de](mailto:auskunft@lskn.niedersachsen.de)

**Information und Technik  
Nordrhein-Westfalen**  
Mauerstraße 51  
40476 Düsseldorf  
Telefon: 0211 9449-2495  
Telefax: 0211 9449-2104  
[www.it.nrw.de](http://www.it.nrw.de)  
[statistik-info@it.nrw.de](mailto:statistik-info@it.nrw.de)

**Statistisches Landesamt  
Rheinland-Pfalz**  
Mainzer Straße 14 – 16  
56130 Bad Ems  
Telefon: 02603 71-4444  
Telefax: 02603 71-194000  
[www.statistik.rlp.de](http://www.statistik.rlp.de)  
[info@statistik.rlp.de](mailto:info@statistik.rlp.de)

**Statistisches Amt Saarland**  
Virchowstraße 7  
66119 Saarbrücken  
Telefon: 0681 501-5925  
Telefax: 0681 501-5915  
[www.statistik.saarland.de](http://www.statistik.saarland.de)  
[presse.statistik@lzd.saarland.de](mailto:presse.statistik@lzd.saarland.de)

**Statistisches Landesamt  
des Freistaates Sachsen**  
Macherstraße 63  
01917 Kamenz  
Telefon: 03578 33-1423  
Telefax: 03578 33-1598  
[www.statistik.sachsen.de](http://www.statistik.sachsen.de)  
[vertrieb@statistik.sachsen.de](mailto:vertrieb@statistik.sachsen.de)

**Statistisches Landesamt  
Sachsen-Anhalt**  
Merseburger Straße 2  
06010 Halle (Saale)  
Telefon: 0345 2318-0  
Telefax: 0345 2318-913  
[www.statistik.sachsen-anhalt.de](http://www.statistik.sachsen-anhalt.de)  
[info@stala.mi.sachsen-anhalt.de](mailto:info@stala.mi.sachsen-anhalt.de)

**Thüringer Landesamt für Statistik**  
Europaplatz 3  
99091 Erfurt  
Telefon: 0361 37-900  
Telefax: 0361 37-84699  
[www.statistik.thueringen.de](http://www.statistik.thueringen.de)  
[auskunft@statistik.thueringen.de](mailto:auskunft@statistik.thueringen.de)



